



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

15. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 22. Mai 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Aktuelle Stunde****Auswirkungen der Steuerschätzung
auf die finanzielle Situation des
Landes Mecklenburg-Vorpommern**

.....	655
Eckhardt Rehberg, CDU	655
Ministerin Sigrid Keler.....	657, 670
Rudolf Borchert, SPD	660
Angelika Gramkow, PDS	662
Wolfgang Riemann, CDU.....	665
Heinz Müller, SPD.....	667

Fragestunde

– Drucksache 4/465 –	670
Dr. Ulrich Born, CDU	670, 671
Minister Dr. Gottfried Timm	670, 671
Ministerin Sigrid Keler.....	671, 672
Gesine Skrzepski, CDU	671, 672

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Initiativen zur Reform des
Erbchaftsteuergesetzes**

– Drucksache 4/442 –	672
Rudolf Borchert, SPD	672, 676, 680
Ministerin Sigrid Keler.....	673
Dr. Henning von Storch, CDU	674, 679, 680
Angelika Gramkow, PDS	678, 680
Mathias Brodkorb, SPD.....	680
Beschluss	681

Antrag der Fraktion der CDU:

**ITER-Bewerbung des Standortes Greifswald/
Lubmin bei der Europäischen Kommission**

– Drucksache 4/435 –	681
Ilka Lochner-Borst, CDU	681
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann.....	681
Erwin SELLERING, SPD.....	682, 689
Dr. Gerhard Bartels, PDS	685
Egbert Liskow, CDU	687
Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD	688
Lorenz Caffier, CDU.....	689
Beschluss	689, 690, 742

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist notwendig

– Drucksache 4/441 –	690
Regine Lück, PDS.....	690, 699
Reinhard Dankert, SPD.....	691
Karin Strenz, CDU	693
Minister Helmut Holter.....	694
Klaus Mohr, SPD	697
Dr. Margret Seemann, SPD	700
Beschluss	701

Antrag der Fraktion der CDU:

Rechtskundeunterricht in allgemein bildenden und beruflichen Schulen

– Drucksache 4/434 –	701
Dr. Ulrich Born, CDU	702
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann.....	704
Heike Polzin, SPD.....	704
Michael Ankermann, CDU	706, 707
Mathias Brodkorb, SPD.....	707
Minister Erwin Sellering	707
Andreas Bluhm, PDS.....	708
Kerstin Fiedler, CDU	710
Beschluss	711

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Verbraucherschutz im Bereich von Telekommunikations-Dienstleistungen

– Drucksache 4/444 –	711
Angelika Peters, SPD.....	711, 716
Ministerin Sigrid Keler.....	713
Dr. Ulrich Born, CDU	714
Dr. Martina Bunge, PDS	715
Beschluss	717

Antrag der Fraktion der CDU:

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern sichern

– Drucksache 4/433 –	717
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS	
– Drucksache 4/485 –	717
Beate Schlupp, CDU	717
Minister Dr. Till Backhaus.....	718
Alexa Wien, PDS.....	722
Lilly Kühnel, SPD	723
Renate Holznagel, CDU.....	724
Beschluss	726

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Einrichtung einer ständigen Theaterintendanten- und Orchesterkonferenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 4/443 –	727
Dr. Gerhard Bartels, PDS	727, 734
Kerstin Fiedler, CDU	728
Frank Ronald Lohse, SPD	730
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann.....	734
Beschluss	735

Antrag der Fraktion der CDU:

Aussetzung der nationalen Modulation

– Drucksache 4/474 –	735
Renate Holznagel, CDU	735
Minister Dr. Till Backhaus.....	737
Lilly Kühnel, SPD	739
Alexa Wien, PDS.....	739
Beate Schlupp, CDU	740
Beschluss	741

Nächste Sitzung

Mittwoch, 25. Juni 2003	741
-------------------------------	-----

Beginn: 9.06 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 15. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Herrn Minister Helmut Holter, der heute seinen runden Geburtstag feiert, ganz herzlich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU – Norbert Baunach, SPD: Zahlen! Zahlen!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Auswirkungen der Steuerschätzung auf die finanzielle Situation des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

**Aktuelle Stunde
Auswirkungen der Steuerschätzung
auf die finanzielle Situation des
Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die letzte forsa-Umfrage sieht die SPD bei 26 Prozent. Das wäre eigentlich nicht dramatisch, dramatischer sind die Auswirkungen der Politik der Bundesregierung. Nachricht vom Mittwoch vergangener Woche: „Rezession im I. Quartal 2003“. Das Wort „Wachstum“ mag man bei minus 0,2 Prozent nicht mehr in den Mund nehmen. Donnerstag vergangener Woche die Steuerschätzung: 126,4 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen gegenüber der Steuerschätzung von vor einem Jahr in den nächsten vier Jahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie hören sich dann Aussagen einer Finanzministerin an? In etwa auf den Tag genau vor einem Jahr erklärte hier Frau Keler, und zwar am 30. Mai: „Deutschland steht am Beginn eines Wirtschaftsaufschwungs, die aktuellen Meldungen bestätigen dies.“ Frau Keler, Realität im Jahr 2002: 0,2 Prozent Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Nächste Aussage von Ihnen: „Wenn Sie mit den Menschen reden und sie direkt darauf ansprechen, dann werden die Ihnen auch sagen, natürlich haben wir mehr im Portemonnaie.“ Sie meinten Geld damit. Frau Keler, auf welchem Stern leben Sie eigentlich?!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie heute noch auch zu der folgenden Aussage stehen, die Sie vor einem Jahr getätigt haben: „Allerdings hat uns alle das Ausmaß der Mindereinnahmen bei der Körperschaftssteuer überrascht. Das ändert aber nichts an der Richtigkeit der Reform der Körperschaftssteuer, die unabweisbar war, um ausländische Investoren anzulocken.“

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Frau Finanzministerin Keler, das äußerten Sie vor einem Jahr. Und am 19. Februar dieses Jahres haben Sie sinn-

gemäß gesagt, als Sie den Nachtragshaushalt 2003 einbrachten: Wir haben kein Ausgabenproblem, wir haben ein Einnahmeproblem. Frau Keler, ich werde Ihnen noch nachweisen, dass Sie sehr wohl das Ausgabenproblem selber produziert haben.

Jetzt muss man sich natürlich fragen: Warum war das Wirtschaftswachstum in 1999, in 2000 bei 2 Prozent, bei 2,9 Prozent und ist dann in den letzten beiden Jahren, 2001 auf 0,6 Prozent und 2002 auf 0,2 Prozent gesunken? Dazwischen lagen doch einschneidende politische Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung, die Sie hier auch mitgetragen haben.

Ich komme noch einmal auf die Steuerreform zurück, man kann es nicht oft genug wiederholen: Wenn Sie das Ausmaß der Mindereinnahmen bei der Körperschaftssteuer überrascht hat, Frau Keler, uns nicht! Und die Zahl der letzten beiden Jahre ist 50 Milliarden Euro weniger. Das hat es in Deutschland noch nie gegeben, dass es bei einer Steuerart einen Minusbetrag gab, dass Auszahlungen vorgenommen werden mussten wie im letzten Jahr mit fast 4 Milliarden Euro. Und übrigens, die Auszahlungen werden von unseren Einkommens- und Lohnsteuern vorgenommen, das heißt von denjenigen, die als Arbeitnehmer, als Sozialversicherungspflichtige beschäftigt sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Seit Jahrzehnten zahlen sie sowieso nur noch, und nicht die Unternehmen.)

Und, Frau Keler, wenn Sie weiter meinen, dass Sie ausländische Investoren mit der Absenkung der Körperschaftssteuer anlocken, dann sage ich Ihnen eins: Die haben ganz andere Probleme. Das ist die überzogene Bürokratie in Deutschland

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

und das ist die massive Ausweitung von Tarif- und Kündigungsschutzrechten in den letzten vier, fünf Jahren. Das schreckt ausländische Investoren ab!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie sagen, dass die Menschen mehr Geld im Portemonnaie haben, dann muss ich Ihnen sagen: Was ist denn abgelaufen mit den Sozialbeiträgen in den letzten Jahren? Wie haben Sie denn in Berlin vor fünf Jahren die Sozialsysteme übergeben bekommen? Ich will nicht sagen, dass da alles in Ordnung war,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU – Jörg Heydorn, SPD: Desolat! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

aber Fakt ist, die Pflege war finanziell gesund. Heute, heute ist die Pflege kurz vor dem Kollaps.

(Torsten Koplin, PDS: Es ist abgelehnt worden damals.)

Fakt ist, dass die Rentenbeiträge trotz der Ökosteuer deutlich gestiegen sind.

Fakt ist, dass Sie eine Gesundheitskasse übergeben bekommen haben: 1 Milliarde DM plus! Liquiditätsminus der Krankenkassen in Deutschland zum Ende des letzten Jahres 3 Milliarden Euro!

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie damals den demographischen Faktor belassen hätten, auch das war nicht der Weisheit letzter Schluss, dann

hätten Sie heute nicht über einen Nachhaltigkeitsfaktor reden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Keler, Sie sind ja der Meinung, dass Sie mit den Maßnahmen, die Sie uns nachher noch kundtun werden – Kollege Riemann wird darauf näher eingehen –, die Sache für Mecklenburg-Vorpommern in den Griff bekommen werden. Ich möchte Sie nur auf einige wenige Umstände hinweisen:

1. Niemand glaubt in Deutschland, dass das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr 0,75 Prozent sein wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und lassen Sie sich sagen, dass 0,1 Prozent weniger angenommenes Wirtschaftswachstum 500 Millionen Euro weniger an Steuereinnahmen sind. Das heißt, wenn Sie mit 0,75 Prozent rechnen, dann sage ich Ihnen eins voraus: Die Novembersteuerschätzung wird noch mal drunter liegen.

(Angelika Gramkow, PDS: Wer sagt denn, dass sie so gerechnet haben?)

Frau Gramkow, die Prognose der Steuerschätzung basiert auf einem Wirtschaftswachstum von 0,75 Prozent, das ist eine Tatsache,

(Angelika Gramkow, PDS: 0,5.)

nehmen Sie die bitte zur Kenntnis. Das ist ganz einfach so.

(Angelika Gramkow, PDS: 0,5.)

2. Schon heute rechnet man mit einem Zuschuss der Bundesanstalt für Arbeit von 10 Milliarden Euro. Null, null war vorgesehen! Auch hier, Frau Keler, die Zahl: 100.000 Arbeitslose kosten der öffentlichen Hand insgesamt 2,3 Milliarden Euro mehr. Und die Arbeitslosenprognosen? Ich denke, wir werden uns im Dezember und Januar noch wundern in dieser Republik, weil ich davon ausgehe, dass nicht eine, aber auch nicht eine einzige Maßnahme von Rot-Grün in der so genannten Agenda 2010 dazu führen wird, dass einmal die Wirtschaft angekurbelt wird und zum Zweiten, dass die Bürger mehr Geld in der Tasche haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Keler, Sie sagen, wir haben alles getan, um im letzten Jahr noch den Haushalt zu konsolidieren. Ich will Ihnen nur zwei Tatsachen benennen, nur zwei: In Ihrer Zeit als Finanzministerin haben Sie in Ihrer finanzpolitischen Verantwortung die Investitionen um 443 Millionen Euro runtergefahren, von 1997 bis zum Nachtrag 2003. 443 Millionen Euro! Gestiegen sind aber die Personalkosten und die Verwaltungsausgaben um 203 Millionen Euro. Das heißt, wenn Sie so was mit einem Unternehmen gemacht hätten, dann wäre das heute schon längst Pleite, das wäre einfach in die Insolvenz gegangen. Das heißt, wir haben nicht nur ein Einnahmeproblem in Mecklenburg-Vorpommern, Sie haben uns auch ein Ausgabenproblem geschaffen.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Die strukturellen Verkrustungen in unserem Landeshaushalt tragen mit dazu bei, dass wir heute eben so negativ dastehen, wie wir negativ dastehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und Sie kommen doch heute nur noch mit Buchungstricks über die verfassungsmäßige Grenze. Frau Keler,

warum haben Sie die gut 50 Millionen Euro Abführung Fluthilfefonds in den 8er-Titel reingebucht? Ist das korrekt? Hat das etwas mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu tun?

(Angelika Gramkow, PDS: Die werden eingesetzt für Investitionen in den anderen Ländern.)

Investieren Sie diese Mittel in Mecklenburg-Vorpommern? Wir sind doch nur noch 3 Millionen Euro unter der Grenze. Oder, Frau Keler, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern verbleibende Steuereinnahmen von minus 4 Prozent in diesem Jahr. Halten Sie Ihre Annahme noch aufrecht, dass die Lohnsteuereinnahmen um 95 Millionen Euro, um fast 20 Prozent steigen werden? Auch diese Einnahmeseite trägt natürlich mit dazu bei, dass Sie gerade noch mal unter der verfassungsmäßigen Grenze bleiben. Frau Keler, und wenn Sie sagen, wir können nur noch zusehen, wie der Landeshaushalt sich entwickelt, dann muss ich Ihnen eins sagen: Handeln Sie einfach!

Und das ist schon erschreckend, wenn man Zitate von Ihnen liest. Bei der Einbringung des Nachtragshaushaltes zu unserer Forderung, zwei Ressorts weniger, sagen Sie: Die Indianer braucht man weiterhin, ein paar Häuptlinge mit Gefolge wären über. Das sind nur 2 Millionen Euro nach Ihren Berechnungen. Frau Keler, ich kann Ihnen nur dringlich raten, fangen Sie endlich an, mit dem Haushalt 2004/2005 oder sofort, endlich daranzugehen, strukturell die Landesregierung so aufzustellen, strukturell und finanzpolitisch, dass wir alle miteinander bis ins Jahr 2006 beziehungsweise 2010 kommen! Das ist Ihre verdammt Pflicht und Schuldigkeit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie meinen, das ist nur Peanuts, worüber wir hier reden, dann muss ich Ihnen weiter sagen: Warum fangen Sie nicht endlich an, wenn denn alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand kommen – übrigens, die Hälfte ist im Einzelplan 15 bei Herrn Holter –,

(Angelika Gramkow, PDS: Da bleibt sie auch, diese Hälfte.)

dann fangen Sie doch endlich mal an, diesen Einzelplan 15 zu durchforsten! Das sind insgesamt 250 Millionen Euro, die Hälfte ungefähr im Einzelplan 15. Wir werden Ihnen dabei helfen mit unseren Vorschlägen und Ideen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und übrigens, wenn ich Ihre Liste sehe, Frau Keler, Absenkung der Verwaltungsausgaben, Landeshochbau 11 Millionen Euro strecken, das sind alles Vorschläge, die mir ungeheuer bekannt vorkommen, sie kommen nämlich sämtlich in den letzten Jahren aus der CDU-Landtagsfraktion.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir sind bereit, die Punkte Personalausgaben, Verwaltungsausgaben, Landeshochbau und alle Leistungsge-setze auf den Prüfstand zu stellen, und wenn es das Bildungsfreistellungsgesetz ist.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der bürokratische Aufwand, zwei Dutzend Formularseiten – allein deswegen gehört dieses Gesetz abgeschafft. Auf der

anderen Seite halte ich es auch für politisch überhaupt nicht tragbar, auch und gerade gegenüber der Wirtschaft.

(Angelika Gramkow, PDS: Ein bisschen komisch, dass es so hervorragend angenommen wird, gerade von der Wirtschaft.)

Und auch andere Gesetze, denke ich, gehören auf den Prüfstand. Herr Ministerpräsident, andere Länder reden darüber, wie man Statistische Landesämter, Eichämter und vieles andere mehr konzentriert, wie man da kooperieren kann – Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt auf der einen Seite, Hamburg, Schleswig-Holstein auf der anderen Seite und Berlin und Brandenburg. Irgendwo liegen wir dazwischen. Warum schließen Sie sich nicht einer der beiden Gruppierungen an? Ich kann Ihnen nur eins dringend raten: Wer ständig danebensteht und als Letzter dazukommt, der kriegt gar nichts mehr ab. Das ist eine Lebensweisheit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Deswegen kann ich Sie nur dringend auffordern: Wenn Sie wirklich darüber nachdenken, Verwaltung effizienter zu gestalten – es gibt noch viele andere Punkte mehr, die man anpacken könnte –, dann muss man sich von Beginn an als Partner auf gleicher Augenhöhe einbringen und nicht irgendwann nachgetrödelt kommen, wenn der Zug schon längst abgefahren ist. Dann kriegt man noch einen Platz auf dem Trittbrett, aber nicht im Lokführerstand.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind mit unseren Vorschlägen, mit unseren Gedanken und Ideen bereit, den Haushalt 2004/2005 so zu strukturieren, dass man auch die zukünftigen Steuermindereinnahmen bewältigen kann. Und, Frau Keler, wenn es richtig ist, dass wir bis 2006 1,3 Milliarden Euro an Steuermindereinnahmen gegenüber der Steuerschätzung von vor einem Jahr zu erwarten haben und Ihre Mittelfristige Finanzplanung ist noch ausgerichtet auf die Steuerschätzung vom vorletzten Jahr, dann erklären Sie jetzt, hier und heute, wie Sie das in den nächsten vier Jahren bewältigen wollen! – Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Um das Wort gebeten hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Die Opposition hat es einfach: Die Opposition kann Kritik äußern, die Opposition braucht keine konkreten Lösungsvorschläge zu machen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Machen wir doch dauernd.)

sie kann uns Nachhilfeunterricht geben, wie Herr Rehberg das bei der letzten Einbringung im Februar gemacht hat, sie braucht aber keine konkrete Zahl zu nennen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Vincent Kokert, CDU: Einfach anfangen, Frau Keler!)

Ich habe mir noch mal das Protokoll von der Einbringung durchgelesen, Herr Rehberg, ganz bewusst, um zu

sehen, was haben Sie eigentlich damals gesagt. Und Sie haben gesagt, es wird nicht beim Wirtschaftswachstum von 1,75 Prozent bleiben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war richtig.)

Wir hatten damals schon 0,5 Prozent rausgerechnet.

(Beifall Heinz Müller, SPD, Ute Schildt, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Wir sind damals schon an den Rand gegangen, der vertretbar ist. Denn ich kann mich genau erinnern, wenn ich es andersherum gemacht hätte, wenn ich deutlich mehr rausgenommen hätte, dann wäre wieder Herr Riemann gekommen und hätte gesagt: Sie hat sich Polster geschaffen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau. Hat er ja auch.)

Das hat er nämlich auch schon mal gemacht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Also, meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben es da in gewisser Weise einfacher,

(Torsten Renz, CDU: Wir können ja tauschen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

aber die konkreten Lösungsvorschläge, auf die warte ich immer noch. Denn das, Herr Rehberg, was Sie jetzt in den letzten Tagen in der Presse verkündet haben, um das 100-Millionen-Programm zu retten, das reicht nicht aus. Ich sage noch mal: Bildungsfreistellungsgesetz 350.000 Euro, Gutachter- und Beraterverträge haben wir im Haushalt 6,5 Millionen Euro. Da sind aber auch Sie von der CDU der Meinung, einige brauchen wir. Also gehen wir mal davon aus, 2 Millionen wären zu ersetzen, da haben wir 2 Millionen dazu. Und dann kommen wir zum öffentlichen Beschäftigungssektor. Da sind 19,5 Millionen Landesmittel drin, alles andere sind EU-Mittel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist aber Geld.)

Ja, aber Landesmittel, 19,5 Millionen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und jetzt, meine Damen und Herren von der CDU, Sie wollen doch nicht diesen Bereich wieder zurücknehmen? Denn dann würden Sie die Arbeitslosigkeit im Land noch vergrößern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Das ist der inhaltliche Teil. Aber vom Volumen her, rechnen Sie mal mit mir mit: 350.000, also 0,5, rechnen wir mal großzügig, 2 Millionen und 19,5, das sind ganze 22 Millionen. Sie bleiben mir noch 78 Millionen schuldig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und bevor ich zu den konkreten Zahlen komme, noch was zu der Mär von der Körperschaftssteuer. Herr Rehberg, ich kann mich sehr gut daran erinnern, Ihren Kollegen von der CDU ging es bei der Steuerreform nicht weit genug.

(Torsten Koplin, PDS: Richtig. Sie wollten es noch viel schlimmer haben.)

Sie wollten eigentlich noch mehr Einsparungen haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. –
Heike Polzin, SPD: Ja.)

Und, Herr Rehberg,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Keler,
bleiben Sie bei der Wahrheit!)

das Thema Körperschaftssteuer müssen ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wo wir Absenkungen
haben wollen, das war bei der Lohnsteuer, nicht
bei der Körperschaftssteuer. Das ist die Wahrheit.)

Kommen Sie, Herr Rehberg, das Thema Körperschafts-
steuer können Sie doch so nicht abhandeln.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Natürlich
können Sie es abarbeiten!)

Sie wissen es ganz genau.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie wissen, dass in den letzten drei Jahren 700 Milliar-
den Euro an der Börse flöten gegangen sind. Und die
haben wir jetzt hier in der Form mit zu verkraften.

(Eckhardt Rehberg, CDU: 50 Milliar-
den Euro weniger Einnahmen bei der
Körperschaftssteuer. Das ist die Realität!)

Ich sage es hier noch mal: 700 Milliarden Euro sind
100 Jahre Haushalt Mecklenburg-Vorpommern. Hören
Sie auf mit diesem Theater!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen
Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:

Das ist aber niedlich. Da rechnet man so
schön hoch und braucht gar nichts zu tun. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich habe hier damals bereits gesagt: Wir gehen nicht
mehr von dem Wachstum von 1,5 Prozent aus. Wir haben
im Nachtragshaushalt ganz bewusst 37 Millionen Euro
damals herausgenommen und haben noch eine Vorsorge
eingestellt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja, das
sieht man. Die Vorsorge sieht man.)

Die Steuerschätzung ist leider ungünstiger gekommen.
Ich sage hier die Zahlen noch mal für das Protokoll, ich
nehme an, Sie haben sie schon alle mitbekommen:

95 Millionen Steuerausfälle, davon sind 72 Millionen der
Konjunktur geschuldet und 23 Millionen Euro sind auf
Abrechnungseffekte für Vorjahre im Länderfinanzaus-
gleich zu zahlen. 2004 geht die Einnahme um 115 Millio-
nen zurück, im Jahr 2005 um 120 Millionen, und zwar
nicht mehr gegenüber der Maisteuerschätzung, sondern
wir haben natürlich im November Eckdaten für die Jahre
2004 bis 2006 aufgestellt und wir haben also damals
schon korrigiert. Die Zahlen sind ernst genug und, meine
Damen und Herren, alle Länder sind in gleicher Weise
davon betroffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und wenn Sie schon, Herr Rehberg, hier so klug reden
und uns hier Nachhilfeunterricht geben wollen, warum
haben Sie es dann nicht bei Ihren Kollegen in Thüringen,
Sachsen, Sachsen-Anhalt, in Bayern, Baden-Württem-
berg und sonst wo getan?!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Weil Sie gerade in
diesem Land hier gewählt worden sind und nicht
in Thüringen! Wann verstehen Sie das mal?! –
Eckhardt Rehberg, CDU: Sind das Ihre Ant-
worten, Frau Keler? Sind das Ihre Antworten?)

Denn, meine Damen und Herren, alle Länder und der
Bund stehen in der gleichen schwierigen Situation.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Und es ist kein Trost, aber Häme ist da nicht der richti-
ge Platz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Ute Schildt, SPD: Nee.)

Ich habe es vorhin schon kurz gesagt, wir haben mit
dem Nachtragshaushalt Vorsorge getroffen. Ich war
damals froh, dass das Parlament unserem Vorschlag
gefolgt ist. Sie wissen, wir haben 50 Millionen in den
Haushalt eingestellt als Ermächtigung, die wir dann über
Forderungsverkäufe realisieren können. Es bleibt also
jetzt ein aktuelles Problem von 45 Millionen Euro. Und
auch das ist inzwischen bekannt geworden: Wir haben am
Dienstag im Kabinett uns verständigt, wie diese 45 Millio-
nen jetzt realisiert werden sollen. Ich sage es hier noch
mal:

- 11 Millionen durch Einsparungen bei der Beamtenbe-
soldung, die Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsge-
setz schafft uns die Möglichkeit. Ich gehe davon aus,
dass im Bundesrat diesem Bundesbesoldungsgesetz
und dieser Öffnungsklausel zugestimmt wird. Die Öff-
nung ermöglicht eine Kürzung beim Weihnachts- und
beim Urlaubsgeld. Das Urlaubsgeld ist in diesem Jahr
aus Zeitgründen nicht mehr möglich, aber beim Weih-
nachtsgeld wird es eine Kürzung geben, die sozial
gestaffelt ist und die eine West-Ost-Angleichung prak-
tisch vornimmt.

- Wir werden ferner 6 Millionen bei den Personalausga-
benbudgets kürzen mit Ausnahme von Landtag, Lan-
desrechnungshof und Lehrern. Für die Lehrer gibt es
eine Extralösung. Für den Landtag und den Landes-
rechnungshof kann die Landesregierung nichts vor-
schlagen. Ich hoffe aber, Frau Präsidentin, und ich
hoffe, Herr Rechnungshofpräsident, dass Sie sich
daran mit beteiligen.

- 11 Millionen sind beim Landeshochbau vorgesehen,
insbesondere durch verbesserte Ausschreibungen.

- 2 Millionen Zinsen können nach heutigem Stand erwirt-
schaftet werden.

- Und die verbleibenden 16 Millionen Euro werden durch
aufgeschlüsselte Einsparungen für die Ressorts vorran-
gig bei den Sach- und Fachaussgaben abgedeckt.

Damit, meine Damen und Herren, haben wir die Steuer-
ausfälle praktisch realisiert und haben damit auch weitge-
hend die Investitionen geschont.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn mir hier der Vorwurf gemacht wird, dass in
meiner Amtszeit die Investitionen zurückgegangen sind,
dann ist die Tatsache richtig, die Investitionen sind zu-

rückgegangen, aber ich habe im Vermittlungsausschuss gestern früh neben meinem Kollegen Dr. Sarrazin aus Berlin gegessen. Er hat sich die Presse angesehen, die hier über unser Kabinett berichtet hat, und dann sagte er zu mir, oh, unser Haushalt ist dreimal so hoch, nämlich 21 Milliarden, und wir haben nur die gleiche Investitionssumme.

(Reinhardt Thomas, CDU: Sie nehmen immer nur die Schlechteren als Maßstab.)

Also: Wir haben hier noch deutlich mehr Investitionen als viele, viele andere Länder. Meine Damen und Herren, es war von vornherein klar, auch bei der CDU, dass die Investitionen so nicht zu halten sind. Wer hier etwas anderes erzählt, der erzählt bewusst den Leuten etwas Falsches.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, bei den Kommunen ist die Entwicklung ein Stück anders. Das haben Sie auch mitbekommen. Die Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden in diesem Jahr keine Steuermindereinnahmen haben nach der gewärtigen Schätzung, sie werden mit einem leichten Plus von 2 Millionen abschließen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das hängt natürlich damit zusammen, dass die Kommunen ja von ihrer Zahlung an den Flutopferfonds freigestellt werden.

(Harry Glawe, CDU: Das wurde aber auch höchste Zeit, dass das gemacht wird.)

Für die folgenden Jahren sind Steuermindereinnahmen zu erwarten, und zwar für das Jahr 2004 sind es 41 und für das Jahr 2005 sind es 53 Millionen, glaube ich. Das ist aber noch gegenüber der Maisteuerschätzung letzten Jahres, da haben wir keine Korrekturen, deshalb muss man diese Zahl ein Stück relativieren.

Ich sage hier an dieser Stelle, wir haben die Kommunen zum wiederholten Male von Eingriffen freigehalten. Das macht, ich sage es hier, kein anderes ostdeutsches Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich will hier auch nicht verhehlen, dass ich die Kommunen beteiligen würde, wenn es rechtlich möglich ist. Hier hindert uns offensichtlich die überhöhte Mindestgarantie daran und wir müssen sehen, ...

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Überhöht?! – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie kassieren heute mehr als vorher ein als Land.)

Ja. Ja. Gleichmäßigkeitsgrundsatz und Mindestgarantie beißen sich hier in diesem Fall

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und wir werden über dieses Thema noch einmal reden müssen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Interessante Ankündigung. Das einzig Konstruktive in Ihrer Rede.)

Ach, Herr Rehberg, Ihre konstruktiven Vorschläge habe ich gehört

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

und ich habe ja drei Beispiele gebracht,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aha!)

dass die eben nicht reichen und dass das nicht so konstruktiv ist, wie Sie es behaupten.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Na dann machen Sie doch!)

Ich gebe Ihnen Recht, meine Damen und Herren, die Frage ist berechtigt: Ist das das Ende der Fahnenstange? Die Prognosen, auch vor allen Dingen die Prognosen von den Wirtschaftsinstituten, haben zurzeit eine sehr geringe Halbwertszeit.

(Harry Glawe, CDU: Und die der Regierung noch weniger. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das tut Ihnen ja weh, dass wir auch vorne stehen, das weiß ich ja. Aber lassen Sie mal!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie müssen uns schon noch dreieinhalb Jahre aushalten und dann gibt es wieder Wahlen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Wir sind jetzt bei 0,75. Und wo sind wir morgen? – Eckhardt Rehberg, CDU: Bei null!)

Meine Damen und Herren, wenn ich als Fazit dieser ganzen Entwicklung etwas sagen darf, dann ist es dies: Wir müssen aufhören, die drei Ebenen gegeneinander auszuspielen. Bund, Länder und Kommunen haben alle drei defizitäre Haushalte.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Da haben Sie Recht. Da haben Sie Recht.)

Bund, Länder und Gemeinden müssen alle drei ihre Hausaufgaben machen. Es führt kein Weg daran vorbei. Wir müssen alle unsere Häuser in Ordnung bringen

(Harry Glawe, CDU: Das ist richtig.)

und wir müssen erreichen, dass der Sozialstaat in wesentlichen Elementen stabilisiert wird.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Denn, meine Damen und Herren, der Spruch gilt nach wie vor: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und, meine Damen und Herren, da muss tatsächlich alles auf den Prüfstand. Da müssen Steuersubventionen genauso auf den Prüfstand

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja genau.)

wie vorhandene und eventuell noch zu erarbeitende Leistungsgesetze. Und ich sage hier ganz deutlich, Herr Rehberg, wenn Sie beim Steuervergünstigungsabbaugesetz von der CDU damals mitgestimmt hätten, dann würde es zumindest ab dem Jahr 2004 den Kommunen und den Ländern ein ganzes Stück besser gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
 Noch schlechter! Noch schlechter! –
 Harry Glawe, CDU: Noch schlechter! –
 Eckhardt Rehberg, CDU: Komische Auffassung
 über den Abbau von Steuervergünstigungen.
 Die Steuererhöhungspolitik, wo das hin-
 geführt hat, das erleben wir ja jetzt.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Borchert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
 Geh mal, Rudi, dann kann ich noch drauf rea-
 gieren! – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist eben
 alles anders heute. Wir müssen eben noch ein
 bisschen mehr gespannt sein, Herr Borchert.)

Rudolf Borchert, SPD: Ich bin schon gespannt, was Herr Riemann nachher noch zu verkünden hat.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dramatische Steuerausfälle für 2003 und für die folgenden Jahre sind erschütternde Zahlen für Bund, Länder und Gemeinden: In 2003 sind es 8,7 Milliarden und für die Jahre 2003 bis 2006 sind es insgesamt 126,4 Milliarden Euro.

Ich habe in meiner Rede am 11. März 2003 in der Ersten Lesung zum Nachtragshaushalt schon deutlich gemacht, dass zu befürchten ist, dass sich die vorliegenden Erkenntnisse verschlechtern werden. Wir haben zum damaligen Zeitpunkt, ich habe es bereits am 11. März 2003 gesagt, ausgehend von Expertenaussagen eigentlich schon damit gerechnet, dass es zu weiteren Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von 2,5 Milliarden Euro kommen wird. Jetzt sind es aber 8,7 Milliarden Euro geworden. Insofern wurden die Befürchtungen noch um ein Vielfaches übertroffen.

Was bedeutet das jetzt für die Länder? Für die Länder bedeutet das insgesamt in diesem Jahr 4,1 Milliarden Euro Mindereinnahmen. Das sind allein für Mecklenburg-Vorpommern 95 Millionen Euro. In den nächsten Jahren setzt sich das fort mit 115 Millionen Euro, 122 Millionen Euro, 101 Millionen Euro, also insgesamt 338 Millionen Euro im Zeitraum bis 2006.

Wenn man noch einmal auf den Zeitpunkt der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2002/2003 zurückgeht, müssen wir konstatieren, dass die zwischenzeitliche Korrektur der Steuermindereinnahmen im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt, die ja bei 407 Millionen Euro lag, jetzt inzwischen bei über 500 Millionen Euro liegt. Dramatische Zahlen, die natürlich die Frage in den Raum stellen: Wie geht man damit um? Allerdings sollte man vorher noch einmal auf die Ursachen eingehen. Bei den Ursachen ist es wichtig, dass man sich noch einmal die 29 Einzelsteuern ansieht, die ja Grundlage für die Steuerschätzungen sind. Auch wenn es im Moment noch etwas zu früh ist und die Einzelerkenntnisse bezüglich der 29 Einzelsteuern noch nicht vorliegen, lassen sich doch jetzt schon einige Ursachen ganz klar darlegen. Die wichtigste Ursache, das ist ganz klar, ist einfach das schwache Wachstum! Wir haben im ersten Quartal dieses Jahres ein Minuswachstum von minus 0,2 Prozent. Lahmende Konjunktur, insbesondere die Situation der Bauwirtschaft in Ostdeutsch-

land, ist natürlich eine Ursache. Das führt logischerweise – vor allen Dingen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit – zu einem Rückgang der Lohnsteuereinnahmen. Die Lohnsteuereinnahmen sind praktisch der Hauptbrocken bei der ganzen Steuermindereinnahmentwicklung. Das wird sich leider aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit auch in den nächsten Jahren nicht ändern.

Zweitens sinkende Umsatzsteuern. Wir haben das Problem der schwachen Binnennachfrage, aber auch daran wird sich kurzfristig leider nichts Wesentliches ändern. Hinzu kommen Steuerausfälle in Größenordnungen durch Subventionen, Subventionen beim Bund von circa 30 Milliarden Euro. Es ist schon interessant, wenn man sich mal vor Augen führt, welche Subventionen wir zurzeit insgesamt in Deutschland haben. Betrachtet man jedoch alle öffentlichen Haushalte, dann sind wir bei der gigantischen Zahl von 80 Milliarden Euro. Hinzu kommen auch die Steuerausfälle, und zwar gigantische Steuerausfälle, durch Steuerbetrug und Steuerflucht, denn das funktioniert in Deutschland hervorragend.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Gewerbesteuer. Hier haben wir einen Rückgang von 7,5 Prozent zu verzeichnen. Das trifft natürlich insbesondere die Kommunen, denn in Deutschland sind das für die Kommunen insgesamt 1 Milliarde Euro Steuermindereinnahmen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es bei der Maistereschätzung zwischenzeitlich einen kleinen Lichtblick, allerdings auch nur in diesem Jahr. Die Finanzministerin hat schon darauf hingewiesen. Wir haben kein Minus, sondern ein leichtes Plus von 2 Millionen Euro zu verzeichnen. Aber auch das wird sich in den nächsten Jahren ändern. Wenn man die Frage stellt, wie geht man damit um, muss man natürlich zwischen kurzfristigen Maßnahmen und zwischen den Maßnahmen unterscheiden, die man von der Politik erwartet, um dann hoffentlich mittelfristig aus dieser Misere herauszukommen.

Als Erstes möchte ich zu den kurzfristigen Maßnahmen sagen, dass hier für unsere Finanzministerin und das Finanzministerium die Aufgabe bestand, innerhalb kürzester Zeit, innerhalb von wenigen Tagen, Entscheidungen zu treffen, ob wir einen weiteren Nachtragshaushalt für 2003 brauchen oder ob es möglich ist, das Finanzloch von insgesamt 96 Millionen Euro zu schließen. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich es außerordentlich positiv bewerte, dass es die Finanzministerin – auch Dank der Unterstützung aus ihrem Ministerium wie von den Staatssekretären, den Abteilungsleitern und anderen – geschafft hat, eine Lösung zu finden, die es uns erlaubt, den 2003er Haushalt ohne Nachtragshaushalt so durchzuziehen. An dieser Stelle große Anerkennung!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
 und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Andere Länder haben hier ganz andere Schwierigkeiten. Ich muss schon sagen, wir bleiben damit handlungsfähig und das ist aller Ehren wert. Es ist sicherlich auch ein Bestandteil, das meine ich durchaus positiv, kreativer Finanzpolitik, dass man sich vorausschauend durch den Landtag ermächtigen lässt, Darlehensforderungen in Größenordnungen von 50 Millionen Euro einzusetzen, um dieses Finanzloch jetzt zu schließen. Auch wenn wir uns darüber im Klaren sind, dass es langfristig keine besonders gute Rechnung ist. Wenn man jedoch mit dem Rücken an der Wand steht, glaube ich, dann ist das durchaus eine vertretbare Maßnahme.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die weiteren 46 Millionen Euro werden folgendermaßen kompensiert: Einmal durch die Beamtenbesoldung, das wurde hier angesprochen, Minderbelastungen in Höhe von 11 Millionen Euro, und die weiteren 35 Millionen Euro durch hauswirtschaftliche Sperren nach Paragraph 41 der Haushaltsordnung.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte doch um etwas mehr Ruhe im Plenum.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Er hat die Rede vom vergangenen Jahr genommen, zur Maisteuerschätzung 2002!)

Rudolf Borchert, SPD: Herr Riemann, mit Reden vom vergangenen Jahr könnte man

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Das ist die Maisteuerschätzung von 2002.)

mit der dramatischen Situation, wie Sie wissen, jetzt sicherlich nicht umgehen. Ich habe eben die Punkte ganz konkret noch einmal angesprochen,

(Ute Schildt, SPD: Er hat ja nicht zugehört!)

die notwendig sind, um Steuermindereinnahmen von 95 Millionen Euro im Interesse der Bürger unseres Landes zu realisieren und zu kompensieren. Herr Riemann, da kann man nicht mit alten Rezepten kommen. Ich habe deutlich gesagt: Hier hat die Finanzministerin und die Regierung außerordentlich überzeugend agiert!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heinz Müller, SPD: Der Vorsitzende des Finanzausschusses hört nicht zu. Das interessiert ihn nämlich nicht.)

Bei den Ansätzen des Landeshochbaus, Reduzierung von 11 Millionen Euro, ist natürlich schon die Frage interessant, wie sich das konkret darstellen wird.

(Heinz Müller, SPD: Ich glaube, ich muss mich mal zu Wort melden.)

Darüber werden wir im Finanzausschuss noch beraten. Ich finde es schon spannend, dass das ins Auge gefasst wurde, und halte es auch für realistisch, dass die Ausgaben für Zinsen um 2 Millionen Euro abgesenkt werden können. Sicherlich geschieht das auch in der Erwartung, dass endlich das, was bereits angekündigt worden ist, auch gemacht wird, und zwar, dass die Europäische Zentralbank in den nächsten Wochen hoffentlich den Leitzins von 2,5 Prozent absenken wird, weil dies in der augenblicklichen Situation außerordentlich wichtig wäre. Ich hoffe natürlich sehr, dass der Leitzins dann natürlich auch von den Banken übernommen wird, weil das insgesamt der Wirtschaft zugute kommen würde.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch normales Regierungshandeln. Das ist doch völlig klar, dass was gemacht werden muss!)

Bei allem Lob und bei aller Anerkennung für die erfolgreichen kurzfristigen Maßnahmen muss man, ich habe es bereits gesagt, um für 2003 einen Nachtragshaushalt zu verhindern und handlungsfähig zu bleiben, selbstverständlich die Fragen diskutieren: Wie kommen wir aus dieser Finanzmisere heraus? Wie können die öffentlichen Haushalte wieder handlungsfähig werden? In erster Linie muss man natürlich über die Einnahmeseite reden. Ich

möchte aber hier nicht kneifen, denn die Ausgabenseite steht natürlich auch zur Disposition.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich muss schon sagen, dass es unwahrscheinlich unglaublich ist, was Sie hier abziehen. Sie beklagen einerseits die Probleme im Landeshaushalt und andererseits blockiert Ihre Partei im Bundesrat mit ihren Mehrheiten wichtigen Subventionsabbau, der für uns insgesamt als öffentlichen Haushalt in der jetzigen Situation einen ganz entscheidenden Schritt verhindert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Bundesrat, Bundesrat. Da haben Sie die Steuerreform verhindert! – Harry Glawe, CDU: Haben Sie das bei Lafontaine nachgelesen?)

Ich möchte Sie daran erinnern, dass 15 Milliarden Euro Subventionsabbau zur Diskussion standen. 4,1 Milliarden wurden nur realisiert und die anderen Milliarden wurden blockiert. Allerdings gibt es Gespräche zwischen Herrn Steinbrück und Herrn Koch, die sich dann vielleicht doch parteiübergreifend auf den Weg gemacht haben, in diesem Fall meine ich mal die CDU und SPD, im Bundesrat zum wirksamen Subventionsabbau zu kommen. Ich bin gespannt, was da konkret auf den Tisch kommt. Ich bin mir fast sicher, dass einige Maßnahmen, die Eichel vorgeschlagen hat, dann auch wieder auf den Tisch kommen werden. Es wird sich zeigen, wie glaubwürdig ihre Politik dann letztendlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Auf den Tisch können sie ja kommen.)

Ich möchte aber noch sagen, dass ich die Vorstellung, dass man Subventionsabbau nach der Rasenmähermethode betreiben könnte, für wenig produktiv halte.

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie im Haushalt jedes Jahr!)

Ich möchte zum Schluss noch einige andere Punkte ansprechen, wie man zum Beispiel zu Geld kommen kann, und zwar auf der Einnahmeseite. Sie sind hier gefordert, die Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität endlich konsequent zu bekämpfen. Aber bitte nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. 50 Milliarden Euro Steuerreform: Ja. Wichtig ist allerdings die Entlastung der unteren Einkommensgruppen, aber bitte nicht den Spitzensteuersatz auf 42 Prozent runterbringen, das kostet den öffentlichen Haushalt 7 Milliarden Euro, Börsenumsatzspekulations- und Wertschöpfungssteuer kostet den Haushalt 49 Milliarden Euro.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie widersprechen ja dem Bundeskanzler, Herr Borchert!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Borchert.

Rudolf Borchert, SPD: Wir könnten mit der Vermögensbesteuerung 18 Milliarden Euro ...

Ich höre auf, ich hätte noch mehr Beispiele nennen können, aber die Redezeit ist zu Ende.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, stellen Sie sich dieser politischen Verantwortung! Hören Sie auf, Luftnummern zu verbreiten, wie das in der heutigen Sitzung

von Herrn Rehberg gemacht wurde. Werden Sie endlich glaubwürdig und politisch aktiv, insbesondere auf Bundesebene!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hier im Land werden wir nicht den entscheidenden Durchbruch schaffen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

schon gar nicht mit den Vorschlägen von Ihnen, Herr Rehberg!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Das Thema unserer aktuellen Stunde, von der CDU-Fraktion beantragt, lautet: „Auswirkungen der Steuerschätzung auf die finanzielle Situation des Landes Mecklenburg-Vorpommern“. Ich möchte darauf antworten, denn die Auswirkungen sind dramatisch! Die Zahlen sind hier bereits genannt worden. Ich möchte aber noch hinzufügen, dass nicht nur die Steuerausfälle im Jahr 2004/2005, also im Doppelhaushalt, uns belasten werden, sondern eine Entscheidung, die dazu geführt hat, dass wir den Fehlbetrag, also das, was wir im letzten Jahr nicht ordentlich einfahren konnten, in der Einnahmesituation in der Größenordnung von 162 Millionen Euro auch noch vor uns hertreiben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, 163!)

Wir haben also etwa 278 Millionen zu diesen Fragen haushaltspolitisch umzusetzen. Weiter möchte ich noch hinzufügen, denn die Landesregierung hat ja, weil das Parlament es ihr ermöglicht hat, zur Garantie des Versprechens, jeder Jugendliche, jede Jugendliche bekommt einen Ausbildungsplatz in Mecklenburg-Vorpommern, einen Finanzierungsbedarf von 26 Millionen innerhalb des Nachtragshaushaltes aufzubringen. Das gilt auch für die Folgejahre und das sollten wir auch in diesen Kontext stellen. Ich möchte noch einmal eindringlich sagen: Hier wird so getan, als wenn die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern ursächlich dafür verantwortlich ist, dass wir es mit dieser dramatischen Situation zu tun haben. Sie lächeln, meine Damen und Herren, das ist auch lächerlich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Von Brandenburg über Bayern über Baden-Württemberg bis nach Mecklenburg-Vorpommern ist die Situation – leider nicht, weil es diese Finanzministerin gibt – so dramatisch.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Dass wir aber nicht ganz so hart betroffen sind wie die anderen Länder, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen

mit 1 Milliarde Euro, Brandenburg und Thüringen mit 150 Millionen, hat auch damit zu tun, dass diese Finanzministerin in den letzten Jahren Vorsorge getroffen und mitgedacht hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

damit es für uns nicht so kompliziert wird. Aber eins ist natürlich Fakt: Wenn keine Einnahmen ins Land kommen, müssen wir reagieren. Das Land muss seine Hausaufgaben machen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und da ist es nicht so lapidar zu sagen, wir machen mal so nebenbei keinen Nachtragshaushalt. Mit der Entscheidung, dass wir keinen Nachtrag fahren, sichern wir die Investitionen und die öffentliche Auftragslage durch das Land.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Sie können doch nur das Geld ausgeben, was Sie haben!)

Wir sichern soziale Standards im Land, wir werden die Bildungsoffensive weitertreiben und wir werden in diesem Zusammenhang ganz klar sagen: Die Kommunen dieses Landes werden nicht zusätzlich belastet! Das ist die politische Botschaft der Erklärung zur Steuerschätzung der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Ihr Haushalt ist doch nach acht Wochen schon wieder verfallen!)

Wer so tut, dass die Einsparmaßnahmen, die wir hier notwendigerweise durchsetzen müssen, mal so nebenbei gemacht werden können, der sieht offiziell nicht die Dramatik und die politische Brisanz, die darin steckt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Weil Sie seit sieben Jahren nichts gemacht haben, weil Sie die ganze Haushaltsstruktur in'n Dutt gefahren haben. Das ist das Problem. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Personalkosten um 6 Millionen weiter zu reduzieren, das bedeutet doch nichts anderes als Beförderungsstopp. Der ist aber erarbeitet worden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Also, keine externe Stellenbesetzung! Was bedeutet das für den Einstellungskorridor bei der Polizei und bei den Lehrerinnen und Lehrern? Was heißt Wiederbesetzungssperre?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das hat man bei der GEW-Vorsitzenden gemerkt! Beförderungsstopp!)

Die Personalausgaben derartig zu reduzieren ist ein Einschnitt, der nicht so einfach zu machen ist. Ich kenne auch ziemlich große Polizisten und weil ich mir darum Sorgen mache,

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie doch mal die kleinen Polizisten! – Gabriele Schulz, PDS: Das wollen Sie, Herr Jäger!)

möchte ich hier sagen:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das Sektklas zu schwenken hilft nicht. Reden Sie mit den Kleinen!)

Wir wollen mit dieser Entscheidung, dass die Beamtenbesoldung in die Sparmaßnahmen eingebracht werden soll, kein Bild bedienen, dass in den letzten Tagen im Land kursiert: Die verdienen doch sowieso zu viel!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Oder das Bild von Baumann und Clausen! Nein, denn auch Beamtinnen und Beamte leisten in dieser Landesverwaltung eine hervorragende Arbeit und wir werden sie brauchen, weil wir mit ihnen gemeinsam die Verwaltungs- und Funktionalreform gestalten wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und trotzdem, meine Damen und Herren, fordern wir als Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen die Solidarität der Bediensteten des Landes an. Wir schätzen ihre engagierte Arbeit. Wer aber einerseits erklärt, dass wir betriebsbedingte Kündigungen vermeiden wollen, und das vertraglich mit dem DGB und zukünftig auch mit dem Landesbeamtenbund fixiert,

(Harry Glawe, CDU: Der DGB freut sich schon.)

der muss auch unbequeme Wege gehen und sagen, deshalb müssen wir auch bei der Beamtenbesoldung einen Einschnitt machen. Diese gemeinsame Entscheidung fällt im Übrigen nicht in Mecklenburg-Vorpommern allein, sondern in Absprache mit dem Bund und mit allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

(Andreas Bluhm, PDS: Auch der CDU-regierten!)

Ich möchte hier aber auch sagen, natürlich liegt mir, da ich vor allen Dingen auch die gewerkschaftspolitische Arbeit in der PDS-Fraktion mache, die Öffnungsklausel ein bisschen wie ein Stein im Magen. Ich sage deshalb, dass wir uns dafür einsetzen möchten, dass auch in unserem Land die Öffnungsklausel durch das sozialpartnerschaftliche Umgehen mit den Gewerkschaften und mit dem Landesbeamtenbund ausgehandelt wird. Wir sollten darüber nachdenken, dass die Öffnungsklausel in dieser dramatischen Situation vielleicht doch zeitlich befristet werden sollte, so, wie es die Finanzministerin gesagt hat, dass es eine soziale Staffelung in diesem Bereich geben muss. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie natürlich auch für den Landtag gilt!

(Torsten Renz, CDU: Am besten eine Arbeitsgruppe bilden.)

Frau Finanzministerin hat darauf hingewiesen, dass wir auch im sächlichen Bereich einsparen müssen.

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir schon immer kritisiert, Frau Gramkow!)

Das Gutachterwesen, da gebe ich Ihnen Recht, da können und müssen wir etwas tun.

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir schon gemerkt!)

Bei den laufenden Ausgaben werden wir noch einmal 8 Millionen aus dem Haushalt herausdrücken.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wir wissen, was das bedeutet, denn das sind freiwillige Leistungen, das sind Förderungen, die eigentlich das

Leben angenehm gestalten und wofür wir uns einmal eingesetzt haben. Deshalb ist es auch richtig, vielleicht kann die Landesregierung das dem Finanzausschuss zuleiten, dass diese 8 Millionen, an welchen Stellen sie auch eingespart werden sollen, welche Förderbereiche in den Ministerien zurückgenommen werden sollen, bis zum 30.06.2003 dem Parlament als Untersetzung zur Verfügung gestellt werden. Die Entscheidungen, die hier kurzfristig getroffen sind, werden von der PDS-Fraktion mitgetragen. Die Entscheidungen sind notwendig und solide und sie sind angesichts der dramatischen Situation im Land keine populären Maßnahmen. Aber das, was wir von der CDU hören, ist die alte Leier und schön populistisch.

(Harry Glawe, CDU: Na hören Sie mal!)

Sie fordern, die berufliche Weiterbildung voranzutreiben. Handwerker und Unternehmer beschwerten sich jedoch darüber, dass in diesem Bereich zu wenig gemacht wird.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es gibt ein Bildungsfreistellungsgesetz. Unternehmen und Handwerker sagen, das läuft hervorragend.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Sämtliche Mittel in der betrieblichen Weiterbildung in Höhe von 350.000 Euro sind bewilligt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das hat mit dem Thema nichts zu tun!)

Sie sagen, das schaffen wir ab und mit der Summe sanieren wir mal schnell den Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern. Lächerlich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Weil die Weiterbildung so hervorragend läuft und selbst Unternehmen sagen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

das ist ein faires Angebot, meine Damen und Herren von der CDU, weil das so ist, wird es auch so bleiben.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Gleiches gilt für den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Sagen Sie doch Ihren Landräten, die beim Arbeitsministerium Anfang dieses Jahres darum gebeten haben, dass sie für die Initiative Jugend- und Schulsozialarbeiter zusätzliche Mittel bekommen, dass Sie die Initiative abschaffen wollen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU – Rudolf Borchert, SPD: Tja!)

Sagen Sie, dass Sie die 1.400 Arbeitsplätze, die über den gemeinwohlorientierten Bereich im Land dauerhaft finanziert werden, abschaffen wollen

(Kerstin Fiedler, CDU: Über ABM und SAM werden die finanziert, nicht dauerhaft. Das ist doch Quatsch!)

und damit, Frau Keler hat es gesagt, in diesem Bereich die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Ich weiß nicht, warum das Quatsch ist, Frau Fiedler. Gehen Sie doch in Ihren Kreis!

(Kerstin Fiedler, CDU: Wir haben 60.000 Langzeitarbeitslose gehabt. – Harry Glawe, CDU: Wir haben 60.000 Arbeitslose in unserem Kreis.)

Gerade der Landkreis Uecker-Randow hat einen Nachschlag aus dem Arbeitsministerium bekommen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das ist Ihre Bilanz, Frau Gramkow!)

Ja was denn nun? Abschaffen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Kerstin Fiedler, CDU: Wenn sie die Ausbildung hinter sich haben, dann liegen sie auf der Straße!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gramkow von der PDS-Fraktion. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Torsten Renz, CDU: Ja bloß, dann muss Sie auch zum Thema sprechen! – Gabriele Schulz, PDS: Sie spricht zum Thema! – Heinz Müller, SPD: Wenn Dummheit weh täte!)

Frau Gramkow, einen Moment bitte.

Herr Renz, das war eine Kritik an meiner Aussage! Das ist nicht zulässig!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, das war keine Kritik. Das stimmt nicht! – Eckhardt Rehberg, CDU: Och!)

Angelika Gramkow, PDS: Herr Renz, es war der Fraktionsvorsitzende Ihrer Fraktion, der öffentlich erklärt hat, dass er durch die Streichung des Bildungsfreistellungsgesetzes und die Abschaffung der öffentlich geförderten Beschäftigung im Landeshaushalt

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

den Haushalt in Größenordnungen von 100 Millionen sanieren kann.

(Rudolf Borchert, SPD: Das war das Thema! Das ist das Thema!)

Ich denke, es ist wichtig, dass man diese Leier hier auch ganz konkret anspricht.

(Unruhe bei der CDU)

Angesichts der aktuellen Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie alle in unseren Städten, in den Dörfern, in den Kreisen gemeinsam erleben, dass heute 11.500 Menschen weniger in Maßnahmen wie ABM, SAM und Weiterbildung sind als im letzten Jahr, kann man doch nicht allen Ernstes die aktive Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung auch noch an den Nagel hängen wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Harry Glawe, CDU: Wir haben die Sachkosten gekürzt im Bereich ABM. – Dr. Armin Jäger, CDU: Meinen Sie denn die Bundesanstalt für Arbeit oder was?)

Das ist doch die falsche Entscheidung für die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Und weil das so ist, meine Damen und Herren von der CDU, wird genau deshalb aktive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Landeshaushaltes eine große Rolle spielen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie haben ja nicht einmal die Anteile des Landes bereitgestellt!)

Aber ich möchte noch hinzufügen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass wir, leider suggerieren Sie das auch von der CDU, alleine und aus eigener Kraft nicht in der Lage sein werden, die wirtschaftliche Situation und die Einnahmesituation des Landes Mecklenburg-Vorpommern so in der Art und Weise: „Wir leben auf einem Stern!“ zu verbessern.

(Harry Glawe, CDU: Das ist die Wahrheit! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Hier ist es notwendig, dass auch die Bundesregierung und die Bundespolitik ihre Hausaufgaben macht und reagiert,

(Harry Glawe, CDU: Reagiert mit Worten.)

reagiert mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen innerhalb der Entscheidung in Ostdeutschland und nicht nur mit einer Agenda 2010.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, das ist ja das Schlimme, dass sie reagiert und nicht agiert!)

Und weil es Ihnen offensichtlich nicht schmeckt, dass wir ein paar Feststellungen treffen, möchte ich an dieser Stelle Steuerexperten vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Halle einmal bemühen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was schmeckt uns nicht? – Harry Glawe, CDU: Was?!)

Sie haben Folgendes festgestellt:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist ein gutes Institut.)

Die geplanten Reformen der Bundesregierung zur Agenda 2010 treffen in der Tendenz die Ärmsten der Gesellschaft. Sie treffen damit jene Schichten, die ihr gesamtes Geld ausgeben müssen. Nimmt man ihnen Geld weg, belastet man unmittelbar die Nachfrage, das belastet den Konsum und damit die Binnennachfrage. Damit belastet man das Wachstum und damit bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Und dieses Institut, was nachweislich ein konservatives Institut ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum schimpfen Sie da eigentlich mit uns? – Eckhardt Rehberg, CDU: Vielleicht sollten Sie Ihre Blickrichtung leicht verändern. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sagt weiter, in Deutschland werden Arbeitseinkommen mit Sozialabgaben und Lohnsteuer verhältnismäßig stark belastet.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Andere Länder belasten die übrigen Einkommen, wie Gewinneinkommen, Kapitaleinkommen und auch das Vermögen, wesentlich stärker als in Deutschland.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Gramkow, wie heißt der Bundeskanzler?)

Sie finanzieren ihre Sozialsysteme über das Steuersystem und nicht über den Faktor Arbeit.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Torsten Koplin, PDS – Harry Glawe, CDU: Im Land Mecklenburg-Vorpommern sind während Ihrer Regierungszeit 67.000 Arbeitsplätze weggefallen.)

In diesem Zusammenhang sei mir ein letzter Satz gestattet. Weil das so ist,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

frage ich Sie: Warum verzichtet die Bundespolitik auf Einnahmen, die den Ländern auch zugute kommen können?

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Wiedererhebung der Vermögenssteuer – 20 Milliarden Euro,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Börsenumsatzsteuer – 13 Milliarden Euro,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Stimmt gar nicht.)

Beibehaltung der Zinssteuer und Nichteinführung der Zinsabschlagsteuer – 13 Milliarden Euro. Summa summarum 46 Milliarden Euro,

(Torsten Koplin, PDS: Da ist das Geld. –

Dr. Armin Jäger, CDU: Wer hat denn dieser Steuerreform zugestimmt?)

die wiederum die Sozialversicherungssysteme entlasten können und Arbeitsplätze schaffen. Das ist von einem Wirtschaftsförderungsinstitut.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und nicht darüber nachzudenken bedeutet längerfristig letztendlich, von den Ärmsten in der Gesellschaft,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber Ihr Kollege Holter hat doch zugestimmt. – Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Holter hat doch zugestimmt.)

von den Lohnabhängigen unser Steuersystem finanzieren zu lassen, und nicht von denjenigen, die es eigentlich haben.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Umsteuern ist angesagt in dieser Situation.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Gramkow, Herr Holter hat doch zugestimmt.)

Dass Sie das nicht hören wollen, meine Damen und Herren von der CDU, ist mir klar. Ihr wichtigstes Argument in der Steuerpolitik ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Gramkow, Ihre Redezeit ist jetzt aber wirklich abgelaufen.

Angelika Gramkow, PDS: ... ist die Senkung des Spitzensteuersatzes

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und die ist mit uns nicht zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ist ein starker Staat gut für arme Bürger, ist ein reicher Staat gut für arme Bürger oder führt ein reicher Staat nicht eher dazu, dass die Bürger verarmen, dass es eine Abwärtsspirale der Wirtschaft gibt und zu weniger Steuereinnahmen führt? Ich habe hier von den Koalitionsfraktionen nur eine Steuererhöhungsdebatte als Reaktion gehört, wie man Deutschland aus der Misere führen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Frau Keler, es ist ja sehr schön, dass Sie Beispiele in Deutschland suchen, aber wir sollten über unseren sozialdemokratischen Tellerrand auch einmal hinaus schauen. Warum ist es denn so, dass andere Staaten der Europäischen Union ein stärkeres Wirtschaftswachstum, eine geringere Arbeitslosigkeit, bessere Steuereinnahmen haben? Warum ist Deutschland hier Schlusslicht und warum ist Mecklenburg-Vorpommern Schlusslicht?

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, weil die Steuer-senkungspolitik wohl nicht funktioniert hat.)

Die Steuersenkungspolitik hat in anderen Staaten funktioniert,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

aber in Deutschland geht es nicht, weil Sie der Phantasie anhängen, dass Sie all das, was die Bürger erwirtschaften, dem Staat zuleiten müssen, und weil Sie einen allzuständigen Staat wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Angelika Gramkow, PDS: Die Steuersätze sind in anderen Ländern viel höher als in Deutschland!)

Meine Damen und Herren, Frau Keler, Sie haben am 30. Mai hier in diesem Hause meine Äußerungen als blöd bezeichnet. Das haben Sie tatsächlich getan,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

aber wir sehen,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

dass die Äußerungen eben doch nicht so blöd waren, denn die Misere hat sich seitdem nicht verbessert, sie hat sich verschlechtert. Und Sie haben gesagt, die CDU hat keine Sparvorschläge gemacht. Wir haben Ihnen zum Doppelhaushalt, zum Nachtragshaushalt Sparvorschläge in Größenordnungen von über 80 Millionen Euro unterbreitet. Alles war unseriös, Frau Keler. Und wenn ich nachher noch dazu komme, werde ich Ihnen nachweisen, wie Sie unsere Sparvorschläge jetzt nutzen, um den Haushalt zu sanieren,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Na, dann können wir ja die CDU bitten.)

und das zeugt von wenig Phantasie.

Herr Borchert, Sie haben am 30. Mai 2002 erklärt, Haushaltskonsolidierung ist der einzig richtige Weg, Handlungsspielräume zu schaffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht.)

Wie sehen denn die Tatsachen aus? 2002 Nettokreditaufnahme geplant mit 332 Millionen – Ist beträgt 532 Millionen, Fehlbetrag aus 2002 283 Millionen, davon müssen wir im Nachtragshaushalt für 2003 120 Millionen unterbringen, 163 Millionen müssen wir 2004 unterbringen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Reine Verschiebung.)

Haushaltsplan 2003, geplante Verschuldung 256 Millionen, im Nachtragshaushalt erhöht um 570 Millionen auf 826 Millionen. Hier haben wir mächtige Spielräume gewonnen, Herr Borchert, für den Haushalt für die künftigen Generationen.

Und, Frau Gramkow, Sie haben hier zumindest 2002 ein realistisches Bild gemalt, während die Finanzministerin noch alles rosarot sah

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat sie nicht getan, Herr Riemann!)

und eigentlich nur einen kleinen Betriebsausfall gesehen hat. Doch, sie hat zur Maisteuerschätzung gesagt, ich zitiere: „Es handelt sich im Übrigen um vorgezogene Effekte, die sich später wieder ausgleichen werden.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

„Weitere Bewirtschaftungsmaßnahmen sind aus heutiger Sicht ... nicht erforderlich.“ Frau Keler am 30. Mai.

Und, Frau Gramkow, Sie haben gesagt, Schwerpunkte setzen wir. Wo ist die Bildungsoffensive? Gehen Sie doch mal zu den Studenten nach Greifswald! Haben Sie gestern das „Nordmagazin“ gesehen?

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Da brauchen wir eine Bildungsoffensive, da stärken wir die Hochschulen.

(Angelika Gramkow, PDS: Der Hochschulbereich bekommt 1,5 Prozent mehr. Wir haben nicht gespart im Hochschulbereich.)

Sie haben jedem Jugendlichen eine Ausbildungsplatzgarantie versprochen. Wie sah es denn 2002 aus? Wie sieht es 2003 aus? Und, Frau Gramkow, wo ist denn die Ostkomponente von Hartz?

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Herr Holter hat sie versprochen. Es ist nichts gekommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, vielleicht ist er auch für die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung zuständig oder was?!)

Und ich darf wiederum Herrn Borchert zitieren, der am 30. Mai 2002 sagte, „dass derzeit, das heißt im Ergebnis der Maisteuerschätzung, keine Notwendigkeit für einen Nachtragshaushalt gesehen wird. Wir vertrauen darauf, dass die Landesregierung die Steuermindereinnahmen in Höhe von 115 Millionen Euro ... auffängt.“ 483 waren es zum Jahresende und für 2003 sind es 666 Millionen Euro.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Sie können weiter vertrauen, Herr Borchert, Sie können Ihre Rede jedes Jahr auf dieselbe Weise halten, Sie werden damit nichts für dieses Land erreichen, weil eben keine Schwerpunkte gesetzt werden. Und, Herr Ministerpräsident, Platt schnacken allein reicht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Keler erklärte noch am 30.05.2002: „Das Steueraufkommen bei der Umsatzsteuer im Land ist um 7,3 Prozent gegenüber dem ... Zeitraum des Vorjahres gestiegen.“ Wie sahen die Ist-Zahlen aus? 2002 geplant Umsatzsteuer 2,5 Milliarden, Ist 2 Milliarden. Weniger ist bei dieser Landesregierung immer mehr. Wir hatten damals die Umsatzsteuer in Frage gestellt. Frau Keler hat gesagt, das ist alles nicht so. Wir stellen heute die Lohnsteuerentwicklung in Frage. Frau Keler sagt, das ist alles nicht so. Herr Borchert hat ja schon ein bisschen abgemindert,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

bei der Lohnsteuer könnte es doch noch zu Ausfällen kommen. Hier wird dieses Parlament, hier wird dieses Land verschaukelt und es werden keine Prioritäten gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Frau Keler, Sie hätten heute erklären sollen: Stimmt es, dass wir für einen Barwert von 50 Millionen Euro 180 Millionen Landesvermögen verkaufen? Stimmt diese Aussage, die der Staatssekretär gegenüber der „Bild-Zeitung“ in dieser Woche geäußert hat? Stimmt es, dass wir 180 Millionen Euro Landesvermögen verschleudern, um 50 Millionen Haushaltsausgleich hinzukriegen? Das ist keine solide Haushaltspolitik. Das hätten Sie diesem Landtag heute schon erklären müssen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da wurde hämisch gegrinst. Nicht mehr und nicht weniger!)

Und, Frau Gramkow, Sie haben so schön von gewerkschaftlicher Partnerschaft gesprochen. Zählt da die GdP nicht dazu?

(Angelika Gramkow, PDS: Doch, gerade die GdP! – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ist die Streichung des Weihnachtsgeldes und des Urlaubsgeldes mit der GdP abgestimmt?

(Angelika Gramkow, PDS: Das kann sie doch gar nicht. Das Parlament muss das doch beschließen. Die Regierung kann das gar nicht beschließen.)

Und, Frau Finanzministerin, Sie haben in Ihrer Pressemitteilung vom 20.05. ausgeführt, die tariflich vereinbarten Einmalzahlungen wird es nicht geben. Wollen Sie aus dem Tarifvertrag aussteigen?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Vor einem halben Jahr hat sich das anders angehört.)

Wollen Sie aus der TdL aussteigen? Vor wenigen Monaten haben Sie gesagt, das wollen wir auf Garantie nicht.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig, wir wollen nicht ausscheiden.)

Das hat der Ministerpräsident auch gesagt, auf Garantie nicht.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS: Richtig, wir wollen nicht aussteigen.)

Wie wollen Sie die Einmalzahlungen, die tariflich vereinbart sind, für Arbeiter und Angestellte streichen?

(Ministerin Sigrid Keler: Das ist ein Fehler der „Ostsee-Zeitung“.)

Nein, es ist Ihre Pressemitteilung. Das ist kein Fehler der „Ostsee-Zeitung“. FM steht darüber.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, die Einmalzahlung für die Angestellten wird überhaupt nicht gestrichen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das steht hier. Sonst müsste es heißen, falls möglich oder so, und nicht FM, wenn das nicht von Ihnen ist.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das ist wirklich unsolide, was Sie hier machen!)

Personalausgabenbudgets sollen um 6 Millionen vermindert werden. Wir haben in allen Haushalten darauf hin-

gewiesen, dass bei Personalausgaben Luft ist. Und insbesondere der Landesrechnungshofbericht zeigt, dass auch die Finanzministerin in ihrem eigenen Haushalt über Jahre Stellen vorhält, die sie nicht benötigt, die sie nicht streicht, wo sie dann die Luft in ihrem Haushalt hat.

Landeshochbau soll 11 Millionen ersparen. Sie haben gesagt, wir haben keine Vorschläge gemacht, bei mehr als 50 Millionen Euro Resten, die wir vor uns herschieben. Die Reste wachsen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wir haben schon einmal 100 Millionen DM herausgenommen. Wir haben den Vorschlag gemacht, 20 Millionen aus dem Staatshochbau herauszunehmen. Das war vor wenigen Wochen total unseriös, meine Damen und Herren, total.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Heute macht die Finanzministerin das, und das nennt sich dann seriöse Haushaltspolitik!

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Wir haben gesagt, bei Zinsen sind angesichts der Zinsentwicklung Einsparungen möglich – total unseriös, meine Damen und Herren, das kommt von der CDU. Heute kommt es von der Finanzministerin – sehr seriös, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben bei sächlichen Verwaltungsausgaben ein Einsparpotential gesehen, das weit – zugegeben – über das hinausgeht, was die Finanzministerin heute vorschlägt: 8 Millionen Euro. Wir wollten 20 Millionen. Gut, das mag sehr unseriös sein, aber 8 Millionen sind ganz seriös, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn man dann sagt, zehn Prozent können eingespart werden, wie die Finanzministerin das am Dienstag auf der Pressekonferenz getan hat, dann sind es eben nicht 8 Millionen, sondern, meine Damen und Herren, 35 Millionen, die eingespart werden können. Frau Finanzministerin verkündet, zehn Prozent sind einsparbar. Von 350 Millionen sind das für mich – zumindest wenn ich seriös rechnen kann, aber es kann ja sein, dass ich das nicht kann – dann 35 Millionen, die eingespart werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Es geht nur um Halbwertszeiten.)

Also ich sage, hier wird gestrichen, vorsichtig gestrichen, es werden keine Prioritäten gesetzt mit dem, was die Landesregierung für dieses Jahr hat. Und, meine Damen und Herren, Frau Keler beziehungsweise die Koalitionsfraktionen haben gesagt, wir müssen Sie noch drei Jahre ertragen. Nein, wir ertragen Sie, aber das Land erträgt Sie nicht mehr,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

weil das Land durch Ihre Politik in einen Stillstand geführt und die Zukunft dieses Landes verspielt wird. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Abgeordneter Riemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist von mehreren Vorrednern hier bereits zum Ausdruck gebracht worden, dass die Situation der öffentlichen Haushalte in Deutschland außerordentlich schwierig, dass sie dramatisch ist. Diese dramatische Situation – und Sie erwarten vermutlich von mir, dass ich etwas zu diesem Thema sage – betrifft nicht nur die Haushalte des Bundes und der Länder, sondern sie betrifft auch die Haushalte unserer Städte, Kreise und Gemeinden. Selbst wenn wir die Steuerausfälle in diesem Jahr – die Finanzministerin hat die Zahlen genannt – noch nicht bemerken, auch hier haben wir eine Situation, die in vielen Fällen unsere kommunalen Gebietskörperschaften an den Rand der Handlungsunfähigkeit oder sogar bis in die Handlungsunfähigkeit hinein treibt.

Aber schauen wir uns die Situation unserer Kommunen mal ein bisschen genauer an. Schauen wir uns zunächst einmal die Einnahmesituation an, und zwar ganz konkret hier in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern, wobei das tendenziell auch für die anderen neuen Bundesländer gilt, dann müssen wir feststellen, dass unsere Kommunen ganz überwiegend eben leider – leider, sage ich dazu – nicht von eigenen Steuereinnahmen ihre Ausgaben finanzieren können, sondern dass die wesentliche Einnahmequelle unserer Städte, Kreise und Gemeinden die Zuweisungen der Länder sind. Und deswegen, meine Damen und Herren, wenn wir über kommunale Finanzen reden, dann müssen wir in allererster Linie den Blick auf das richten, was die Länder – hier konkret das Land Mecklenburg-Vorpommern – gegenüber ihren Gemeinden tun.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Deswegen
wollen wir wieder 28 Prozent.)

Und deswegen, Herr Dr. Jäger, möchten Sie gerne zurück zur Verbundquote.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl.)

Und wir haben eine Regelung, die wir im Einvernehmen mit den kommunalen Verbänden vereinbart haben, die Gleichmäßigkeitsgrundsatz heißt und die um eine ganz wichtige Komponente ergänzt wird. Diese Komponente heißt Mindestzuweisung. Nun stellen Sie sich bitte einmal vor – Coniunctivus Irrealis –, wir hätten eine Situation, wie Sie sie gerne hätten, Herr Dr. Jäger, in der wir mit Verbundquoten arbeiten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Was würde jetzt passieren?

(Dr. Armin Jäger, CDU: 100 Millionen mehr.)

Wir würden in einer Situation, in der die Steuern massiv wegbrechen, in der wir weniger Steuereinnahmen haben als vorausberechnet, als vorausgeschätzt, auch die Kommunen hier mit in diesen Strudel hineinziehen. Wir kämen genau in die Situation, die wir vor sechs, sieben, acht Jahren gehabt haben, dass man Nachberechnungen hat, dass man Nachforderungen hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auf sehr hohem
Niveau, da wären 200 Millionen mehr.)

Und wenn Sie 28 Prozent sagen, dann müssten Sie 28 Prozent von 95 Millionen errechnen, was nicht besonders schwierig ist, und müssten dieses den Kommunen abziehen. Das wäre exakt die Folge Ihrer Politik.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und trotzdem hätten wir noch mehr, Herr Müller, wenn Sie mal nachrechnen.)

Sie würde dazu führen, dass diese Kommunen noch weiter verarmen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein.)

und noch weiter handlungsunfähig werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir hätten noch mehr als das jetzt.)

Und dazu sagen wir, das ist die Politik, die wir genau nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein, wir hätten noch mehr!)

Wir können heute feststellen, dass die Mindestgarantie, die wir unseren Kommunen gewähren,

(Harry Glawe, CDU: Nun jubeln alle.)

gerade in der jetzigen, in der äußerst schwierigen, äußerst kritischen Situation genau ein Rettungsanker für unsere Kommunen ist.

(Harry Glawe, CDU: Den kriegen Sie gar nicht mehr angehoben.)

Und ich glaube, nein, ich bin sicher, unsere Kommunen sind sehr, sehr froh, dass wir diese Mindestgarantie haben und sie eben nicht mit in diesen Strudel hineingearaten,

(Egbert Liskow, CDU: Gehen Sie mal vor Ort!)

und deswegen ist diese Mindestgarantie sehr gut und sehr vernünftig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen, dass uns 160 Millionen fehlen?!)

Und wenn hier, meine Damen und Herren, die Finanzministerin darauf hinweist, dass diese Mindestgarantie auf die Dauer auch ein kritischer Punkt ist, dann kann ich dazu sagen, die Finanzministerin hat ihre Aufgabe und ihre Funktion, und dann werden wir miteinander reden müssen, wie wir das gestalten. Aber im Moment – und der Entwurf einer Novelle für das Finanzausgleichsgesetz geht ja auch in diese Richtung – bleiben wir bei dieser Mindestgarantie und das ist sehr gut.

Aber lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch einen Coniunctivus Irrealis bauen. Und da möchte ich auf Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, gerne mal ein bisschen näher eingehen. Sie reden hier nämlich nach der Parole des französischen Moralisten La Bruyère, der einmal gesagt hat: „Am sichersten macht man Karriere, wenn man jedem überzeugend den Eindruck vermittelt, es sei für ihn nützlich, einem zu helfen.“ Und genauso reden Sie jedem nach dem Mund und versprechen genau immer das, was diejenigen hören wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen, dass das nicht stimmt. – Torsten Renz, CDU: So haben Sie Ihre Wahl gewonnen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, und Gabriele Schulz, PDS)

Wenn Ihre Partei im Land und bundesweit von einer Staatsquote von 40 Prozent spricht, dann frage ich Sie,

was heißt denn eigentlich Staatsquote? Staatsquote heißt doch die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie den Sozialversicherungen. Und die haben im Moment einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 48 Prozent. Wenn wir dies absenken auf 40 Prozent, dann ist das ein Sechstel weniger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und wer glaubt, dass man eine solche Operation vornehmen – das müssten ja selbst Sie verstehen, Herr Renz – und dabei die kommunalen Haushalte ungeschoren lassen könnte, der sagt den Leuten doch die Unwahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, sagen Sie das doch mal einem Clement!)

Wer eine solche Politik betreibt ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sagen Sie das mal dem Bundeswirtschaftsminister! – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Getroffene Hunde bellen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was sagt denn der Bundeswirtschaftsminister dazu?)

Wer eine solche Politik betreibt, kann nicht gleichzeitig sagen,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

wir erhöhen die zur Verfügung stehende Masse für die Kommunen,

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

sondern er muss den Leuten bitte schön die Wahrheit sagen, dass dieses eine Politik ist, die die Möglichkeit aller öffentlichen Haushalte einschränkt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wer sich hier hinstellt und sagt – und das haben wir ja vor wenigen Wochen erst gehabt –, wir brauchen 100 Millionen mehr für die Kommunen, wir als CDU schaffen das und wir schaffen das mal eben mit so ein paar kleineren Einsparungen und stellen den Kommunen 100 Millionen mehr zur Verfügung, dann aber gleichzeitig sagt, dass er eine Staatsquote auf 40 Prozent absenken will, der muss hier eigentlich mal klar Farbe bekennen, welche Politik er macht, und er darf nicht jedem das versprechen, was der gerade hören will, denn genau das tun Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Und noch eins zu Ihrem konkreten Verhalten: Wir haben schon über das Verhalten der CDU im Bundesrat zum Thema Steuervergünstigungsabbaugesetz gesprochen – hören Sie sich bitte einmal an – und das müsste doch gerade für die Kommunalpolitiker in der CDU etwas sein, was eigentlich zu ihrem täglichen Geschäft gehört –, was die amtierende Präsidentin des Deutschen Städtetages Frau Roth aus Frankfurt am Main, bekanntlich Mitglied Ihrer Partei, zu Ihrem Verhalten sagt! Sie sagt ganz klipp und klar und die Frau hat Recht: Das Verhalten der CDU im Bundesrat hat den Kommunen in Deutschland massiv geschadet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und genau das ist es.

(Harry Glawe, CDU: Ihre Steuergesetzgebung hat den Gemeinden und den Städten geschadet. Das wissen Sie ganz genau.)

Herr Glawe, lieber Kollege Glawe, von dem ich weiß, dass er in seiner Partei ja auch in der kommunalpolitischen Vereinigung eine Funktion hat, so wie ich bei meiner sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

wir sollten die Worte unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker –

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und ich schätze Frau Roth sehr, auch wenn sie das falsche Parteibuch hat –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

ein wenig ernster nehmen und wir sollten mit den kommunalen Finanznöten vielleicht ein bisschen seriöser umgehen, als Ihre Bemerkungen es hier deutlich machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wer am letzten Sonntag Frau Roth in der Runde bei Frau Christiansen gesehen hat, der weiß, wovon ich rede. Hier hat die CDU eine Chance gehabt, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen, und sie hat genau das Gegenteil gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und deswegen, Herr Rehberg, Ihre Worte vom Sparwillen der CDU hier im Land, die Botschaft höre ich wohl, ...

(Harry Glawe, CDU: Allein mir fehlt der Glaube. –
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS: Oh, richtig.)

Oh, literarische Kenntnisse sind vorhanden.

Wenn ich dann auf der anderen Seite sehe, dass immer dann, wenn es opportun ist, und immer dann, wenn man glaubt, in der Öffentlichkeit damit punkten zu können, Sie sehr großzügig sind mit dem Geldausgeben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo denn?
Nennen Sie doch mal ein paar Beispiele!)

dann kann ich an diesen Sparwillen nicht glauben.

Wenn Sie ein Beispiel hören wollen: Wer 100 Millionen, wie Herr Ringguth es gesagt hat, für die Kommunen mehr geben will,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich.)

der kann zwar hoffen, dass er damit bei den Kommunalpolitikern punktet, aber wer keinerlei Ansatz hat,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, einen
Ansatz haben wir, den haben wir.)

wie er diese 100 Millionen überhaupt zusammenkriegen soll, der macht sich auf Dauer selbst unglaublich. Und wenn Sie das tun, könnte ich ja damit noch leben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

aber der sorgt auf die Dauer – und damit kann ich nicht leben – auch für Politikverdrossenheit,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

weil Leute, die immer nur alles versprechen und nicht an Realisierung denken, der Demokratie auf Dauer nicht nützlich sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch einen Punkt ganz kurz ansprechen. Herr Rehberg, Sie haben auf die Verwaltungsreform hingewiesen. Sie haben Eichämter und andere Verwaltungen genannt. Das ist in der Tat ein Punkt, über den wir reden müssen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und das ist in der Tat eine Position, wo auch wir erhebliche Einsparmöglichkeiten für die öffentlichen Haushalte insgesamt sehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Zwei Ministerien
weniger. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber ich hoffe sehr, Herr Dr. Jäger, dass diese Diskussion nicht bei dem mit der Konsequenz einer tibetischen Gebetsmühle wiederholten Argument der zwei Ministerien stehen bleibt,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, fangen Sie doch mal an!)

sondern wir tatsächlich auch in die Breite gehen und diese Landesverwaltung tatsächlich in der Breite auf den Prüfstand stellen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Darauf können Sie sich
verlassen. – Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

und dass wir dabei auch die Verbindung zwischen kommunalen und Landesverwaltungen sehen und bereit sind, bei den kommunalen Verwaltungen Veränderungen vorzunehmen, denn nur gemeinsam wird ein Schuh daraus. Und dann kann ich Sie nur bitten, mit meinem Landrat Herrn Waack,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

der Ihrer Partei angehört und der öffentlich bekundet, er werde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln solche Maßnahmen bekämpfen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Welche Maßnahmen?)

mal zu reden, ob die CDU nicht vielleicht ein bisschen mehr Geschlossenheit zeigen sollte und eine solche Reform auf allen Ebenen und insgesamt unterstützen will.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wer nicht nachtrödeln will bei der Verwaltungsreform, Herr Rehberg, der hat dazu eine Menge Gelegenheit. Die Politik, die Sie im Moment in einer Reihe von mitberatenden Ausschüssen betreiben, scheint mir nicht geeignet zu sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch nicht in
Ihrem Ausschuss, in Ihrem Ausschuss!)

hier voranzutreiben, sondern es ist der Versuch, Sand in das Getriebe zu werfen und das Nachtrödeln erst zu produzieren.

Also, meine Damen und Herren, kommen Sie davon weg, jedem das zu versprechen, was er will! Wer mal

weniger Steuerreform verlangt und mal mehr, dann aber die Einnahmeausfälle der öffentlichen Haushalte beklagt, der gewinnt hier nicht an Glaubwürdigkeit. Sie sollten zurückkommen zu einer klaren, zu einer erkennbaren Linie, mit der man sich dann auch auseinander setzen kann, und nicht Ihre Fahne immer nach dem Wind des jeweiligen Zuhörers drehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Man muss aber erkennen, wohin.)

Ansonsten bleibt mir nämlich nur, dass wir in einem demokratischen und republikanischen Staat zwar keine Adelstitel mehr verleihen, aber wenn wir es dennoch täten, hätte der eine oder andere von Ihnen vielleicht die Chance, den Titel „Eure Scheinheiligkeit“ zu bekommen, und das wäre doch nicht im Sinne unserer Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Ums Wort gebeten hat jetzt noch einmal die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz noch mal auf drei Nebelkerzen von Herrn Riemann reagieren,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

weil ich glaube, es ist notwendig.

Das Erste ist, die Bedingungen für die Forderungsverkäufe werden wir natürlich offen legen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie müssen sie offen legen.)

Hier gibt es wahrscheinlich irgendwelche Missverständnisse zwischen Nominalwert und abgezinstem Barwert. Herr Riemann, das haben wir Ihnen doch auch im Finanzausschuss zugesagt und dann ist es hier irgendwie, ich weiß nicht, nicht ganz fair und es ist eine Nebelkerze, wenn Sie hier solche Behauptungen aufstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das erstens. Das Zweite, Herr Riemann, die sächlichen Verwaltungsausgaben. Stimmt, 350 Millionen Euro, zehn Prozent davon sind 35 Millionen Euro.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hat er doch gut gerechnet. – Harry Glawe, CDU: Da hat er gut gerechnet. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also so rechnen können wir allemal, aber Sie wissen ganz genau, dass es davon eine ganze Reihe von rechtlich gebundenen gibt und dass ich immer von den freien sächlichen Verwaltungsausgaben gesprochen habe, die disponibel sind. Herr Riemann, das ist auch eigentlich logisch, das müssten Sie wissen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sind das mehr als 90 Prozent? – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Deshalb hier diese Behauptung so aufzustellen, das ist wieder eine weitere Nebelkerze.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und das Dritte, meine Damen und Herren, und Wichtigste ist eigentlich das Thema Beamtenbesoldung und dann

die Tarifzahlung. Ich will das hier ganz bewusst mal vorlesen, wie es in der Presseerklärung steht, damit es deutlich wird, dass hier jemand das nicht im Kontext gelesen hat: „Die Beamtenbesoldung wird in 2003 gegenüber den hierfür veranschlagten Ausgaben um 11 Mio. 1 abgesenkt. Das wird dadurch erreicht, dass der Tarifaabschluss nicht vollständig für die Beamten übernommen und das Weihnachtsgeld reduziert wird.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Punkt!)

„Die im Tarifaabschluss für die Angestellten und Arbeiter vereinbarten Einmalzahlungen wird es nicht geben, und die lineare Besoldungsanpassung wird um drei Monate verzögert.“ Es geht hier eindeutig um die Besoldung und um nichts anderes. Und ich sage hier noch mal an der Stelle: Wir halten an der TdL fest.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aktuelle ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee, nee, nee, ich hab noch eine Rede.)

Die CDU hat keine Redezeit mehr.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, nee, nee! –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: In der Aktuellen Stunde gibt's das nicht. – Gabriele Schulz, PDS: Das ist klar definiert.)

Ich unterbreche die Landtagssitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 10.29 Uhr

Wiederbeginn: 10.35 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/465 vor.

Fragestunde – Drucksache 4/465 –

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Innenministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Herrn Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kosten verursachen 0190er und 0900er Mehrwertdiensterufnummern in den einzelnen Ministerien des Landes Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Abgeordneter Born, eine Auswertung der Telekomrechnungen für die zentrale Telekommunikationsanlage der Landesregierung ermittelte für das Jahr 2002 für die Nutzung von 0190er Servicenummern, insgesamt über alle Ministerien hinweg, 812,79 Euro. Im Jahr 2003 wurden im Monat Januar Kosten in Höhe von 63,07 Euro ermittelt. In den Folgemonaten entstanden keine Kosten. Die Kosten für den Verfassungsschutz werden gesondert ausgewiesen. Die Servicenummern 0900 wurden in den betreffenden Zeiträumen nicht genutzt. Darüber hinaus werden in den einzelnen Ressorts eigenverantwortlich separate Telefonanschlüsse, zum Beispiel für Internetzugänge bezie-

hungsweise für den Datenaustausch, vorgehalten. Im Jahr 2002 sind im Innenministerium insoweit hier ebenfalls Kosten in Höhe von 3,52 Euro für die dienstliche Nutzung angefallen. In einer diesbezüglichen telefonischen Abfrage bei den anderen Ressorts wurden keine Kosten für 0190er beziehungsweise 0900er Servicenummern gemeldet.

Dr. Ulrich Born, CDU: Vielen Dank. Die zweite Frage lautet:

2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Nutzung von Mehrwertdiensternummern in den Landesministerien auf seriöse Angebote zu beschränken?

Minister Dr. Gottfried Timm: In Abstimmung mit den übrigen Landesministerien erfolgte bereits im Dezember 2002 eine grundsätzliche Sperre aller 0190er Rufnummern sowie bei der Telefonauskunft in der zentralen TK-Anlage der Landesregierung. Auf dienstliche Anforderung können diese Rufnummern für einzelne Teilnehmer jedoch weiterhin frei geschaltet und auch genutzt werden. Für den separaten Telefonanschluss im Innenministerium wurde am 22. Januar 2003 eine generelle Sperrung der oben genannten Servicerufnummern bei der Telekom veranlasst. Ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs derartiger Rufnummern befindet sich derzeit zur Abstimmung im Bundesrat.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Minister Dr. Gottfried Timm: Bitte schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wir kommen jetzt zum Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers. Hier liegen mehrere Fragen vor. Ich bitte Sie, zunächst die **Fragen 3 und 4** zu stellen. Beantwortet werden die Fragen im Auftrag des Wirtschaftsministers durch die Finanzministerin. Es handelt sich um Fragen des Abgeordneten Herrn Petters, der sie heute selbst nicht stellen kann. Herr Born wird es übernehmen.

Ministerin Sigrid Keler: Moment mal bitte, welche Fragen sind das?

Dr. Ulrich Born, CDU: Es sind die Fragen 3 und 4.

Ministerin Sigrid Keler: Gut.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Ministerin, die Frage Nummer 3 lautet:

3. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit, durch Gründung einer Landesinvestitionsbank in Mecklenburg-Vorpommern zur Verbesserung der Finanzierungssituation von Unternehmen beizutragen?

Ministerin Sigrid Keler: Herr Abgeordneter Born! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Sollte es zur Errichtung einer Landesförder- beziehungsweise Investitionsbank mit eigenem Förderprogramm kommen, ist mit einer erheblichen finanziellen Ausstattung dieser Institutionen für die gesetzlich geforderte Eigenkapitalausstattung einer Bank, für die Errichtungs- und Personalkosten sowie für die Finanzierung der eigenen Förderprogramme zu rechnen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Risiken bei der Unternehmensfinanzierung tendenziell von der Kreditwirtschaft auf die öffentliche Hand verlagert werden. Deshalb sollte zunächst versucht werden, die bestehenden Förderpro-

gramme zur Unternehmensfinanzierung so zu schärfen, dass dies von der Kreditwirtschaft zur Unternehmensfinanzierung genutzt werden kann.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Nachfrage? (Zustimmung)

In der „Schweriner Volkszeitung“ vom 21./22. Dezember 2002 ist die Überschrift zu lesen: „Investitionsbank soll Firmen aus der Klemme helfen.“ Darunter: „Wirtschaftsminister Ebnet über Konjunktur, Bankentrückzug, Einkauf am Sonntag.“ Kann ich Ihrer Antwort entnehmen, dass die Landesregierung insgesamt derzeit nicht der Auffassung ist, dass eine Investitionsbank ein geeignetes Instrument ist, um Firmen aus der Klemme zu helfen?

Ministerin Sigrid Keler: Herr Dr. Born, ich habe Ihnen gesagt, dass die Einrichtung einer Investitionsbank sehr viele Mittel beanspruchen würde. Wir versuchen den anderen Weg, indem wir bestimmte Instrumentarien weiter schärfen. Es wird dazu Anfang Juni im Kabinett eine Vorlage beraten werden. Die Grundzüge sind vor allen Dingen der Zugang und die Verbesserung des Zugangs zum Beteiligungskapital sowie die verbesserte Absicherung von Garantien. Das ist eigentlich unser Ziel. In die Richtung wollen wir gehen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön. Die vierte Frage.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Stellen Sie bitte die vierte Frage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke. Die vierte Frage lautet:

4. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit, dass eine Landesinvestitionsbank die Durchleitung von Kreditprogrammen des Bundes übernehmen könnte, ohne dabei selber Kredite zu vergeben?

Ministerin Sigrid Keler: Die Antwort lautet: Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, dass eine Landesinvestitionsbank Kredite der Mittelstandsbank, also KfW oder Deutsche Ausgleichsbank, durchleiten kann. Dabei ist jedoch ein weiterer Grundsatz zu beachten. Die Mittelstandsbank des Bundes übernimmt bei allen Förderprogrammen zur Unternehmensfinanzierung mit Ausnahme des Bereichs Forschung und Entwicklung zurzeit nur eine anteilige, maximal 50-prozentige Haftungsfreistellung.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Das verbleibende Eigenobligo, die Haftung bei einer durchleitenden Bank, wäre wie ein eigener Kredit nach dem Kreditwesengesetz zu behandeln.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

(Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb kommt da keiner ran an die Kredite, weil die Sparkassen das Restrisiko nicht tragen wollen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Dr. Ulrich Born, CDU: Keine Nachfragen, danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Born.

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Frau Gesine Skrzepski, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Gesine Skrzepski, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Ein Satz vorweg. Ein großartiges Ereignis.

nis steht bevor in unserem Land. Am 30. Mai feiern wir die Wiedereröffnung

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Den Weltuntergang!)

des ersten deutschen Seeheilbades Heiligendamm vor großartiger touristischer Kulisse und klassizistischer Renaissance. Wir alle haben sehr viel Geld dafür gegeben. In diesem Zusammenhang meine Fragen. Zunächst die Frage 5:

5. Welchen Sachstand hat die Landesregierung im Hinblick auf eine geplante Ferienhaussiedlung in unmittelbarer Nähe zum Projekt der Fundus-Gruppe in Heiligendamm?

Ministerin Sigrid Keler: Sehr geehrte Frau Skrzepski, bevor ich jetzt die Antwort verlese, lassen Sie mich auch noch kurz vorweg etwas sagen. Ich habe erfahren, dass der Arbeitskreis der CDU-Fraktion vor ein paar Tagen beim Wirtschaftsminister war und gerade über dieses Thema mit ihm gesprochen hat, so dass Sie informiert sind. Ich gebe aber jetzt noch einmal die offizielle Version: Die OTIUM GmbH plant in Heiligendamm einen Ferienpark mit 100 Ferienhäusern, die gewerblich betrieben werden, sowie 250 Ferienhäusern, welche an Privatanleger verkauft werden sollen. Seit dem 25.01.2001 liegt im Landesförderinstitut ein Förderantrag für eine Investition in Höhe von circa 35 Millionen Euro vor. Dieser ist aber noch nicht bearbeitungsreif, da entscheidungsrelevante Unterlagen fehlen, so dass eine abschließende Bewertung des Vorhabens zurzeit nicht vorgenommen werden kann.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Gemeinde Bad Doberan befürwortet den Ferienpark und sieht kein Konfliktpotential mit der Zielgruppenausrichtung von Heiligendamm. Der Tourismusförderverein Heilbäder Bad Doberan – Heiligendamm eV hingegen ist der Auffassung, dass das Vorhaben nicht in das Tourismuskonzept von Bad Doberan passt. Die Fundus-Gruppe hat sich gegen die Errichtung des Ferienparks in Bad Doberan ausgesprochen. Die Investoren befürchten, dass ihre Bemühungen, weitere Hotels des gehobenen Standards in Heiligendamm anzusiedeln, durch die Ferienparkplanung der OTIUM GmbH in Bad Doberan empfindlich gestört werden.

Gesine Skrzepski, CDU: Danke schön, Frau Ministerin.

Umso interessanter ist nach Ihren Ausführungen, denke ich, die Frage 6.

6. Wurden seitens der Landesregierung Gespräche mit der Fundus-Gruppe bzw. den Investoren der geplanten Ferienhaussiedlung geführt, um etwaige unterschiedliche Interessenlagen in den Genehmigungsprozess der Ferienhaussiedlung einfließen zu lassen?

Ministerin Sigrid Keler: Also ich vermute, dass auch da der Wirtschaftsminister mit Ihnen gesprochen hat. Sie waren allerdings leider nicht mit anwesend. Ich sage hier noch mal die offizielle Antwort: Der Wirtschaftsminister hat hierzu sowohl Gespräche mit Herrn Jagdfeld, dem Investor des Heiligendamm-Komplexes, als auch mit dem Bürgermeister von Bad Doberan geführt. Ein weiterer Gesprächstermin mit dem Tourismusförderverein Heilbäder Bad Doberan – Heiligendamm eV ist bereits für Mitte Juni vereinbart. Zum Investor des geplanten Ferienparks gibt es Kontakte über das Landesförderinstitut.

Gesine Skrzepski, CDU: Danke, Frau Ministerin.

Eine Anmerkung: Es mag schon sein, wenn ein Politiker gutes Wissen hat, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Skrzepski, Sie können eine Nachfrage stellen, ...

Gesine Skrzepski, CDU: ... aber es dient auch den Menschen, die uns gewählt haben.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... aber keine Anmerkungen machen.

Gesine Skrzepski, CDU: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Initiativen zur Reform des Erbschaftsteuergesetzes, auf Drucksache 4/442.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Initiativen zur Reform des Erbschaftsteuergesetzes – Drucksache 4/442 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Rudolf Borchert von der SPD-Fraktion.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Es geht jetzt um Geld, und zwar um die Einnahmeseite. Hierzu meine Frage: Wie können sich Länder Steuereinnahmen sichern oder möglicherweise verbessern?

Das ist auch der Inhalt, die Zielsetzung des vorliegenden Antrages, der die Landesregierung auffordert, länderübergreifende Initiativen zu ergreifen, um das Erbschaftsteuergesetz zu reformieren. Die Frage, die hier im Raum steht, lautet: Warum ist eine Reform des Erbschaftsteuerrechts zwingend notwendig? Dazu ist Folgendes zu bemerken: Der Bundesfinanzhof, das oberste Finanzgericht Deutschlands, hat festgestellt, dass die jetzige Form der Erbschaftsteuer gleichheitswidrig und damit möglicherweise verfassungswidrig ist. Hier verlieren die Länder möglicherweise demnächst 3 Milliarden Euro, aber das interessiert einige Herren von der CDU anscheinend nicht.

Im Kern geht es dabei um die Frage: Wird durch die zum Teil sehr unterschiedliche Besteuerung von Erbschaften der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gleichbehandlung aller Bürger verletzt? Nach Ansicht des Bundesfinanzhofes verstößt es unter anderem gegen die Verfassung, dass unbebaute Grundstücke nur zu 72 Prozent ihres Verkehrswertes und bebaute sogar bloß zu 51 Prozent veranschlagt werden, dagegen Geldvermögen mit 100 Prozent. Der Gleichheitsgrundsatz verlangt aber, dass Steuerpflichtige rechtlich und tatsächlich gleichmäßig belastet werden. Hinzu kommt, dass Immobilien und Grundstücke nach dem viel zu niedrigen Einheitswert aus dem Jahre 1964 bewertet werden. Das führt in der Praxis dazu, dass Immobilien und Grundstücke nur zu circa 40 Prozent ihres eigentlichen Marktwertes besteuert werden, Geldvermögen zu 100 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bundesfinanzhof hat diesen Fall dem Bundesverfassungsgericht übergeben. Noch in diesem Jahr wird eine Klarstellung

seitens der Verfassungsrichter in dieser Sache erwartet. Folgt Karlsruhe dem Bundesfinanzhof, und davon gehen Experten aus, wäre der Gesetzgeber zum Handeln gezwungen. Die jetzige Regelung wäre nur noch als Übergangslösung verfassungsrechtlich und demzufolge nur bis Ende 2005 tolerierbar. Das bedeutet in der Konsequenz: Wenn das Erbschaftssteuergesetz nicht bis spätestens 31.12.2005 verfassungskonform verändert wird, entfällt die Erbschaftsteuer, und zwar nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern für alle Bundesländer. Die Erbschaftsteuer ist bekannterweise eine Landessteuer!

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, das wäre angesichts der Situation der Länderhaushalte – wir haben ja heute wieder in aller Deutlichkeit die Situation vor Augen geführt bekommen – eine Katastrophe. Das wäre im Sinne der Steuergerechtigkeit natürlich unverantwortlich.

In der folgenden Aussprache zum vorliegenden Antrag werden wir Gelegenheit haben, uns zu positionieren und zum Thema zu diskutieren. Ich bin außerordentlich gespannt auf die Position der CDU zu diesem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Finanzämter unseres Landes nahmen im letzten Jahr 3,2 Millionen Euro an Erbschaftsteuer ein. Im Rahmen des Länderfinanzausgleichs kamen aus der bundesweit auflaufenden Erbschaftsteuer immerhin noch einmal 61 Millionen Euro für unser Land dazu. 64,2 Millionen Euro sind für unseren Landeshaushalt eine erhebliche Summe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Deshalb bin ich auch der Ansicht, dass wir in der derzeitigen Phase, in der die sozialen Systeme reformiert werden müssen, am Ende des Tages eine gerechte Verteilung der Lasten herzustellen haben.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Es dürfen nicht nur Arbeitslose, Kranke und Rentner zur Kasse gebeten werden. Diejenigen, die sich glücklich schätzen können, über ein größeres Vermögen zu verfügen, müssen ebenso ihren Beitrag zur Finanzierung des Staatssystems leisten. Ich unterstütze daher ausdrücklich die Reform des Erbschaftsteuergesetzes und halte sie vor allem aus Gründen einer gerechten Lastenverteilung für unbedingt erforderlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Worum geht es aber genau? Schauen wir uns die Fakten an. Der Bundesfinanzhof hat in seinem Beschluss vom 22. Mai 2002, also genau vor einem Jahr, das zugrunde liegende Streitverfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt, weil der Bundesfinanzhof der Meinung ist, dass die unterschiedliche Bewertung von einzelnen Vermögensarten gegen den verfassungsrechtlich verankerten Gleichheitsgrundsatz verstößt. So wird nach Ansicht des Bundesfinanzhofes

vor allem Betriebsvermögen und land- und forstwirtschaftliches Vermögen gegenüber anderen Vermögensarten so stark privilegiert, dass diese Begünstigung gegen den Gleichheitssatz verstoße.

Bei den genannten Vermögensarten sind derzeit nicht, wie sonst üblich, die vollen Verkehrswerte maßgeblich, sondern beim Betriebsvermögen die häufig wesentlich niedrigeren Steuerbilanzwerte und beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen lediglich 10 Prozent des Verkehrswertes. Zusätzlich ist noch ein Freibetrag in Höhe von 256.000 Euro zu gewähren und anschließend ein Bewertungsabschlag in Höhe von 40 Prozent vorzunehmen. Auch bebaute Grundstücke werden durch das häufig vorteilhaftere Ertragsverfahren begünstigt.

Diese exemplarische Aufzählung macht schon deutlich, dass der Bundesfinanzhof vermutlich zu Recht die ungleiche Bewertung einzelner Vermögensarten rügt. Die Gefahr ist somit groß, dass das Bundesverfassungsgericht sich dieser Meinung anschließt und das Erbschaftsteuergesetz insoweit für verfassungswidrig erklärt mit der Folge, dass diese Besteuerungsquelle versiegen würde.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig!)

Wir befinden uns derzeit in der gleichen Situation, in der sich die Vorgängerregierung vor acht Jahren befand, als das Bundesverfassungsgericht aus ähnlichen Gründen das Vermögensteuergesetz für verfassungswidrig erklärte. CDU und FDP haben damals durch bewusstes Nichtstun die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Frist verstreichen lassen

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und somit die Vermögensteuer faktisch zum 01.01.1997 abgeschafft.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Dieser Fehler darf sich heute nicht wiederholen.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Es gibt auf Länderebene Entwürfe mit ersten Modellrechnungen. Aber eins ist auch sicher, meine Damen und Herren, die Reform darf nicht dazu führen, dass die Erben von Unternehmen, Land- und Forstwirtschaften mit einer so hohen Erbschaftsteuer belastet werden, dass sie die Unternehmen veräußern oder zerschlagen müssten und damit Arbeitsplätze gefährden. Und noch eins ist ebenfalls nicht zu akzeptieren: Durchschnittsverdiener, die durch ihre Lebensleistung das eigene Einfamilienhaus erwirtschaftet haben, müssen sicher sein, dass es nach ihrem Tode nicht veräußert werden muss, um die Erbschaftsteuer entrichten zu können.

Kurz zusammengefasst: Die Reform des Erbschaftsteuergesetzes ist unbedingt notwendig! In der konkreten Ausgestaltung sind viel Sorgfalt und gute Ideen gefordert. Mecklenburg-Vorpommern bringt sich auf Finanzministerbene dabei mit ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Das Wort hat jetzt Herr Dr. von Storch von der CDU-Fraktion.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh! –
Heinz Müller, SPD: Aha! – Ute Schildt, SPD: Ja.)

Wir verkennen nicht, dass Handlungsbedarf im Bereich der Erbschaftssteuergesetzgebung gegeben ist. Wir wissen um die Aussetzung der Entscheidung des Bundesfinanzhofes. Meine Damen und Herren, aber solange das Bundesverfassungsgericht nicht entschieden hat, haben wir bekanntlich ein schwebendes Verfahren. Ich frage mich, was soll's? Und im Übrigen glaube ich, dass die Bundesregierung sehr wohl die Initiativen innerhalb der gesetzten Frist ergreifen wird,

(Angelika Gramkow, PDS: Das haben wir erlebt.)

um der entsprechenden Rechtsprechung, so denn das Bundesverfassungsgericht Korrekturen vornimmt, auch nachzukommen. Daran habe ich keinen Zweifel. Im Übrigen ist es auch Sache der Länder. Es bedarf bei uns keiner Initiative, dafür zu sorgen, dass ihre Steuergrundlagen nicht zu kurz kommen.

Meine Damen und Herren, der Antrag in seinem Tenor ist sehr neutral gehalten und macht in der Tat den Eindruck, als ob es hier um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gehen soll. Frau Ministerin hat das auch noch einmal ausgeführt und vor allem wieder einmal auf die Vermögenssteuer hingewiesen, um zum Ausdruck zu bringen, dass die alte Bundesregierung nicht rechtzeitig reagiert habe.

(Angelika Gramkow, PDS: Recht hat sie!)

Meine Damen und Herren von der SPD: Wo ist denn Ihr Bundeskanzler? Der hätte in den vergangenen vier Jahren reagieren können!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl!)

Sie haben es doch auch nicht anders gemacht als aus wirtschaftlicher Vernunft.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig!)

Und wenn Herr Müntefering und der Herr Bundesbankpräsident sagen, so was können wir in unserer heutigen wirtschaftlichen Landschaft nicht gebrauchen, müssen Sie es doch endlich mal ernst nehmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig!)

Der Herr Bundesbankpräsident ist bekanntlich ...

(Rudolf Borchert, SPD: Herr von Storch,
das Thema ist Erbschaftssteuer!)

Moment: Die Erbschaftssteuer ist doch nichts anderes als eine Vermögenssteuer

(Rudolf Borchert, SPD: Was?)

besonderer Art gerichtet auf den Erbfall und auf den Nachlass! Was denn sonst?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es!)

Es geht doch ausschließlich um die Substanz des zu vererbenden Vermögens, das besteuert werden soll, nichts anderes.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es richtig!)

Meine Damen und Herren, wenn selbst sogar der Herr Bundesbankpräsident Ernst Welteke, den ich persönlich sehr schätze, der nämlich in meinem alten Landkreis war und auch Ihr Unterbezirksvorsitzender war, gesagt hat, keine weitere Steuererhöhung, dann nehmen Sie dieses Thema doch endlich einmal ernst!

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Eben!)

Es geht gar nicht darum, was Sie eben vorgetragen haben, Herr Kollege Borchert. Es geht auch nicht darum, was die Frau Ministerin gesagt hat, dass man die Korrekturen dann einarbeiten soll, denn Sie lassen doch mit der Begründung Ihres Antrages die Katze aus dem Sack. Steuererhöhungen sind wieder einmal angesagt und nichts anderes!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig! Richtig, so ist es!)

Sie wollen die Sozialversicherungssysteme finanzieren, der sozialen Gerechtigkeit – was ist das eigentlich, das haben Sie noch nie definiert – Genüge tun.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie wollen die Steuereinnahmen des Landes verbessern. Das sind Ihre Hintergründe, das ist ein Teil der Motive. Ich komme noch mal darauf zurück.

Meine Damen und Herren, die Diskussion vorhin hat es deutlich gemacht, dass Steuererhöhungen ganz einfach nicht in die gegenwärtige politische Situation unseres Landes passen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit Ihrer Auffassung zur Steuererhöhung vertreten Sie eine Minderheit bei all denen, die sich zur Steuerpolitik unseres Landes äußern. Und weil wir damit wieder eine Belastung unserer Wirtschaft bekommen, müssen wir diese Problematik sehr ernst nehmen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wenn Sie in der Begründung davon reden, das seien 200 Milliarden Euro jährlich, die als Erbmasse anfallen, so mag das richtig sein. Ich kann das nicht prüfen. Tatsache ist, dass die Grünen einmal im Bundestag bei der Erörterung der Erbschaftssteuerproblematik davon ausgegangen sind, dass etwa 2,2 Billionen DM Betriebsvermögen Gegenstand der Besteuerung sein müssten.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir beim Thema.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Der Löwenanteil an Erbmasse ist Betriebsvermögen, ist Produktivvermögen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie der Wirtschaft dieses Produktivvermögen teilweise entziehen, schaden Sie der gesamten Wirtschaft, schaden Sie dem Arbeitsmarkt. Nehmen Sie das doch endlich ernst!

Steuererhöhungen sind in jedem Fall in unserer Zeit falsche Signale.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Werden Steuereinnahmen nicht produktiv eingesetzt?)

Jede weitere Belastung unserer Wirtschaft muss sich zwangsläufig schädlich auswirken. Wir haben es auch schon alle in Europa erlebt, meine Damen und Herren. Die Schweden hatten auch eine ähnliche Erbschaftssteuer eingeführt seinerzeit und hatten die größte Kapitalflucht ihrer Geschichte.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Und erst als die damalige sozialdemokratische Reichsregierung in Stockholm die Erbschaftssteuergesetzgebung abänderte, floss das Kapital wieder zurück.

(Jörg Heydorn, SPD: Ach?!)

Bedenken Sie bitte, wir haben offene Volkswirtschaften in Europa. Jeder kann sein Vermögen dahin transformieren und dahin transferieren, wo er günstigere Bedingungen hat, es zu erhalten und zu mehren. Das können Sie gar nicht verhindern.

(Regine Lück, PDS: Das ist ja das Bedauerliche!)

Und darum liegt hier ein grundsätzlicher Dissens in der Wirtschafts- und Steuerpolitik zwischen unseren Fraktionen, Herr Kollege Borchert. Wir müssen nämlich eins mal ganz deutlich machen, und Sie haben es gesagt, Sie haben von Steuerflucht und Steuerhinterziehung gesprochen: Warum passiert denn solches? Es passiert deshalb, weil die Staatsquote, die Steuerbelastung, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nicht stimmen. Das ist der Knackpunkt für derartige Delikte. Und wenn wir das ändern wollen, dann genügt es nicht, dass wir mehr Staat schaffen, mehr Bürokratie, mehr Kontrollen und mehr Sanktionen, sondern wir müssen die Anreize dazu wegnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Das unterscheidet uns.

Ich gebe der Frau Ministerin Recht, dass keine Partei den Stein des Weisen gefunden hat, wenn es darum geht, wie wir die wirtschaftliche Entwicklung wieder verbessern können. Aber falsche Signale sind nun einmal schädlich und das ist ein falsches Signal.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Auch wenn Sie es nicht mehr hören können, und der Kollege Riemann hat es vorhin gesagt, senken wir die wichtigsten Steuersätze, schaffen wir dadurch Investitionsanreize, schaffen wir zusätzliches Investitionskapital dadurch und wir erzielen nachhaltig höhere steuerliche Einnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Angelika Gramkow, PDS: Das ist
doch genau unsere Situation!)

Andere Länder – auch das ist schon gesagt worden – haben das längst vorgemacht. Aber wir lernen nicht, und das ist der Kummer, wir lernen nicht aus den Fehlern anderer,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wir müssen sie erst selber begehen, um dann zu erkennen, dass es vielleicht zu spät ist.

Meine Damen und Herren, es gibt noch ein Weiteres. Wir haben, so wird uns von Steuerrechtexperten gesagt,

Herr Professor Felix in Köln hat das einmal gesagt, 50 Prozent der Steuerrechtsliteratur der Welt in Deutschland.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Mindestens! –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen! Komplizierter geht es nicht.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Deshalb
wollen wir die Erbschaftssteuer ja reformieren. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und wenn Sie die reformieren, werden Sie schon dafür sorgen, dass wir wieder genügend bürokratischen Aufwand haben auf beiden Seiten. Da freuen sich dann die Steuerberater,

(Angelika Gramkow, PDS:
Sind Sie gegen Steuerberater?)

aber der Steuerbürger hat den Nachteil, hat das Nachsehen. Darin liegen unsere Probleme.

(Siegfried Frieze, SPD: Das ist alles
in den letzten fünf Jahren entstanden.)

Es geht nicht um vergangene fünf Jahre, es geht darum, dass die generelle Entwicklung in Deutschland – in den letzten vier Jahren haben Sie auch nichts dazugelernt –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dass diese Problematik heute nach wie vor der Korrektur bedarf. Ich bin der Meinung, dass es eine Regierung alleine auch nicht kann, dass man sich zusammensetzen muss. Aber wir müssen wegkommen von den ideologischen Scheuklappen bei der Steuergesetzgebung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut! –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ein Glück,
dass die CDU so was nicht kennt!)

Meine Damen und Herren, wir wissen aus Pressenotizen der letzten Tage – das hat auch der Generalsekretär Scholz in der „Welt“, ich glaube, vorgestern war es, verkündet, dass Sie diese Diskussion um die Erbschaftssteuer in Gang bringen wollen, um auf einem Parteitag im November darüber zu diskutieren.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber wir warnen davor, weitere Steuererhöhungen hier ins Auge zu fassen. Ich habe das ausgeführt, der Kollege Riemann hat es gesagt, das ist der falsche Weg.

Meine Damen und Herren, bei der Diskussion gestern und heute – gestern ging es ja um das Grundsicherungsgesetz –, da beschleicht einen schon ein Gedanke, den man nicht verdrängen kann. Ist das nämlich wirklich nur die Gerechtigkeit, die Sie hier einfordern, oder liegt dahinter vielleicht doch die längst veraltete, Frau Gramkow, längst veraltete sozialistische Neidphilosophie?

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Das hat der Kollege Koplin gestern so schön gesagt, als er gesagt hat, es fehle an einer Solidarität zwischen Reich und Arm.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben eine
Vorstellung von Sozialismus, Herr Dr. Storch!)

Wir hätten in Deutschland einen unverschämten Reichtum auf der einen und eine verschämte Armut auf der anderen Seite. Meine Damen und Herren, das 19. Jahrhundert lässt grüßen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig! –
Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass auch hier die tatsächlichen Motive für diese Steuererhöhung und für diese Gesetzesinitiative liegen. Wir können Sie nur bitten, überlegen Sie sich, ob das alles so sonderlich sinnvoll ist, was wir hier beschließen sollen!

Wir sind der Auffassung, wenn es uns gelingt, gemeinsam die Rahmenbedingungen der Wirtschaft zu verbessern und nicht zu verschlechtern, dann werden wir auch gemeinsam Erfolg haben. Aber, meine Damen und Herren, wer sich darauf beschränkt, die wesentlichen Leistungsträger unserer Gesellschaft für ihre Leistungen zu bestrafen, fährt unsere Wirtschaft gegen die Wand, und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. von Storch.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

(Vincent Kokert, CDU: Schon wieder?!)

Rudolf Borchert, SPD: Zwei Vorbemerkungen, Herr von Storch: Als Erstes muss ich schon sagen, wer heute, im Jahre 2003, sich hinstellt und meint, Vermögen in Deutschland nicht angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu beteiligen, der begibt sich nicht nur ins 19. Jahrhundert, der begibt sich ins 18. Jahrhundert.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Reinhardt Thomas, CDU: Das war aber
nur ein Klatscher von der PDS, oder?!)

Zweite Vorbemerkung: Es verwundert mich schon, dass bei Ihnen, Herr von Storch, wahrscheinlich auch in der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, noch nicht angekommen ist, dass die Verantwortlichen auch in den CDU-geführten Finanzministerien – und damit meine ich nicht nur die Experten, sondern auch die Finanzminister selbst –, gerade in den CDU-geführten Ministerien, schon längst dabei sind, auf Arbeitsebene an der Reform des Erbschaftssteuergesetzes mitzuwirken.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Warum ist das so, Herr von Storch? Weil natürlich eine Steuermindereinnahme insgesamt von mindestens 3 Milliarden Euro in ganz entscheidendem Maße noch viel mehr andere Länder treffen wird als Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das sind fast alles CDU-geführte Länder und auch Bayern hat zurzeit eine Haushaltssperre. Ich frage mich: Wo leben Sie? Sie nehmen bestimmte aktuelle Entwicklungen einfach nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Es muss erst noch
schlimmer werden, damit es wieder besser wird.)

Und ich hätte mir nur einfach gewünscht, wir hätten uns bei diesem sehr ernsthaften Thema, wenn es darum geht, die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landes zu sichern,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

auf anderem Niveau bewegt, Herr von Storch. Ich bin da von Ihnen sehr enttäuscht. Ich hatte etwas anderes erhofft

(Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU)

und möchte jetzt mit meinem eigenen Redebeitrag praktisch Sie vielleicht doch noch einmal einladen, demnächst vielleicht auch mal im Finanzausschuss und auf anderen Ebenen das Thema noch einmal sachlicher zu diskutieren,

(Dr. Henning von Storch, CDU: Sehr schön!)

denn so ein Landtag verleitet natürlich auch dazu, Herr von Storch, so ein bisschen Schaulaufen zu veranstalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer läuft denn hier
schau? – Zuruf von Dr. Henning von Storch, CDU)

Dafür habe ich in gewisser Weise auch Verständnis.

Zum eigentlichen Thema: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Deutschland ist ein reiches Land.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie werden
es schon arm kriegen, Herr Borchert!)

Die Erfassung ...

Herr Riemann, nehmen Sie doch erst einmal Fakten zur Kenntnis!

Deutschland ist ein reiches Land. Die Erfassung aller Vermögensbestände der privaten Haushalte in Deutschland ergibt zurzeit einen Gesamtwert von 10 Billionen Euro, eine 1 mit 13 Nullen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Da
ist aber noch was zu holen, Herr Borchert!)

Davon entfallen jeweils 40 Prozent auf Immobilien und Geldvermögen, 10 Prozent auf Gebrauchsvermögen und knapp 10 Prozent auf Betriebsvermögen. Ein statistischer Durchschnittswert von circa 250 Euro pro Haushalt bestätigt eindrucksvoll, dass Deutschland ein reiches Land mit einem beträchtlichen Wohlstandsniveau ist.

Neuesten Angaben des US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ zufolge liegt Deutschland mit 43 Dollarmilliardären auf Platz 2 hinter den USA mit 222 Milliarden. In der Liste der Superreichen der Welt liegen die Aldi-Brüder Karl und Theo Albrecht mit einem Vermögen von 25,6 Milliarden US-Dollar auf Platz 3 der Rangliste. 25,6 Milliarden US-Dollar, das heißt mehr als drei Ländereinkünfte von Mecklenburg-Vorpommern!

Der Reichtum in Deutschland wächst weiter, aber nicht für alle. Vermögen ist sehr ungleichmäßig verteilt. Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gehörten 1998 den unteren 50 Prozent der Haushalte nur 4,5 Prozent des gesamten Vermögens. Auf der anderen Seite verfügten die reichsten 10 Prozent der Haushalte über etwa die Hälfte des gesamten Vermögens.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die zahlen 70 Prozent der Steuern. –
Angelika Gramkow, PDS: Nee, gar keine. –
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist so!)

Diese Konzentration des Vermögens nimmt weiter zu, eben auch im erheblichen Maß durch Vererbung, denn in Deutschland werden jedes Jahr mindestens – mindestens – Vermögen von über 200 Milliarden Euro vererbt. Davon, meine Damen und Herren, werden lediglich 3 Milliarden Euro – 3 Milliarden Euro – vom Staat als Erbschaftssteuer erhoben.

(Angelika Gramkow, PDS:
Richtig, das sind Peanuts!)

Das sind vergleichsweise Peanuts für die einen, aber für die anderen natürlich auf der Einnahmeseite viel Geld.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der Verschuldung öffentlicher Haushalte und der notwendigen Finanzierung von Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls muss natürlich ohne ideologische Scheuklappen, Herr von Storch, die Frage diskutiert werden: Wie kann der Staat sicherstellen, dass Erben großer Vermögen einen angemessenen Beitrag entsprechend ihrem Leistungsvermögen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten?

Es ist ja nun wahrlich nicht so, dass in der Geschichte der Bundesrepublik die CDU die Erbschaftssteuer nicht gewollt hat, abschaffen wollte. Das habe ich bisher nicht gehört. Umso mehr verwundert es mich, Herr von Storch, dass Sie sich heute ganz offensichtlich einer Reform der Erbschaftssteuer mit dem Ziel, diese langfristig als Einnahmeseite zu sichern, ablehnen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Nennen Sie die Steuererhöhung nicht immer Reform!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit welcher Zielsetzung muss das bestehende Erbschaftssteuergesetz verändert werden? Es sind insgesamt drei Zielsetzungen aus meiner Sicht. Da werden wir sicherlich an einer oder zwei Stellen natürlich auch einen Dissens feststellen, das ist nicht die Frage. Aber ich möchte die drei Zielsetzungen noch einmal nennen:

Erstens geht es bei dieser Reform um Rechtssicherheit und Planungssicherheit. Das ist das Eine.

Zweitens – und selbstverständlich, Herr von Storch, da könnten wir uns wahrscheinlich in unterschiedlichen Positionen bewegen – geht es auch mit dieser Reform uns zumindest darum, die Steuereinnahmen der Länder zu verbessern. Ich weiß nicht, was daran schlecht sein soll.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Drittens geht es selbstverständlich auch um das Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Das ist wohl wahr. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass Ihnen anscheinend dieser Wert nicht so viel wert ist.

Ich habe in meiner Eingangsrede schon etwas gesagt zu Rechtssicherheit und Planungssicherheit und die Gefahr, die besteht, dass ab 2006 wir überhaupt keine Erbschaftssteuer mehr in Deutschland haben. Wie sich in den Sitzungen der Fachleute der für Erbschaftssteuer zuständigen Vertreter der Finanzminister aller Länder aber zeigt, ist man sich parteiübergreifend grundsätzlich darüber einig, dass das Bewertungsverfahren zur Erb-

schaftssteuererhöhung reformiert werden muss, um die Erbschaftssteuer damit wieder verfassungskonform zu machen. Ich glaube, dieser Punkt müsste zumindest hier parteiübergreifend doch zu einer gewissen Sachlichkeit wenigstens führen können.

Weiterhin geht es um die Verbesserung der Steuereinnahmen der Länder. Da möchte ich noch mal die bisherigen Steuereinnahmen nennen: deutschlandweit 2001 im Ist 2,5 Milliarden Euro, geplant sind für 2003 deutschlandweit 3,2 Milliarden Euro in allen Bundesländern praktisch.

Mecklenburg-Vorpommern: Wir hatten 1997 eine Ist-Einnahme von 5,6 Millionen Euro bei der Erbschaftssteuer, 2000 im Ist 2,9 Millionen Euro. Geplant waren für den Doppelhaushalt 2002/2003 jeweils 4 Millionen Euro. Durch den Nachtrag mussten wir hier absenken, anpassen auf 3 Millionen Euro. Aber Frau Keler hat darauf verwiesen, in dem Länderfinanzausgleich profitieren wir von der Gesamteinnahme der Erbschaftssteuer in einer Größenordnung von 61 Millionen Euro, das heißt, wir reden hier ganz konkret, ganz konkret, über die Gefahr, dass unser Land ab 2006 eine Mindereinnahme durch Wegfall von Erbschaftssteuer in Höhe von 64 Millionen Euro praktisch zu verkraften hätte. Da habe ich von möglichen Steuermehreinnahmen noch gar nicht gesprochen, Herr von Storch.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Jetzt kommen wir mal zu den Mehreinnahmen. Das wäre doch gar nicht schlecht, wobei ich sicher bin, die Umfragen haben es bewiesen, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Land, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern darüber hinaus, überhaupt gar nichts dagegen haben. Das haben eindeutig Umfragen bewiesen, dass die Reichen, die Vermögenden in unserer Gesellschaft einen größeren Beitrag leisten können. Von daher wäre schon noch mal die Frage, wer hier wirklich die Mehrheitsmeinung vertritt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

In Abhängigkeit von der Höhe der Steuersätze – zurzeit 30 Prozent – und Freibeträge wären aus meiner Sicht Mehreinnahmen in Deutschland durchaus möglich in Größenordnungen zwischen 1,5 und 2 Milliarden Euro.

(Angelika Gramkow, PDS: Ein bisschen mehr könnten es aber noch sein.)

Für Mecklenburg-Vorpommern könnten das Mehreinnahmen sein in der direkten Steuereinnahme von 1 bis 2 Millionen Euro, über den Länderfinanzausgleich entsprechend höher, ich glaube, Geld, was wir gut gebrauchen können.

Drittens. Ich sagte es bereits, es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, die Erben von Großvermögen – ich betone, von Großvermögen – gemessen an den Kosten des Sozialstaates zum Beispiel zu beteiligen. Es kann doch nicht sozial gerecht sein, wenn Arbeitslose, Arbeitslosenhilfebezieher und Kranke zusätzliche Belastungen übernehmen sollen und die Starken der Gesellschaft sich nicht im gleichen Maße beteiligen müssen.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun gibt es aber bei diesem Thema bei der CDU und FDP – und Herr von Storch hat da eine Kostprobe geliefert – ideologisch

motivierte Reflexe, die jegliche Veränderung bei der Erbschaftssteuer ablehnen. Dazu passend kommentiert Oliver Schumacher in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29. März 2001: „Es ist wieder die große Stunde der Panikmacher und Märchenerzähler. SPD-geführte Bundesländer wollen die Erbschaftssteuer auf Grundbesitz erhöhen. Schon befürchtet die Wirtschaft eine Enteignungswelle, die Opposition sieht Omas Häuschen zwangsversteigert und Leitartikler wännen den Beginn einer gigantischen Schröpfungsaktion. Um ein Fazit vorwegzunehmen: Diese Prognosen sind Unsinn. Keines der Horrorszenarien wird wahr werden.“

Herr Schumacher hat natürlich völlig Recht, denn schließlich reden wir hier über Steuerzahler, die lediglich in einer Größenordnung von sage und schreibe 0,25 Prozent betroffen sind. Ich wiederhole: Nur 0,25 Prozent der Steuerzahler in Deutschland sind von möglichen Veränderungen an der Erbschaftssteuer betroffen. Die Steuerveränderung wird also nur eine absolute Minderheit von Vermögenden treffen. Wer also heimlich darauf hofft, im Testament mit Omas Häuschen bedacht zu werden, braucht sich vor einer Gesetzesinitiative zur Erbschaftssteuer nicht zu fürchten.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Warum ist das so? Es wird auch weiterhin großzügige Freibetragsregelungen geben. Für Ehegatten bedeutet das, dass unverändert die Übertragung eines Hauses zu Lebzeiten steuerfrei bleibt und im Todesfall eine Steuer erst erhoben wird, wenn der Erwerb den Freibetrag von sage und schreibe 307.000 Euro sowie gegebenenfalls den Versorgungsfreibetrag von 256.000 Euro überschreitet. Hinzu kommen Freibeträge für jedes Kind in Höhe von 205.000 Euro und gegebenenfalls bis zu einem Alter von 27 Jahren gestaffelte Versorgungsbeiträge von 52.000 bis 100.000 Euro. Schätzungen haben ergeben, dass 85 Prozent der Verkehrswerte der Einfamilienhäuser unter 250.000 Euro liegen und nur bei 6 Prozent über 350.000 Euro, so dass – ich wiederhole – nur ein sehr geringer Teil der Erben überhaupt betroffen wären, wirklich nur die Großvermögen beziehungsweise die Großvermögen.

Jetzt zur Wirtschaft. Bei der Besteuerung von Betriebsvermögen, insoweit gebe ich Herrn von Storch zumindest im Ansatz Recht, müssen Lösungen gefunden werden, die die Wirtschaft nicht über Gebühr belasten. Es geht insbesondere um Unternehmensnachfolge. Nur was heißt „über Gebühr“? Da muss man schon mal zur Kenntnis nehmen, dass es bereits jetzt möglich ist, dass bei Unternehmensnachfolgen eine zehnjährige zinslose Stundung möglich ist und die Europäische Kommission bereits seit 1998 und die Deutsche Juristische Gesellschaft ebenfalls festgestellt haben, dass beim gegenwärtigen Niveau der Erbschaftssteuer eine Existenzgefährdung und Probleme der Unternehmensnachfolge absolut ausgeschlossen sind. Also wenn Unternehmen momentan Probleme haben in Deutschland, das zuhauf, dann garantiert nicht wegen der Erbschaftssteuer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir heute ganz klar gemacht haben, dass wir dringend eine zügige Neuregelung der Erbschaftssteuer brauchen. Ich zitiere Ralf Stegner, aktueller Finanzminister Schleswig-Holsteins: „Finanzpolitik sollte sich nicht hinter Gerichtsurteilen verstecken. Politik muss erklären, kämpfen, Proteste aushalten, Diskussionsforen suchen.“ In die-

sem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gestehe ein, ich hatte heute eine gewisse Angst davor, dass die CDU-Fraktion angesichts der aktuellen Haushaltslage, der Debatten in den Ländern und im Bund sowie der Vorschläge von Herrn Merz in dieser Frage doch glattweg diesem Auftrag an die Landesregierung zustimmen könnte.

(Rudolf Borchert, SPD: Sie
hätten sich anschließen können.)

Meine Angst ist mir genommen. Es hätte dann für mich schon einige Schwierigkeiten bedeutet, nach außen hin zu erklären, wie denn dieser Sinneswandel für die CDU, im Interesse des Landes zu handeln, nämlich die Einnahmen zu stabilisieren, zustande kommen sollte. Ich brauche mir keine Sorgen zu machen, es bleibt alles beim Alten.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Wir sind die Neider. Wir sind diejenigen, die sowieso mit Argusaugen auf Vermögenswerte gucken und nur darauf bedacht sind, sie dem anderen wegzunehmen. Bleiben Sie bei dieser Auffassung!

Ich sage, ohne Einnahmen geht es nicht, auch nicht beim Staat. Und selbst wenn man der liberalen Flanke frönt, weiß man, dass es ganz ohne Staat und staatliche Aufgaben eben auch nicht geht.

(Torsten Koplín, PDS: Ansonsten
rufen Sie doch immer nach dem Staat.)

Deshalb ist es legitim, dass man über Einnahmesituationen spricht und dass man hier sagt, nicht wie 1996, hier besteht die Gefahr, dass eine wesentliche Einnahmequelle des Landes wegbricht. Wir müssen uns dazu verhalten. Wir machen den Vorschlag, es zu verändern und in diesem Veränderungsprozess das zu berücksichtigen, was auch kritisch zu sehen ist: Omas Häuschen, die Freibeträge zu überprüfen, die Frage von kleinen und mittelständischen Unternehmen und Unternehmensnachfolge zu prüfen.

Aber ich sage auch, die Reform der Vermögens- und der Erbschaftssteuer ist ein wesentlicher Ansatz, um den Umverteilungsprozess, der in den letzten 30 Jahren erfolgt ist in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich von Vermögen und Finanzierung von unten nach oben, dass wir diesen umkehren müssen, weil es am Ende darum geht, Reichtum auch gerechter zu verteilen und den Umverteilungsprozess von oben nach unten auszugestalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Dazu gehört die Erbschafts- und die Schenkungssteuer. Denn nur diejenigen, die etwas ansammeln konnten, die Werte und Vermögen ansammeln konnten, können etwas vererben. Und nur diejenigen, die riesige Privatvermögen haben, diese sollen höhere Steuern zahlen, nicht

Sie, die Sie hier sitzen oder diejenigen, die auch ein Haus besitzen.

In etwa 4 Prozent – nur 4 Prozent – der Erbfälle ist das vererbte Vermögen höher als 500.000 Euro. Wir haben gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland 1,5 Millionen Vermögensmillionäre und diese vererben 100 Millionen Euro an Sach- und Geldvermögen, ausgenommen betriebliches Vermögen. Herr Borchert und die Frau Finanzministerin haben es erwähnt. Von diesen Vermögenswerten gehen in die öffentliche Hand, ja, wie viel gehen hinein, wenn es 3 Milliarden im Bund und 3 Millionen Euro fürs Land Mecklenburg-Vorpommern sind? Und dann darüber nachzudenken, dass Erbschaft leistungsloses Einkommen ist? Und dann sagen Sie immer in allen Fragen, besonders im Sozialsystem, Leistung soll sich lohnen. Warum aber nicht dann, wenn es um leistungsloses Einkommen geht für Erben

(Beifall Mathias Brodkorb, SPD)

und diese Frage klar auszusprechen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Ich sage, auch deshalb müssen wir Immobilienwerte neu beziffern. Wir sind heute bei Werten von 1936. Das kann doch nicht sein! Und das hat doch nichts mit einer Neidkampagne zu tun, sondern einfach damit, dass auch Vermögen sich an der Finanzierung der gesellschaftlichen Leistung in der Bundesrepublik Deutschland beteiligen sollte.

Und jetzt, Herr von Storch, zu Ihren Argumenten, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden dadurch zunehmend belastet und die Wirtschaft schreit. Ja, das tut sie. Aber ich will Ihnen sagen, in der Bundesrepublik Deutschland ist die Vermögenssteuer und die Belastung von Vermögen und Gewinn mit Steuern die geringste im Vergleich zu allen anderen Ländern.

(Erwin SELLERING, SPD: Richtig. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und hier werde ich mal zitieren, ich habe es heute Morgen schon gemacht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Halle: Die Beteiligung von Vermögenssteuern am Gesamtbruttoinlandsprodukt beträgt in Deutschland 0,8 Prozent, beträgt in England 3,8 Prozent, in Frankreich 3,25 Prozent, in den USA 3,1 Prozent, selbst in Italien 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. England, die USA, Frankreich haben höhere Vermögenssteuern als Deutschland und da wollen Sie mir erklären, dass die miserable wirtschaftliche Situation durch die Veränderung der Vermögenssteuerwerte noch weiter in den Boden sinkt?! Das ist lächerlich, Herr von Storch!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Aber, ich habe es zu Beginn gesagt, Herr Merz ist inzwischen weiter, weil er sagt, hier haben wir ein Problem. Darüber müssen wir reden. Aber Frau Merkel und Sie auch betreiben die Debatte „Der Kampf der unterdrückten Besserverdienenden gegen Steuererhöhung“ und den müssen wir fortsetzen

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

und wohlhabende Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht weiter belastet werden. Das ist unerträglich, die Neidkam-

pagne, die hier gefahren wird. Und Herr Westerwelle, er spricht geradewegs auch noch von „Teufelszeug“.

Ich sage Ihnen, wir brauchen keinen dünnen, ausgemergelten Staat, sondern einen gesund ernährten und leistungsfähigen, der seine Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger realisiert. Und ohne Steuereinnahmen wird das nicht gehen. Machen Sie so weiter, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Um das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Dr. von Storch gebeten. Sie haben das Wort und noch sechs Minuten Redezeit.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Redezeit will ich doch ausnutzen.

Ich bleibe erstens dabei, dass es keinen aktuellen Bedarf für eine solche Initiative gibt, solange das Bundesverfassungsgericht nicht entschieden hat und wir nicht wissen, woran wir dann sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ob es überhaupt dazu kommt, wollen wir abwarten.

Das Zweite ist, Sie schulden uns eine Antwort, auch Sie, Frau Gramkow, auf die Frage, warum denn die jetzige Bundesregierung, wo sie denn doch so an der Vermögenssteuer hängt,

(Angelika Gramkow, PDS: Also, Herr von Storch,
ich kann das nicht beantworten, ich nicht. –
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

sie sie nicht längst eingeführt hat. Sie müssen doch Ihre Gründe dafür haben. Auf die warten wir noch heute.

Herr Borchert, Sie haben Recht. Der Anteil der Erbschaftssteuer am Gesamtsteueraufkommen ist gering. Ich sage, Gott sei Dank, weil es eben eine Vermögenssteuer ist, die Substanz vernichtet und damit Schaden macht. Es ist ja keine Ertragssteuer. Aber erschreckend, Frau Gramkow, ist Ihre Aussage, Erbschaft sei leistungsloses Einkommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Ja, für den Erben, ja. Für den Erben, ja.)

Barbarischer kann man mit Erbschaften nicht umgehen, denn Erbschaft, meine Damen und Herren, ist das Lebenswerk von Menschen. Dafür haben sie ihr Leben lang gearbeitet. Erbschaft und Erbmasse, Erbnachlass sind bereits längst versteuertes Eigentum.

(Gerd Walther, PDS: Die Erben haben es
doch nicht erarbeitet, sie kriegen es von oben!)

Vergessen Sie das nicht!

Sie fördern die Steuergerechtigkeit, wenn Sie dieses bereits versteuerte Vermögen noch einmal versteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit der Steuergerechtigkeit haben Sie es ohnehin nicht. Und das ist eigentlich unser Knackpunkt: Sie sehen in

erster Linie die soziale Komponente von Steuern, wir sehen die wirtschaftliche Verantwortung für Steuern und darin liegen die Unterschiede.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Gott sei Dank!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Anfrage der Abgeordneten Frau Gramkow?

Dr. Henning von Storch, CDU: Mit Vergnügen.

Angelika Gramkow, PDS: Herr von Storch, die aktuelle Situation der Mehrheitsverhältnisse führt dazu, dass die Bundesregierung die Erfahrung machen musste, dass Steuerveränderungen nicht mehrheitsfähig werden. Würden Sie es unterstützen und Ihren Regierungen und den Verhandlungspartnern empfehlen, dass eine Initiative der Bundesregierung zur Veränderung der Erbschafts- und Schenkungssteuer durch Sie im Bundesrat positiv beschieden wird?

Dr. Henning von Storch, CDU: Gerne.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Gerne, und zwar muss ich Ihnen das erläutern. Wir wollen doch mal abwarten, was das Bundesverfassungsgericht sagt, und dann ist ohnehin Handlungsbedarf für alle Beteiligten. Dann wollen wir dafür kämpfen, dass das Aufkommen der Erbschaftssteuer neutral ist. Man muss es umschichten, aber es muss neutral sein

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von der CDU: Jawohl.)

und es darf keine Steuererhöhung als Effekt herauskommen. Das Endprodukt muss heißen: Steuerneutralität.

Angelika Gramkow, PDS: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Dr. Henning von Storch, CDU: Gerne.

Angelika Gramkow, PDS: Habe ich es dann richtig verstanden, dass, egal welche Initiative die Bundesregierung ergriffen hätte, sie auf alle Fälle im Bundesrat gegenwärtig an der CDU-Mehrheit gescheitert wäre?

Dr. Henning von Storch, CDU: Das ist eine Hypothese, eine Spekulation. Daran beteilige ich mich nicht. Für mich steht nur eins fest: Wenn das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung trifft, die zur Korrektur des Gesetzes führen muss, dann wird sie mit Sicherheit im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auch geführt. Und das warten wir erst einmal ab. Vorher sind das ungelegte Eier.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Borchert?

Dr. Henning von Storch, CDU: Gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Borchert, fragen Sie.

Rudolf Borchert, SPD: Herr von Storch, ist Ihnen bekannt, dass bei der verfassungskonformen Neuregelung des Erbschaftssteuergesetzes, was Sie ja nach Ihrer Aussage auch wollen, in jedem Fall es zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen kommen wird, denn eine verfassungskonforme Regelung wird eine Mehreinnahme von 500 Millionen Euro ergeben?

Dr. Henning von Storch, CDU: Das sehe ich anders, und zwar deshalb: Wenn ich die Grundlagen der Besteuerung verändere, muss ich nicht zwingend zu einer Erhöhung kommen. Das mag ein gewollter Effekt sein, aber den wollen wir gerade nicht. Denn das heißt, dass die Bewertungsgrundlagen gerechter gestaltet werden müssen. Da sagen wir, wenn es denn so ist, dass man Betriebsvermögen höher in der Bewertung ansetzen muss, müssen wir in unserer Verantwortung für die Wirtschaft dafür sorgen, dass wir die Wirtschaft damit nicht abwürgen. Das ist unsere Überzeugung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Rudolf Borchert, SPD: Herr von Storch, gestatten Sie eine Nachfrage?

Dr. Henning von Storch, CDU: Immer.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter, fragen Sie.

Rudolf Borchert, SPD: Herr von Storch, ist Ihnen damit klar, dass Sie mit Ihrer Position nie zu einer verfassungskonformen Neuregelung des Erbschaftssteuergesetzes kommen werden?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Henning von Storch, CDU: Ich pflege, nie nie zu sagen. Mit Sicherheit wird es am Ende auf einen Kompromiss hinauslaufen. Den können wir im Augenblick nicht voraussehen. Das wäre Spekulation. Ich werbe dafür, dass ertragsneutral korrigiert wird, wenn das Bundesverfassungsgericht dazu kommt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Rudolf Borchert, SPD: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr von Storch.

Der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD hat noch einmal um das Wort gebeten und hat noch acht Minuten Redezeit. Bitte, Herr Brodkorb.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde diese acht Minuten vermutlich nicht nutzen. Aber ich muss auf Herrn Storch doch noch mal reagieren. Es gibt zwei Punkte, die in der Debatte, ob solche Steuern einen Sinn machen oder nicht, vielleicht noch einmal zu diskutieren sind. Das eine ist die Frage der Leistungsfeindlichkeit. Frau Gramkow hat im Prinzip alles gesagt. Nehmen wir mal einen konkreten Fall.

Da ist ein Mann oder eine Frau, wir bleiben bei einem Mann, der ist ganz fleißig und baut sich einen Betrieb auf. Dieser Betrieb ist toll erfolgreich und hat ganz viel Vermögen angehäuft. Der Vater hat einen Sohn, der nicht einer der Cleversten ist. Aber der Vater hat vorgesorgt und einen ordentlichen Geschäftsführer eingestellt. Dann verstirbt der Vater und vererbt den Betrieb an den Sohn und der Geschäftsführer ist ein guter Geschäftsführer und führt den Betrieb weiter. Der Sohn, der nicht einer der Cleversten war, hat weiter großes Vermögen und großes Einkommen. Jetzt muss mir mal jemand erklären, wo das dann irgendetwas mit Leistungen zu tun hat, wenn dieser Sohn, das mag es vielleicht geben in der Bundesrepublik, nicht unbedingt eine Spitzenkraft ist, trotzdem Spitzeneinkommen und Spitzenvermögen hat. Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Die Legende ist nicht minder großartig, aber falsch. Es handelt sich bei einer Vermögenssteuer um eine ungerechte Doppelbesteuerung. Nur mal so als allgemeiner Hinweis: Jeder, der Einkommenssteuer zahlt, muss über die Mehrwertsteuer eine zweite Besteuerung über sich ergehen lassen. Der Unterschied zwischen Personen mit geringem Einkommen, die hohe Anteile ihres Einkommens ausgeben müssen, um überhaupt leben zu können, und zwischen Vermögenden, die nicht den gesamten Prozentsatz ihres Einkommens ausgeben müssen, ist nämlich genau der, dass Vermögende sich einer Zweitbesteuerung entziehen können über die Mehrwertsteuer, weil sie einen so hohen Anteil ihres Konsums gar nicht haben. Mit anderen Worten ist die Einführung von Vermögens- oder Erbschaftssteuern nichts anderes als ein gerechter Ausgleich dafür, dass Vermögende in der Lage sind, sich einer Zweitbesteuerung zu entziehen, weil sie nicht den gesamten oder den größten Teil ihres Einkommens auch ausgeben müssen. Insofern spricht da unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit alles dafür. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Brodtkorb.

Ich schließe jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/442. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/442 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – ITER-Bewerbung des Standortes Greifswald/Lubmin bei der Europäischen Kommission, Drucksache 4/435.

**Antrag der Fraktion der CDU:
ITER-Bewerbung des Standortes Greifswald/
Lubmin bei der Europäischen Kommission
– Drucksache 4/435 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erneut befassen wir uns heute mit der Standortbewerbung für den ITER in Greifswald/Lubmin. Die fachlichen und inhaltlichen Argumente wurden bereits in den vergangenen Sitzungen ausgetauscht. Heute geht es darum, Farbe zu bekennen. Und deshalb beantragt die Fraktion der CDU auch eine namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Meine Damen und Herren, hier und heute geht es um eine reine Willensentscheidung. Wollen wir unsere idealen Chancen nutzen und eine Standortbewerbung über den Bundesrat bei der Bundesregierung erwirken oder wollen wir auf der Landkarte ein weiteres Kreuz für eine nicht genutzte Chance entstehen lassen? Wollen wir technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt oder wollen wir ihn nicht? Wollen wir Impulse für die wirtschaftliche Situation in Vorpommern oder wollen wir sie nicht?

Die CDU-Fraktion in Land und Bund will das, es liegt nun bei Ihnen, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, endlich auch Farbe zu bekennen. Was wir momentan sicher nicht gebrauchen können, sind Bedenkenträger, die aus vorgeschobenen Gründen diesen Antrag ablehnen. Sollten auf das Land tatsächlich finanzielle Belastungen zukommen, wird es wie bei der BMW-Bewerbung Möglichkeiten geben, diese abzudecken. Außerdem würden wir damit Mittel in ein Projekt stecken, das wirtschaftlich und wissenschaftlich positive Auswirkungen für die Region, das Land und die Bundesrepublik hätte.

Auch greift die Argumentation der Bundesregierung nicht, dass man lediglich die Politik der Vorgängerregierung weiter verfolge. Die Diskussionen in 1996 basierten auf völlig anderen Voraussetzungen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Dies zeigt sich sehr deutlich daran, dass Frankreich eine Bewerbung heute wieder fest ins Auge gefasst hat. Damals wollten weder Frankreich noch Deutschland mit einer Standortbewerbung ins Rennen gehen.

Meine Damen und Herren der Koalition, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der vorliegende Antrag bietet Ihnen die Möglichkeit, mit Vehemenz auf die Bundesregierung einzuwirken. Erinnern Sie den Kanzler an seine Versprechen, Großforschungseinrichtungen in den neuen Ländern anzusiedeln!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Führen Sie der Bundesregierung vor Augen, dass wir hier von einer Region mit 23,3 Prozent Arbeitslosen reden! Tun Sie einfach das Beste für unser Land und nicht für die rot-grüne Koalition in Berlin! Darauf können wir keine Rücksicht nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute diesem Antrag zustimmen, setzen Sie ein positives Signal für die Menschen in Vorpommern und im ganzen Land. Dass dies nur der erste Schritt in die richtige Richtung ist, dürfte hier allen klar sein. Aber eine Standortbewerbung mit Zaudern und Zagen anzugehen, das ist sicherlich der falsche Weg. Wir haben ausgezeichnete Voraussetzungen in unserem Land, es gibt keine innerdeutsche Konkurrenz, wir können diesmal den Zuschlag erhalten. Suchen Sie nicht nach Gründen gegen, sondern für diesen Antrag und damit für unser Land!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie uns mit Zuversicht und – das gehört bei einer Standortbewerbung dazu – auch mit Optimismus an diese Sache herangehen! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Lochner-Borst.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meck-

lenburg-Vorpommern hat auf dem Forschungsgebiet Energie durch Kernfusion eines der weltweit führenden Forschungsinstitute, nämlich das Max-Planck-Institut in Greifswald mit dem Projekt Wendelstein 7-X. Dieser Wendelstein gehört mit einigen anderen internationalen Zentren, das NCSX Princeton zum Beispiel, zu den entscheidenden Pilotprojekten für die nächsten Stufen der Fusionsforschung, nämlich das ITER-Projekt. Das Problem, an dem wir im Augenblick in diesem Lande arbeiten müssen, ist, dass das Wendelstein-Projekt in einer Entwicklungsverzögerung steckt. Der Zeitplan ist um Jahre überschritten. Die Finanzierung aus dem Euratom-Programm steht unter Kürzungsdruck. In Teilen der Regierungskoalition in Berlin gibt es grundsätzliche Bedenken gegen das Wendelstein-Projekt und es wird immer wieder überlegt, die dort eingesetzten Mittel umzuwidmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schlimm genug. Traurig, dass es so ist.)

Wir haben also zwei Fragen, mit denen sich die Landesregierung und der Landtag beschäftigen müssen. Die erste Frage lautet: Wie sichern wir die Forschungsarbeit an Wendelstein? Und die zweite Frage ist: Wie beteiligen wir uns am Zukunftsprojekt ITER?

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Die Landesregierung hat sich bei der ITER-Standortfrage für die Berücksichtigung von Greifswald/Lubmin vielfach und vehement eingesetzt und sie hat damit bei der Europäischen Kommission erreicht, dass Wendelstein 7-X in eine Netzwerklösung für das ITER-Projekt prioritär einbezogen wird. Und damit geht die Forschungsperspektive bereits über ITER hinaus in die Entwicklung von Fusionskraftwerken.

Kommissar Busquin hat dazu am 15. Mai in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten mitgeteilt, und ich zitiere jetzt wörtlich, dass „die Kommission ... Ende dieses Jahres dem Rat Vorschläge zur internationalen Implementierung ITER's und zur Struktur der gemeinsamen Unternehmung vorlegen ... wird. Das Projekt Wendelstein 7-X ist ... für das Fusionsprogramm in dieser langfristigen Perspektive als prioritär empfohlen.“

Und damit, sehr geehrte Damen und Herren, kommt eine Netzwerklösung für ITER unter Beteiligung des Wendelsteins in Gang. Uns kommt dabei zugute an dieser Stelle, dass Frankreich und England in der ersten Phase und jetzt Frankreich und Spanien in der zweiten Phase sich nicht einigen können. Uns kommt dabei auch zugute, dass wir da zurückkehren in die erste Diskussionsphase – damals war ich persönlich beteiligt, weil ich im Wissenschaftsrat für die Deutsche Krebsgesellschaft war –, nämlich zu dem Grundgedanken, dass wir ein Grundlagenexperiment haben, und das ist Wendelstein. Damals ging man noch davon aus, von einem Kraftwerk, und das ist ITER, wir kommen wieder zu dieser Netzwerklösung zurück.

Solche Netzwerke sind bei Großprojekten mit derartiger globaler Bedeutung nichts Ungewöhnliches. Eigentlich sind sie das Übliche. Wir denken an die Weltraumforschung, wir denken an die Krebsforschung. Netzwerke entsprechen dem Geist des Euratom-Programmes. Sie entsprechen der multilateralen Finanzierung und übrigens sind sie auch das, was auf deutscher Ebene schon mit den beiden Standorten in Garching und in Greifswald praktiziert wird.

Und dann ist das, glaube ich, auch ein wichtiger Weg, unabhängig vom ITER-Zentrum die Strukturenergebnisse und Erfahrungen von Wendelstein für die weitere Fusionsforschung zu nutzen, nämlich über den Abschluss der ersten experimentellen Phase in Greifswald hinaus. Wir müssen daran denken, wie wir dann in die weltweite Großforschung eingehen wollen. Eine derartige Lösung macht allen Kritikern deutlich, dass Wendelstein ein starkes und unverzichtbares Zentrum in der weltweiten Fusionsforschung ist, und die Technologieunternehmen unseres Landes, die beteiligt sind an Wendelstein – ich denke an MST Rostock, ich denke an Siemens CISCO in Rostock zum Beispiel –, empfehlen sich auch für alle weiteren Fusionsprojekte, insbesondere für den ITER-Aufbau.

Weiterhin ist es natürlich auch eine politische Demonstration Europas für die Zusammenarbeit Europas in der Energieforschung und Mecklenburg-Vorpommern hält seine Optionen in diesem zukunftsorientierten Wissenschaftsgebiet. Diese Netzwerklösung hat also einen doppelten Charme. Einerseits sichert sie Wendelstein und andererseits beteiligt sie uns prioritär am Gesamtkonzept, am Netzwerk ITER.

Ich zitiere abschließend noch einmal den Brief von Kommissar Busquin: „Die Kommission wird die Aufgabe, Wendelstein zum Erfolg zu führen, insbesondere im Rahmen der Assoziation ... weiter unterstützen.“ – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Selling von der Fraktion der SPD.

(Siegfried Friese, SPD: Als Multitalent.)

Erwin Selling, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat spreche ich zu diesem Thema als Greifswalder Abgeordneter. Und, Frau Lochner-Borst, in dieser Eigenschaft frage ich Sie: Was wollen Sie eigentlich mit Ihrem ITER-Antrag heute hier erreichen?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dass Sie sich endlich bewegen. Dass Sie endlich mal tätig werden und nicht nur schöne Reden halten.)

Geht es nur um fromme Wünsche, nur um oppositionelle Spielchen, Herr Born, um vordergründig Punkte zu machen? Oder – und da haben wir ein ernstes Problem – wollen Sie den Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts Wendelstein 7-X Rechnung tragen? Wollen Sie alle Anstrengungen unternehmen, um im Interesse ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Staatssekretär Braune hat das versprochen, dass Sie sich einsetzen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ein Lautsprecher alleine wird da nicht helfen. Wir haben ernste Probleme. Da muss man mal nachdenken und zusammenhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Nur zu schreien hilft nichts.

Also wollen Sie ernsthaft mit uns alle Anstrengungen unternehmen, um im Interesse der Bediensteten, aber

auch im Interesse von Greifswald, von Vorpommern, den Forschungsstandort Greifswald in der Fusionsforschung abzusichern? Das sind die Fragen, die Ihr Antrag aufwirft. Und ich sage Ihnen ganz klar, ich entscheide mich für den Erhalt und den Ausbau dessen, was wir haben,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

übrigens mit einer sehr guten Chance, dann auch im internationalen Verbund an ITER teilzuhaben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Alles andere sind fromme Wünsche oder oppositionelle Spielchen. Das wissen Sie. Vielleicht ist es ja einfach nur forschungspolitische Naivität,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nur weil Ihre Bundesregierung nichts zuwege bringt.)

so, als wäre ITER kein hochkomplexer internationaler Forschungsverbund, sondern eine kleine Fabrik, die man dahin stellt.

(Ilka Lochner-Borst, CDU:
So gehen Sie damit um.)

Meine Damen und Herren, es ist unsere gemeinsame Aufgabe, das Beste für Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und dazu gehört in diesen schwierigen Zeiten vor allem auch, das zu sichern, was wir haben. Dafür sind wir gewählt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Dafür sind wir gewählt worden, auch wenn mir klar ist, dass natürlich zum Handeln eher die Regierungskoalition aufgerufen ist, und Sie dazu, Vorschläge zu machen, kritische Begleitung zu machen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich weiß auch, Herr Born, dass für eine Opposition immer die Versuchung besteht, einfach mal etwas Tolles, besonders Großes, möglichst Spektakuläres von der Regierung zu fordern, sei es nun real oder nicht. Dass es nicht real ist, muss eine Opposition nicht stören. Sie kann ja sowieso nichts machen. Aber man hat dann immer die Chance zu sagen, das ist doch etwas Tolles. Die Regierung hat es nicht gewollt oder nicht gekonnt. Das ist ein Spiel, das kann vielleicht sogar Punkte bringen in der Öffentlichkeit, wenn man es geschickt spielt. Das ist Ihr gutes Recht als Opposition. Ich habe aber eine ganz herzliche Bitte: Spielen Sie dieses Spiel nicht auf Kosten des Forschungsstandortes Greifswald, nicht auf Kosten von Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Nur weil Sie zu
schwach sind. Sie sind einfach zu schwach.)

Für die Region Vorpommern ist unverzichtbar, dass das Forschungsprojekt Wendelstein 7-X finanziell abgesichert und fortgeführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Alles nur faule Aus-
reden! – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Nein, nein. Fusionsforschung ist eine der ganz wenigen Forschungsbereiche, in denen Deutschland noch führend in der Welt ist und dabei muss es bleiben. Und mit dem Begriff Fusionsforschung muss sich auch weiter der Name Greifswald in Vorpommern verbinden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Weil Ihre
grünen Ideologen in Berlin das
nicht wollen. So einfach ist das.)

Eines ist doch klar, ich bitte Sie, jetzt nicht einfach nur diesen isolierten Antrag zu sehen und zu sagen, da können wir die Regierung schön vorführen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Eine armselige
Argumentation haben Sie, Herr Abgeordneter! –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Eines ist doch klar, wenn wir über die Region reden, Herr Riemann, und nicht nur herumkrähen,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wenn wir darüber reden,

(Beifall Beate Mahr, SPD)

dann ist doch ganz klar,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

dass wir fragen müssen: Wo liegen denn die Entwicklungschancen in Vorpommern? Und wenn man sich das ernsthaft fragt,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

dann ist völlig klar, dass eines der wichtigsten Dinge, die wir haben, die Universität Greifswald ist, dass wir da anknüpfen müssen, dass wir an die Forschungseinrichtung, an die Entwicklung moderner Technologien anknüpfen müssen. Deshalb bitte ich Sie, auch Sie von der Opposition: Helfen Sie mit, dafür zu sorgen, dass das Fusionsprojekt 7-X weitergehen kann und dass wir alle Möglichkeiten nutzen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Universität
stärken, ganze Fachbereiche stärken.)

im Rahmen länderübergreifender Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen unseren Part bei der internationalen Entwicklung im Fusionsbereich zu spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Mit Frankreich.)

Wenn wir Wendelstein 7-X in diesem Sinne stark machen,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

dann haben wir auch eine reale Chance, an der Entwicklung des ITER-Projekts teilzunehmen. Dazu möchte ich auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, gewinnen. Bitte verzichten Sie darauf, so zu tun, als könnten wir das gesamte ITER-Projekt nach Deutschland, nach Lubmin holen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Zug ist lange abgefahren.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und das wissen Sie doch auch, Herr Riemann. Lassen Sie sich einmal erinnern: Im Mai 1996 hat es hier einen Antrag gegeben, gemeinsam von der SPD und der CDU,

und wir haben gesagt, wir wollen Bewerbungen für das ITER-Projekt Greifswald. Und dann hat es damals eine Reaktion gegeben aus dem Bund. Da ist am 10.07. von dem zuständigen Minister gesagt worden: Angesichts der in Deutschland in allen Bereichen zu erbringenden Einsparungen ist deshalb ein deutscher ITER-Standort mit den damit verbundenen besonderen Beiträgen als Sitzland nicht realisierbar.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

An einem finanziellen Wettlauf um den ITER-Standort kann und will sich Deutschland nicht beteiligen.

(Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Dann hat sich später auf Nachfrage des damaligen MP der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag geäußert, im Oktober 1996, und hat geschrieben, es werde keine realistische Chance gesehen, das Großprojekt ITER in Deutschland zu realisieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Es ging um
andere Beträge, das wissen Sie genau! –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

In dem Brief heißt es dann weiter, die Bundesregierung habe im Zusammenhang mit dem Fusionsexperiment Wendelstein 7-X, und dafür sind sie ja dankbar, besondere finanzielle Anstrengungen unternommen, um den Forschungsstandort Greifswald abzusichern, aber mehr sei nicht möglich. Meine Damen und Herren: Was hat sich seit damals geändert? Hat sich etwas geändert?

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Braune
hat es im Wahlkampf versprochen.)

Ja, aber nicht zum Positiven.

Meine Damen und Herren, die finanzielle Lage ist deutlich noch schlechter geworden. Und es hat sich in den letzten zehn Jahren noch deutlicher herausgestellt, derartige große Forschungsvorhaben wie in der Kernfusion gehen nur in internationaler Zusammenarbeit,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

über internationale Netzwerke. Schon deshalb hat doch Ihr Antrag „ITER nach Lubmin“, der auf ein Alles oder Nichts hinausläuft, keine realistische Chance. Der Wissenschafts- und Forschungsminister des Landes hat gerade das Nötige dazu gesagt. Außerdem – und da wird es jetzt vielleicht ernst – finde ich es nicht gut, dass das Themen sind, die wir auch in der Öffentlichkeit diskutieren müssen.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Nachher, Herr Born, wenn Sie erlauben.

Es gibt auch Dinge, da muss man vielleicht handeln und nicht nur Anträge stellen. Da würde ich Sie auch bitten, uns gemeinsam zu unterstützen. Ich will ganz klar sagen: So ein Antrag ruft doch ganz selbstverständlich – auch weil sie an weitere Gelder wollen – Gegenkräfte auf den Plan, Gegenkräfte, die sich sowieso schon von der Fusionsforschung trennen wollen. Und wenn wir uns objektiv die Lage ansehen, dann haben wir doch die Frage, ob wir bei der Energieversorgung jemals auf Kernfusion setzen können. Das wird sich doch vor 2030, 2040 nicht ernsthaft endgültig klären lassen.

Und deshalb ist doch klar, dass für die Versorgungsprobleme der nächsten Jahrzehnte wir verstärkt auf erneuerbare Energien werden setzen müssen. Das ist etwas, was sich auch in den letzten zehn Jahren im Hinblick auf ITER negativ verändert hat, dass es starke Kräfte gibt, die angesichts dieser absehbaren Entwicklung natürlich sagen, wir können Forschungsmittel nicht so stark wie bisher in der Fusionsforschung einsetzen, sondern eben auch bei den erneuerbaren Energien.

Und, meine Damen und Herren, wenn wir mal genau hinschauen, dann ist das eine Entwicklung, die ja nicht nur negativ für Mecklenburg-Vorpommern ist. Im Gegenteil, das kann doch für uns sehr interessant sein. Nehmen Sie Sonnenenergie, Windenergie, die Entwicklung bei den nachwachsenden Rohstoffen. Diese Hinwendung zu erneuerbaren Energien bietet uns ganz eindeutig ebenfalls sehr große Chancen. Ich werbe dafür, dass wir mit dieser Situation Fusionsforschung einerseits in Greifswald – ganz wichtiger Standort – und andererseits den Möglichkeiten der erneuerbaren Energien klug umgehen. Es ist doch ganz klar in unserem Interesse, wenn zum Teil umgesteuert wird zu den erneuerbaren Energien. Das kann uns in Mecklenburg-Vorpommern sehr zugute kommen. Wichtig ist dabei nur eins,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

das darf eben nicht zu Einschnitten bei Wendelstein 7-X und zur Gefährdung der Fusionsforschung in Greifswald führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Daran müssen wir arbeiten. Das muss unser Ziel sein. Das liegt im Interesse des Landes und im Interesse der Region Vorpommern. Und jetzt, meine Damen und Herren von der CDU, hören Sie bitte zu!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Diesem Ziel, daran zu arbeiten, die Fusionsforschung in Greifswald sicherer zu machen und zu erhalten, diene unter anderem der Parlamentarische Abend gestern in Berlin in unserer Landesvertretung,

(Michael Ankermann, CDU: Großartig,
zwischen zwei Landtagssitzungen. –
Zurufe von Rainer Pracht, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

bei dem ich eben Sie, Frau Lochner-Borst, vermisst habe, und auch sonst leider niemanden von der CDU erkennen konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Das ist schade, das ist schade.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist der
Stil Ihrer Regierung, ständig Termine
auf Landtagssitzungen zu legen.)

Herr Rehberg, ich habe dieser Landtagssitzung gestern bis zum Schluss beigewohnt und bin dennoch pünktlich in Berlin gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Eckhardt Rehberg, CDU: Wahrscheinlich dürfen
wir nicht so schnell fahren wie Sie. Das ist der Unterschied. – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte doch jetzt um eine sachliche Diskussion!

Erwin SELLERING, SPD: Ich bedaure das deshalb, weil es gestern möglich war, mit den Greifswaldern, mit den Wissenschaftlern und anderen Beschäftigten von 7-X zu sprechen, ihre Sorgen zu erfragen und auch in Gesprächen mit den zuständigen Politikern auf Bundesebene zu vermitteln. Dazu diente dieser Abend. Wir sind damit dem ausdrücklichen Wunsch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wendelstein 7-X nachgekommen, die sich Hilfe suchend an uns gewandt haben.

Und ich sage Ihnen noch etwas. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wendelstein 7-X wollen Ihren ITER-Antrag nicht, sondern sie wollen volle Unterstützung für Wendelstein 7-X.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass ITER nicht als Einzelprojekt nach Greifswald kommen kann, ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Wendelstein 7-X sehr klar, denn diese Mitarbeiter kennen die Fakten sehr genau und wissen, dass die grundsätzlichen Entscheidungen sowieso schon 1996 von der CDU getroffen worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, lassen Sie bitte bei diesem wichtigen Thema die oppositionellen Spielchen! Verzichteten Sie darauf, auf Kosten des Forschungsstandortes Greifswald, auf Kosten von Vorpommern kurzfristig in der Öffentlichkeit Punkte zu sammeln!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wenn einer hier Spielchen macht, dann sind Sie das!)

Ziehen Sie den Antrag zurück und unternehmen Sie mit uns gemeinsam alle Anstrengungen, die Fusionsforschung in Greifswald zu unterstützen! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –

Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr bezeichnend.

Es ist unglaublich! – Wolfgang Riemann, CDU: Das sehen die Kollegen im Kreistag ganz anders.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Ich habe gestern Abend in Berlin den Leiter der Landesvertretung, Staatssekretär Dr. Freund, auf die Terminfrage angesprochen. Er hat mir daraufhin erstens erklärt, dass Herr Rehberg als Fraktionsvorsitzender bereits eine Antwort auf seinen Brief mit der Beschwerde erhalten habe, wo er dazu Stellung nehme. Und zweitens hat er darauf hingewiesen, dass diese Abende natürlich nicht in erster Linie für die Abgeordneten in Schwerin, sondern für die Bundestagsabgeordneten und die Bundespolitik veranstaltet werden und man sich natürlich nach Sitzungsperioden des Bundestages richten müsse. Dass sich da häufig Überschneidungen zwischen Landtagssitzungen und Bundestagssitzungen ergeben, sei leider nicht zu vermeiden. Ich will nur darauf hinweisen, um hier nicht den Eindruck entstehen zu lassen oder stehen zu lassen, dass man sich um solche Fragen nicht kümmert.

Die zweite Vorbemerkung, die ich machen möchte, Frau Lochner-Borst, ich hätte es mir eigentlich noch eine

Nummer größer gewünscht: Farbe bekennen, Stellung beziehen, große Dramatik. Ganz so dramatisch ist es denn doch nicht, glaube ich.

Und lassen Sie mich noch eine dritte Vorbemerkung machen. Wir haben hier, das finde ich gut, schon sehr oft über ITER im Speziellen und Fusionsforschung im Allgemeinen geredet, der Wichtigkeit des Themas durchaus angemessen. Ich will jetzt aber keine inhaltliche Debatte führen und die Dinge, die ich hier schon mehrfach im Namen der Fraktion gesagt habe, nicht wiederholen. Ich sage das nur stichpunkthaft. Ich habe mehrfach dargestellt, dass es eine prinzipielle Zustimmung der Mehrheit der PDS-Fraktion im Landtag zur Fusionsforschung im Allgemeinen und zum Fusionsforschungsstandort Greifswald im Besonderen gibt.

Ich habe darauf hingewiesen, dass es bei einem Teil der Mitglieder der PDS-Fraktion durchaus nachvollziehbare Probleme mit der Fusionsforschung im Allgemeinen und nicht mit der in Greifswald im Speziellen gibt.

(Vincent Kokert, CDU: Ist das der Grund?)

Ich habe darauf hingewiesen, dass natürlich eine positive Entscheidung für Mecklenburg-Vorpommern und Greifswald/Lubmin eine große Bedeutung beim Zumesen hat. All das gilt nach wie vor. Und ich will hier auch sagen und dazu weiter gar nichts ausführen, dass ich dem Bildungsminister dankbar bin für die Darstellung der Zusammenhänge und der Perspektiven sowie der notwendigen Aktivitäten, die die Fusionsforschung in Mecklenburg-Vorpommern betreffen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Ich stimme auch ausdrücklich dem Kollegen SELLERING zu, wenn er hier darauf hinweist, dass wir die Gefährdung der Fusionsforschung in Greifswald, Wendelstein 7-X, nicht außen vor lassen dürfen, dass wir das wissen und agieren müssen. Ich komme darauf nachher noch einmal zurück.

Ich will deshalb etwas tun, was mir der Bildungsminister gestern schon mal empfohlen hat in einem Gespräch am Rande: Ihr Parlamentarier macht mal das Parlamentarische! Ich will mich also dem Antrag und seiner Bedeutung zuwenden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Würden wir ja gerne, wenn die Regierung das macht, was sie tun muss.)

Viele werden es gelesen haben, dass in einer Zeitung im Zusammenhang mit einer Presseerklärung meinerseits davon geredet wurde, dass ich einen großen Spagat machen müsse, und das endete dann mit dem Kommentar „Armer Bartels“. Ich sage dazu nur, ich hatte in meinen Jahren hier als Mitglied des Landtages schon weitaus schmerzhaftere Spagatübungen zu absolvieren als die, die jetzt in diesem Zusammenhang vor mir steht.

Ich sehe durchaus eine positive Seite des Antrages, die lautet: Wir geben nicht auf, wir nutzen die letzte Chance, wenn sie auch unwahrscheinlich ist. Und ich möchte sagen, das kann mensch so machen. Ich als Sportler neige dazu, auch in ausweglosen Situationen weiterzukämpfen, bis das Spiel wirklich zu Ende ist. Lassen Sie mich da auf Verfahrensweisen im Sport hinweisen.

(Norbert Baunach, SPD: Nachspielzeit.)

Zurzeit laufen die Play-offs in den Basketballligen und dort wird eine Serie dann beendet, wenn rechnerisch der Sieger feststeht, ohne dass alle Spiele gespielt sind, und auf der anderen Seite im Davis Cup werden auch dann, wenn eine Mannschaft 3:0 führt, die letzten beiden Spiele noch durchgeführt, obwohl sich am Gesamtergebnis nichts mehr ändert.

Beide Verfahrensweisen sind möglich und es gibt gute und logische Begründungen dafür. Entscheidend sind immer die Spielregeln. Die Spielregel muss man sich angucken. Auch in der Politik gibt es Spielregeln. Ich will einmal darauf hinweisen, eine sollte eigentlich sein, auch wenn sie es nicht immer ist, dass man die Meinung der anderen respektiert, denjenigen, der eine andere Meinung hat, nicht unbedingt von vornherein als dumm kritisiert oder darstellt, und wenn man diese anderen Meinungen in seine Überlegungen und Kalkulationen einbezieht.

Die reale Situation ist so – der Minister hat auch darauf hingewiesen –, dass die Entscheidungsfindung in Europa schon sehr weit fortgeschritten ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass im Bundestag ein Antrag der FDP vorliegt, der die Fusionsforschung unterstützt, aber einen Standort des ITER in Frankreich fordert. Das ist auch nicht ganz uninteressant. Das aber nur am Rande.

Ich gehe davon aus, dass allen bekannt ist, das hat heute auch schon eine Rolle gespielt, dass Bündnis 90/Die Grünen eine sehr ablehnende Haltung zur Fusionsforschung haben. Das muss man nicht teilen und ich teile diese Sicht nicht. Aber man muss es zur Kenntnis nehmen. Und auch wenn ich gestern Abend den Vortrag des forschungspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erlebt habe, der sehr einseitig, sage ich mal vorsichtig, und sehr polemisch war, und ich diese Sehweise in vielen Sachfragen als einfach falsch bewerten muss, sage ich, ich muss diese Haltung, auch wenn sie von meiner abweicht, zur Kenntnis nehmen und muss sie in die Realitäten einbeziehen.

Eines ist doch auch klar, Herr SELLERING hat schon darauf hingewiesen: Angesichts der Haushaltslage und angesichts einer vorhandenen Bundestagsmehrheit besteht für diesen Antrag, der hier heute vorliegt, praktisch keine Aussicht auf Erfolg.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was hat das mit der Bundestagsmehrheit zu tun?)

Wir können nun, wie im Davis Cup üblich, die letzten Runden spielen. Ich habe gesagt und das meine ich auch ehrlich, dass man das tun kann, dass es dafür Gründe gibt. Mensch kann auch ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was hat das denn mit der Bundestagsmehrheit zu tun?)

Herr Born, hören Sie doch mal zu!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Tue ich, ja. Ich verstehe das aber nicht, was Sie da erzählen. Deswegen frage ich: Was hat das mit der Bundestagsmehrheit zu tun?)

Dafür bin ich doch nicht zuständig, ob Sie das verstehen oder nicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch, wenn Sie das sagen, hat das mit der Bundestagsmehrheit zu tun.)

Lassen Sie mich mal bitte weiterreden!

Mensch kann aber auch, wie im Basketball üblich, das aussichtslose Spiel beenden und sich um die Gefährdung kümmern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Einfach aufhören!)

Auch das ist möglich. In der Politik gibt es auch Spielregeln und darauf will ich einmal hinweisen. Mensch muss das nicht gut finden, aber die Spielregeln sind vorhanden. Ich will Ihnen mal das Szenarium skizzieren, das mit diesem Antrag im Zusammenhang steht. Wenn dieser Antrag heute hier angenommen wird, dann organisiert Rot-Rot aus Schwerin eine schwarze Mehrheit im Bundesrat gegen Rot-Grün in Berlin.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das wäre ja noch was.)

Eine interessante Konstellation,

(Andreas Petters, CDU: Ja. – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

wobei ich einfügen möchte, ob Herr Stoiber und Herr Koch eine rot-rote Initiative mittragen werden, weil sie damit Rot-Grün ärgern können, wäre zumindest eine spannende Frage, deren Beantwortung ich durchaus ganz gern erleben würde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Kindereien!)

Aber wer so tut, dass auf der Grundlage dieses Antrages eine echte Chance besteht, die rot-grüne Koalition in Berlin zu stürzen, denn das ist Voraussetzung, wenn Sie sich den Koalitionsvertrag angucken, weil die schwarze Mehrheit auf Initiative von Rot-Rot in Schwerin das so will, der ist entweder naiv oder unehrlich. Das sollte man dann ehrlicherweise sagen und man sollte auch ehrlicherweise sagen, dass der Bundesrat natürlich in solch einer Frage eine Entschließung verabschieden kann. Aber der Bundesrat kann die Regierung nicht zwingen, eine Bewerbung in Brüssel abzugeben.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Auch das sollte man der Ehrlichkeit halber immer mit dazusagen. Es wird immer anderes getan. Deshalb kann ich nachvollziehen – ich sage ausdrücklich, ich spreche jetzt im Konjunktiv –, dass der Verdacht entstehen könnte, dass es sich hier um einen Fensterantrag handelt, an dessen reale Umsetzungsmöglichkeit selbst der Antragsteller nicht glaubt.

(Vincent Kokert, CDU: Sie suchen doch nach Argumenten, Herr Bartels! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

„Könnte“ habe ich gesagt.

Wer deshalb diesen Antrag ablehnt, für den habe ich durchaus Verständnis.

(Beate Schlupp, CDU: Ich nicht.)

Aber ich will auch deutlich sagen, die Schlussfolgerung aus den ganzen Diskussionen innerhalb der PDS-Fraktion ist sehr unterschiedlich. Das werden Sie auch am Abstimmungsverhalten merken.

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Ich habe die Hoffnung, dass wir, wenn dann diese Diskussionen erledigt sind, uns wirklich den wichtigen Problemen der Weiterführung und der Sicherung des Wendelstein-Projektes in Greifswald zuwenden können. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Professor Metelmann, Herr Dr. Bartels und Herr Abgeordneter Selling, aber auch Herr Ministerpräsident! Meine Fraktionskollegin Frau Lochner-Borst hat schon in der Einbringung darauf hingewiesen, dass es traurig ist, dass zum wiederholten Male das Thema „Bewerbung des Standortes Greifswald/Lubmin“ auf der Tagesordnung des Landtages stehen muss. Sie können uns glauben, Herr Ministerpräsident, es geht der CDU nicht um kleinliches Nachhaken, weil wir die letzte Abstimmung hier im Parlament verloren haben, nein, es geht uns um eine Vision, um die Hoffnung einer ganzen Region – der Region Vorpommern.

(Beifall bei der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

Ich habe mir nicht vorstellen können, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren der Regierungsparteien, und so geht es vielen Bürgern Vorpommerns, dass Sie sich mit so wenig Herzblut für die Region, für die Zukunft Vorpommerns einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald und der Kreistag Ostvorpommern haben sich in ihren Sitzungen im Mai 2003 nochmals mit beeindruckender Einstimmigkeit über alle Parteigrenzen hinweg für diese ITER-Bewerbung ausgesprochen.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, ich hoffe, Sie wissen, die Bundesratsinitiative ist unsere letzte Chance, um das eindeutige Signal von Mecklenburg-Vorpommern aus nach Berlin, nach Brüssel, aber auch an die internationale Gemeinschaft mit der Aussage zu senden, wir wollen das internationale Großforschungsprojekt ITER und wir unterstützen dieses Projekt mit Herzblut und mit Überzeugung!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, ich glaube, es hat sich auch schon international herumgesprochen, dass die Flächen auf dem ehemaligen Kernkraftwerksgelände in Greifswald/Lubmin hervorragend für die Fusionsforschung, also für das ITER-Projekt geeignet sind. Die Menschen in der Region sind für neue Technologien aufgeschlossen und verbinden mit dem ITER-Projekt neue Hoffnung.

Als ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kernkraftwerkes Greifswald könnte ich jetzt über die Bedeutung der Kernfusionsforschung für ökologisch verträgliche und ökonomisch vielversprechende Energiequellen der Zukunft reden. Aber ich glaube, darum geht es heute nicht. Heute geht es um viel mehr. Heute geht es um die Glaubwürdigkeit der Politik. Es geht um Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Ministerpräsident,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

denn Sie sind es, der überall verkündet, wie stark er sich für die Entwicklung Vorpommerns einsetzt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Worten!)

Bitte beweisen Sie es uns!

Es geht auch um viele tausend Arbeitsplätze und damit um die Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Vorpommern.

(Reinhard Dankert, SPD:
Ja, das wollen wir ja auch.)

Weiterhin geht es um die Stärkung der deutschen Spitzenstellung in der Fusionsforschung und der weiteren Konzentration der Plasmaforschung in der Region Greifswald.

Aber, meine Damen und Herren der Regierungsparteien, jetzt hört man Stimmen aus Ihren Reihen, die sagen, ja ganz so öffentlich können wir uns nicht gegen die ITER-Bewerbung stellen, also muss uns etwas einfallen, dieses Projekt aus guten Gründen ablehnen zu können. Da kommt es Ihnen gerade recht, dass die Grünen in der Bundesregierung die Finanzierung des Wendelstein 7-X in Frage stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es! So ist es! –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau, so ist es!)

Aber, meine Damen und Herren Abgeordnete, es geht heute nicht um die Abwägung für ITER und damit gegen das Forschungsprojekt Wendelstein 7-X, nein, es geht um die Zukunftsentscheidung, ob beide Fusionsprojekte, die unterschiedliche Konzepte verfolgen, an einem Standort – am Standort Greifswald/Lubmin – entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler, CDU: Sehr richtig!)

Und vielleicht kann man noch einmal dazu einflechten: Wendelstein 7-X ist nicht irgendeine Vision, die wir vollziehen wollten, sondern dafür haben sich ganz speziell die CDU und Paul Krüger eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Genau!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die seit Jahren ihre Kraft für die ITER-Bewerbung am Standort Greifswald/Lubmin einsetzen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

aber besonders für die engagierte Arbeit des ITER-Förderverbandes und bei dessen Vorsitzenden, unserem Ministerpräsidenten a. D. Professor Alfred Gomolka.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Ach, so ist das!)

Auch sein Stellvertreter im ITER-Förderverband, unser, Ihr so genannter Oststaatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Herr Tilo Braune, engagiert sich für ITER schon sehr lange.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Genau!)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, jeder von uns weiß, mit der Bewerbung für das ITER-Kernfusionsprojekt bei der Europäischen Kommission sind die Milliarden-Euro-Investitionen noch nicht in Vorpommern

am Standort Greifswald/Lubmin, sondern es ist erst ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Wir haben nicht nur den Traum einer Milliardeninvestition mit dem Großforschungsprojekt ITER in Vorpommern, sondern wir haben die verdammt Pflicht, diesen Traum auch Wirklichkeit werden zu lassen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir kämpfen seit 1990 für dieses Projekt. Kämpfen Sie mit uns und nutzen Sie diese Chance der Bundesratsinitiative! Bitte stimmen Sie für die deutsche ITER-Bewerbung zum Wohle einer benachteiligten Region! Die Menschen Vorpommerns werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der CDU und Jörg Heydorn, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Liskow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Zielenkiewitz von der Fraktion der SPD.

Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Lochner-Borst! Hier steht so ein Bedenkensträger. Aber bedenken Sie bitte auch, dass das Wort „denken“ darin vorkommt. Man muss ehrlich sein und insofern war ich eben versucht zu sagen, ich verzichte auf den Redebeitrag, denn der Minister und in dem Falle auch der Abgeordnete Selling haben das Wesentliche gesagt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Sie haben viel geredet, aber wenig gesagt! – Heinz Müller, SPD: Und das von Ihnen, Herr Thomas, nee!)

Ich habe mich besonders gefreut ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da hat er ja auch Recht. – Reinhardt Thomas, CDU: Danke.)

Als neuer Abgeordneter füge ich hinzu, bin ich höflich und lasse Herrn Thomas die Zwischenrufe, damit sie auch zu hören sind, wobei ich hinzufüge: Leider habe ich den Namen meiner ehemaligen Frau mit „B“ nicht angenommen, dann würde ich hier vorne alles hören. Mit „Z“ bekommt man einen Großteil der Zwischenrufe eh nicht mit.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Einen Zwischenruf habe ich indessen mitbekommen aus den hinteren Reihen der CDU, und zwar: Was hat er gesagt? Als der Minister seine Rede beendet hatte, kam von hinten: Was hat er gesagt? Das bedeutet für mich, wir werden uns zusammensetzen müssen, Sie, der Minister und von mir steht das Angebot auch. Glücklicherweise kann man alles nachlesen und möglicherweise wird die Wiederholung als didaktisches Mittel dazu führen,

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Da müssen Sie aber auch hinzunehmen, was er in der letzten Sitzung und auch in der vorletzten Sitzung gesagt hat: Bewerbung unterstützen. Das müssen Sie hinzunehmen!)

dass Sie es verstehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja! Ja!)

Herr Born, die Zwischenrufe sind immer nicht zu hören. Es muss lauter sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Lesen Sie mal richtig nach, wie Sie die Meinungen ändern können zwischen drei Sitzungen!)

Ich denke, das Meinungsbild ist hier eindeutig. Sie haben den Antrag gestellt. Über den Antrag wird abzustimmen sein. Trotzdem gilt – und da gucke ich dann die fachpolitische Sprecherin an – insbesondere für die neuen Abgeordneten, dass wir versuchen wollen und sollen, bei dem, was uns trennt, nach vorne zu schauen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie und wir wissen, dass dieser Antrag abgelehnt wird,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum denn?)

und trotzdem werden wir an diesem Thema weiterarbeiten. Ich lade Sie herzlich ein.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Und insofern war ich ein bisschen sauer auf den Abgeordneten Selling, weil er mir diese Kritik weggenommen hat.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Alle, die hier in diesem Raum sitzen, wissen, dass gelegentlich freie Plätze vorhanden sind. Und über Pairing, also über eine Absprache, hätte man gestern Abend sehr schön drei Abgeordnete aller drei Fraktionen dort haben können. Herr Bartels war da, Herr Zielenkiewitz war da und Sie waren nicht da. Sie sind 25 Abgeordnete und wenn nicht einer Zeit hat, dort zu erscheinen, dann registrieren das sowohl die wissenschaftliche Leitung als auch der Betriebsrat, der da war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben einen Antrag dazu! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich bitte Sie einfach, diese Termine wahrzunehmen. Und, Frau Lochner-Borst, wir werden uns als fachpolitische Sprecher zusammensetzen und versuchen, das, was der Minister vorgegeben hat an Informationen, möglicherweise in einen gemeinsamen Antrag aller drei Fraktionen einzubringen zum Wohle von Wendelstein 7-X, zum Wohle der Fusionsforschung

(Egbert Liskow, CDU: Heuchler!)

und insbesondere auch ...

Herr Liskow – nur damit Sie das auch da hinten verstehen – hat mir eben gesagt, ich bin ein Heuchler.

(Heinz Müller, SPD: Das ist unparlamentarisch! Das ist eigentlich einen Ordnungsruf wert!)

Ich finde, Herr Liskow, diese Aussage steht für sich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, wir lassen das prüfen, was gesagt wurde.

Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Ich würde den Satz gerne zu Ende bringen. Ich wollte hinzufügen, auch für Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, danke für die Ausführungen.

Ich möchte noch eine Bemerkung als Präsidentin machen. Wir haben im Ältestenrat bereits darüber debat-

tiert, dass es eine Überschneidung der Landtagssitzung und des Parlamentarischen Abends gibt und dass es deswegen schwierig ist, die Teilnahme zu gewährleisten. Insofern ist die Kritik in dieser Art und Weise, wie sie hier geführt wurde, nicht angebracht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Um das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Caffier gebeten von der Fraktion der CDU.

Lorenz Caffier, CDU: Liebe Kollegen! Eigentlich wollte ich zu dem Thema nicht sprechen, aber wenn wir hier über Umgang reden, dann sollten wir auch ehrlich über den Umgang miteinander reden. Was Sie hier gerade abgezogen haben, Herr Justizminister, das finde ich einfach nicht parlamentarisch. Mit den Geschäftsführern gibt es eine Vereinbarung, dass wir keinen Minister, weil Landtagssitzung ist, zitieren, obwohl alle den Plan der Landtagssitzungen für das laufende Jahr haben.

Es finden drei Tage hintereinander während der Landtagssitzungen in Berlin Parlamentarische Abende statt. Meines Wissens nach müssen die Abgeordneten zuallererst hier ihre Arbeit tätigen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
So ist es! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich persönlich habe Herrn Kultusminister zugesagt, dass die Fraktion der CDU nicht vom Zitierrecht Gebrauch machen wird,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

trotz der Veranstaltung in Berlin, und gesagt, Sie können dahin fahren, weil die Veranstaltung wichtig ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist unerhört, so was!)

Da sind die Geschäftsführer sich alle einig. Sich hier hinzustellen und irgendwelchen Abgeordneten vorzuwerfen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unverschämtheit! –
Zurufe von Michael Ankermann, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

dass sie ihre Verpflichtungen nicht wahrnehmen, das finde ich unseriös.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das finde ich unseriös allen Abgeordneten dieses Landtages gegenüber.

(Der Abgeordnete Erwin SELLERING
bittet um das Wort für eine Anfrage. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Keine Zwischenfrage! Keine Zwischenfrage!
Er macht es umgekehrt auch so.)

Ich erwarte einfach, dass Sie diese Aussage relativieren, weil ich glaube, in diesem Hause – und darüber sind sich alle einig – ist kein einziger Abgeordneter, der in irgendeiner Form gegen das Projekt ist. Über die Form müssen wir uns unterhalten. Die Form, die Sie hier gewählt haben, war eine glatte 5 – Entschuldigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten SELLERING? (Zustimmung)

Bitte, Herr SELLERING.

Erwin SELLERING, SPD: Halten Sie an Ihrer Kritik fest, wenn ich Ihnen sage, dass mir vorher gesagt worden ist, dass bei der gestrigen Sitzung auf jeden Fall jeder SPD-Minister, der zu früh die Sitzung verlässt, zitiert werden wird – das hängt wohl mit der Regionalkonferenz zusammen –, und dass ich bis zum Schluss der Sitzung geblieben bin und sehr bequem den Parlamentarischen Abend erreicht habe?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Er war pünktlich da. –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
Dr. Armin Jäger, CDU, und
Ilka Lochner-Borst, CDU)

Das war der Hintergrund dessen, was ich eben gefragt habe. Die Frage ist: Halten Sie Ihre Kritik hier aufrecht?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es rauschen nicht
alle mit einem Fahrer durch das Land.)

Lorenz Caffier, CDU: Es war eine halbe Frage und eine Antwort. Vernünftig hätte ich es gefunden, das sage ich Ihnen ganz einfach, wenn Sie gesagt hätten, ich habe einen Fahrer, welcher Abgeordneter hat Interesse und fährt mit mir mit,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut! Stimmt. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

weil die meisten Kollegen, die hier sitzen, eben keinen Fahrer haben, weil die wieder zurückfahren müssen,

(Peter Ritter, PDS: Was hat denn das
mit der ITER-Bewerbung zu tun?)

und weil gestern bis 16.30 Uhr nicht klar war, wann die Landtagssitzung zu Ende ist. Die Landtagssitzung war laut Plan um 20.00 Uhr zu Ende.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

Das ist für alle erst einmal die Grundlage. Sie wissen selbst, dass sich einige sonst Übernachtungen et cetera buchen müssen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich will das Thema nicht weiter ausweiten. Ich will nur im Interesse der drei Geschäftsführer dafür werben, dass wir den Umgang miteinander in solchen Fragen uns genau überlegen sollten, weil wir sonst ein schlechtes Bild nach außen geben. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Caffier.

Ich schließe jetzt die Aussprache.

Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag auf Drucksache 4/435 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte jetzt den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall, dann schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 12.28 Uhr

Wiederbeginn: 12.32 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 64 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 26 Abgeordnete, mit Nein stimmten 33 Abgeordnete. Es enthielten sich 5 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/435 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Herr Liskow erhält für seinen Zwischenruf einen Ordnungsruf, auch wenn er nicht persönlich gemeint war, aber es ist ein unparlamentarisches Wort und ordnungsrufwürdig.

Wir fahren jetzt fort in der Tagesordnung. Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Aktive Arbeitsmarktpolitik ist notwendig, Drucksache 4/441.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Aktive Arbeitsmarktpolitik ist notwendig
– Drucksache 4/441 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der PDS.

Regine Lück, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Peter Ritter, PDS: Warte doch mal, bis die anwesenden Abgeordneten Platz genommen haben.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Ich bitte doch um Ruhe, damit wir jetzt die Debatte fortführen können. Ich bitte Platz zu nehmen. Jetzt hat die Rednerin die Aufmerksamkeit und das Wort! Bitte.

Regine Lück, PDS: Noch nie seit der Wiedervereinigung hatten wir in Deutschland so viele Arbeitslose wie heute und die Prognosen für die nächsten Monate lassen nichts Gutes erwarten. Bundesweit waren im April 4.495.200 Frauen und Männer arbeitslos. Diesen offiziell fast 4,5 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen standen bundesweit 419.038 offene Stellen gegenüber. In den neuen Bundesländern waren 1.684.160 Arbeitslose gemeldet, das sind 6,9 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Unbesetzte Stellen gab es 69.447, das sind also 19,2 Prozent weniger als vor einem Jahr.

In Mecklenburg-Vorpommern waren Ende April 189.145 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, was einen Anstieg um 11,1 Prozent bedeutet. Absolut sind das 18.971 Menschen mehr ohne Arbeitsplätze und 12 Prozent, das sind 22.668 Jugendliche unter 25 Jahren, die davon betroffen waren. Ende April gab es bei uns 8.793 freie gemeldete Stellen, das sind 22 Prozent weniger als vor einem Jahr. In beruflichen Weiterbildungs-, Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen waren Ende des Monats in Mecklenburg-Vorpommern noch 25.702 Menschen beschäftigt. Vor einem Jahr

hatten wir noch über 37.000 Menschen, das sind über 11.000 weniger. Bei ABM haben wir einen Rückgang um 40,1 Prozent und bei der Weiterbildung um 33 Prozent zu verzeichnen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Zahlen belegen, dass die Wirtschaft in Deutschland, trotz vielfältiger Förderungen und Entlastungen, keine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen und auch von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt. Sie belegen aber auch, dass der Staat kurz- und mittelfristig eingreifen muss. Die Zahlen zur Entwicklung am Arbeitsmarkt machen zugleich deutlich, dass ein ersatzloser radikaler Abbau arbeitsmarktpolitischer Instrumente – wie er gegenwärtig stattfindet – vollkommen ungeeignet ist für den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Das deutliche Zurückfahren der Maßnahmen im Jugendsofortprogramm der Bundesregierung hat natürlich auch negative Auswirkungen auf die Anzahl arbeitsloser Jugendlicher. Gegenüber dem Vorjahresmonat haben wir hier einen Anstieg von 2.400 zu verzeichnen. Deshalb begrüßen wir Maßnahmen wie das geplante Sonderprogramm für 100.000 jugendliche Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Allerdings müssen wir zunächst abwarten, wie dieses Programm ausgestaltet wird.

Im Rahmen des Ersten und des Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, die ja auf den Vorschlägen der Hartz-Kommission fußen und ihren Vorlauf im Job-AQTIV-Gesetz haben, wurden die Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit auf den Prüfstand gestellt und weitere Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeführt. Auf diese will ich aber an anderer Stelle noch einmal eingehen.

Ein größeres Problem scheint mir auch im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit selbst zu liegen. Dieser Vorstand erlässt zum Beispiel Verordnungen und Durchführungsbestimmungen. Ihr Chef, Florian Gerster, ehemaliger SPD-Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit in Rheinland-Pfalz, scheint eine ganz eigenständige Vorstellung und sehr ehrgeizige Ziele zu verfolgen. Nun ist weder gegen das eine noch das andere etwas einzuwenden. Wenn jedoch der Vorstand angesichts der Arbeitsmarktsituation im Jahr 2002 für das Jahr 2003 die Zielstellung herausgibt, ohne Bundeszuschuss auskommen zu wollen, so erweckt das schon den Eindruck von Realitätsferne. Oder sie ist Ausdruck sehr ehrgeiziger Sparziele, welche dann aber die aktuelle Arbeitsmarktsituation ebenfalls weitgehend ignorieren.

Realitätsferne ist auch eine Eingliederungsquote von 70 Prozent. Bildungsmaßnahmen werden nur noch bewilligt, wenn eine anschließende Vermittlung von 70 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ein Beschäftigungsverhältnis garantiert wird. Ich weiß nicht, ob diese Zahl durchgängig oder wenigstens partiell im Westen Deutschlands erreicht wird. Hier in Mecklenburg-Vorpommern – und das wird niemanden verwundern – werden die Zahlen nach Aussagen des Landesarbeitsamtes Nord nicht einmal bei Eingliederungszuschüssen und Überbrückungsgeld erreicht. An dieser Stelle – wie auch an anderen – gibt es also Korrekturbedarf.

Statt sich allein mit dem Haushalt und seiner Kürzung auf Kosten der Arbeitslosen zu befassen, sollte Herr Gerster seiner Verantwortung für den Erhalt bestehender und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gerecht werden. In diesem Zusammenhang empfehle ich den Machern der

Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt einen Blick in das Grundgesetz. In den Artikeln 3, 12 und auch 20 sind insbesondere die Gleichheit vor dem Gesetz, die Berufsfreiheit und der Status der Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat festgeschrieben.

Zurück zu den neuen Instrumenten für aktive Arbeitsmarktpolitik und hier konkret zu den Bildungsgutscheinen. Mit dem Job-AQTIV-Gesetz ab dem 01.01.2002 wurden schon neue Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie zum Beispiel Profiling und Vermittlungsgutscheine eingeführt. Ich weiß nicht, ob sich jemand von den Verantwortlichen die Mühe gemacht hat, die Praxis und die Ergebnisse dieser Instrumente zu untersuchen und mögliche Schlussfolgerungen aus diesen Untersuchungen zu ziehen. Wie dem auch sei, seit Anfang des Jahres werden die Arbeitsuchenden, die Arbeitsämter und die Bildungsträger mit diesen Bildungsgutscheinen beglückt. Wozu eigentlich? Um das System der beruflichen Weiterbildung zu qualifizieren? Das wäre schön. Also stellen wir uns einmal vor, wie das Ganze ablaufen könnte:

Frau Mustermann meldet sich ab 1. Juli 2003 rechtzeitig, das heißt, bei Erhalt ihrer Kündigung umgehend persönlich im Arbeitsamt arbeitslos. Dort werden im Gespräch mit der zuständigen Arbeitsvermittlerin ihre persönlichen Daten, ihre beruflichen Vorstellungen und die persönlichen Verhältnisse aufgenommen. Sie wird umfassend über die Möglichkeiten des Arbeitsamtes informiert, die zu einer alsbaldigen Vermittlung in eine Beschäftigung führen könnten. Daraufhin wird eine Eingliederungsvereinbarung zwischen dem Arbeitsamt und Frau Mustermann geschlossen, in der als Erstes die Teilnahme an einem Profiling vereinbart wird. In diesem sollen Stärken und Reserven, Fähigkeiten und auch Neigungen von Frau Mustermann gemeinsam herausgearbeitet und die Ergebnisse des Profilings dem Arbeitsamt zur weiteren Verwendung – entsprechend dem Eingliederungsauftrag – zur Verfügung gestellt werden. Im Ergebnis steht fest: Frau Mustermann braucht eine Zusatzqualifizierung, weil sie ansonsten in ihrem Beruf nicht mehr so gute Vermittlungschancen hätte. Sie erhält einen zeitlich begrenzten Bildungsgutschein in bestimmter Höhe. Nun hat sie Zeit zu recherchieren, welche zuverlässigen, qualifizierten Bildungsträger einen entsprechenden Kurs im ausgewiesenen Finanzvolumen des Gutscheins anbieten. Nach zwei Wochen hat sie einen geeigneten Bildungsträger gefunden und das erste Vertragsgespräch mit dem Bildungsträger geführt. Die Firma hat einen guten Eindruck hinterlassen. Nachfragen bei der IHK und auch im Bekanntenkreis haben diesen guten Eindruck bestätigt. Auch im Arbeitsamt war nichts Negatives über die Firma bekannt. Frau Mustermann hat einen Vorvertrag mit dem Bildungsträger abgeschlossen und kann in zwei Monaten mit ihrer Zusatzqualifizierung beginnen. Sie teilt dies in einem persönlichen Gespräch ihrer Vermittlerin im Arbeitsamt mit, will sich aber in der Zwischenzeit weiterhin auf Stellenanzeigen bewerben.

So weit, so gut oder auch nicht. Die Realität sieht leider anders aus, das wissen Sie vielleicht, wenn Sie sich mit Arbeitslosen, mit Bildungsträgern und Mitarbeitern aus den Arbeitsämtern unterhalten haben. Die Realität geht in den Arbeitsämtern unseres Landes so weit, dass Arbeitslose nur einen Bildungsgutschein erhalten, wenn sie ein anschließendes Beschäftigungsverhältnis nachweisen können, noch bevor die Qualifizierungsmaßnahme begonnen hat.

Da wir alle eine Verschlimmerung der Situation nicht wollen, bitte ich Sie, meine Damen und Herren Abgeord-

neten, namens der Koalition um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag und die Landesregierung bitte ich um die Einflussnahme bei der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit. – In diesem Sinne, danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Lück.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mal abgesehen von der etwas energiegeladenen Debatte zwischendurch, gab es zuerst die Diskussion zur prekären Haushaltssituation und jetzt die Diskussion zur Arbeitsmarktpolitik, beides Themen, wo weder Grund für Gelassenheit auf Koalitionsseite noch Grund zur Schadenfreude auf der Oppositionsseite gegeben ist. Wir müssen im Rahmen der Diskussion um die Haushaltssituation den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Es gibt dazu keine Alternative. Wir müssen aber auch Schwerpunkte setzen. Ein Schwerpunkt ist, sowohl bundes- wie auch landesmäßig, ganz klar die Arbeitsmarktpolitik. Das mag für manche ein Zielkonflikt sein, aber eben auch nur auf den ersten Blick.

Wir reden alle darüber, dass unsere Sozialsysteme bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und darüber hinaus belastet sind. Deshalb wird im Moment heiß darüber geredet – ich weiß, wovon wir hier sprechen –, welche Veränderungen vorgenommen werden müssen und ob diese auch sozial vertretbar sind. Für wichtiger allerdings halten wir die Debatte darüber, Arbeitsplätze zu erhalten und Bedingungen zu schaffen, die neue Arbeitsplätze ermöglichen. Die Menschen brauchen Lohn und Brot. Das ist die entscheidende Aufgabe, vor der wir alle stehen. Mehr Arbeit und Beschäftigung entlasten die Sozialkassen weit mehr, als dies durch Kürzungen möglich wäre. Es ist auch klar: Weniger Arbeitslose bedeutet eine Entlastung bei der Arbeitslosenversicherung, es bedeutet letztendlich auch eine Entlastung bei der Renten- sowie bei der Pflegeversicherung. Das Wichtigste allerdings ist: Arbeit gibt Menschen Halt und Selbstwertgefühl! Ich glaube, das ist in diesem Hause auch unstrittig.

Meine Damen und Herren, ich habe große Bauchschmerzen und weiß inzwischen nicht mehr, wie wir es den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern erklären sollen, dass die Gelder für ABM und SAM erheblich zurückgefahren wurden und jetzt in einem zweiten Schritt die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld gekürzt werden soll. Unsere Menschen sind größtenteils keine Drückeberger und keine Hängemattenbesitzer.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Mir fällt es genauso schwer, den Menschen bei einer Arbeitslosigkeit von fast 30 Prozent, in einigen Regionen real sogar darüber, noch zu sagen, wo ihre berufliche Perspektive liegen kann.

Meine Damen und Herren, ich habe es zu Blüms Zeiten nicht versäumt, ernste Worte zu sagen, ich habe es zu Riesters Zeiten nicht versäumt, ernste Worte zu sagen, und ich sage auch zu Clements Zeiten ernste Worte, obwohl es vielleicht nicht mein Hauptthema ist: Wir haben

in Ostdeutschland im Großen und Ganzen deutlich verschärfte Probleme. Aber ich bin mir inzwischen auch sicher, dass wir auf eine Sonderbehandlung nicht mehr zu hoffen brauchen. Inzwischen hat sich das auch in westdeutschen Ländern herumgesprochen. Sie haben begriffen, dass es dort Regionen gibt, die strukturell ähnliche Probleme haben wie wir. Deshalb setzen wir darauf, dass es Lösungen für strukturschwache Regionen gibt. Die gibt es in Mecklenburg-Vorpommern genauso wie in Sachsen, wie in Nordrhein-Westfalen und wie in Bayern.

Ich will jetzt im Folgenden einige Punkte aufzeigen, wie wir uns vorstellen, etwas zu verbessern. Bei diesen Vorschlägen, die ich Ihnen jetzt vortrage, gibt es auch eine Reihe von Dingen, die von ostdeutschen Fraktionsvorsitzenden entwickelt wurden, über die es Einstimmigkeit hier im Osten gibt und die teilweise in die berühmte Agenda 2010 eingeflossen sind:

Erstens. Wir müssen trotz aller Notwendigkeit zur Haushaltssanierung und -konsolidierung die Investitionen auf hohem Niveau halten. Ich glaube, wir haben heute Morgen gehört, dass Mecklenburg-Vorpommern trotz Kürzungen, die ja zweifellos da sind, einen richtig guten Beitrag leistet. Wir haben ein hohes Niveau von Investitionen und das brauchen wir nach wie vor, um Arbeitsplätze zu schaffen, die auch zukunftsfähig sind.

Zweitens. Auch die Bildung ist für uns eine Zukunftsfrage und sie muss letztendlich auch von allen gesellschaftlichen Akteuren begriffen und auch sofort angenommen werden.

Drittens. Das haben wir auch immer gesagt, der so genannte zweite Arbeitsmarkt ist kein Allheilmittel. Aber in einer strukturschwachen Region brauchen wir für längere Zeit dieses Instrumentarium. In der viel gescholtenen Rede des Bundeskanzlers vom 14. März hat er dazu aber ein klares Bekenntnis abgelegt und wir hoffen, dass wir das Niveau von 2002 gehalten bekommen.

Wir werden bei den anschließenden Reformvorhaben – da bin ich bei dem vierten Punkt – strukturpolitische Aspekte berücksichtigen müssen. Das ist notwendig, auch wenn es vielleicht nicht überall so vorkommt. Eine aktuelle Änderung der Ausrichtung der Geschäftspolitik der Bundesanstalt für Arbeit ist dringend überfällig, da hätte man schon vor vielen Jahren anfangen müssen.

Fünftens. Die kommunalen Investitionen stärken heißt Wachstumskräfte stärken! Auch das scheint inzwischen eine Binsenweisheit zu sein.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit ist ein zentrales politisches Ziel. Das geht eben nicht nur alleine durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Selbst wenn Herr Gerster die Ratschläge von Frau Lück befolgen würde, würde er es alleine auch nicht schaffen. Darüber sind wir uns im Klaren. Notwendig ist natürlich eine Kombination von wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitischen Schritten, dieses natürlich auch in der richtigen finanziellen und zeitlichen Dimension.

Die Stärkung der öffentlichen Investitionsfähigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Wachstum und für die Schaffung selbsttragender Strukturen. Deswegen hat das kommunale Investitionsprogramm eine wichtige Signalwirkung für uns. Aufgrund des hohen Schuldenstandes vieler ostdeutscher Kommunen und den damit fehlenden

Möglichkeiten zur Erlangung von Krediten ist ein ergänzendes Zuschussprogramm in Form einer Investitionspauschale erforderlich.

Sechstens. Die Reformvorhaben der Bundesregierung werden aufgrund der strukturellen Probleme gerade in Ostdeutschland kurzfristig nicht zu einer durchgreifenden Entlastung des Arbeitsmarkts führen. Circa 190.000 Arbeitslosen – Frau Lück hatte die Zahlen auch in etwa genannt – stehen in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 9.000 offene Stellen gegenüber. Das ändert sich von Monat zu Monat, meist aber nicht zum Positiven, deshalb reicht eine bessere Vermittlung alleine nicht aus. Sie würde reichen, um die fast 10.000 offenen Stellen wegzubekommen. Das wäre auch schon ein Schritt. Die Bundesanstalt ist aber noch nicht so weit, es muss dort weitere Reformen und auch Veränderungen geben. Die Aufstockung der gekürzten Mittel oder die Wiederaufstockung der Mittel für ABM, SAM und Qualifizierungsmaßnahmen ist weiterhin notwendig. Ein Wegbrechen dieser Instrumente – so viel und so oft darüber auch diskutiert wird, ich weiß keine bessere Lösung – muss erst einmal unterbleiben. Wir haben im Moment keine bessere Lösung für die Menschen, die seit längerer Zeit arbeitslos sind, in absehbarer Zeit in Arbeit zu kommen. Das macht erforderlich, dass die besonderen Konditionen über den 31.12.2003 hinaus gelten müssen. Mein Kollege Klaus Mohr wird sicherlich noch auf die spezielleren Dinge eingehen.

Punkt sieben. Das ist der Knackpunkt, worüber im Moment am meisten diskutiert wird, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in das Arbeitslosengeld II. Bei dieser Zusammenführung muss gewährleistet sein, dass wir uns weiterhin für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen mit besonderen Vermittlungshemmnissen einsetzen. Das sind zwar schöne Worte, aber das sind die Schwächsten der Schwachen. Wir haben bisher in „Arbeitsstatt Sozialhilfeprogrammen“ mitgeholfen. Maßnahmen für diese Zielgruppen mit besonderen Schwächen müssen sichergestellt bleiben. Ansonsten kann es passieren, dass sich die so genannten Job-Center nur auf die Besten konzentrieren und der Rest bleibt übrig. Ich bitte Sie, das nicht böse zu nehmen, aber es ist manchmal schon ein bisschen makaber, wie wir da statistisch herangehen.

Unabhängig von der zukünftigen Trägerschaft des Job-Centers muss klar sein, dass die Zuordnung zum Personenkreis der Erwerbsfähigen in der Person des Arbeitssuchenden begründet ist. Das Arbeitslosengeld II sollen alle im Sinne des Rentenrechts erwerbsfähigen Personen erhalten. Der durch die Reform erzielte Effizienzgewinn muss für beschäftigungswirksame Investitionen eingesetzt werden. Was heißt dieser so schöne und nett ausgedrückte Satz? Wenn ich schon streiche, wenn ich kürze, wenn ich Geld von Arbeitslosen wegnehme, dann muss es wenigstens dafür eingesetzt werden, dass ein Teil eine Perspektive bekommt. Deswegen soll es auch beschäftigungswirksam eingesetzt werden.

Wir sind auch nach wie vor der Meinung, das Arbeitslosengeld II muss deutlich höher sein als das Sozialhilfeniveau, was wir jetzt haben. Es kann nicht angehen, dass Arbeitslose nach dem Ende einer verkürzten Bezugsdauer, auch wenn es zeitliche Übergangsregelungen gibt, plötzlich auf ein Leistungsniveau herabfallen, das in der Höhe der Sozialhilfe liegt. Der hohe Anteil insbesondere von älteren Langzeitarbeitslosen, die gerade im Osten übermäßig vorhanden sind, macht dieses notwendig. Es

wird ihnen auch kaum vermittelt werden können, dass man so stark an der Stelle kürzt, zumal sie ja nichts dafür können.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich zumindest für diesen Teil sagen, bei allen Unterschieden in der Beurteilung der Lage, es ließe sich auch mit der PDS vortrefflich über bestimmte Dinge streiten, mit der CDU ohnehin, wer für die Lage die Verantwortung trägt. Aber bei allen unterschiedlichen Lösungsansätzen wollten und sollten wir versuchen, diesen Antrag gemeinsam zu beschließen. Er ist ein Teil und ergänzt, glaube ich, die gemeinsame Aktivität, die wir im Dezember bereits hinge-kriegt haben. Ich bitte deshalb auch die Regierungsfra-ktionen, aber auch die Opposition um Zustimmung. – Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
Regine Lück, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Strenz von der Fraktion der CDU.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag „Aktive Arbeitsmarktpolitik ist notwendig“ zum ersten Mal las, fiel mir eigentlich eine Redewendung ein: „Erst rein in die Kartoffeln und dann wieder raus aus den Kartoffeln“. Denn Ende des letzten Jahres und auch Anfang des Jahres 2003 haben wir über Debatten in diesem Hause versucht – und mit mir meine ich die CDU-Fraktion –, Problemfelder aus den zu Jahresbeginn eingeführten Neueregulungen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik aufzuzeigen.

Rechtsänderungen zu Personal-Service-Agenturen und auch zu den Ich-AGs wurden thematisiert. Doch zum Ende des letzten Jahres hieß es immer: Diese Änderungen sind notwendig und Bedenken der CDU-Fraktion sind unangebracht! Und dann mussten wir in diesem Jahr immer wieder hören, dass die Reformen noch Zeit brauchen, um die richtigen Wirkungen am Arbeitsmarkt erzielen zu können. Da frage ich mich jetzt, was der Antrag soll, denn auch die Neuausrichtung der Weiterbildungsförderung wurde erst zu Jahresbeginn durch die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt neu geregelt.

Da heißt es im Antrag: „Der Landtag begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, ein Sonderprogramm für 100.000 jugendliche Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger aufzulegen ...“ Grundsätzlich könnte man ja eigentlich erst einmal bravo sagen, weil man begriffen hat, wenn Geld da ist für staatlich bezahltes Nichtstun, dann ist auch Geld da für Arbeit. Aber meiner Meinung nach greift diese Lobpreisung zu kurz, denn dieses Programm ist nur ein ganz kleiner Baustein der Ausbildungs-offensive 2003 „Ausbilden jetzt“ und „Erfolg braucht alle“. Daher fehlt mir auch in Ihrem Antrag, in Ihrem gemeinsamen Antrag ein Satz wie: Der Landtag begrüßt auch die breite Unterstützung durch Wirtschaft und Gewerkschaften, denn nur durch deren Beteiligung können Chancen zu strukturellen Verbesserungen wirkungsvoll genutzt werden. Der Fairness halber sollten wir daher aber auch die Initiativen der Wirtschaftsverbände begrüßen, wie den verstärkten Einsatz von Lehrstellenentwicklern, die Organisation von Ausbildungsverbünden oder auch die Steigerung des Angebots an Ausbildungsstellen innerhalb der Industrie- und Handelskammern selbst.

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt steht doch die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu fördern und nicht ein Sofortprogramm nach dem anderen aufzu-legen. Auch das Jugendsofortprogramm JUMP der Bun-desregierung hat sich als Irrweg erwiesen, denn elf Pro-zent der Teilnehmer in eine Vollbeschäftigung zu bringen, kann bei einem Programm dieser Art nicht genügen. Mit viel Geld wird wenig Wirkung erreicht, das ist das Fazit! Daher stehe ich solchen Sonder- oder auch Sofortpro-grammen äußerst kritisch gegenüber.

Lassen Sie uns zum Hauptanliegen des Ihnen vorliegen-den Antrages kommen. Nach meiner Einschätzung ist es durchaus richtig, dass die Bundesanstalt für Arbeit derzeit in dem Bereich ihres Haushaltes spart, wo keine Pflichtauf-gaben zu finden sind. Hierzu gehören – und das muss man sagen – neben ABM und SAM auch die Förderung der beruflichen Weiterbildung. Eingliederungszuschüsse, Mobilitätshilfen, berufliche Aus- und Weiterbildung, ABM und SAM. Diese Posten alleine sind im Haushalt der Bun-desanstalt für Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern in 2003 mit 796.700 Millionen Euro veranschlagt. In diesem Bereich muss effizienter gewirtschaftet und auch gespart werden, denn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen ent-sprechend der Forderung der CDU-Fraktion langfristig auf unter fünf Prozent gesenkt werden.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Dazu ist es zwingend notwendig, die ineffizienten Bereiche der aktiven Arbeitsmarktpolitik stufenweise zu streichen. Es ist also aus der Sicht der CDU-Fraktion rich-tig, dass die Bundesanstalt für Arbeit ihre Ausgaben über-prüft, um das langfristige Ziel, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung zu senken, auch zu erreichen.

Meine Damen und Herren, besonders in der beruflichen Weiterbildung bestand in der Vergangenheit viel Wild-wuchs und die Arbeitslosen wurden oftmals völlig unnüt-zen Maßnahmen unterworfen. Insgesamt ist es also rich-tig, dass die Anbieter solcher Maßnahmen nun strengeren Erfolgskontrollen und Anforderungen unterworfen wer-den. Die Neuausrichtung der Geschäftspolitik der Bun-desanstalt für Arbeit folgt dem Grundsatz: Wir sind den Beitragszahlern, also den Arbeitgebern und Arbeitneh-mern, verpflichtet! Daher halte ich die ersatzlose Abkehr von der Verbleibsquote von 70 Prozent für falsch!

Die Arbeitsämter wurden in der Vergangenheit für ihre Förderpolitik in puncto berufliche Weiterbildung immer wieder gescholten. Zu Jahresbeginn wurde der Bildungs-gutschein mit einer festen Zielvereinbarung durch die Zer-tifizierungsverpflichtung von Bildungsträgern und Bil-dungsmaßnahmen eingeführt. Und da sind wir wieder bei dem Hin und Her Ihrer Politik, denn was im Januar noch richtig war, ist jetzt im Mai schon wieder für die Katz. Und im Übrigen, Ihr jetziges Zurückrudern

(Regine Lück, PDS: Wir rudern
nicht zurück, Frau Strenz!)

lässt wie angekündigt spannende Debatten zur Agen-da 2010 erwarten, wenn die Gesetzesvorschläge dann auf dem Tisch liegen.

(Regine Lück, PDS: Wir rudern
nicht zurück, Frau Strenz.)

Wohin soll uns die von Ihnen eingeforderte ziellose För-derpolitik im Rahmen der Weiterbildung denn führen? Soll

der Maurer wieder zum Tischler und der Tischler wieder zum Maurer umgeschult werden oder die x-te Floristin über den Bedarf hinaus ausgebildet werden? Ich denke, nein! Ich glaube, Sie sehen es auch so!

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Im Übrigen ist der Bezug auf Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit im vorliegenden Antrag nicht korrekt. Es mag sein, dass der abrupte Übergang oder auch Paradigmenwechsel in Einzelfällen negativ bewertet wird, aber ein Übergang zur Förderung von Motivierten wird als Schritt nach vorne gesehen, denn es heißt „Bundesanstalt für Arbeit“ und nicht „Bundesanstalt für alles“!

Erst kürzlich waren wir mit unserem Arbeitskreis vor Ort im Arbeitsamt in Rostock. Und die Zahlen, die Sie in Ihrem Antrag vorgelegt haben, sind durchaus richtig. Die Verbleibquote liegt nach Bildungsmaßnahmen bei circa 48 Prozent.

Meine Damen und Herren, es kommt aber schlimmer, denn die Eingliederungsquote liegt bei nur 20 Prozent. Das bedeutet, dass nur 20 Prozent der Weitergebildeten eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt finden. Das heißt aber auch, dass 80 Prozent der Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ineffizient verwandt worden sind. Vor Ort wurde uns bestätigt, dass die Einführung des Bildungsgutscheines ein Schritt in die richtige Richtung war, denn so werden die Arbeitslosen nicht mehr wie früher zwangsweise in Maßnahmen eingewiesen und so werden nicht mehr wie früher gigantische Summen an Beitragsmitteln verschwenderisch ausgegeben. Im Übrigen heißt die Quote von 70 Prozent nicht – Frau Lück, das geht an Ihre Person, weil das, was Sie vorhin sagten, stimmt einfach nicht –, dass ein differenziertes Vorgehen in den Ämtern ausgeschlossen ist. Einzelfallförderungen sind durchaus an der Tagesordnung und das sagt man ihnen in jedem Arbeitsamt. Es wird also nicht alles platt gemacht, was in der Vergangenheit gefördert wurde.

(Regine Lück, PDS: Das habe ich auch so nicht formuliert!)

Im Zuge eines Mehr an Eigenverantwortung wird von den zu fördernden Personen lediglich eine plausible Erklärung von gewünschten Maßnahmen eingefordert, nicht mehr und nicht weniger.

Meine Damen und Herren, wir kommen also an einem generellen Umdenken nicht vorbei. Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung waren und sind leider selten eine Brücke in die reguläre Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt. Und genau das ist es doch, was uns hier in Mecklenburg-Vorpommern fehlt – Arbeitsplätze, in deren Richtung wir aus- und weiterbilden könnten, um die Überschrift „Aktive Arbeitsmarktpolitik“ überhaupt zu rechtfertigen. Also frage ich Sie: Welche Verbleibsquote halten Sie für angemessen? Denn aus Ihrem Vortrag und aus der Aussprache bislang ging dies nicht hervor. Und sprechen wir dann noch von aktiver Arbeitsmarktpolitik oder eher von Sozialpolitik?

Eines ist klar: Wir alle wissen, dass wir besonders in den neuen Bundesländern in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit spezielle Regelungen brauchen. Nur, dann nennen wir sie doch auch beim Namen, geben ihnen ein klares Ziel und gestalten sie, wie oft diskutiert, steuerfinanziert aus! Da gehe ich mit Herrn Dankert gar nicht so weit auseinander, denn Sie hatten ganz

spezielle Punkte, die ich für richtig halte. Aber dann müssen wir es im Ansatz auch vernünftig umsetzen, denn es muss sich in den Anträgen widerspiegeln, dass sie nicht nur aus parteipolitischen Gründen abgeschmettert oder durchgesetzt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Vincent Kokert, CDU: Genau!)

Geben wir ihnen ein klares Ziel, gestalten wir sie aus, wie schon so oft diskutiert, und zwar steuerfinanziert, denn nur so schaffen wir eindeutige Konzepte für den Osten. Wir nehmen dann nicht den langen Umweg über den Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit.

Meine Damen und Herren, wir brauchen echte Reformen, um die hohen Lohnnebenkosten zu senken, damit unsere Unternehmer hier im Lande konkurrenzfähig werden. Nur wenn die Wirtschaft wieder optimistisch in die Zukunft blickt, wird sie genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können. Nur dann! Daher lehnen wir den vorliegenden Antrag, der einen eindeutigen Schritt zurück darstellt, ab!

Ich möchte aber abschließend noch einmal wiederholen, dass man Sonderregelungen Ost durchaus mit Ja beantworten kann, aber nur mit eindeutigen Konzepten und mit messbaren arbeitsmarktpolitischen Effekten. Ansonsten lassen Sie uns lieber über eine steuerfinanzierte Sozialpolitik diskutieren – auch das wäre ein Ansatz –, denn angesichts der dramatischen Arbeitsmarktsituation in unserem Land und der anhaltenden Ohnmacht der Bundesregierung sind weitere Vorschläge zur Verbesserung der Situation in Ostdeutschland und besonders hier in Mecklenburg-Vorpommern wichtig.

ABM, SAM und auch die berufliche Weiterbildung haben sich auf die Entstehung von privatwirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen bislang nicht sonderlich förderlich ausgewirkt. Dennoch sind sie nach wie vor unverzichtbar. Bei ihrer Ausgestaltung ist jedoch stärker als bisher darauf zu achten, dass sie sich nicht als staatlich geförderte Konkurrenz zum eigentlichen Arbeitsmarkt entwickeln und durch Ineffizienz und Ineffektivität die Spirale der Lohnnebenkosten weiter nach oben drängen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Strenz.

Als Nächster hat ums Wort gebeten der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung. Bitte schön, Herr Minister Holter, Sie haben das Wort.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt Fragen, die kann man nicht eindeutig mit Ja und mit Nein beantworten. So wurde ich vorhin von einem Journalisten gefragt, ob es denn Sinn mache, dass Jugendliche sich in 3-Monats-Maßnahmen befinden, nach drei Monaten dann der Umschlag erfolgt und neue Jugendliche aufgenommen werden. Sollte ich die Frage nun mit Nein beantworten oder mit Ja? Das ist eben solch eine Frage, die nicht eindeutig zu beantworten ist. Natürlich macht es Sinn, auch arbeitslose Jugendliche drei Monate in solchen Maßnahmen zu beschäftigen, aber unsinnig ist es, diesen schnellen Umschlag zu realisieren. Und deswegen will ich durchaus an das anknüpfen, was Frau Strenz eben ausführte, ein grundsätzliches Wort zur aktiven Arbeitsmarktpolitik sagen.

Wenn wir uns erinnern, in den letzten zwölf Jahren galt die aktive Arbeitsmarktpolitik immer als aktiver und unverzichtbarer Begleiter des strukturellen Wandels gerade hier in Ostdeutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern, egal, ob wir eine CDU-geführte Regierung oder eine SPD-geführte Regierung hatten. Es wäre nach meiner Auffassung in Ostdeutschland zum sozialen Kollaps gekommen, hätte es nicht diese aktive Arbeitsmarktpolitik gegeben, die vielen eine Chance gegeben hat.

(Beifall Regine Lück, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Nun kann man das als Strukturfehler bezeichnen und auch so betrachten. Aber Fakt ist eins, dass viele Menschen – Frauen und Männer, Ältere und Jüngere – in Ostdeutschland genau mit dieser aktiven Arbeitsmarktpolitik gute Erfahrungen gemacht haben und dies auch für sie die Motivation war, sich in diesen Prozess der Einheit Deutschlands einzubringen.

Arbeitsmarktförderung und Nutzen für Wirtschaft und Region sind kein Widerspruch. Es ging doch immer darum, das Potential des Einzelnen zu fördern, seine Qualifikation zu erhalten oder auch zu erhöhen, damit tatsächlich eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt gebaut wird. Nun haben wir hier in der Tat schon sehr viel – mich hat Ihre Rede heute sehr gefreut, Frau Strenz – über Analysen und Einschätzungen gesprochen,

(Karin Strenz, CDU: Das war
ein Geburtstagsgeschenk.)

das will ich alles nicht tun, sondern ich will auch darüber sprechen, was denn eigentlich notwendig wäre, damit diese Brücke tatsächlich aufgebaut werden kann. Ich meine, dass wir in der Vergangenheit sehr wohl die aktive Arbeitsmarktpolitik in die örtliche Wirtschaft eingebunden haben, das sollte auch moderne Arbeitsmarktpolitik kennzeichnen und nicht ein Nebenher neben wirtschaftlichen Prozessen. Ich glaube, bei der Einschätzung gibt es bei uns allen Übereinstimmung. Wichtig ist, dass diese Maßnahmen, die aufgelegt werden, auch tatsächlich diesem Ziel dienen.

Gestern und auch heute tagen die Arbeitsamtdirektoren aus Deutschland hier in Schwerin. Das ist nicht wesentlich bekannt, aber ich weiß es. Auch Florian Gester befindet sich hier mit seinem Vorstand in der Landeshauptstadt. Ich hoffe, dass das, was wir heute hier debattieren, auch bei ihnen ankommt, damit also deutlich wird, dass wir sehr wohl Vorstellungen haben über das, was im Osten anders gemacht werden kann.

Ich halte es in diesem Zusammenhang für kontraproduktiv, den Bundeshaushalt und den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit auf Kosten aktiver Arbeitsmarktpolitik sanieren zu wollen, über die Zahlen ist schon gesprochen worden. Nun stehen über den Haushalt der Bundesanstalt 124 Millionen weniger zur Verfügung. Und wenn dann noch aus dem Eingliederungstitel sowohl Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als auch Strukturanpassungsmaßnahmen als auch die Personal-Service-Agenturen finanziert werden sollen, kann jeder diese Milchmädchenrechnung aufmachen, dass mit weniger Geld mehr Maßnahmen zu finanzieren sind. Welche Folgen das hat, das ist uns allen hinlänglich bekannt.

Zwei Drittel des Zuwachses an Arbeitslosen in Ostdeutschland im Vergleich zu dem Vorjahr, also April 2002, sind dadurch entstanden, dass sich weniger Teilnehme-

rinnen und Teilnehmer in den einzelnen Maßnahmen befinden. Insgesamt sind das in Ostdeutschland fast 79.000 Menschen, die nicht mehr an solchen Maßnahmen teilnehmen können. In Mecklenburg-Vorpommern sind das bei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen 6.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, bei ABM sind es 5.000 weniger und bei SAM 2.000. Gleiches könnte man in der Form auch zu anderen ostdeutschen Ländern sagen, aber Mecklenburg-Vorpommern hat nach wie vor den höchsten Rückgang. Das wirkt sich ganz konkret auf die Statistik aus.

Wenn man über unseren Tellerrand hinaus sieht und das Ausmaß auf dem so genannten zweiten Arbeitsmarkt in den neuen Ländern betrachtet – ich habe hier schon eine Zahl genannt –, dann wird sehr deutlich, dass, wenn ich die letzten sechs Jahre vom April 1997 bis zum April 2003 nehme, 250.000 Stellen weniger in Ostdeutschland zu verzeichnen sind, die über diesen zweiten Arbeitsmarkt über aktive Arbeitsmarktpolitik tatsächlich finanziert wurden.

Nun kann man sich in der Tat – das diskutiere ich genauso wie Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete – über die Sinnhaftigkeit der einen oder anderen Maßnahme tatsächlich unterhalten. Da sind wir uns, glaube ich, in der Einschätzung auch vollkommen einig. Die Frage ist tatsächlich, was wäre zu tun, und es wird auch immer gefragt, was jedoch heute nicht gesagt wurde, aber ich will dennoch darauf eingehen: Was kann das Land eigentlich tun? Kann das Land gegensteuern? Ich sage, ja, das Land kann gegensteuern und wir tun das auch. Wir können aber nicht alles kompensieren, was an Bundesmitteln, egal ob über die Bundesanstalt für Arbeit oder über den Bundeshaushalt, nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen war und jetzt wegfällt. Wir können auch mit einer noch so intelligenten Politik die Einbrüche bei der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit nicht ausgleichen. Ich habe schon öfter die Zahlen gesagt: Von 100 Euro, die in der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt eingesetzt werden, kommen 90 Euro über die Arbeitsämter, 5 Euro kommen aus meinem Haushalt aus Schwerin und 5 Euro kommen eben aus Brüssel. Damit wird sehr deutlich, wie die Verhältnisse sind.

Ich meine, wenn man sich auch die Dynamik im Arbeitsmarkt ansieht, Statistiken sind nun mal kein dynamischer Ausdruck, sondern immer eine Momentaufnahme, haben wir es durchaus damit zu tun, dass es einen Wechsel gibt. Aber in Bezug auf die 189.000 Arbeitslosen haben wir statistisch gesehen eben 8.800 offene Stellen. Selbst hier gibt es Probleme, diese offenen Stellen zu besetzen, weil es leider so ist, dass unter den Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern oftmals nicht diejenigen ausgebildeten Leute für die entsprechenden Berufe gefunden werden. Deswegen meine ich, dass man sehr wohl mit Qualifizierungsmaßnahmen, und zwar genau in dem Sinne, wie es Frau Lück beschrieben hat, aber auch wie Sie es beschrieben haben, Frau Strenz, die Qualifizierungstätigkeit, die Qualifizierungsmaßnahmen auflegen muss, damit tatsächlich zielgerichtet so qualifiziert wird, wie der Bedarf auch in der Wirtschaft ist. Das ist ein Prozess, den wir in den letzten Jahren meines Erachtens auf eine gute Grundlage gestellt haben. Gab es 1999/2000 noch die Diskussion mit der Wirtschaft, dass viele Unternehmer uns nicht sagen konnten, wo denn ihr Qualifizierungsbedarf liegt, sieht heute die Situation ganz anders aus. Es wird sehr wohl gesagt, wir haben in den Branchen

Biotechnologie, Metall, Elektro oder Tourismus diese und jene Anforderungen, die wir in dem Fall auch ganz konkret durch Qualifizierungsprogramme erfüllen können. Ich bin auch gegen Qualifizierung um der Qualifizierung willen, damit dann am Ende statistisch abgehakt werden kann, dass wir soundso viele Personen hier einbezogen haben, die aber am Ende dann trotzdem keine Arbeit gefunden. Das ist also in der Tat erstens falscher Mitteleinsatz und zweitens auch Wecken falscher Hoffnungen und Erwartungen bei denjenigen, die sich in diesen Maßnahmen befinden.

Wenn jetzt darüber gesprochen wird, welche Maßnahmen notwendig sind, um Arbeitslose zu aktivieren und zu bewegen, in Arbeit zu kommen, gibt es ja auch Vorschläge von der Union. Es ist gut, dass sich alle Parteien daran beteiligen, das ist vollkommen in Ordnung. Aber wenn Sie vorschlagen, den Kündigungsschutz faktisch aufzuheben, das Arbeitslosengeld im ersten Monat zu kürzen und im Regelfall auf höchstens zwölf Monate zu beschränken, dann kann ich mich nur dem Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm anschließen, der da sagte: Aus Arbeitnehmern sollen nach CDU/CSU-Vorstellung wieder Tagelöhner werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich glaube, das kann nicht das Ziel sein, wenn es darum geht, auch die sozial Schwachen wieder zu unterstützen. Ich bin der Meinung, dass es sehr wohl richtig ist, ein Programm für 100.000 junge Menschen aufzulegen, die heute Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe beziehen. Aber es wird einfach nicht ausreichen. Ich glaube, da sind wir uns einig, dass man das unterstützen muss. Die Frage ist, so, wie das schon ausgeführt wurde: Wie wird dieses Programm konkret ausgestaltet? Wir wissen im Moment nicht – ich weiß es nicht –, ob nicht die Länder oder auch möglicherweise die Kommunen zur Kofinanzierung herangezogen werden. Diese Frage ist also offen. Also es fehlt das finanzielle Fundament für dieses Programm. Diese Antwort muss uns gegeben werden, genauso wie ich der Auffassung bin, dass mit dem Bildungsgutschein – die 70 Prozent sind schon diskutiert worden, das brauche ich hier nicht mehr zu erläutern – natürlich ein Qualitätssprung in den Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu erreichen ist. Ich bin da vollkommen Ihrer Auffassung, die hier von verschiedenen Abgeordneten gesagt wurde. Ich meine auch, dass diese 70 Prozent sehr unterschiedlich angewandt werden sollten.

Ich habe gestern Abend mit dem Direktor des Arbeitsamtes aus Duisburg gesprochen – die Arbeitslosigkeit liegt dort so bei 14 Prozent, ein bisschen darüber –, der auch diese Vermittlungsgutscheine anwendet. Aber selbst er schätzt ein, dass eine Vermittlungsquote von 70 Prozent, Einzelfälle mal außen vor gelassen, nicht zu erreichen ist. Vielleicht sollte man dann tatsächlich über regionale Spezifika diskutieren. Und wenn man 70 Prozent im Bundesdurchschnitt auch für solche Regionen wie Duisburg oder Mecklenburg-Vorpommern erreichen will, muss man hier eine niedrigere Quote tatsächlich ansetzen. Dass natürlich andererseits in der Weiterbildungslandschaft, also zwischen den Unternehmen und Gesellschaften, die sich damit beschäftigen, dann auch ein anderer Wettbewerb entsteht, das möchte ich ausdrücklich begrüßen und unterstützen, weil hier meines Erachtens auch mehr Qualität erreicht werden kann.

Ein Wirtschaftsmagazin hat dieses Vorgehen als handwerklichen Pfusch bezeichnet, und zwar als handwerklichen Pfusch höchster Güte. Deswegen sage ich: Wir sollten in Deutschland keine Flickschusterei betreiben, sondern wir sollten solide Grundlagen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik schaffen!

Genauso fragwürdig ist es für mich, wenn Arbeitslose eingeteilt werden sollen in arbeitsmarktnahe und arbeitsmarktferne. Das heißt, die Gesellschaft oder diejenigen, die das vorhaben, schreiben von vornherein einen Teil der Arbeitslosen ab, indem sie als nicht vermittlungsfähig eingestuft werden. Sie werden also faktisch auf Dauer auf dem Niveau der Sozialhilfe festgeschrieben. Ich glaube, das kann nicht der Weg sein, der eine solidarische Gesellschaft ausmacht. Meines Erachtens geht es darum, tatsächlich die Voraussetzungen zu schaffen, damit Menschen schneller in Arbeit kommen, so, wie Hartz es auch angedacht hat. Aber die Instrumente, die Hartz vorschlägt, greifen gerade in den Regionen zu kurz, die auch Mecklenburg-Vorpommern ausmachen, denn die Menschen können eben nicht reagieren, weil es an den notwendigen Arbeitsplätzen fehlt, und deswegen besteht einfach auch die Gefahr, dass diese Politik zum Desaster wird.

In Niedriglöhnen den Ausweg zu suchen, das wird nicht funktionieren. Ich kann Ihnen berichten, dass wir in den letzten zwölf Monaten versucht haben, in 100 Unternehmen Stellen im Niedriglohnbereich zu finden. In einem Jahr sind in 100 Unternehmen zwei Stellen gefunden worden. Hier wird sehr deutlich, dass gerade in Mecklenburg-Vorpommern der Niedriglohnbereich nicht die Zukunft sein kann, genauso wie Kürzungen für Leistungsanfänger diesen Bereich nicht ausmachen können.

Frau Strenz, ich habe mit Interesse zugehört, dass Sie über steuerfinanzierte Beschäftigungspolitik gesprochen haben, denn auch hier – und da stimme ich übrigens mit Wirtschaftsvertretern überein – muss man klare Positionen formulieren und beziehen. Wenn es also so ist, dass die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung nur dafür eingesetzt werden sollen, wo die Verpflichtung besteht, wofür diese Beiträge eingesetzt werden sollen, muss man über andere Wege diskutieren, um deutlich zu machen, dass es jenseits der Beiträge auch Chancen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik geben muss. Deswegen werden gerade in Flächenländern Maßnahmen im Ökobereich, im kulturellen Bereich, im Jugendbereich, im Sportbereich, im Frauen- und Familienbereich über eine solche aktive steuerfinanzierte Beschäftigungspolitik zu realisieren sein, wenn wir nicht die Versicherungsbeiträge heranziehen wollen. Das halte ich für den richtigeren Weg, hier steuerfinanziert vorzugehen.

Das wird allseits diskutiert, ich habe es heute erstmalig auch von einer CDU-Vertreterin gehört, was mich sehr erfreulich stimmt. Aber deutlich muss jetzt werden, dass ein solches Konzept auch seitens der Bundesregierung realisiert wird. Und damit wir uns auch darauf verständigen können, sollten wir den Begriff „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ tatsächlich beerdigen, weil der Begriff „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ erstens gerade im Osten sehr deutlich macht, die Brücke, die damit suggeriert wird, ist nicht da wegen der fehlenden Jobs, da sind wir uns ja sicherlich alle einig. Zweitens wird damit eine Erwartungshaltung oder ein Erwartungsdruck auf die Projekte erzeugt, die aufgrund der objektiven Situation in der Wirtschaft gar nicht realisiert werden kann. Das ist über-

haupt keine Kritik an der Wirtschaft oder an anderen Leuten, sondern es ist einfach die Frage, dass hier von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird. Wir sollten auch allen Beteiligten klar sagen, was solche Projekte können und was sie nicht können. Deswegen geht es bei diesen Maßnahmen nicht darum, Arbeit zu beschaffen, sondern tatsächlich Leuten, die arbeitslos sind, eine Perspektive in solchen Projekten zu geben,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

die auch durch die Gesellschaft anerkannt wird und die notwendig ist. Wie oft höre ich in den Kreisen in Mecklenburg-Vorpommern: Die Frauenwerkstatt macht zu, der Jugendklub muss zumachen, wir können dieses oder jenes Projekt nicht mehr finanzieren, weil Arbeitsmarktförderung wie bisher nicht mehr zur Verfügung steht. Hier sehe ich einen riesigen Handlungsbedarf. Wenn wir uns darüber einig sind, dann wird das die Haushaltsverhandlungen für 2004 und 2005 hoffentlich entsprechend begleiten.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich kann die Ausführungen von Herrn Rehberg heute Morgen in der Aktuellen Stunde nun gar nicht mehr verstehen, wenn er in Frage stellt, was mit den Mitteln, die wir für aktive Arbeitsmarktpolitik im Einzelplan 15 haben, werden soll, wenn er diese streichen will. Ich meine, es geht darum, dass wir genau hier deutlich machen, dass wir eine Arbeitsmarktpolitik betreiben, die auf die Wirtschaft orientiert ist. Ich habe an dem Beispiel Qualifizierung deutlich gemacht, dass es weitere Möglichkeiten gibt. Aber auch alle diejenigen, die jetzt keine Chance haben, in Wirtschaftsarbeitsplätze, um einmal diesen Begriff zu gebrauchen, vermittelt zu werden, sollten eine Chance haben, indem sie in den schon erwähnten Projekten auch steuerfinanziert beschäftigt werden können, und zwar nicht nur beschäftigt werden können, sondern sinnvolle Arbeit leisten, die die Gesellschaft tatsächlich nötig hat, um auch ein soziales und ein kulturelles Umfeld für die wirtschaftliche Tätigkeit hier in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen.

Ich möchte noch auf die Personal-Service-Agenturen eingehen. Personal-Service-Agenturen werden jetzt starten, sie werden Ende Mai, Anfang Juni in Mecklenburg-Vorpommern loslegen. 23 Personal-Service-Agenturen soll es in Mecklenburg-Vorpommern geben und 1.200 Arbeitslose sollen hier aufgenommen werden. Fraglich ist jedoch, ob sie über diese Personal-Service-Agenturen auch in eine Dauerbeschäftigung vermittelt werden können. Ich würde vorschlagen, dass wir mal ein halbes Jahr abwarten und erste Erfahrungen sammeln sollten. Es ist zwar ein durchaus geeignetes Instrument, Voraussetzung ist jedoch, dass auch genügend Arbeitsplätze in der Wirtschaft, im Dienstleistungsbereich und anderswo zur Verfügung stehen, wo dann auch hinvermittelt werden kann. Das ist genau die spannende Frage, die beantwortet werden muss.

Die ostdeutschen Arbeitsminister sind sich meiner Meinung nach in der Einschätzung der Situation im Osten Deutschlands einig. Wir haben bereits im vergangenen Jahr eingefordert, dass das Versprechen von Rot-Grün in der Koalitionsvereinbarung realisiert wird und dass die kommunale Infrastruktur Ost aufgelegt wird. Das ist immerhin ein Milliardenprogramm und alle warten sehnsüchtig darauf. Das wäre ein ganz konkreter Beitrag, um nicht nur die kommunale Infrastruktur zu verbessern,

sondern über diesen Weg Aufträge auszulösen, über die dann auch ganz konkret Arbeitslose in Arbeit kommen können. Das wird aber alles nicht reichen.

Wenn Frau Strenz hier von Sonderregelungen spricht, bin ich der gleichen Auffassung, das ist bekannt. Herr Riemann – der nun nicht anwesend ist – hat heute Morgen die Frage gestellt, wo denn diese Vorschläge für das Ostmodell von Hartz sind. Es gibt ein Innovationsprojekt Ost, welches für ein breites Bündnis für Arbeitsplätze, Aufträge und Unternehmensansiedlungen wirbt. Die Fraktionsvorsitzenden der PDS in den ostdeutschen Landtagen, mein Kollege Harald Wolf aus Berlin und ich werden dieses Projekt in den nächsten Wochen nicht nur veröffentlichen, sondern auch in der Öffentlichkeit diskutieren. Erste Vorstellungen sind dazu genannt worden.

In der Endkonsequenz geht es darum, jenseits von aktiver Arbeitsmarktpolitik deutlich zu machen, dass das Hauptkredo darauf ausgerichtet werden muss, dass es in den neuen Ländern zur wirtschaftlichen Belebung kommt, um über diesen Weg die Vermittlungschancen für Arbeitslose deutlich zu erhöhen. Nichtsdestotrotz wird das Engagement im sozialen, im ökologischen, im kulturellen, im Frauen-, Familien- und Jugendbereich notwendig sein, um alle diejenigen, die arbeiten wollen, auch tatsächlich in Arbeit zu bringen.

Ich bin insofern froh über die Debatte am heutigen Tage und generell über die Debatte, die in Deutschland gegenwärtig abläuft, dass wir über Alternativen diskutieren, über das, was sich in den vergangenen Jahren verfestigt hat. Dass Reformen notwendig sind, darüber sind sich alle Parteien einig. Hier geht es nur darum, in welche Richtung werden die Reformen vorangetrieben, damit es auch tatsächlich zu den gewünschten Effekten kommt und dass tatsächlich die Arbeitslosigkeit in Deutschland – und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern – deutlich gesenkt wird.

Ich kann nur davor warnen: Wer meint, an der aktiven Arbeitsmarktpolitik kräftig sparen zu wollen, der stellt den sozialen Frieden in Frage! Das will ich nicht! Ich bin deswegen der Meinung, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass es weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern gibt, denn dann kommen wir auch weiter voran. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Trotz Geburtstag gilt ja die Geschäftsordnung. In dem Zusammenhang hat die CDU-Fraktion gemäß Paragraph 85 Absatz 1 der Geschäftsordnung zusätzlich weitere acht Minuten Redezeit.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Mohr für die Fraktion der SPD.

Klaus Mohr, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Kollegin Strenz, auch von mir werden Sie heute ein dickes Lob bekommen, denn ich habe Ihre Ausführungen so verstanden, dass Sie sich hier und heute ganz klar und deutlich zur Arbeitsmarktpolitik bekannt haben. Ich finde, das ist zu begrüßen. Insofern, denke ich, teilen Sie die Auffassung, die Herr Minister Holter vertreten hat, die wir im Übrigen als SPD ohnehin hier in dieser

Landtagsfraktion vertreten. Frau Strenz, ich stelle aber auch fest – der Minister hatte das bereits angesprochen –, dass Sie sich offenbar hier in einem doch, wie ich meine, diametralen Gegensatz zu Ihrem Fraktionsvorsitzenden Herrn Rehberg befinden, der ja ganz deutlich, nicht nur heute Morgen, sondern schon in den vergangenen Tagen, in einer großen Tageszeitung gezeigt hat, dass er den Landeshaushalt auf Kosten der aktiven Arbeitsmarktpolitik sanieren will, indem er zum Beispiel den öffentlichen Beschäftigungssektor vollständig in den Keller fährt. Insofern, denke ich, gibt es bei Ihnen sicherlich Abstimmungsprobleme. Ihre Äußerungen, Frau Strenz, konkret in dieser Beziehung, haben mir gut gefallen und ich kann sie nur unterstützen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Zur Sache: Es ist dringend notwendig, denke ich, Akzente in der Arbeitsmarktpolitik zu setzen. Deshalb sind ja hier auch die Koalitionsfraktionen auf diesem Politikfeld nach wie vor besonders aktiv. Zwar besitzen wir als Landesgesetzgeber bekanntermaßen keine Gesetzgebungskompetenz, wenn es um den einschlägigen Bereich des SGB geht, ich denke aber, dass wir als Parlament und Landesregierung alle Chancen und alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen müssen, um auf die Bundesregierung und die Gesetzgebung des Bundes beim Thema Arbeitsmarktpolitik im Sinne dieses Gesetzes Einfluss zu nehmen. Es steht fest, dass einige Punkte im neuen Regelwerk der Hartz-Gesetze der besonderen Spezifik des Ostens und anderer strukturschwacher Gebiete in Deutschland nicht ausreichend Rechnung tragen. Das gilt im Übrigen auch für die aktuelle Verwaltungspraxis der Bundesanstalt für Arbeit und der hiesigen Arbeitsämter. Das haben wir seit Beginn der Reformdebatte zur Arbeitsmarktpolitik im vergangenen Jahr auch stets gesagt.

Ich möchte das konkretisieren: Es ist zwar nachvollziehbar und richtig – und insofern bin ich auch wieder bei Ihnen, Frau Strenz –, dass zum Beispiel im Bereich der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung auch die Zielsetzung verfolgt wird, eine Qualitätsverbesserung von Weiterbildungsmaßnahmen zu erreichen. Aber die Erkenntnis, wonach eine schnelle und effektive Vermittlung von Menschen in Arbeit nur da möglich ist, wo auch Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, muss sinngemäß natürlich auch für den Bereich der Weiterbildungsmaßnahmen gelten. Das heißt, dass eine solche Weiterbildungsmaßnahme unabhängig von ihrer jeweiligen Qualität nicht zu einer Eingliederung des betroffenen Erwerbslosen führen wird, wenn ihm nach Abschluss der Fortbildung gerade keine seiner neu gewonnenen Qualifikation entsprechende Arbeitsstelle von einem Arbeitgeber angeboten werden kann. Und was Mecklenburg-Vorpommern betrifft, hier sind die Zahlen schon genannt worden, die kennen wir alle, kommen circa 9.000 offene Stellen auf circa 190.000 arbeitssuchende Menschen in diesem Land.

Im Ergebnis folgt daraus, dass die Prognose einer Eingliederungsquote von 70 Prozent als Kriterium für die Bewilligung einer konkreten Qualifizierungsmaßnahme vor diesem Hintergrund jedenfalls für unser Land illusorisch ist. Deshalb sollten wir hier auf diese Quote Wert legen, bei der mir auch ehrlich gesagt nicht ganz klar ist, wie sie überhaupt zu handeln ist und gehandhabt werden soll. Letzten Endes, denke ich, kann man im Nachgang beurteilen und sicherlich rechnerisch genau feststellen,

wie effektiv eine Maßnahme war. Dies aber schon im Vorfeld praktisch festzulegen und dann sogar eine genaue Prozentzahl zu nennen, ehrlich gesagt, damit habe ich immer noch meine Probleme. Und letzten Endes hat mir das auch in den zuständigen Arbeitsämtern bislang keiner so richtig erklären können. Deswegen ist es besser, ganz drauf zu verzichten oder zumindest sollte hier ein realistisches Niveau vorgenommen werden. Ich denke, die Probleme beim Handling dieser Quote bleiben.

Wir meinen auch, dass es bei der bisherigen Praxis der Ausgabe von Bildungsgutscheinen Änderungen geben muss. Das möchte ich anhand von ein paar Zahlen belegen. Insgesamt ist von den vorhergehenden Rednern sehr viel allgemein dargestellt worden. Insofern nenne ich vielleicht noch einmal ein paar konkrete Zahlen:

Im ersten Quartal dieses Jahres sind im Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg insgesamt 781 Bildungsgutscheine ausgegeben worden. Davon wurden 471 eingelöst, das entspricht einem Prozentsatz von 60,3 Prozent. Für Stralsund stehen 1.152 Ausgaben 514 Einlösungen gegenüber, das entspricht 44,6 Prozent. Für Rostock stehen 557 Ausgaben zu Buche, 240 Einlösungen, das macht 43,1 Prozent. Und bezogen auf den Arbeitsamtsbezirk Schwerin stehen 332 Ausgaben lediglich 56 Einlösungen gegenüber, das entspricht dann gerade noch einer Quote von sage und schreibe 16,9 Prozent.

Diese Zahlen machen, denke ich, sehr anschaulich deutlich, dass die bisherige Vergabep Praxis bei den Bildungsgutscheinen nicht funktioniert. Hier wird man sicherlich auch der Auswertung der Arbeitsämter Beachtung schenken müssen, wenn es darum geht, bei den jeweiligen Betroffenen abzufragen, aus welchen Gründen der Bildungsgutschein von ihnen in der Regelfrist von drei Monaten nicht eingelöst wurde.

Erste Einschätzungen, die wir insbesondere bei betroffenen Erwerbslosen angestellt haben, zeigen schon jetzt, dass diese offensichtlich in vielen Fällen mit der ihnen nunmehr zuerkannten freien Auswahl von zugelassenen Maßnahmen und Trägern überfordert sind. Hier ist deshalb, meinen wir, eine bessere Betreuung des Gutscheinempfängers durch das Arbeitsamt erforderlich.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Und noch ein weiterer Aspekt fällt bei den oben genannten Zahlen auf, wie unterschiedlich die Ausgabe von Bildungsgutscheinen in den verschiedenen Arbeitsbereichen offensichtlich gehandhabt wird, obwohl gemessen am Beispiel der aktuellen Aprilzahlen die Anzahl der Arbeitslosen in den Arbeitsamtsbezirken Schwerin und Stralsund mit 42.749 beziehungsweise 42.031 absolut vergleichbar ist, sind in Stralsund sage und schreibe circa 3,5-mal, also dreieinhalbmal so viele Gutscheine an Arbeitslose ausgegeben worden wie in Schwerin. Hier sind, denke ich, klare Verwaltungsanordnungen von der Spitze der Bundesanstalt in Nürnberg zu fordern und natürlich auch eine Geschäftspolitik, die auf eine möglichst einheitliche Behandlung der Betroffenen ausgerichtet ist. Die Ermessens- und Prognosespielräume des jeweiligen Mitarbeiters des Arbeitsamtes dürfen nicht dazu führen, dass die Bewilligung einer Weiterbildungsmaßnahme und damit ja letzten Endes auch die Zukunft eines arbeitslosen Menschen davon abhängig gemacht wird, ob er jetzt in Stralsund, Neubrandenburg, Rostock oder Schwerin gemeldet ist. Das kann nicht sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einmal auf einen grundsätzlichen Punkt zu sprechen kommen. Wie gesagt, Arbeitsmarktpolitik ist ja heute schon von vielen Seiten her beleuchtet worden, über die Arbeitsmarktpolitik des Bundes ist viel gesprochen worden. Hierzu vielleicht noch einmal ein kleiner Impuls von meiner Seite vor einem anderen Hintergrund. Die Bundesregierung handelt natürlich, wenn es darum geht, insbesondere arbeitslosen jungen Menschen im Alter bis zu 25 Jahren eine berufliche Perspektive zu geben. Das ist hier bereits angesprochen worden. Die Kampagne, die beim Bund für Ausbildung und Beschäftigung aufgelegt worden ist, für eben diese von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Personengruppe, dieses Programm ist sicherlich dringend notwendig und richtig. Ich denke, und keiner von uns will das leugnen, Frau Strenz, ich komme noch einmal drauf zurück, auch hier bin ich Ihrer Meinung, dass angesichts einer Zahl von allein 560.000 jungen arbeitslosen Menschen in Deutschland dieses Programm natürlich bei weitem nicht ausreichend ist. Wir müssen also gucken, wo hier gegebenenfalls noch Chancen sind und wie wir dieses Problem noch besser in den Griff bekommen. Wir müssen uns daher, denke ich, im Hinblick auf die Zukunft der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit, aber auch in Anbetracht einer Sockelarbeitslosigkeit von durchschnittlich vier- bis viereinhalb Millionen Menschen in den letzten Jahren in diesem Land überlegen und schließlich auch entscheiden, ob wir Politik, als usual weitermachen wollen. Und wenn ich Politik als usual sage, dann meine ich mehr oder weniger die Politik, die von allen Regierungen, sei es Rot-Gelb, Schwarz-Gelb, Rot-Grün, jetzt in den vergangenen drei Jahrzehnten in dieser Republik gemacht wurde,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist ja wohl nicht zu vergleichen!)

eine Politik, die ausschließlich auf Wachstum ausgerichtet war und auch heute noch ist, aber die offensichtlich in dieser Form so nicht mehr funktioniert wie vielleicht noch im Jahr 1970. Damals gab es noch die Vollbeschäftigung. Ich denke, egal welche Maßnahmen ergriffen werden, dass wir keinesfalls mehr solche Wachstumsraten erzielen, die eben zu dieser Vollbeschäftigung in diesem Land führen werden. Fest steht für mich jedenfalls deshalb die Notwendigkeit, sehr bald zu entscheiden, ob wir zukünftig weiterhin in Kauf nehmen wollen, dass viele Menschen in unserem Land keine beruflichen Perspektiven mehr haben, oder ob wir unseren Politikansatz grundlegend und strukturell ändern.

Der Soziologe Ralf Darendorf hat es eigentlich sehr klar formuliert und auch treffend auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt, ich zitiere: „Die Wissensgesellschaft erweist sich als eine Gesellschaft des bewussten Ausschlusses vieler aus der modernen Arbeitswelt.“ Meine Meinung ist, dass wir es uns nicht erlauben können, unsere Wissensgesellschaft, aber eben auch unsere Arbeitsgesellschaft von heute, im Sinne der Definition von Darendorf weiterzuentwickeln. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Millionen von arbeitslosen Menschen ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden und wir ihnen das Gefühl geben, dass sie nicht mehr gebraucht werden. Und deshalb, denke ich, kommen wir letzten Endes nicht umhin, die Arbeitswelt von heute und morgen neu zu gestalten. Ich bin davon überzeugt, dass eine gerechtere Verteilung des gesamten Arbeitsvolumens in unserem Land auf mehr Menschen im Rahmen der Nutzung intelligenter und alter-

nativer Arbeitszeitmodelle einen substantiellen Beitrag leisten kann. Ich nenne nur das Beispiel VW. Die 32-Stunden-Woche dort hat gezeigt, dass dieses eine Variante sein kann. Deshalb meine Aufforderung, mein Appell an uns alle: Fangen wir endlich an, hierüber ernsthaft nachzudenken und zu diskutieren! Abschließend bitte ich Sie selbstverständlich noch um die Annahme unseres Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Mohr.

Als Nächste hat das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Lück.

Regine Lück, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meiner Eingangsrede habe ich ja schon darauf verwiesen, dass die PDS natürlich die Maßnahmen begrüßt, mit denen die Bundesregierung versucht, die Auswirkungen ihrer Politik abzumildern. Wir sehen sehr wohl den Konflikt, in dem wir selber auch als Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern stecken.

Jeder im Land weiß, Herr Holter hat es ja schon gesagt, dass 90 Prozent der finanziellen Mittel für die Arbeitsmarktpolitik bisher vom Bund kamen und die anderen 10 Prozent vom Land, also vom Land und auch von der EU. Ich will es hier noch einmal ganz deutlich aussprechen: Kein Bundesland, erst recht nicht die ostdeutschen, wird das Problem der Massenarbeitslosigkeit allein lösen! Auch die CDU-geführten Länder können dies nicht! Wer immer und immer wieder ersatzlose Kürzungen bei den Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Leistungskürzung bei den Betroffenen als einzig möglichen Ausweg sieht, der ändert doch seinen Politikansatz nicht. Gerade das ist aber notwendig!

Gibt es denn wirklich keine Alternativen? Doch, meine Damen und Herren, es gibt sie. Ich sehe sie, aber leider nicht in der Agenda, so, wie sie jetzt vorgeschlagen wird. Wenn ich daran denke, Herr Mohr, wir haben am Dienstag in der vergangenen Woche zusammen im Erwerbslosenparlament gesessen und dort haben Sie für diese Politik geworben. Es ist aber so, dass Vertreter der CDU nicht einmal zu dieser Veranstaltung gekommen sind. Ich denke, dass es äußerst wichtig ist, dass wir uns als Parlamentarier genau diese Worte der Betroffenen anhören, wenn sie erzählen, dass sie sich ausgegrenzt und überflüssig fühlen, dass sie gerne arbeiten wollen, aber trotz vielfältiger Bemühungen keinen Arbeitsplatz finden können. Ich sage dazu: Das sind Reden und Worte, die wir nicht zum ersten Mal hören, sondern das läuft schon eine ganze Zeit so! Ich habe von den jeweils Betroffenen im Erwerbslosenparlament Trauer und Ohnmächtigkeit erlebt und natürlich auch Wut gespürt. Das ist ein Beleg für mich, dass der bisherige Politikansatz der falsche ist, um Probleme zu lösen. Aber statt neue Politikansätze zu entwickeln, werden weiter Leistungen gekürzt, die Zumutbarkeit zur Aufnahme einer Arbeit verschärft und Arbeitnehmerrechte abgebaut. Das kennen wir doch alles schon aus der Ära Kohl.

Die Arbeitsmarktpolitik allein wird es nicht schaffen. Im Übrigen ist sie meiner Meinung nach dafür auch nicht allein verantwortlich. Wirtschaftsförderung kann die Probleme aber auch nicht lösen, das hat uns die Realität der letzten Jahre zeigt. Wir brauchen also eine andere Politik, eine Politik, die Politikfelder verzahnt, eine abgestimmte

Beschäftigungspolitik, so, wie es auch Herr Dankert gesagt hat. Diese Beschäftigungspolitik muss gekennzeichnet sein, sie muss zwischen Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und auch Sozialpolitik verzahnt sein, das ist erforderlich. Die Politiker aller Bereiche stehen in der Verantwortung. Sie müssen sich an einer aktiven Arbeitsmarktpolitik beteiligen, von der sie ja auch profitieren. Alle Entscheidungen sind stärker auf ihre beschäftigungspolitischen Wirkungen hin zu überprüfen. Unter diesem Blickwinkel müssen wir auch Reformen in der Verwaltung auf allen Ebenen sehen.

Die Abgabepolitik der Bundesregierung belastet seit geraumer Zeit auch die sozialen Sicherungssysteme. Das ist im Übrigen auch ein Beispiel für unabgestimmte Politik, es sei denn, der immense Druck auf die öffentlichen, kommunalen und sozialen Kassen ist genauso gewollt, um die so genannten Reform dann zu erzwingen. Es ist nicht Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit, Sozialpolitik mit Beitragsgeldern zu finanzieren. Das wissen wir auch. Aber eine ersatzlose, rigorose Kürzung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist unserer Meinung nach unverantwortlich.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir brauchen die erforderlichen Mittel und eine abgestimmte Beschäftigungspolitik, um die notwendigen Investitionen auslösen zu können in materieller Hinsicht, aber auch, um die Menschen wieder in Lohn zu bringen. Wir brauchen kurzfristig aus Steuermitteln finanzierte Beschäftigung etwa im Rahmen von Fachkräfteprogrammen, wie von Programmen in sozialen, soziokulturellen und auch im kommunalen Bereich. Diese Arbeit darf nicht diskriminiert werden, denn sie ist gesellschaftlich dringend notwendig. Sie macht sich bezahlt, auch wenn sie sich betriebswirtschaftlich natürlich nicht rechnet, weshalb sie ja auch von der privaten Wirtschaft nicht angefasst wird. Wir brauchen sofort ein kommunales Infrastrukturprogramm, eine neue Gemeinschaftsaufgabe, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und eine Bildungsoffensive vom Kindergarten bis zur Erwachsenenqualifizierung. Wir müssen die vorhandene Arbeit neu verteilen, Überstunden und auch Wochenarbeitszeit abbauen, Arbeitsmarktpolitik qualifizieren, vor allem auch die Zugangsvoraussetzungen für Frauen in alle Berufsfelder verbessern und natürlich muss auch weiterhin überdurchschnittlich in den Osten investiert werden. Der Prozess der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten ist eben noch nicht abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, niemand kann doch behaupten, dass diese Vorschläge nicht finanzierbar wären oder seien. Der Ansatz, arbeitsmarktpolitische Effekte nur über Leistungskürzungen erzielen zu wollen, führt in die Irre. Ähnliches werden wir am Beispiel der Kranken- und auch Rentenkassen erleben. Die Finanzierung dieser Sicherungssysteme muss auf breite Schultern verteilt werden. Die Einnahmesituation des Bundes, der Länder und der Kommunen muss durch eine gerechte Steuerpolitik verbessert werden. An dieser Stelle will ich meinen Koalitionspartner dringend bitten, auf eine Änderung der Bundespolitik einzuwirken.

Mit Interesse habe ich die beiden ersten Ausgaben des neuen Magazins für sozialdemokratische Politik in Mecklenburg-Vorpommern „Horizonte“ gelesen. Dort finde ich nicht nur vieles, mit dem ich übereinstimme, sondern auch Alternativen zur aktuellen Politik der Bundespolitik.

(Wolfgang Riemann, CDU: Fragen Sie doch mal, wie die auf dem Bundesparteitag stimmen werden!)

Eine Bruttowertschöpfungsabgabe wird dort ebenso in Erwägung gezogen wie etwa die Wiedererhebung der Vermögenssteuer oder eine Steuer auf Aktiengeschäfte.

Das, meine Damen und Herren, sind Vorschläge von Sozialdemokraten. Wir werden in Mecklenburg-Vorpommern nicht ohne die Bundespolitik vorankommen können. Wir werden in Mecklenburg-Vorpommern nichts vorbringen können, wenn sich diese Bundespolitik nicht ändert. Die Politik, die die CDU als Alternative anbietet, ist eben keine. Gleichwohl können und müssen wir uns hier im Land darüber verständigen, wie wir unsere Politik verbessern, also effektiver gestalten. Deshalb gilt auch für uns hier im Land, dass wir die Politik der verschiedenen Ressorts zur Schaffung von Arbeitsplätzen besser koordinieren müssen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Bravo! Bravo! Machen Sie mal!)

Auch deswegen müssen wir schnellstmöglich und in diesem Sinne die Leitsätze zur demographischen Entwicklung, die benannt sind, noch in das konkrete Regierungshandeln einbringen. Die Regierungskoalition von SPD und PDS hat bereits einige der von mir genannten Ansätze in Angriff genommen. In diesem Sinne bin ich auch sehr hoffnungsvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete Lück.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Seemann für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Arbeitslosigkeit stellt die Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik seit über 25 Jahren aufgrund von Strukturwandel und Konjunkturveränderungen immer wieder vor neue Herausforderungen. In Zeiten besonders gravierender Arbeitsmarktprobleme, die Reformen der Regelungen und Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik erfordern, gehörten so genannte arbeitsmarktpolitische Patentrezepte von Kommissionen, Institutionen und diversen arbeitsmarktpolitischen Akteuren schon immer zur Tagesordnung. Für eine sozial verantwortliche Arbeitsmarktpolitik gibt es aber keine Patentlösung, sonst müsste Mecklenburg-Vorpommern ja eine längst blühende Landschaft sein und wäre nicht trotz umfassender Anpassungs- und Modernisierungsleistungen von anhaltend hoher Arbeitslosigkeit geprägt. Das Problem der Arbeitslosigkeit lässt sich weder mit großmundigen Versprechen, noch mit Schnellschüssen oder Teillösungen bewältigen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Harald
hat 20.000 weniger versprochen.)

Vor allem lassen sich Probleme der Beschäftigungspolitik nicht durch eine noch so aktive Arbeitsmarktpolitik alleine kompensieren. Sie kann lediglich unter Berücksichtigung der zum Teil extremen Disparitäten der regionalen Strukturbedingungen und der Divergenz der vorhandenen Qualifikationsprofile am Ausbildungs- und Stellenmarkt zur Behebung des Ungleichgewichts von Angebot und Nachfrage beitragen. Deshalb muss eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die auf Nachhaltigkeit setzt,

eine zukunftsfähige Qualifizierung, den Erhalt und die Wiederherstellung beziehungsweise Erweiterung der Beschäftigungsfähigkeit von Frauen und Männern in ihren Mittelpunkt stellen. Nicht durch die Reduzierung zum Beispiel auf Vermittlung, sondern nur durch eine den regionalen Bedingungen angepasste Mischung aus Qualifizierung, Vermittlung und Arbeitsbeschaffung nützt eine aktive Arbeitsmarktpolitik den Arbeitslosen, der Wirtschaft und damit dem gesamten Land. In diesem Kontext steht auch der vorliegende Antrag, der auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern abstellt.

Mit dem zusätzlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebot der Bundesregierung für 100.000 sozialhilfeberechtigten Jugendliche und der Förderung von 14.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen

(Wolfgang Riemann, CDU: Versprechungen!)

sollen auch in Mecklenburg-Vorpommern Jugendliche mit schlechten Startchancen und gering Qualifizierte eine Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhalten. Insbesondere mit dem Angebot so genannter Qualifizierungsbausteine zur Effizienzsteigerung der Ausbildungsvorbereitung und zur Nachqualifizierung sollen sich zusätzliche Entwicklungs- und Beschäftigungschancen für junge Frauen und junge Männer eröffnen. Vor allem soll mit diesem Angebot eine bedarfsgerechte Qualifizierung für Wirtschaft ermöglicht werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Versprechungen!)

Das haben Sie doch schon mal bei JUMP gesagt!)

Eine kontinuierliche zukunftsfähige Qualifizierung zum Erhalt und zur Wiederherstellung beziehungsweise Erweiterung der Beschäftigungsfähigkeit ist Voraussetzung für eine auf Wachstum und Nachhaltigkeit orientierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Die Tatsache jedoch, dass bisher nur 28 Prozent der Absolventinnen und Absolventen von Weiterbildungsmaßnahmen im Osten in ungeforderte Beschäftigung münden, zeigt die Brisanz, die eine Vermittlungsquote als Kriterium zur Bewilligung von Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern hat. Eine Regelung, die die reale Situation in Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt, ist daher unerlässlich. Dazu gehört auch, dass eine Vermittlungsquote von 70 Prozent zurzeit nicht realisierbar ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!
Haben Sie das vorher nicht gewusst?)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal darauf hinweisen, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik eingebettet ist in die europäische Beschäftigungspolitik. Damit steht sie in der Verpflichtung, die beschäftigungspolitischen Leitlinien umzusetzen, die unter anderem als wichtige Zielsetzung den Aufbau der Maßnahmen zugunsten der Gleichstellung von Frauen und Männern vorsehen. Um diese Zielsetzung zu erreichen, reicht es jedoch nicht aus, sich auf die Säule der beschäftigungspolitischen Leitlinien zur Verstärkung der Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern zu konzentrieren. Besonders bedeutsam ist bei dem Politikansatz, zu dem sich alle Mitgliedsstaaten verpflichtet haben, dass bei der Umsetzung der Leitlinien in allen vier Säulen der Gender-Mainstreaming-Ansatz, den Begriff hatte ich ja gestern schon erklärt, zugrunde gelegt wird. Also auch in den Säulen Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Entwicklung des Unternehmergeistes, Förderung der Anpassungs-

fähigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten ist im Sinne einer Doppelstrategie die Förderung der Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in alle Aktions-schwerpunkte einzubeziehen.

Dass vor diesem Hintergrund im aktiven Arbeitsmarkt nach wie vor Anstrengungen zugunsten von Frauen unternommen werden müssen, belegen unter anderem folgende Zahlen aus Mecklenburg-Vorpommern:

Ende März 2003 belief sich der Anteil von Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf 50,6 Prozent. In absoluten Zahlen waren das insgesamt 273.534 Frauen. Ihr Anteil an der Teilzeitbeschäftigung betrug über 80 Prozent und damit relativiert sich der quantitative Aspekt der Beschäftigungsquote, denn eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit ist mit Teilzeit sehr selten erreichbar.

Die Arbeitslosenquote von Frauen betrug 2002 im Jahresdurchschnitt 19,6 Prozent und lag damit marginal unter der von Männern mit 20,3 Prozent.

Die Verbleibsquote von Frauen nach einer beruflichen Weiterbildung betrug von Mai 2002 bis April 2003 nach sechs Monaten lediglich 44,7 Prozent.

Die Vermittlung von Frauen durch Auswahl und Vorschlag belief sich im Februar 2003 auf 44,8 Prozent gegenüber 55,3 Prozent bei Männern.

Vor diesem Hintergrund appelliere ich zum Schluss an alle arbeitsmarktpolitischen Akteure, vor allem an die Sozialpartner, sich einzusetzen für eine chancengleiche, das heißt gleichermaßen an Mädchen und Jungen gerichtete, Umsetzung des Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebots für Jugendliche unter 25 Jahren und daran mitzuwirken, dass auch die Teilnahme von Frauen an Qualifizierungsmaßnahmen weiterhin auf hohem Niveau abgesichert wird, ihre Qualifizierung sich am Arbeitsmarkt orientiert und sie damit auch eine Chance haben, in diesen vermittelt zu werden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Weitere Wortmeldungen liegt mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/441. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/441 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Rechtskundeunterricht in allgemein bildenden und beruflichen Schulen, Drucksache 4/434.

Antrag der Fraktion der CDU:
Rechtskundeunterricht in allgemein bildenden und beruflichen Schulen
– Drucksache 4/434 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Born. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hochverehrte Pädagoginnen und Pädagogen!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Juristen sind auch da.)

„Die Schulen können durch Rechtskundeunterricht zur Bildung eines rechtsstaatlichen Bewußtseins beitragen. Inhalte des Unterrichts müssen die Information über die verfassungsrechtlichen Grundprinzipien und die Freiheitsrechte, aber auch die Pflichten des mündigen Staatsbürgers sein. Der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtete Richter und Staatsanwälte und Notare sollen nach Möglichkeit den Unterricht übernehmen. Auf diese Weise wird der enge Bezug zur lebendigen Rechtspraxis gewährleistet.“ Dies ist ein Zitat aus dem Jahre 1990 und stammt aus der ersten Regierungserklärung des ersten Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Alfred Gomolka, die er am 30. November 1990 vor dem ersten Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern hier an dieser Stelle abgegeben hat. An der Richtigkeit der damaligen Aussage hat sich nichts geändert.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Um es gleich ganz deutlich vorwegzusagen, es geht uns in unserem Antrag mitnichten darum, die qualifizierten Lehrer des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch nur partiell arbeitslos zu machen oder ihre Qualifikation auch nur in Frage zu stellen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Vielmehr geht es darum, gerade die jungen Menschen in unserem Bundesland noch besser als bisher für einen der zentralen Bereiche unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens fit zu machen. Zu Recht reden alle davon – und hier besteht erfreulicherweise ja auch Einmütigkeit im Hohen Hause –, dass es dringend erforderlich ist, den Dschungel des Dickichts von Gesetzesvorschriften zu lichten. All dies ändert aber nichts daran, dass schon junge Menschen tagtäglich mit unzähligen rechtlichen Vorschriften, Regelungen und Folgen, ob sie es wollen oder nicht, konfrontiert werden. Die Rechtsverhältnisse innerhalb und außerhalb unseres Landes werden leider immer komplizierter, weit verzweigter und auch folgenreicher.

Das Recht ist nun einmal eine der zentralen Säulen, auf dem Staat und Gesellschaft und auch der soziale Frieden aufgebaut sind. Nicht früh genug können Schülerinnen und Schüler lernen, dass durch das Recht Staat und Gesellschaft gestaltet und der soziale Frieden gesichert werden. Recht sichert die Freiheit! Es ist deshalb notwendig, dass das Wertesystem unseres Rechtsstaates den Schülern frühzeitig vermittelt wird, dass sie lernen, dass der Rechtsstaat unter anderem die Aufgabe hat, aktiven Schutz zu gewährleisten, Minderheiten zu schützen und im Einzelnen die Sicherheit zu geben, dass er nicht nur gegenüber anderen seine Rechte mit rechtsstaatlichen Mitteln geltend machen und behaupten kann, sondern sie auch gegenüber unzulässigen Übergriffen jeglicher staatlicher Institutionen verteidigen kann. Junge Menschen sollten auch erfahren, dass das Recht eine wirksame Waffe gegen jede Art von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit darstellt.

Junge Menschen sollten frühzeitig mit den Grundrechten des Rechtsstaates vertraut gemacht werden und ein

gesichertes Rechtsbewusstsein entwickeln können. Nur die Schule ist in der Lage, systematisch den Schülern diese grundlegenden Zusammenhänge zu vermitteln. Dass hier Nachholbedarf besteht, wird jeder von uns erleben können, wenn er einfach mit Schülergruppen zusammentrifft. Ich hatte gestern das Vergnügen, mit drei Schulklassen, neuntes Schuljahr, also gerade das betroffene Schuljahr, zusammen zu sein. Als ich nach den drei Gewalten fragte, war es schon etwas mühsam. Und als ich dann fragte, wie der Ministerpräsident unseres Landes heißt, guckten sie mich alle erstaunt an. Das musste ich ihnen erst mal klar machen.

Im Rahmen des bestehenden Sozialkundeunterrichts muss ein lebendiger Rechtskundeunterricht ein inhaltlicher Schwerpunkt sein. So ist es auch in unserem Antrag ausgedrückt. Dabei sollte auch auf die klassische Gliederung von Strafrecht, Privatrecht und öffentlichem Recht im engeren Sinne, also Verwaltungsrecht, eingegangen werden.

Im Rahmen des Strafrechts sollte Verständnis für die Tatsache geweckt werden, dass Strafrecht ein staatliches Ordnungssystem ist, dass strafrechtliche Maßnahmen als Ultima Ratio notwendig sind und welche Zwecke staatliche Strafen verfolgen.

Beim Zivilrecht sollten die Schüler lernen, dass es hier um die Rechtsbeziehungen der Bürger untereinander geht, dass es aber auch Altersgrenzen bei der Frage rechtsrelevanten Handelns zu beachten gilt. Frühzeitig sollten Schüler lernen und an praktischen Beispielen erfahren, dass eigenes Handeln Rechtsfolgen mit zum Teil unangenehmen und weit reichenden Folgen auslösen kann.

Frau Kollegin Polzin, Kollege Renz, gerade für Schüler ab der neunten Klasse ist es notwendig, dass sie die Grundzüge des Arbeitsrechts erlernen. Hierbei geht es um grundlegende Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Schließlich sollten die Schüler sehr anschaulich erfahren, dass Bürger unseres Staates in einer besonderen, auch rechtlichen Beziehung zu diesem Staat stehen. Sie sollten verstehen lernen, dass das Verwaltungsrecht sowohl der Ordnung des Zusammenlebens der Menschen als auch der Daseinsvorsorge dient. Ebenso sollten sie wissen, was es heißt, dass alle staatliche Verwaltung an das Gesetz gebunden ist und alle staatliche Gewalt in einem Rechtsstaat gerichtlicher Kontrolle zugänglich ist.

Schließlich sollten Schülerinnen und Schüler einen Eindruck davon bekommen, was es heißt, in einem föderativen Bundesstaat, eingebettet in globale internationale Rechtsbeziehungen, zu leben. Die zunehmende Bedeutung europäischen Rechts, nicht nur für unser staatliches Gefüge, sondern auch für jeden einzelnen Bürger, ist vielfältig. Es ist aber noch nicht ausreichend im Bewusstsein selbst der erwachsenen Bürger verankert.

Und noch einmal: Die Lehrer, die hier qualifizierten Sozialkundeunterricht leisten, sollen in keiner Weise von ihren Aufgaben entbunden werden, ganz im Gegenteil. So, wie heute besondere Unterrichtsmittel wie Overheadprojektor und Beamer, Multimediashow, Exkursionen, Projektstage und -wochen zum Bestandteil eines modernen Unterrichts gehören, so sollten Lehrer die Chancen nutzen, den Unterricht dadurch noch lebendiger und authentischer zu gestalten, dass sie für einzelne Themenbereiche sozusagen lebendige Zeitzeugen einbeziehen.

Vor Jahren haben wir hier im Landtag auf Initiative unserer damaligen SPD-Kollegin Heidemarie Beyer, übrigens einer engagierten Pädagogin, das Projekt „Wirtschaft und Schule“ gestartet. Dieses Projekt gilt inzwischen bei allen Fachleuten als eine ausgesprochen gelungene Veranstaltung, um Schülerinnen und Schülern wirtschaftliche Zusammenhänge in hervorragender Weise geradezu einzigartig authentisch zu vermitteln. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei die Tatsache, dass engagierte Unternehmer an diesem Projekt mitwirken. Nicht mehr und nicht weniger ist mit unserem Antrag intendiert.

(Beifall Michael Ankermann, CDU)

Engagierte Juristen sollen auf vollkommen freiwilliger Basis, ohne finanzielle Belastungen für den Staatshaushalt im Rahmen des von Lehrern verantworteten Unterrichts, das Recht für die Schülerinnen und Schüler lebendig werden lassen. Meinen Sie nicht auch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass ein Staatsanwalt vielleicht doch besonders gut geeignet ist, Schülerinnen und Schülern anschaulich zu vermitteln, was es mit dem Strafrecht eigentlich auf sich hat, wie es in der Praxis wirkt, bis hin zu Ermittlungsverfahren, Hauptverhandlungen und Strafvollzug oder Knast?

Meine Damen und Herren, ich kann verstehen, Sie haben ja vielleicht ein Richterbild, das sich wie folgt beschreiben lässt, ich zitiere hier aus einem Buch, was sich mit dem alten Ding, dem alten Gericht des Mittelalters befasst. Da heißt es über den Richter: „Es solle der Richter auf seinem Richterstuhl sitzen als ein griesgrimmiger Löwe, den rechten Fuß über den linken schlagen und wann er aus der Sache nicht Recht könne urteilen, soll er dieselbe 123mal überlegen.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU, SPD und PDS – Holger Friedrich, SPD:
Deswegen dauert das auch so lange!)

Wenn Sie ein solches Richterbild haben, ist es umso sinnvoller, dass Sie einen solchen Menschen zu sich in den Unterricht einladen, verehrte Pädagoginnen und Pädagogen, damit sowohl die Schüler das im Original erleben, aber auch Sie selbst sich davon überzeugen können, wie weit Ihr Richterbild mit der Wirklichkeit übereinstimmt.

Ich hoffe, im Landtag haben Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, so viel Mut, wie es engagierte Lehrerinnen und Lehrer beim Projekt „Schule und Wirtschaft“ seit Jahren an den Tag legen. Haben Sie bitte keine Sorge vor der komplizierten juristischen Sprache. Es wird ja auch immer behauptet, diese Juristen reden so, dass man das ganz anders versteht. Ich hatte vorhin einen Dialog mit dem Ministerpräsidenten, da ging es um die Bedeutung des Wortes „grundsätzlich“. Das bestätige ich gerne, denn immer wenn ein Jurist sagt, das ist grundsätzlich so, verstehen es die meisten normal denkenden Menschen ganz anders als der Jurist. In dem Falle meint er, dass gerade die Ausnahme gilt. Aber seien Sie ganz unbesorgt, die Sprache ist sehr einfach. Ich zitiere Ihnen aus einem Kommentar zum Bundesreisegesetz: „Stirbt ein Bediensteter während einer Dienstreise, so ist damit die Dienstreise beendet.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich denke, das ist so klar ausgedrückt, da braucht man als Pädagoge keine Sorge zu haben, dass hier eine Spra-

che in die Schule einzieht, die keiner mehr verstehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe eigentlich vorgehabt, noch einige Beispiele aus der bayrischen Justiz zu zitieren. Ich bin aber davon abgekommen, weil ich ja verständlich reden wollte. Ich wollte auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Protokolls keine Schwierigkeiten machen.

Ich sage es Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit: Unser Antrag ist zur Unterstützung der engagierten und mit vielerlei Anforderungen konfrontierten Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land gedacht, um sicherzustellen, dass Rechtskundeunterricht in besonders authentischer Weise unter Hinzuziehung entsprechender Fachleute gestaltet werden kann. Ich beantrage namens der CDU-Fraktion die Überweisung unseres Antrages federführend in den Rechtsausschuss und mitberatend in den Bildungsausschuss,

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

damit dort im Einzelnen diskutiert werden kann, wie der Rechtskundeunterricht sinnvoll und entsprechend den Intentionen unseres Antrags in der Praxis erteilt werden kann.

An die Regierung gewandt kann ich nur hoffen, dass sie nicht bei der mehr oder weniger stillen Unterstützung unseres Antrags durch den Justizminister stehen bleibt. Vielmehr wäre es doch ganz hilfreich, wenn der Herr Justizminister aus seiner Sicht auch zu unserem Antrag einmal Stellung nehmen könnte, denn schließlich geht es darum, die zentralen Fragen des Rechtsstaats zu vermitteln. Der Justizminister hat ja nicht gerade wenig mit den Fragen, die unseren Rechtsstaat betreffen, zu tun. Genauso hoffe ich, dass der Herr Bildungsminister unseres Landes nicht der Versuchung unterliegt, was ich ihm kaum zutraue, zunächst einmal sicherlich vorhandenem kleingärtnerischen Schubladendenken einiger Einflüsterer nachzugeben, sondern sich als Landschaftspfleger betätigt und souverän dafür eintritt, dass der Bildungsauftrag des Staates in optimaler Weise, gerade in einem so entscheidenden Gebiet wie dem des Rechtskundeunterrichts, auch tatsächlich geleistet werden kann.

Ich freue mich auf die Aussprache und die Beratungen im Ausschuss und hoffe, dass die Juristen dann viel von den Pädagogen lernen, dass wir umgekehrt auch in ein fruchtbares Gespräch im Bildungsausschuss kommen, dass sich dort die Juristen vielleicht auch beteiligen können. Ich denke, wir haben hier einen Antrag, da brauchen wir nicht zu streiten, sondern da können wir alle wohlge-
mut zustimmen und an die Arbeit gehen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Metelmann. Bitte, Herr Professor.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Herr Dr. Born, die Intention wird geteilt und Ihre farbigen Exempel waren auch für den Nichtjuristen voll verständlich und außerordentlich überzeugend. An der Aufgabe wird gearbeitet. Ich will es nur einmal der Vollständigkeit halber sagen, damit das nicht ganz untergeht, denn es wird ja schon einiges getan. Zum Beispiel werden an der Fachhochschule Güstrow 150 Sozialkundeführer durch Richter und Staatsanwälte in mehrjähriger Fortbildung im Bereich Jura geschult. Das ist ein Punkt. Fortbildung in Recht, dreimonatige Fortbildung in Straf- und Jugendrecht in Neubrandenburg, das ist ein weiterer Punkt.

Ich möchte die Rahmenpläne der Sekundarstufe I der allgemein bildenden Schulen im Jahr 2002 ansprechen, geändert im Bereich Arbeit, Wirtschaft und Technik. Rechtskundliche Materialien werden dort verankert und die Materie wird nahe gebracht als verpflichtender Unterrichtsgegenstand. Das spreche ich an, weil das in der Sekundarstufe II ohnehin auch in den beruflichen Schulen schon seit 1998 der Fall war. Alle Schularten der Jahrgangsstufe 8 behandeln Rechtsfragen des Alltags. Das sind zum Beispiel das Kaufrecht, das Gesetz über die allgemeinen Geschäftsbedingungen und das Reisevertragsrecht. Ich möchte auch ansprechen, dass im Rahmenplan Rechtserziehung, 2002 in Kraft gesetzt, vieles zur Zusammenstellung der Unterrichtsinhalte drinsteht. Dort werden die rechtlichen Aspekte noch einmal konkretisiert. Es gibt Hinweise, wie man das machen kann.

Die Schulen haben jetzt schon eine ganze Menge an Möglichkeiten, den rechtskundlichen Unterricht zu gestalten. Wir sehen auch Veranlassung, das immer weiter auszubauen, gerade auch deshalb, weil das eine Bedeutung im Programm, im Bildungs- und Erziehungsprogramm der Ganztagschulen haben muss. Hier leben die Schulen auch ihre vorhandene Selbständigkeit gut aus. Ob wir jedoch mit dem Ergebnis zufrieden sein können, mit dem, was jetzt schon erreicht worden ist, das ist natürlich wie immer die Frage. Sie haben das ja auch mit einigen Beispielen beleuchtet. Auf der anderen Seite bin ich auch immer sehr beeindruckt von Schülern, die im Wettbewerb „Schule und Wirtschaft“ oder im Wettbewerb „Jugend debattiert“ zeigen, dass der Unterricht, den sie genossen haben, sehr offenkundig und erfolgreich gewirkt hat. Auch hier hängt es wieder davon ab, dass wir das, was wir tun, was wir formal alles an Voraussetzungen schaffen, dann auch mit Leben und mit Geist erfüllt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Born, ich werde zunächst mal, denke ich, auf Ihre Rede reagieren, weil Ihre Rede und der vorliegende Antrag zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Ich denke, man sollte sie auch so behandeln. Zunächst einmal bin ich absolut davon überzeugt, dass Sie mit Ihrer Intention, dass Rechtskunde ein wesentlicher Bestandteil von Bildung und Erziehung ist, absolut richtig liegen. Hier gibt es völlige Übereinstimmung. Im Übrigen freue ich mich

auch sehr, dass diese Übereinstimmung da ist. Es scheint so, als ob wir inzwischen parteiübergreifend dahin kommen, dass Schule nicht nur ein Ort von Wissensvermittlung ist, sondern auch ein Ort von Erziehung. Und dazu gehört natürlich auch die Wertevermittlung.

Wenn ich also aus Ihrem Wortbeitrag wahrnehme, die Juristen fühlen sich für die Erziehung und Bildung von Jugendlichen mitverantwortlich, finde ich das ganz toll. Verantwortung, gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Schule ist, denke ich, auch eine Überschrift, unter der wir alle gemeinsam arbeiten sollten. In dem Sinne bin ich hellauf von dem begeistert, was die Juristen von sich aus überlegen. Ich verweise darauf, dass es in diesem Lande auch in anderen Bereichen, die es durchaus in Richtung Wertevermittlung gibt, schon sehr schöne Projekte und Initiativen gibt.

Wer kennt nicht die Möwe Klara, dieses etwas dickliche Möwentier, das Maskottchen für Verkehrssicherheit? Ein Projekt aus dem Innenministerium, das sehr gerne von Schulen angenommen wird, um dem wichtigen Problem, denke ich, auch für Kinder und für Heranwachsende gerecht zu werden, dass sie nicht nur sicher über die Straße kommen, sondern dass sie auch ihre Fahrzeuge, die ihnen altersgemäß zustehen, sicherer lenken können, als es leider manchmal der Fall ist. In diesem Sinne darf ich auf eine Initiative aus dem Bildungsministerium verweisen: „Künstler für Schüler“. Das wird von den Schulen sehr gerne angenommen, um in Richtung Kultur und Erziehung ein besseres Miteinander unter Jugendlichen herzustellen. Ich möchte auch darauf verweisen, dass Schulen gerne Projekte annehmen, dass beispielsweise in Drogenberatungsstellen mal ein Tag für Schüler gestaltet wird, damit dieses zu vermittelnde Wissen nicht so trocken rüberkommt, sondern von Praktikern und mit wirklich praktischen Beispielen lebendig vermittelt wird. Ich denke, an dieser Stelle gibt es überhaupt keinen Dis-sens. Insofern kann ich nur sagen: Willkommen im Club!

(Angelika Peters, SPD: Genau.)

Nun müsste ich mich ja vielleicht irgendwann, weil wir uns als Fraktion auch so verhalten müssen, mit Ihrem Antrag beschäftigen. Sie möchten im Punkt 1, dass in den Rahmenplan Sozialkunde der Rechtsbegriff mit entscheidenden Unterpunkten, die Sie ja auch in Ihrer Rede definierten, ein wenig Platz bekommt. Das finde ich Klasse. Der Herr Minister hat aber schon drauf verwiesen, dass das bereits geschieht. Schon im Vorwort des aktuellen Rahmenplanes für Sozialkunde gibt es einen entscheidenden Satz, der, denke ich, den Rechtsbereich an die richtige Stelle rückt: „Der Sozialkundeunterricht hat die Aufgabe, dem Schüler Einblicke in die Bereiche Gesellschaft, Politik, Recht und Wirtschaft zu ermöglichen.“ Das ist schon mal die Überschrift. Ich denke, 25 Prozent des Sozialkundeunterrichts sind damit der Rechtskunde schon gewiss. Und ich kann Ihnen auch einmal ein paar konkrete Themen nennen, die ich für ganz wichtig halte, wenn man sich die Rechtsprobleme von Heranwachsenden ansieht. Da stimme ich völlig mit Ihnen überein, ob sie das Recht zur Kenntnis nehmen oder nicht, sie werden damit konfrontiert. Sie haben damit teilweise recht große Probleme. Die Schule soll zumindest das Ihrige dazu beitragen, dass Aufklärung herrscht.

Es gibt beispielsweise die große Überschrift: „Der Mensch als Rechtsobjekt“. Dort werden Werte, Normen und Gesetze behandelt, übrigens schon ab Klasse 8, also

sogar noch ein Jahr früher, als Sie es sich wünschten. Es geht von Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit bis hin zum öffentlichen und privaten Recht, es geht hin bis zum Spannungsverhältnis zwischen Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit, es behandelt verpflichtend das Jugendschutzgesetz, die Straßenverkehrsordnung, das Strafrecht, Jugendstrafrecht, Kinder- und Jugendhilfegesetz und es behandelt auch konkrete Probleme und Fallbeispiele, die Jugendliche betreffen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Kopfnoten.)

Weiterhin werden Rechtsfragen des Alltags verpflichtend in den Unterricht eingearbeitet wie das Kaufrecht. Das ist ja so eine schöne Geschichte mit der Verschuldung von Handys, wir wissen alle, dass man da erzieherisch einwirken muss. Es geht bis hin zu allgemeinen Geschäftsbedingungen, es geht um Reisevertragsrecht und so weiter. Alle Vorschriften werden in Auszügen behandelt und es gibt auch eine Fallbearbeitung. Ich denke mal, das dürfte sich doch absolut mit dem, was Sie gerne möchten, treffen. Darum verweise ich zur Ergänzung gleich noch mal auf den AWT-Bereich. Im AWT-Bereich – Arbeit, Wirtschaft, Technik –, diesen haben Sie vorhin selbst angesprochen, wird das Rechtsproblem in dieser speziellen Richtung auch aufgenommen. Es geht in diesem Bereich beispielsweise auch um Arbeitsverträge, die man für eine Lehre abschließt, es geht hin bis zum Steuerrecht. Schüler sollen im Unterricht sogar mal einen Jahressteuerausgleich probieren, wobei das natürlich in der Praxis sicherlich ganz, ganz schwierig ist, wie jeder Erwachsene, der sich damit schon abgeplagt hat, weiß.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: 1.000 Seiten umfasst das Steuerrecht.)

Dazu haben ja wohl auch alle beigetragen, damit das auf dieser Strecke immer interessanter wird. Sie merken also, Ihre Intention ist bereits erfüllt. Ich freue mich, dass Sie das auch so sehen, dann können wir auf dieser Strecke eigentlich wunderbar weitermachen.

Nun zu Ihrem zweiten Punkt: Sie möchten, dass dieser Unterricht durch Juristen oder durch Lehrer gestaltet wird, die eine spezielle Zusatzausbildung im Rechtsbereich haben. Ich fange mal mit dem Letzteren an.

Der Minister hat ausgeführt, dass wir gerade diese Weiterbildung – wenn sie natürlich schon in den Rahmenrichtlinien und in den Inhalten des Unterrichtes vorkommt – nicht so ausrichten können, dass Sozialkundelehrer mit null Ahnung von Paragraphen in diese schwierigen Gewässer geworfen werden. Ich kann einfach nur aus persönlicher Erfahrung von Bekannten sagen, dass es eine sehr anspruchsvolle Fortbildung für Sozialkundelehrer ist, da der ganze Rechtsraum sehr viel Platz einnimmt und, unter uns gesagt, den armen Lehrern auch am meisten von allen Problemen zu schaffen macht. Aber da kämpfen sie sich durch. Ich denke, wer sich einmal gerade als Nichtjurist durch manchen Gesetzesdschungel gekämpft hat, der versteht ihn auch zu vermitteln, denn die Grundvoraussetzung ist, dass man selbst einen Sachverhalt verstanden hat. Ich kann sagen, dass wäre also auch erfüllt, wir brauchen es nicht mehr.

Kommen wir nun einmal zu dem einzig neuen Problem. Sie möchten gerne Juristen im Unterricht haben. Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie das mündlich

zurückgenommen haben, dass es Ihnen gar nicht darum geht, Lehrer im Unterricht zu ersetzen, sondern das Ganze als unterrichtsergänzendes und bereicherndes Projekt gestalten wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

Wissen Sie, mündlich kann ich dazu nur sagen, es ist eine ganz prima Idee, wenn es vergleichsweise eine Initiative gibt, vielleicht auch aus dem Justizministerium, könnte ich mir vorstellen, dass es auch so eine Art Projektangebot gibt wie: Juristen in die Schulen! Ein Jugendrichter, der den Kindern sicherlich etwas Interessantes aus seinem Berufsalltag zu erzählen hat, der tut damit etwas anders, als in Ihrem Antrag formuliert ist. Darauf möchte ich noch einmal verweisen. Ich hatte ja aufgrund Ihres Antrages eine etwas andere Rede im Kopf,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

die so in etwa hieß, wenn wir jetzt die Lehrer nicht mehr für Rechtskunde brauchen, dass da die Juristen reinmüssen, dekliniere ich das mal weiter: Wer ist qualifiziert genug, beispielsweise Umwelterziehung zu machen? Muss der im StAUN gearbeitet haben oder sechs Jahre Mitglied des BUND gewesen sein? Wie sieht es denn aus, wenn wir unbedingt die Fachleute für Gesundheitserziehung brauchen,

(Minister Dr. Gottfried Timm: Kriminalitätsbekämpfung. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

gehört da eine Doktorarbeit dazu? Das ist jetzt so eine interessante Sache, was muss man können, um Verkehrserziehung zu bewältigen? Ich meine jetzt den Straßenverkehr, zum anderen komme ich noch einmal. Das kann man ja auch mal fragen, denn sexuelle Aufklärung haben die Schüler auch in der Schule. Tja, was braucht man für eine Qualifikation?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Beate Uhse im Unterricht!?)

Also noch einmal: Ich habe es ja selbst spaßeshalber gesagt, dass wir uns völlig einig sind, dass die Lehrer willens und in der Lage sind, egal welchen Unterrichtsstoff sie sich erarbeiten, ihn auch glaubwürdig vermitteln zu können. Und über die Frage, warum denn bei manchen so wenig ankommt, wie Sie es ja gerade anhand Ihrer Besuchergruppe dargelegt haben, denke ich, das kann man mit drei Sätzen nicht beantworten. Aber es hat nichts damit zu tun, dass diese Unterrichtsinhalte nicht qualifiziert vermittelt werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Wir wissen aber auch, dass es vom Absender bis zum Empfänger immer noch ein langer Weg ist. Ob ein Schüler motiviert solche Kenntnisse aufnimmt, ist nicht unbedingt in einem ganz kausalen Zusammenhang mit der Qualifikation ...

(Angelika Gramkow, PDS: Beim Taschengeld funktioniert das bei uns zu Hause nicht. Komisch.)

Jaja, so ist es eben. Wie nennt man das? Das ist in diesen Fällen natürlich auch der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis.

Ich möchte nun ganz gerne zum Ende kommen. Sie merken schon, wir haben in dieser Sache keinen Dissens.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Aber zu Ihrem Antrag muss ich mich einfach verhalten und das heißt: Der erste Punkt ist bereits erledigt, den brauchen wir nicht mehr. Der zweite Punkt ist zu einem Teil erledigt, da heißt es nämlich, dass die Sozialkundelehrer diese Ausbildung brauchen. Und der andere Teil – Unterricht wird durch Juristen erteilt –, den habe ich jetzt charmant versucht abzulehnen, weil ich der Meinung bin, dass der Unterricht durch Lehrer gemacht wird. Wir holen uns das Fachwissen zusätzlich herein und wir nutzen die Möglichkeiten. Im Übrigen tun das engagierte Schulen heute schon. Gucken Sie doch mal, wie oft Schulklassen in den Gerichten sind. Das hat auch etwas damit zu tun, dass man Jugendlichen Rechtswirklichkeit vermittelt.

Ich denke, das ist der richtige Ansatz, was aber nicht heißen soll, dass man jetzt ungeachtet dieses Antrages sagen soll: Da legen wir noch eine Kohle auf, da können wir noch etwas verbessern. Projekte sind in dem Sinne eine ganz interessante Geschichte. Ich glaube gar nicht, dass wir in der Sache weiterkommen, wenn wir den Antrag überweisen. Vielleicht überlegen wir noch einmal gemeinsam, wie kommen wir der Projektgeschichte näher, denn auch die Möwe Klara hat eine Geschichte bis zu ihrer Entstehung gehabt,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wer ist die Möwe Klara?)

und wenn das in dem Falle erfolgen würde, könnten wir glatt einen fraktionsübergreifenden Antrag hinbekommen. Einfach aus Geschäftsordnungsgründen Ihren vorliegenden Antrag so zu ändern, dass er geschäftsordnungsmäßig noch zulässig ist, weil wir jetzt in eine andere Richtung kommen, das gelingt mir leider nicht. In dem Sinne gestatten Sie mir bitte, dass ich namens meiner Fraktion Ihren Antrag ablehne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ankermann von der Fraktion der CDU.

Michael Ankermann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein
Plädoyer für unseren Antrag.)

Es ist ja eine erstaunliche Wahrheit, erstaunlich eigentlich nicht, eine besondere und vielleicht auch ein schöne Wahrheit, dass Angehörige der Regierung hier von dieser Stelle aus Wahrheiten dem Plenum vermitteln. Der Kollege Dr. Born hat eben die Worte des ersten Ministerpräsidenten Gomolka vorgetragen und ich erinnere mich an die letzte Sitzung, die wir hier hatten, als der Wirtschaftsminister eine von ihm neu gewonnene Erkenntnis verkündete. Er hatte erkannt, dass Zitronenfalter keine Zitronen falten. Das fand ich schon beeindruckend.

(Holger Friedrich, SPD: Richtig. Genau.)

Der Justizminister hat an dieser Stelle gesagt: Ja, meine Damen und Herren, es ist ja auch nicht so, dass der Justizminister Rechtskunde unterrichtet. Auch das ist eine wahre Aussage, obwohl der Justizminister hier offensichtlich einem Lapsus Linguae unterlag, denn Rechtskunde, wie wir wissen, wird ja in diesem Sinne an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern gar nicht unterrichtet. Das ist

bedauerlich, denn wir haben einen Auftrag in unserem Schulgesetz.

(Andreas Bluhm, PDS: Da haben Sie aber
eben nicht zugehört, Herr Ankermann.)

Im Schulgesetz heißt es im Paragraphen 2 Absatz 2 sinngemäß – Sie finden das auf der Rückseite des Antrages abgedruckt –, ich verkürze entsprechend, um Sie nicht zu langweilen: Die Schule soll die Entfaltung der Persönlichkeit und die Selbständigkeit so fördern, dass die Schüler befähigt werden, aktiv und verantwortungsvoll am sozialen, wirtschaften, kulturellen und politischen Leben teilzuhaben. Das ist der Schulauftrag! Ob dieser Auftrag dadurch erreicht werden kann, dass ein so komplizierter Bereich wie die Rechtsmaterie einzig und allein im Sozialkundeunterricht in einer bestimmten marginalen Stundenzahl von Sozialkundelehrern unterrichtet wird, das erscheint doch zumindest zweifelhaft, wenn man berücksichtigt, dass Juristen hierfür ein relativ langes und relativ intensives Studium brauchen, um diese Materie zu begreifen, sogar versehen mit zwei nicht ganz einfachen Staatsexamina.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und CDU – Andreas Bluhm, PDS:
Das geht Lehrern aber auch so! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Das Ziel des Antrages, der eigentlich seinen Ursprung darin gefunden hat, dass wir im Richterrat des Amtsgerichtes und Landgerichtes Schwerin erfahren haben, dass man sich an Schulen gewandt hat, weil man erkannt hat, dass es hier Bildungslücken gibt und man gesagt hat, wir könnten ja möglicherweise mal Richter und Staatsanwälte und möglicherweise auch Rechtsanwälte in die Schulklassen entsenden, um hier einen Einblick in diese Rechtsmaterie zu geben, das Ziel des Antrages ist die Umsetzung dieses Auftrages des Schulgesetzes, das wir ja selbst in den einzelnen Klassen so gestaltet haben, und zwar flächendeckend für jeden Schüler ab Klasse 9 darzustellen. Und ich finde es im Hinblick auf PISA eigentlich schade, dass ich, nach dem, was Sie, Frau Polzin, eben gesagt haben, den Eindruck haben muss, dass Sie sich in diesem Punkt mehr vor die Lehrer stellen, weil Sie meinen, dass denen etwas weggenommen würde, als hinter die Schüler.

(Heike Polzin, SPD: Ich stelle mich
immer vor die Lehrer! Das sollte
man mal ganz objektiv diskutieren.)

Wir haben in unserem Land wirklich wenig Ressourcen. Aber eine Ressource haben wir ganz bestimmt, das sind die jungen Menschen in unserem Lande. Wir sollten uns doch große Mühe geben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

aus dieser Ressource und aus dieser Chance, die wir haben, etwas ganz Besonderes, etwas ganz Bedeutsames zu machen, nicht durch Juristen, sondern durch juristische Ausbildung. Sie wissen doch selbst, Herr Kollege, wenn ein Schüler die Schule verlässt, muss er noch nicht volljährig sein, aber trotzdem kommt er mit diesem Schritt in das Rechtsleben hinein. Und das Bürgerliche Gesetzbuch sagt, Sie kennen das möglicherweise, in den Paragraphen 104 fortfolgende, dass auch schon Jugendliche, die noch nicht 18 sind, beispielsweise rechtlich wirksame Geschäfte abschließen können.

(Angelika Gramkow, PDS: Na
den Paragraphen kennen sie alle!)

Das ist prima!

Warum sollten wir die Jugendlichen denn nicht auf dieses Leben vorbereiten?

(Angelika Gramkow, PDS: Das tun wir doch!)

Und das nicht nur im zivilrechtlichen Bereich, sondern natürlich auch im strafrechtlichen und auch im öffentlich-rechtlichen Bereich.

(Angelika Gramkow, PDS: Mein Sohn hat den Unterricht! Ich weiß nicht, wo Ihr Kind zur Schule geht!)

Sie wissen alle, dass ab dem 14. Lebensjahr die Strafmündigkeit eintritt, und insofern sind die Schüler auch 14, 15 Jahre, wenn sie die Klasse 9 erreichen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brodkorb?

Michael Ankermann, CDU: Am Ende meiner Rede.

Es wurden in diesem Zusammenhang auch die Berufsschulen angesprochen und gesagt, dass auch in den Berufsschulen bereits Rechtskunde unterrichtet wird. Aber es ist doch wohl so, dass nur unterrichts- beziehungsweise ausbildungsbezogenen Rechtskunde unterrichtet wird. Das heißt, der Einzelhandelskaufmann lernt Kaufrecht, der Tischler lernt möglicherweise Werkvertragsrecht, vielleicht auch ein bisschen Kaufrecht.

(Heike Polzin, SPD: Da hat man aber in den Klassen 8 und 9 die Grundlagen geschaffen.)

Was ist aber mit dem Schweißerlehrling von der Werft? Fällt der nun durch das weitmaschige Netz? Frau Polzin, das, was hier ab Klasse 8 und 9 unterrichtet wird, kann in dem Fall eigentlich nicht ausreichend sein, wenn man die Komplexität dieses Stoffes beachtet.

(Angelika Gramkow, PDS: Während des Sozialkundeunterrichtes wird das unterrichtet! Zumindest habe ich das immer unterrichtet. – Zurufe von Andreas Bluhm, PDS, und Torsten Koplin, PDS)

Ich würde mir wünschen, dass auch die SPD-Fraktion und die PDS-Fraktion hier noch einmal ihre Haltung überdenken. Man kann diesen Antrag, wenn Sie ihn in Teilen nicht für zustimmungsfähig halten, durchaus verändern. Eine Überweisung, verehrte Frau Kollegin, schadet doch in keinem Falle.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heike Polzin, SPD: Lassen Sie uns doch einen neuen Antrag machen!)

Jetzt bin ich auch gern bereit, die Frage zu beantworten.

Mathias Brodkorb, SPD: Herr Abgeordneter, geht es Ihnen auch so wie mir, dass Sie eine gewisse Spannung zwischen den Ausführungen des Ministers und der Abgeordneten Frau Polzin spüren, dass es bereits im Sozialkundeunterricht und im AWT-Unterricht Rechtskunde gibt, und Ihren Ausführungen, dass wir unseren Schülern dringend auch mal etwas über unser Rechtssystem beibringen müssten?

Michael Ankermann, CDU: Herr Kollege, natürlich verspüre ich Spannungen, die auf Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause zurückzuführen sind. Das ist ganz eindeutig!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das sind Sachen, die auf die Realität des Lebens zurückzuführen sind. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Sie müssen aber bitte zur Kenntnis nehmen, dass unser Schwerpunkt auch darauf gerichtet ist, nicht nur eine Materie zu vermitteln, sondern eine Materie auch durch die Person zu vermitteln, die eine möglichst hohe Sachkompetenz in der Sache selbst aufweist.

(Heike Polzin, SPD: Oh, oh!)

Das dürfte man ja den Berufsjuristen in diesem Falle überhaupt nicht absprechen wollen.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wie lange sollen denn die Schüler brauchen, ehe sie das verstehen?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage, Herr Abgeordneter?

Michael Ankermann, CDU: Ja.

Mathias Brodkorb, SPD: Gehe ich also recht in der Annahme, dass aus dieser Argumentation zwei Dinge folgen: Erstens, dass an unseren Schulen bisher rechtliche Fragen nicht unterrichtet werden und wenn, das ist die zweite Möglichkeit, dass, da die Fachlichkeit im Mathematikunterricht et cetera offenbar nicht gegeben ist, man auch die Hochschulprofessoren einbinden müsste oder Bauingenieure, die in Zukunft beispielsweise Versuchsanordnungen erklären oder so?

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Michael Ankermann, CDU: Herr Kollege, ich will mich hier über Mathematikunterricht überhaupt nicht auslassen, denn das ist auch nicht unser Thema, aber ich bleibe dabei, dass nach Auffassung unserer Fraktion ein Mehr, ein notwendiges Mehr

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

dadurch erreicht werden kann, dass neben dem Sozialkundelehrer oder neben der Sozialkundelehrerin eine gewisse zeitlang ein Jurist steht, der diese Dinge auch aus seinem täglichen Erleben, aus der täglichen Praxis, aus der Verfassung unzähliger Klagen, aus der Bearbeitung des Rechts, aus dem Erleben des täglichen Strafrechts und aus dem Gerichtsalltag anders rüberbringen kann als ein Lehrer, der sicherlich eine ganze Menge, aber eben doch trockene Materie gelernt hat. Das macht Jura leider häufig auch so trocken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ankermann.

Um das Wort hat jetzt der Justizminister gebeten. Bitte, Herr Selling.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Unser Vorbildminister! Aber er hat sich ja heute disqualifiziert, er ist nicht mehr Vorbildminister! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Minister Erwin Selling: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nicht zu dem Thema sprechen, aber ich bin jetzt zweimal direkt angesprochen worden, deshalb möchte ich dazu auch nur ganz kurz etwas sagen.

Wir haben ja zwei Themen. Wir haben einmal den Antrag und wir haben das, Herr Born, was Sie vorgetragen haben. Zu dem Antrag hatte ich mir fest vorgenommen, nichts zu sagen, weil es um Bildungspolitik geht. Es geht nämlich um die Frage: Wie vermitteln wir unseren Schülern die notwendigen Kenntnisse in Rechtskunde? Da kann man sich dafür entschließen, es gibt andere Länder, die haben sich dafür entschieden, dass es Juristen machen sollen. Man kann sich, glaube ich, aus sehr guten Gründen dazu entschließen, das so zu machen, wie wir das machen. Vielleicht ein Gegenargument zu dem, was Herr Ankermann gesagt hat. Ich möchte nicht, dass hier im Haus der Eindruck entsteht, dass es verschiedene Grenzen gibt. Es gibt auch Grenzen zwischen den Juristen und den Nichtjuristen. Also man kann als Jurist auch sehr gut vertreten, dass das Lehrer machen sollen. Wenn man Ihr Argument aber zu Ende denkt, dann müsste man ja Jugendrichter, Verwaltungsrichter, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Steuerberater, Staatsrechtler und Politologen in die Schulen schicken.

(Heike Polzin, SPD: Und alle zehn Minuten müssen die sich abwechseln!? –
Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Und dann müssen die wechseln. Ich glaube, das hat wenig Sinn.

Punkt 1: Zu dem Antrag meine ich, dass sehr viel dafür spricht, dass wir das so geordnet lassen, wie wir das tun. Aber, und deshalb habe ich mich gemeldet und bin hier vorn hingekommen, weil ich auch direkt angesprochen worden bin, dieses andere Anliegen, was Sie angesprochen haben, Herr Born, das liegt mir natürlich auch am Herzen, dass wir nicht nur guten Rechtskundeunterricht in der Schule machen, wie Frau Polzin das auch schon gesagt hat, sondern dass wir auch dafür sorgen und natürlich alle Vorkehrungen treffen, dass möglichst viel Praxisbezug in die Schulen kommt. Und da fühle ich mich als Justizminister natürlich schon angesprochen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich selbst gehe in Schulen und führe Diskussionen. Sie tun das auch. Ich möchte alle im Hause sehr ermuntern, das auch weiterhin zu tun. Die Punkte, die wir hier unter Rechtskunde angesprochen haben, zum Beispiel Staatsbürgerkunde, das sind Dinge, die kann jeder Abgeordnete des Hauses sehr gut und sehr praxisnah vermitteln, daran würde mir auch sehr liegen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Der zweite Punkt ist, dass es Jugendliche in erster Linie natürlich interessiert, wie geht es bei Gericht zu. Dann besucht man einen Jugendrichter. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass natürlich die Richter und die Staatsanwälte des Landes hoch belastet sind, aber trotzdem – deshalb bin ich auch nicht für eine Lösung, die ihnen ermöglicht, mit Geld als Nebenerwerb regelmäßig tätig zu sein, das ist nicht gut –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das habe ich ja vorhin gesagt.)

erwarte ich auch bei großer Belastung von meinen Staatsanwälten und Richtern, dass sie für den Rechtsstaat werben. Dazu ist eine ganz tolle Gelegenheit zum Beispiel für einen Jugendrichter, dass er in Absprache mit Lehrern Schulklassen einlädt, vor seiner Verhandlung kurz mit ihnen redet, eine halbe Stunde einführt in die Fälle, die

gleich kommen, und dass er mit ihnen bespricht, wie die Fälle erledigt worden sind. Ich kann Ihnen sagen, dass das in sehr großem Umfang geschieht. Das hängt natürlich wie vieles im Leben von dem persönlichen Engagement der einzelnen Leute ab.

Sie haben eben gesagt, Sie wollen in den Ausschüssen etwas dazu erörtern. Ich bin sehr gerne bereit, ohne eine Überweisung dieses Antrages dies als eines der Themen im Rechtsausschuss anzusprechen: Wie können wir unter anderem weiter vorwärts kommen, den Rechtsstaat insoweit zu vermitteln? Wie können wir dafür werben, dass vielleicht noch mehr Richter und Staatsanwälte dahin kommen?

Ich will noch einen ganz kleinen Schlenker machen. Man muss diese Dinge, die ich für sehr positiv halte, nicht schon wieder regeln. Sie wissen, ich bin auch noch zuständig für Deregulierung. In diesem Sinne halte ich es für sehr vernünftig, wenn wir diese Dinge in einer Weise regeln, dass das auf freiwilliger Basis von engagierten Leuten passiert, so, wie das schon im Lande sehr häufig gemacht wird. Und ich kann Ihnen auch sagen, wenn Sie in Schulen gehen wollen und etwas über Gerichte und Staatsanwälte vermitteln wollen, dann bin ich jederzeit bereit, Ihnen Kontakte zu Jugendrichtern zu vermitteln, damit man diese Veranstaltungen praxisnah gestalten kann. Das halte ich für eine sehr gute Sache. Zu dem Antrag, wie gesagt, schließe ich mich voll Frau Polzin an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Dr. Born, sehr geehrter Herr Ankermann, Ihre Plädoyers für eine Verbesserung der Qualität schulischer Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern insbesondere im Bereich der Rechtskunde kann ich nur begrüßen und alle Kollegen Ihrer Zunft im Lande auffordern, sich mit Lehrerinnen und Lehrern in Verbindung zu setzen, um mit ihnen gemeinsam die entsprechenden Unterrichtsstunden vorzubereiten.

(Beifall bei SPD und PDS)

Wenn es um den vorliegenden Antrag geht, suggeriert er in Punkt 1 leider, dass es scheinbar keinen Rechtskundeunterricht geben soll. Nun haben der Minister und auch Frau Polzin, glaube ich, sehr nachdrücklich deutlich gemacht, dass dem nicht so ist, dass in den Rahmenplänen der Jahrgangsstufen 8 und 9 entsprechende Regelungen vorgesehen sind.

Im Rahmen des Schulgesetzes, und das wissen wahrscheinlich – und von daher bin ich natürlich froh über die Debatte hier heute – meistens nur die Bildungspolitiker, geht es um einen ganzheitlichen Ansatz der Persönlichkeitsentwicklung. Herr Ankermann hat ihn hier zitiert und natürlich ist der Paragraph 2 des Schulgesetzes in der Tat eine sehr umfassende Beschreibung des Bildungs- und Erziehungsauftrages. Er ist genau deshalb so umfassend und universell, weil er eine weite Begriffsbestimmung für allgemeine und umfassende Bildungs- und Erziehungs-

ziele sichern muss. Natürlich passt insofern alles hinein, was mit Bildung und Erziehung zu verbinden ist, und in diesem konkreten Fall natürlich auch rechtskundliche Befähigung. Es ist allerdings schwierig, ein bestimmtes Themengebiet aus bildungspolitischer Sicht hier zu bevorzugen. Und es ist auch nicht möglich, wegen aktueller Probleme – ich weiß, dass im Rahmen der Anhörung im Wirtschaftsausschuss zur Zahlungsmoral unter anderem auch eines dieser Themen eine Rolle gespielt hat – jedes Mal den Bildungs- und Erziehungsauftrag entweder zu erweitern oder einfach zu verkürzen.

Ich hatte kurzzeitig die Überlegung, was denn passieren würde, wenn wir diesen Antrag in alle Ausschüsse des Landtages überweisen würden, denn dann hätten wir mit Sicherheit aus Sicht der Fachpolitiker einen Wust von Änderungsanträgen, was denn in der Schule noch alles so behandelt werden müsste. Verzeihen Sie mir an dieser Stelle ein wenig meine Ironie, aber vielleicht hätten wir dann aus dem Tourismusausschuss den Vorschlag gehabt, dass man regeln muss, dass die Schülerinnen und Schüler des Tourismuslandes unsere baulichen und landschaftlichen Schönheiten des Landes erklären können müssen im Interesse von mehr Touristen in diesem Lande oder dass vielleicht das Segeln wegen der Vorbereitung der Olympischen Spiele in den Schulsport aufzunehmen ist.

(Norbert Baunach, SPD: Das ist doch gut.)

Es stellt sich zudem für mich die Frage, welche weiteren Unterrichtsinhalte noch in der Schule realisiert werden sollen und vor allen Dingen zu welchen Lasten das passieren soll, denn die Unterrichtszeit für Schülerinnen und Schüler ist natürlich in einer Wochenstundenzahl begrenzt.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle erstens eine Politikerin zu zitieren auf eine Frage einer großen deutschen Tageszeitung, die Sie mit Sicherheit kennen, nämlich Frau Annette Schavan, Bildungsministerin in Baden-Württemberg, im Zusammenhang mit einem Interview der „Welt“, wo es um die neuen Rahmenpläne dieses Bundeslandes geht, die sich dadurch auszeichnen, dass sie eine erhebliche Verkürzung und Verknappung beinhalten. Der Journalist fragte Frau Schavan: „Politik und Gesellschaft fordern aber das Gegenteil: Tritt irgendwo ein Defizit zutage, wird ein neues Schulfach gefordert.“ Auf diese Frage antwortete Frau Schavan: „Ja, aber damit wird künftig Schluss sein. Schule kann nicht auf jeden Trend durch Ausweitung der Lehrpläne reagieren. Natürlich bleibt Schule offen für neue Entwicklungen in der Gesellschaft. Dem tragen so genannte ‚Fächerverbünde‘ wie Wirtschaft, Technik, Soziales Rechnung. Hier kann dem Bedarf nach aktuellem Wissen entsprochen werden.“ Genau so ist es, meine Damen und Herren! Von daher wären Sie vielleicht gut beraten gewesen, mit Ihren Bildungspolitikern diesbezüglich Rücksprache zu nehmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das haben wir natürlich gemacht. Wir sind doch nicht lebensmüde und machen das ohne unsere Bildungspolitik.)

Zum Zweiten, Herr Dr. Born, fordert gerade die CDU in der Öffentlichkeit lautstark die Deregulierung. Und es ist unstrittig, dass es im Rahmen der anstehenden Verwaltungs- und Funktionalreform auch darum gehen muss, den Dschungel von Rechtsvorschriften zu lichten. Klar erklären sich auch die Bildungspolitikern der CDU zu mehr Selbständigkeit in den Schulen. Warum nun ausgerechnet

hier genau das Gegenteil passieren soll, ist für mich nicht schlüssig erklärbar. Der Paragraph 40 des Schulgesetzes „Öffnung von Schule“ lässt alle Möglichkeiten, wirklich alle Möglichkeiten offen, heute schon Unterrichtsveranstaltungen mit Juristen in der Schule oder auch in Rechtsanwaltskanzleien oder Gerichten durchzuführen. Es liegt ausschließlich in der Entscheidung der Schule, also der Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, wie sie diesen rechtskundlichen Ansatz in den Rahmenplänen umsetzen. Es taucht dann schon die Frage auf, wie ernst wir es nehmen mit Schulprogrammen, mit Ganztagsangeboten und mehr Selbständigkeit von Schule, wenn wir jetzt über einen solchen Antrag eine solche Formulierung fixieren wollen.

Drittens. Über die Aktualität dieses Themas lässt sich trefflich streiten. Wenn ich richtig informiert bin, spielte bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss auch eine Rolle, dass Jugendliche Handyverträge abschließen, ohne die Folgen zu bedenken. Das, meine Damen und Herren, werden wir aber auch mit einem Rechtskundeunterricht nicht verhindern. Hier geht es doch um die Kompetenz von Mädchen und Jungen, mit modernen technologischen Dingen bewusst, verantwortungsvoll und mit Folgeabschätzung umzugehen. Ich werde auch mit Rechtskunde nicht verhindern, dass dann, wenn jemand einen Vertrag abgeschlossen hat und er nicht in der Lage ist, kompetent mit dem, was er da erworben hat, umzugehen, Überschuldung eintritt. Die Schule kann dabei helfen, was sie, wie wir gehört haben, auch tut, aber sie ist auch an dieser Stelle kein Reparaturbetrieb. Sie ist die Stelle, die gemeinsam mit den Eltern Kompetenzen vermittelt.

Abschließend, meine Damen und Herren, noch ein weiterer Hinweis: Was die Antragsteller sicher nicht beabsichtigt haben – und Dr. Born hat es deutlich gemacht –, ist, dass der Eindruck entstehen könnte, die Lehrerinnen und Lehrer, die den Unterricht gestalten, hätten keine ausreichenden rechtlichen Kenntnisse. Das halte ich nicht für richtig, denn wer sich in der Schulpraxis auskennt, der weiß, unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen in Umsetzung dieser dicken Ordner von Rechtsverordnungen und Erlassen wahre Experten auf dem rechtlichen Gebiet sein. Von daher ist natürlich die Formulierung in Ziffer 2 des Beschlusstextes, ich zitiere: „Die Vermittlung soll durch Juristen oder Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das Fach Rechtswissenschaft erfolgen.“ irreführend. Wäre es nicht eigentlich konsequent, dass Juristen dann eine Lehrbefähigung erwerben müssten,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU – Beifall Heike Polzin, SPD)

weil ihnen mit Sicherheit die pädagogische Kompetenz nicht einfach in den Schoß fällt?

Von daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es hier über das inhaltliche Anliegen, dass mehr Juristinnen und Juristen gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern Unterrichtsveranstaltungen inhaltlich vorbereiten und durchführen, Konsens, zu dem vorliegenden Antrag allerdings nicht, und daher werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Fiedler von der Fraktion der CDU.

Kerstin Fiedler, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun ist zum Schluss dieser Debatte die Debatte selbst doch noch etwas ins Emotionale abgeglitten.

Ich habe mich über die ersten beiden Beiträge schon gefreut, nur gehen wir mal auf den Ausgangspunkt zurück. Ich glaube, wir sollten es nicht, Herr Bluhm, als Dogma betrachten, dass die Juristen den Lehrern die Arbeit wegnehmen wollen, weil sie sich vielleicht nicht für fähig genug halten, bestimmtes Rechtsverständnis bei unseren Schülern zu unterrichten oder zu vermitteln.

(Andreas Bluhm, PDS: Das habe ich auch gar nicht behauptet.)

Ich glaube auch nicht, dass Sie das gemeint haben, aber so kam es zumindest bei mir rüber.

Es gab ein Ansinnen des Richterrates am Arbeitsgericht und am Landgericht Schwerin, welcher sich an die Schulen gewandt hat und genau diesen Vorschlag gemacht hat. Unsere Juristen in der Fraktion, meine Damen und Herren, haben diesen Vorschlag aufgegriffen und ihn in einen Antrag gefasst. Ich sehe das Ganze als eine Art Angebot. Und dieses Angebot sollte es zumindest wert sein, bedacht zu werden. Und, Frau Polzin, Sie haben ja gesagt, Sie begrüßen es sehr, dass wir ein ganzheitliches Angebot haben, dass wir Bildungs- und Erziehungsarbeit als ganzheitliche Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte erachten. Nun kommt eine von diesen gesellschaftlichen Kräften und möchte mitmachen und wir sagen: Nein, danke schön, wir haben schon Projekte.

(Heike Polzin, SPD: Wir sagen ja gar nichts. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Aber wir müssen einmal ein bisschen in die Praxis gucken und hinter die Türen. Und da, Herr Minister – ich habe Ihren Ausführungen sehr interessiert zugehört –, haben Sie natürlich mit diesen Statistiken durchaus Recht. Aber ich selbst habe zum Beispiel einmal geguckt, was L.I.S.A. eigentlich anbietet für Sozialkundeunterricht in Form von Weiterbildung, speziell für den Rechtskundesbereich. Ich habe dazu nichts gefunden. Es war viel über Religion und Philosophie dabei, aber nichts für Rechtskunde.

Der Minister selbst – das habe ich jetzt vermisst – hat natürlich gesagt, was in diesem Land bereits gemacht wird, er hat aber zu diesem Antrag leider keine Stellung bezogen. Er hört jetzt leider nicht zu,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

aber das ist vielleicht auch nicht so schlimm.

Gucken wir noch einmal in die Praxis. Meine Damen und Herren, nehmen wir uns einmal die Universität Rostock vor. Gerade ein einziger Student hat seine Ausbildung als Sozialkundelehrer im letzten Jahr abgeschlossen. Zur Prüfung nach dem Sommersemester 2003 sind gerade einmal zwei Studenten angemeldet, nach dem Wintersemester 2004 drei Studenten. Derzeit befinden sich sieben Studenten in der Ausbildung zum Sozialkundelehrer für Haupt- und Realschulen. Deutlich besser sieht es übrigens bei der Lehramtsausbildung für das Gymnasium aus. Da haben wir 165 Studenten. Aber es geht ja nicht jeder Schüler aufs Gymnasium, auch wenn die Quote der Anmeldungen in bestimmten Gebieten unseres Landes erheblich in die Höhe schnell.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Wir können also, da die Ausbildung zum Beispiel an der Universität Rostock für Sozialkundelehrer erst seit 1997 existiert, das ist jetzt seit sechs Jahren, nicht davon ausgehen, dass wir schon voll ausgebildete Sozialkundelehrer, auch vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse nach der Wende 1989, in ausreichender Anzahl haben.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Nein, lassen Sie mich bitte ausreden, ich komme noch zu diesem Punkt, Frau Gramkow.

Wie behelfen sich die Schulen nun? Wir haben eigentlich sehr viele Lehrer an den Schulen, die Sozialkunde unterrichten, die aber vielleicht diese Ausbildung gar nicht haben. In der Praxis werden vornehmlich Geschichtslehrer oder Lehrer, die für Fächer ausgebildet wurden, die heute nicht oder nur wenig nachgefragt sind, für den Sozialkundeunterricht eingesetzt. Zum Teil haben sie die Ausbildung also nicht. Wie mir kürzlich ein Sozialkundelehrer sagte, hat er noch nicht einmal eine entsprechende Weiterbildung oder Qualifizierungsmaßnahme besucht, und das befriedigt ihn natürlich nicht, um einen qualitativ hochwertigen Sozialkundeunterricht durchführen zu können. Das kann ein Einzelfall sein, ich glaube es aber nicht. Unseren Lehrern wird natürlich sehr, sehr viel Flexibilität für ihren Einsatz im Schuldienst abverlangt, insofern geht man davon aus, dass sie sich auch des Sozialkundeunterrichts annehmen können.

Meine Damen und Herren, ob es nun eine Konsequenz dessen ist, wage ich nicht zu beurteilen, aber ich möchte eine kurze Erfahrung, die wir letzten Sonnabend gemacht haben, hier zum Besten geben. Unsere jungen Fraktionsmitarbeiter, die letzte Woche am Samstag auf der Jugendmesse einen Stand der Fraktion betreuten und ein Politikquiz veranstalteten, sind zu dem erschreckenden Ergebnis gekommen, dass es zum Beispiel mit der politischen Bildung, die auch Aufgabe von Sozialkundelehrern ist, nicht zum Besten stehen kann. Wir sind mit insgesamt 1.200 Jugendlichen ins Gespräch gekommen. Und in der Zeit, wo ich dort war, das waren zweieinhalb Stunden, hat kaum ein Jugendlicher die Fragen ohne Hilfe beantworten können. Übrigens, Herr Minister Backhaus – Ist er da? Ja. –, mit Ihrem Namen konnte trotz Ihrer guten Platzierung auf der Hitliste der am meisten bekannten Landespolitiker kaum jemand etwas anfangen, geschweige denn hat man Sie als Landwirtschaftsminister gekannt.

Meine Damen und Herren, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU – Angelika Gramkow, PDS: Wo war denn das? – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, das ist schlimm, ich sehe das auch so. Herr Backhaus ist ja einer unserer bekanntesten und auch prominentesten Politiker und trotzdem ist er nicht bekannt.

Ich will absolut nicht pauschalisieren, dass Sie mich bitte nicht falsch verstehen, meine Damen und Herren. Ich habe überhaupt keinen Grund. Ich stelle mich immer vor unsere Lehrer in diesem Land, weil ich denke, dass sie es ohnehin schon schwer genug haben. Ich will also absolut nicht pauschalisieren und auch nicht unsere Lehrer oder Jugendlichen in Bausch und Bogen verdammen. Es gibt sehr gute Beispiele, die vom Engagement von Sozialkun-

delehren beziehungsweise einem interessierten Elternhaus zeugen. Vieles hängt von handelnden Personen ab, aber eben nicht alles.

Warum haben wir nun den Rechtskundeunterricht zum Gegenstand unseres Antrages gemacht? Rechtskunde – das hat Herr Bluhm bereits richtig gesagt, auch Frau Polzin – und Staatslehre sind wesentliche Bestandteile des Sozialkundeunterrichts. In der Klassenstufe 9 – Frau Polzin, da haben Sie auch Recht – durchziehen diese Sachgebiete fast das gesamte Jahr.

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Eine der größten Errungenschaft der Wende, Rechtstaatlichkeit authentisch zu vermitteln, ist ein sehr wesentliches Anliegen dieses Antrages. Und, meine Damen und Herren, der rechtskundliche Unterricht, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, soll keine kleinen Juristen hervorbringen, ich glaube, das kann auch niemand, sondern elementare Kenntnisse der Rechtsordnung vermitteln, und zwar in Bereichen, die die Erfahrungen und die Interessen der Schüler berühren. Gerade Kinder und Jugendliche sind es, die dem Zeitgeist folgend Rechtsverhältnisse und Handlungen begehen im täglichen Leben, über deren Konsequenzen sie sich manchmal gar nicht im Klaren sind. Meine Kollegen und auch Sie, Herr Bluhm, mit dem Handybeispiel haben das vorhin deutlich und anschaulich dargelegt.

Meine Damen und Herren, nehmen wir dieses Angebot der Juristen doch einfach an und diskutieren wir zumindest einmal darüber. Lassen wir diese Unterstützung unserer Lehrer zu, nehmen wir sie an und schaffen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen für Rechtskunde innerhalb des Sozialkundeunterrichts. Was in anderen Bundesländern wie Brandenburg, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen-Anhalt mit Erfolg praktiziert wird – es gibt sogar Videofilme darüber –, kann für uns doch nicht schlecht sein.

Ich bin davon überzeugt und eine Stichprobe habe ich bereits gemacht, dass sich die Schulen und Lehrer unserem Antrag sicherlich nicht versperren werden. Jedenfalls war die Antwort, die ich erhalten habe, eine sehr erfrischende, und das, obwohl in dieser Stadt ein Amtsgericht existiert und obwohl die Lehrer bereits aktiv mit diesem Amtsgericht und den Juristen und den Richtern vor Ort zusammenarbeiten in Form von Projekten, Frau Polzin. Da haben Sie Recht. Trotzdem haben sie gesagt: Ja, warum nicht?! Da würden wir gerne mitgehen. Ich gebe das nur noch einmal zu bedenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Fiedler.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Einbringung ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/434 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem vorliegenden Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön.

(Jörg Vierkant, CDU: Sehr schön! –
Heike Polzin, SPD: Ich habe mich verstimmt! –
Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Vielleicht können wir noch einmal ein klares Abstimmungsbild erhalten. Ich frage noch einmal: Wer für den vorliegenden Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag in der Sache bei einer Gegenstimme der CDU-Fraktion und ansonsten mit dem gleichen Stimmenergebnis abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Verbraucherschutz im Bereich von Telekommunikations-Dienstleistungen, Drucksache 4/444.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Verbraucherschutz im Bereich von
Telekommunikations-Dienstleistungen
– Drucksache 4/444 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Peters für die Fraktion der SPD.

Angelika Peters, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Verbraucher! Liebe Kollegen! Ich freue mich, heute ist ein guter Tag, ein guter Tag deswegen, weil wir heute nicht im Zusammenhang mit Verbraucherschutz über Krisen diskutieren müssen, dass wir nicht nur über Lebensmittelbereiche diskutieren, Gesundheitsbereiche, sondern dass wir uns allmählich wegbewegen in ein Segment, in den Wirtschaftsbereich, aber ohne Unternehmen und Anbieter beschädigen zu wollen. Das sei hier schon mal vorweggesagt.

Zweitens ist ein guter Tag, weil ich davon ausgehe, dass die CDU-Fraktion unserem Antrag zustimmt, zustimmt deswegen, weil ich mir die Tagesordnung des Deutschen Bundestages herausgezogen habe und dort unter Tagesordnungspunkt 3 außer „Bericht der Bundesregierung“ auch zu lesen ist „Aktionsplan Verbraucherschutz“ und sogar die Beratung eines Antrages der CDU/CSU zum Thema „Bessere Verbraucherinformation bei Lebensmitteln, Produkten und Dienstleistungen“. Schau, schau! Genau im vergangenen Jahr war ein Gesetz eingebracht worden, ein Verbraucherinformationsgesetz, und das ist von CDU/CSU und FDP abgelehnt worden. Aber ich begrüße es sehr, dass es doch in bestimmten Ebenen und Bereichen Erkenntniszuwächse gibt. Also deswegen, wie gesagt, ein guter Tag.

Vielleicht darf ich aus dem Antrag nur wenige Sätze zitieren, damit klar wird, dass wir uns einig sind, dass wir eigentlich das Gleiche wollen und kein Nein von Ihnen kommen könnte. Da steht zum Beispiel „Aus dem Leitbild des mündigen Verbrauchers heraus“ – ich zitiere aus dem Antrag – „ist dieses Interesse zu begrüßen und daher zu fördern. Die Verbraucher sollen sich als Marktteilnehmer begreifen können und befähigt werden, Kaufentscheidungen wie auch andere Vertragsschlüsse eigenverantwortlich zu treffen. ... Daher sollen Unternehmer und Unternehmen darin gestärkt werden, ihre Angebote zur Verbraucherinformation zu verbessern. Sie sollten die Chancen der Verbraucherinformation als ein wett-

bewerbs- und qualitätsförderndes Element annehmen.“ Genau das wollen wir und nichts anderes.

Meine Damen und Herren, Telefonieren, das ist heute so ein Segment, über das wir reden wollen. Telefonieren ist eine höchst praktische Angelegenheit. Ohne Handy, ohne PC läuft schon bald gar nichts mehr. Ein PC ist hier aus den Reihen schon weggeräumt, der zweite ist zugeklappt, also auch wir kommen ohne PC nicht mehr aus. In der Lobby sind die Telefonboxen ewig besetzt und jeder hat geschäftig sein Handy mehr oder weniger am Ohr. Wer will es uns, den Menschen, vom Schulkind bis zum Rentner, auch bedenken, dass man sich dieser modernen Kommunikationsmittel bedient. Der Markt der Kommunikations- und Computertechnik floriert mit immer neuen Erzeugnissen. Das ist gut und auch erfreulich, aber wer dranbleiben will, muss natürlich ständig tiefer in die Tasche greifen. Das alles hat also seinen Preis, Telefonieren besonders.

Wer zum Beispiel eine Dienstleistung in der Regel über sein mobiles Telefon oder über den PC in Anspruch nimmt, muss dafür nicht wenig zahlen, insbesondere wenn es sich um so genannte Mehrwertdienstenummern handelt, also 0190er oder 0900er Nummern. Wir wissen, 0190er beziehungsweise 0900er Nummern dienen dazu, telefonisch oder über den PC abgerufene Dienstleistungen über die Telefonrechnung der Telekommunikationsgesellschaft abzurechnen, ein einfaches, schnelles Verfahren. Schnell und einfach lässt sich damit allerdings auch betrügen, wenn man weiß, wie. Abzocker beherrschen ihr Geschäft auf Kosten gutgläubiger Verbraucher. Wenn junge Leute auf solche Machenschaften hereinfallen und plötzlich Hunderte von Euro zahlen müssen, ist das für manche eine finanzielle Katastrophe. Aber, meine Damen und Herren, auch Alter schützt vor Torheit nicht. Das Grundprinzip solcher nicht vertrauenswürdigen Geschäftemacher ist immer das Gleiche. Das potentielle Opfer soll dazu gebracht werden, die vorgeschlagene teure Nummer zu wählen. Das geschieht durch Vortäuschung falscher Tatsachen, indem die Neugierde geweckt werden soll, Nummern oder Kosten verschleiert werden, schlichtweg also durch Lug und Trug. Das Fatale dabei ist, dass bisher keiner sicher ist, wann und in welchen Fällen die Gefahr des Abzockens droht. Teure Servicenummern sind häufig nicht auf den ersten Blick zu erkennen. Noch gemeiner ist es natürlich, wenn man angerufen wird und trotzdem zahlen muss, weil man sich auf einen provozierenden Rückruf einlässt.

Ein Beispiel: „Hallo Frau ...“, dann folgt der Name mit sehr süßer Stimme, sehr freundlich, übertrieben freundlich, „Sie sind verbunden mit ...“ und dann kommt nuschel, nuschel, weil Sie es nicht richtig, nicht ganz bewusst zurückverfolgen sollen. Und wer unterbricht schon gerne so eine nette Stimme? Dann geht es weiter: „Sie haben sich an einem unserer Gewinnspiele beteiligt.“ Man überlegt, an welchem Gewinnspiel hast du dich beteiligt, wo war das? Also man sagt nichts, es könnte ja irgendwo sein. „Ich kann Sie beglückwünschen, Sie haben gewonnen. Sie wollen doch sicherlich mehr zu Ihrem Gewinn erfahren. Unser Ziehungsleiter wird Ihnen Genaueres sagen und vor allem, wo Sie Ihren Gewinn abrufen können. Ich darf Sie doch wohl verbinden?“ Und wer spätestens jetzt nicht reagiert, der wird zahlen, weil diese Verbindung eine teure Nummer nach sich zieht. Und dieses Gespräch zieht sich hin. Nach dem Ziehungsleiter kommt nämlich noch der Justiziar. Das sind alles Beispiele, die bei meiner 85-jährigen Schwiegermutter passiert

sind, deswegen kann ich das hier so deutlich sagen. Oder aber denken wir an eine meist harmlose SMS, die neugierig macht. Arglos wird die Rückruftaste gedrückt und das böse Erwachen kommt dann mit der Handyrechnung, weil das Gespräch über eine teure 0190er Nummer lief.

Nun könnten wir natürlich sagen, selbst schuld. Wer besagte Nummer nicht anruft oder zurückruft, geht kein Risiko ein. Aber das, meine Damen und Herren, kann nicht der Weg sein in einem Rechtsstaat. Vor Abzockern müssen die Verbraucher geschützt werden. Damit befasst sich nun der Ihnen vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 4/444. Das Bundeskabinett hat am 9. April 2003 einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190er und 0900er Nummern, Mehrwertdienstenummern, wie es so schön heißt, beschlossen. Der Gesetzentwurf soll Transparenz bei Angeboten eben dieser Nummern schaffen und den Verbraucher eine bessere Handhabe gegen den Missbrauch der Nummern geben.

Worum geht es also? Künftig erhält der Verbraucher einen Auskunftsanspruch gegenüber der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post:

Erstens. Er kann sich darüber informieren, wer sich hinter einer 0190er Mehrwertdienstenummer verbirgt.

Zweitens. Die 0900er Nummern, die seit dem 01.01.2003 genutzt werden können, müssen in einer Datenbank erfasst werden, die dann im Internet veröffentlicht wird.

Drittens. Für mehr Transparenz soll insbesondere eine Regelung sorgen, die die Betreiber des Telekommunikationsnetzes verpflichtet, bei der Werbung auf den Preis für die Nutzung hinzuweisen und den Preis auch anzusagen.

Viertens. Diese Pflicht zur Preisansage soll nach Ablauf einer Übergangsfrist von einem Jahr auch für Anrufe aus Mobilfunknetzen gelten.

Fünftens. Des Weiteren soll das Risiko, unangemessen hohe Geldbeträge entrichten zu müssen, minimiert werden. Bei der Überraschungsrechnung wird also die Höhe minimiert. So sieht der Entwurf zu diesem Bereich vor die Einführung von Preisobergrenzen von 3 Euro pro Minute bis 30 Euro pro Einwahl und die Pflichttrennung nach einer Stunde.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Mit dem Gesetzentwurf soll also Schaden vom Verbraucher abgewendet werden. Damit stimmt zunächst einmal die Richtung. Aber damit ist es nicht getan, denn es gibt Einschränkungen. Eine Einschränkung des Gesetzes ist, dass nur die Anbieter von Mehrwertdiensternummern mit 0190er und 0900er Nummer strengerer Vorschriften unterworfen werden. Für Betrüger und für unseriöse Anbieter wird das ein Signal sein oder als Signal verstanden werden. Sie werden die Abzockerei auf andere Nummern verlegen, also zum Beispiel auf 0118er oder 0137er Nummern.

Eine weitere Schwäche des Entwurfes liegt darin, dass die vorgesehenen Maßnahmen für mehr Transparenz bei den Preisen erst nach einer Übergangsfrist gelten sollen – auch für Mobilfunk, aber allerdings erst nach einer Übergangsfrist. Sie finden zu dieser Übergangsfrist auch nichts im Gesetz, sondern lediglich in der Begründung des Gesetzes. Und wir meinen, das gehört auch festgeschrieben ins Gesetz. Mit unserem Antrag wollen wir zum Abbau dieser beiden Schwachstellen beitragen.

Ich kann mir jetzt vorstellen, ein Kollege aus der CDU-Fraktion wird vielleicht kommen und sagen, ich greife dem mal vor: Was wollt Ihr damit, man will doch Verbesserungen damit eigentlich? Es wird doch gehandelt, die Ausschüsse des Bundesrates beschäftigen sich einbringen, das wissen wir alles. Aber mit einem Votum aus dem Landtag wird es die Landesregierung leichter haben, Mehrheiten zu finden, um auch den Gesetzentwurf im Sinne der Verbraucher zu verbessern. – Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Torsten Koplin, PDS, und Regine Lück, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneier: Vielen Dank, Frau Peters.

Das Wort hat jetzt in Vertretung des Wirtschaftsministers die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gestehe, das Thema ist so nicht unbedingt das, in dem ich absolut drinstecke. Ich habe mir die Rede meines Kollegen Otto Ebnet an einem Nachmittag durchgelesen und abends kam dazu im Fernsehen ein Bericht. Und da bin ich erst einmal richtig wach geworden. Es ist mir bewusst geworden, dass das eine sehr gefährliche Situation sein kann, dass man sehr schnell sehr viel Geld verlieren kann.

(Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

An dem geschilderten Fall von dieser jungen Frau, dass sie angeblich 20 oder 22 Stunden am Stück telefoniert hat und jetzt 44.000 Euro für die Telefonate zu zahlen hat, zeigt sich, wie gefährlich doch diese Sache ist. Deshalb lassen Sie mich jetzt einmal versuchen, das Wichtigste darzustellen, denn Frau Peters hat ja schon eine ganze Menge in ihrer Rede, die ich hier vorliegen habe, gesagt. Ich werde versuchen, noch einmal das Wichtigste aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums darzulegen.

Es herrscht eine erhebliche Verunsicherung bei den so genannten Mehrwertdiensternummern, das hat Frau Peters ja schon deutlich gesagt. Diese Nummern sind dazu da, telefonisch oder über den Computer abgerufene Dienstleistungen wie zum Beispiel Beratungsdienste schnell und einfach über die Telefonrechnung abzurechnen. Sie machen das Leben leichter, aber der Ruf seriöser Angebote wird gegenwärtig durch betrügerische Geschäfte geschädigt. In letzter Zeit gibt es erhebliche Probleme mit der missbräuchlichen Nutzung dieser Nummern. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit so genannten Dialern. Das sind automatische Einwahlprogramme, die sich zum Teil unbemerkt im Computer eingenistet haben und selbständig teure Nummern wählen. Das muss also bei der Frau, die im Fernsehen zu Worte kam, so ein Fall gewesen sein.

Die Bundesregierung versucht nun dagegenzusteuern. Um diesen Missbrauch zu verhindern, brauchen wir jedoch mehr Transparenz. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen klar und deutlich über die Kosten und die Leistungen der Diensteanbieter informiert werden. Und es ist deshalb gut, dass Ende August 2002 die Zweite Verordnung zur Änderung der Telekommunikationskundenschutzverordnung in Kraft getreten ist. Damit ist unter anderem die Haftung der Netzbetreiber erweitert worden. Die sind nun verpflichtet, Mehrwertdiensternummern zu sperren, wenn sie von deren rechtswidriger

Nutzung erfahren. Außerdem müssen die einzelnen Anbieter eine Anschrift haben und eine kostenfreie Servicenummer anbieten. Die Rechnungsersteller, wie zum Beispiel die Deutsche Telekom, sind verpflichtet, die Telefonkunden in der Rechnung darauf hinzuweisen, dass sie bei strittigen Forderungen widersprechen können.

Das sind alles Schritte in die richtige Richtung, aber es geht noch nicht weit genug. Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190er und 0900er Nummern vorgelegt hat. Das ist ganz im Sinne des Aktionsplanes Verbraucherschutz, den die Bundesregierung kürzlich vorgelegt hat.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht eine ganze Menge vor, was dem Schutz der Verbraucher dient, wie zum Beispiel den Aufbau einer für jedermann öffentlich und auch über das Internet zugänglichen Datenbank von 0900er Nummern und deren Anbietern, die Auskunftspflichtung der Netzbetreiber über 0190er Nummern gegenüber der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, die Verpflichtung der Diensteanbieter, die Verbraucher sowohl in der Werbung als auch vor der Nutzung der entsprechenden Nummern über den Preis zu informieren, und schließlich, das halte ich für ganz wichtig, die Begrenzung der Preise für die einzelnen Verbindungen auf 3 Euro je Minute beziehungsweise auf 30 Euro bei zeitunabhängigen so genannten Blocktarifen. Über diese Preisgrenze hinaus darf nur gegangen werden, wenn sich der Kunde legitimiert und er dem zustimmt. Mit dieser Regelung wird der mögliche Schaden, der dabei entstehen kann, drastisch reduziert, aber eben nicht behoben.

Darüber hinaus gilt, dass die Registrierung von Dialern bei der Regulierungsbehörde geregelt wurde und die Zwangsabschaltung einer Mehrwertdiensteverbindung nach einer Stunde verpflichtend ist. Ein Anbieter, der seiner Preisinformationspflicht nicht nachgekommen ist, hat keinen Anspruch auf Bezahlung. Die Gesetzesänderungen sollen Mitte 2003 in Kraft treten.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf der Bundesregierung hat aber die Schwäche, dass er sich ausschließlich auf die 0190er und 0900er Rufnummern beschränkt. Es gab jedoch schon Missbrauchsfälle, in denen andere Nummern im Spiel waren. Das sind zum Beispiel 0118er oder 0137er Nummern. Kürzlich berichtete das Telekommunikationsmagazin „Connect“, dass die günstigen Tarife bei 0137er Nummern nur aus dem Festnetz gelten. Das heißt, wer mit dem Handy eine solche Nummer wählt, kann auch sehr schnell bei der Rechnung eine böse Überraschung erleben. Außerdem versuchen Anbieter teure 0190er Nummern durch Auslandskennzahlen oder Trennstriche so zu tarnen, dass die Nutzer beim flüchtigen Hinsehen in die Kostenfalle tappen. Schließlich ist zu erwarten, dass solche unseriösen Anbieter auf andere Nummern ausweichen werden, wenn das neue Gesetz greift. Das Problem würde sich also nur verschieben.

Ein anderes Problem ist, dass die vorgesehenen Maßnahmen erst nach einer Übergangsfrist von einem Jahr für den Bereich des Mobilfunks gelten sollen. Auch im Mobilfunk ist, wie bereits gesagt, die Zahl der Missbrauchs- und Betrugsfälle hoch und die Verschuldungsgefahr beziehungsweise Verschuldungsrealität, vor allem bei Jugendlichen durch Handys, ist ja bekannt. Verbraucher

werden durch SMS-Nachrichten oder Aufforderungen zurückzurufen sehr leicht dazu verleitet, in die Falle zu tappen und bei teuren Rufnummern zu landen.

Deshalb hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat eine Initiative gestartet, um den Gesetzentwurf der Bundesregierung in diesen Punkten zu verbessern. Leider sieht es so aus, dass es bei der einjährigen Übergangsfrist für die Mobilfunkbranche bleiben muss, da dieser Zeitraum für die technische Umsetzung notwendig ist. Vermittlungsstellen müssen so eingerichtet werden, dass sie erkennen können, welche Gebühren bei der jeweiligen Verbindung anfielen. Dies ist von den Mobilfunknetzbetreibern scheinbar nicht unter einem Jahr zu leisten. Solange es hier keine Lösung gibt, muss man den Verbrauchern raten, sich durch konsequente Enthaltensamkeit vor teuren Überraschungen zu schützen. Finger weg von unbekannten Rufnummern und nicht zurückrufen, wenn das Handydisplay eine fremde Nummer zeigt!

Was die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Gesetzentwurfes auf alle Mehrwertdiensterrufnummern angeht, haben wir Unterstützung bei den mit dem Thema befassten Ausschüssen für Landwirtschaft und Wirtschaft des Bundesrates gefunden. Ein entsprechender Beschluss wurde gefasst.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bleibt an dem Thema dran. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Verbraucherschutz bei Telekommunikationsdienstleistungen verbessert wird! Ich persönlich habe nur die Hoffnung, dass nicht einmal auf meiner Rechnung ein so großer Betrag auftaucht.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich weise darauf hin, dass im Ältestenrat eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart wurde. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst, Frau Ministerin Keler, mein Kompliment, zu dem, was Sie inhaltlich zum Problem gesagt haben. Da kann man über weite Strecken nur zustimmen, unabhängig davon, ob das nun direkt Ihr Ressort betrifft oder nicht.

Wenn wir uns den Antrag angucken, mit dem wir uns hier zu befassen haben, und wir hier über Nummern sprechen, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Dieser Antrag ist, wenn man betrachtet, was im Deutschen Bundestag und im Bundesrat vorliegt, wirklich nur als Lachnummer zu charakterisieren.

(Angelika Peters, SPD: Dann lachen Sie doch mal laut!)

Dass dieser Antrag die passende Drucksachennummer 4/444 trägt, ist bezeichnend. Mir haben Experten gesagt, das sei eine der Nummern, die viel beworben wird, die man tunlichst nicht anrufen sollte, so, wie es uns eben die Ministerin ja auch gesagt hat.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Es heißt hier, dass die Landesregierung die Bundesregierung unterstützen soll, um Verbraucher vor unseriösen Telekommunikationsdienstleistungen zu schützen. So weit ist das ja alles noch in Ordnung. Was letztlich aber nach sicherlich umfangreichen Beratungen mit Unterstützung des Ministeriums zu Papier gebracht wurde, ich spreche hier von diesem Antrag, nicht über das, was dem Bundestag vorliegt, um das vorsichtig auszudrücken, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist schlicht nichts: erstens nichts Fachliches, zweitens nichts Sachliches und drittens nichts Landtagstaugliches! Ich werde das begründen. Es heißt: „Die Landesregierung wird in ihren Bemühungen unterstützt“. Harmloser geht es im parlamentarischen Prozess – unabhängig von der Thematik – kaum. Vielleicht wäre noch die Kenntnisnahme der Begrüßung der Bemühungen eine Alternative.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber Regierungshandeln, bei dieser Landesregierung muss man das besonders sagen, lässt sich mit solchen Floskeln wohl kaum erreichen, da muss schon ein bisschen mehr passieren. Aber dann wird dieser Antrag vermeintlich fachlich. Die Landesregierung soll dafür Sorge tragen, dass Mehrwertdiensterrufnummern wie etwa 0118er Nummern dem Gesetz unterworfen werden. Hier beweisen die Koalitionsfraktionen echte Fähigkeiten, nämlich den Blick in eine ferne Zukunft.

(Heike Polzin, SPD: Man muss Visionen haben.)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, solche Nummern existieren schlicht und einfach derzeit in Deutschland nicht. Vielleicht hätten Sie vorher nicht die 5880 wählen sollen, sondern es einmal mit der 11880 versucht, denn da werden Sie geholfen und eine vernünftige Auskunft hätten Sie auch erhalten!

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vielleicht sehe ich aber auch die Tragweite der Nummernspiele nicht. Aber das kann mir ja einer der nächsten Redner der Fraktionen der SPD und PDS einmal erläutern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, genug der fachlichen und sachlichen Tiefstapelei? Nein! Leider kann ich Ihnen auch Folgendes nicht ersparen: Die von Ihnen unter Punkt 2 geforderte Einbeziehung des Mobilfunks in das Gesetz würde nur unnötige Druckkosten verursachen, da sie im Gesetzentwurf bereits enthalten ist.

(Angelika Peters, SPD: In der Begründung!)

Ich gebe zu – und das ist auch nach der gestrigen Anhörung unstrittig –, es gab einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der war in der Tat grottenschlecht. Die Ministerin hat ja eben auch dargelegt, was alles noch Verbesserungsbedürftig ist. Aber dann hat es einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegeben, da ist vieles weitergehender geregelt als das, was Sie in Ihrem harmlosen Antrag hier geregelt wissen wollen. Ich will Ihnen ja glauben, dass Sie in irgendeiner Art und Weise die positiven Absichten, die geäußert wurden, mit dem Antrag befördern wollen. Aber hier heißt es: Die Nummern, die ich eben genannt habe, sollen einbezogen werden. Die Nummern, die es also gar nicht gibt! Ich sage Ihnen, was stattdessen aus unserer Sicht tatsächlich in dem Gesetzentwurf, der inzwischen aufgrund der Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verbessert worden ist, wirklich

enthalten sein muss. Das geht über das hinaus, was Sie uns mit Ihrem Antrag zunächst hier aufgeschrieben haben:

Erstens. Das Gesetz sollte auf das Festnetz wie auf das Mobilnetz anwendbar sein und keine zeitlichen Differenzen beim In-Kraft-Treten des Gesetzes erlauben, um einer Verlagerung des Missbrauchs von einem zum anderen Netz vorzubeugen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das hat die Ministerin im Grunde genommen eben auch hier unterstützt.

Zweitens. Das Gesetz sollte auf allen Nummerngassen für Mehrwertdienste wie 0190er, 0191er, 0193er, 0900er, 0136er oder 0137er Nummern anwendbar seien,

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

um eine Verlagerung des Missbrauchs von einer auf eine andere Nummerngasse zum Schaden der Verbraucher und der seriösen Anbieter zu vermeiden, zumal die Ausnahme einer Nummerngasse vor dem Gesetz sachlich nicht begründet wäre.

Drittens. Es muss eine Datenbank zur Erfassung der Mehrwertdiensternummern bei der Regulierungsbehörde aufgebaut werden.

Viertens. Dialer müssen vor Inbetriebnahme bei der Regulierungsbehörde bei Erfüllung von Mehrwertdienstevoraussetzungen registriert werden.

Fünftens. Zum Schutz der Verbraucher müssen Preisansagepflichten vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit und bei Tarifänderung festgelegt werden, Verstöße dagegen mit einem Bußgeld belegt werden.

Sechstens. Die Regulierungsbehörde muss den Verbrauchern Auskunft erteilen können über Name und Anschrift der Diensteanbieter.

Siebtens. Ein Inkassoverbot für den Rechnungssteller bei Einwendungserhebung oder Zahlungsverweigerung durch den Rechnungsempfänger in der Telekommunikationskundenschutzverordnung soll als wichtigste Schutzvorschrift für die Verbraucher gegen unberechtigte Forderungen aufgenommen werden.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nur einige wesentliche Punkte zum Thema Telekommunikationsdienstleistungen und Verbraucherschutz genannt. Ich kann nur empfehlen, diese Punkte, so, wie es der Antrag vom 06.05.2003 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorsieht, in die Beratungen des Bundesrats nach Berlin mitzunehmen und zudem die Ergebnisse der gestrigen Bundestagsanhörung auszuwerten, um somit wirklich etwas Wirksames für den Verbraucherschutz zu tun. Mit dem vorliegenden Antragsversuch wird das nicht gelingen. Deshalb, verehrte Frau Peters, muss ich Sie enttäuschen. Diesem Antrag kann man sinnvollerweise, wenn man wirklich was für die Verbraucher tun will, nicht zustimmen. Sie sollten sich an dem orientieren, was die Finanzministerin hier vorgetragen hat, was ja über weite Teile mit dem übereinstimmt, was ich Ihnen eben in den sieben Punkten genannt habe,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und ganz im Wesentlichen mit dem konform geht, was durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht worden ist. Ich denke, im

Bundesrat wird es dann möglich sein, den ursprünglich sehr, sehr – da stimme ich auch der Ministerin zu – schlechten Entwurf der Bundesregierung nachzubessern, dann ist was für die Verbraucher erreicht. Sie sollten diesen Antrag wirklich auf sich beruhen lassen und die Regierung hier nicht daran hindern, Sinnvolles für die Verbraucher zu tun. Mit Ihrem Antrag wird das so nicht erreicht werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Bunge von der PDS-Fraktion.

Dr. Martina Bunge, PDS: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede und jeder von uns nutzt wissenschaftlich-technische Neuerungen. Das ist ein Segen! Wir alle wissen auch, wie schmal häufig der Grad zwischen Fluch und Segen ist. Oft hat man nur die großen Themen im Visier. Ich denke zum Beispiel an bioethische Fragen, wie dem Bestreben, Lebewesen zu klonen, bis hin zum Klonen von Menschen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Geläufig sind auch alltägliche Probleme, wenn man nur solche Fragen wie die Schuldenfalle, die durch den Besitz von Handys bei jungen Leuten häufig droht, im Blick hat. Aber hier handelt es sich bei dem heute besprochenen Thema der Telekommunikationsleistungen doch um einen Bereich, der für viele von uns etwas hinter dem Bildschirm liegt, deshalb lohnt es sich auch, hier darüber zu sprechen. Ich meine, für die wissenschaftlich-technischen Neuerungen sind sicher die Wissenschaftler zuständig. Für den Segen, da haben wir wieder einmal die undankbare Aufgabe, uns um den Fluch zu kümmern. Aber wir sollten diese Aufgabe annehmen.

Bereits im August letzten Jahres wurde in der Telekommunikationsschutzverordnung ein Paragraph 13 a) eingefügt, der die Nutzung der Mehrwertdiensternummern – so ist der richtige Begriff, ich habe es auch gelernt – regelt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hab ich es falsch gesagt?)

Es war einmal das „Ruf“ weggelassen worden.

Wenn man sich aber diese Verordnung bei Licht ansieht, hat sie sich als zahloser Tiger entpuppt, dessen Brüllen kaum jemand erschreckt hat. Warum? Es sind natürlich auf diesem Gebiet, wie in vielen Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft starke Interessen am Wirken. So ist es im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens dazu gekommen, dass der ursprüngliche Entwurf konterkariert und eigentlich seinem Anspruch überhaupt nicht mehr gerecht wurde. Zu vielfältig und massiv waren die, die Einfluss genommen haben, das dürfen wir bei der Regelung der Problematik auch nicht vergessen. Deshalb sind Transparenz und Nachweiseführung enorm auf der Strecke geblieben, unabhängig von den Beispielen, die hier genannt wurden, die die finanziellen Auswirkungen haben.

Ich möchte Ihnen – ich bedanke mich, dass Sie mir auch noch eine Beispielstrecke übrig gelassen haben – die Situation demonstrieren und greife natürlich zurück auf ein paar Experten, nämlich Experten des Heise Zeitschriften Verlages, die das recherchiert haben. Sie überschreiben die ganze Sache mit „Verschollene Rufnum-

mern“ und es mutet wirklich wie eine Odyssee an. Wenn man das Ganze, was dort geschrieben steht, zusammenfasst, ist Folgendes zu berichten:

Seit Anfang dieses Jahres wird in unerwünschten Werbe-E-Mails, den so genannten Spam-E-Mails, auf den Dialer der Schweizer Firma IBS Clearing AG hingewiesen. Da es sich bei den massenhaft versendeten unerwünschten Werbe-E-Mails um ein rechtswidriges Verhalten des Absenders handelt, war es nur logisch, dass versucht wurde, den Verantwortlichen in Erfahrung zu bringen. Die geltenden rechtlichen Bestimmungen billigen ein solches Auskunftsrecht dem Endverbraucher auch zu. Wie bereits gesagt, wurde für den Dialer der Schweizer Firma IBS Clearing AG geworben. Nach Auskunft der zuständigen Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post waren die betreffenden Nummern der dtms AG zur Nutzung überlassen worden. Eine Nachfrage ergab jedoch, dass die Nummern bereits im Februar 2001 an den Netzbetreiber RSL Com Deutschland GmbH gegangen waren. Das heißt: Die Daten der gerade eingerichteten Regulierungsbehörde waren veraltet. Die weitere Recherche ergab, dass RSL Com Deutschland GmbH bereits im September 2001 den Geschäftsbetrieb eingestellt hat. Ihre Nachfolgerin ist die Telco Service GmbH, ein reiner Mobilfunkprovider. Also hatte der Verlag Heise bei der dtms AG noch einmal nach. Er erfuhr, dass die betreffenden Rufnummern zum Netzbetreiber ComTel übertragen wurden, also nicht Telco Service GmbH, sondern ComTel, das ist auch toll zu unterscheiden, bevor sie schließlich am 18. November 2001 wieder bei der Deutschen Telekom landeten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Diese erklärte nochmals, dass sie nicht zuständig sei, und verwies auf den jetzigen Abnehmer der Nummer GoodLines AG.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier keinen der beteiligten Firmen an den Pranger stellen. Aber es zeigt, dass der geltende Kundenschutz absolut nicht greift. Und ich bin froh, dass Transparenz und Rechtssicherheit mit dem vorliegenden Gesetzentwurf durch eine Datenbank, die im Internet für jeden zugänglich sein wird, gewährleistet werden kann. Deshalb ist es die Aufgabe der Politik, auch für eine solche Veröffentlichung zu sorgen. Wir haben sehr viel von den finanziellen Auswirkungen bei Telefonen und bei Handys gesprochen. Es ist ja so, dass eigentlich jede und jeder von uns erwischt werden kann. Frau Keler, Sie haben es schon gesagt,

(Zuruf von Sigrid Keler, SPD)

ich hoffe, dass ich nicht beim Telefon aus Versehen einmal zurückrufe und das dann auf der Rechnung finde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Provider.)

Beim ganz normalen Zugang geht unsereins – sicher gibt es hier ein paar Computerfreaks, die hier viel mehr draufhaben und hoffentlich die Kolleginnen und Kollegen auch darauf hinweisen – über die Onlinedienste X, Y oder Z für einen bestimmten Preis ins Internet – heutzutage etwa 1 Cent pro Minute – und man kümmert sich dann wenig darum, was passiert, wenn man so im Internet rumsurft. Dann schlägt die Stunde der Dialer.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

Um die Sache abzukürzen, mir selber ist es letztes passiert und zum Glück war ich durch diese Beschäfti-

gung mit dem heutigen Antrag gewarnt. Ich möchte eine Auskunft über eine Zugabfahrt und -ankunft erhalten und ich bekomme doch dieses Feld, wo ich den Bahnhof eingeben muss, nicht angeklickt, weil just darauf so ein Button ist. Ich konnte alles machen, der ging aber nicht weg. Man darf nicht einmal in die Nähe kommen. Schon wenn man in die Nähe kommt, hat man sich eingeloggt, wenn man etwas anklickt und zieht, funktioniert alles nicht.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Dr. Bunge, Ihre Stunde hat auch geschlagen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Dr. Martina Bunge, PDS: Ja.

Man ist eigentlich schon gefangen und ich habe erst einmal das ganze Verfahren abgeschlossen. Ich denke, wir sind uns eigentlich in der Sache einig, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wenn die CDU dem nicht zustimmen kann, dann bin ich wenigstens froh, dass wir heute einmal darüber gesprochen haben, auch wenn Medienvertreter nicht da sind, die das verbreiten können, vielleicht haben sie doch mitgehört. Die Debatte hat vielleicht einigen von uns noch geholfen

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da sind wir uns einig!)

und einem breiteren Kreis von Nutzerinnen und Nutzern ebenfalls. Ich meine, ein Parlament ist auch dazu da, sich über eine Sache auszutauschen und zu verständigen, die von allgemeinem Interesse ist. – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Bunge.

Das Wort hat noch einmal die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Peters.

Angelika Peters, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Erstens. Herr Dr. Born, ich glaube, ich habe anfangs gesagt, was wir damit bezwecken wollten. Deswegen war Ihre Frage eingangs Ihrer Rede eigentlich sinnlos.

Zweitens. Wenn Sie es für eine Lachnummer halten, so muss ich Ihnen sagen, dass wir heute schon viele Weinnummern von Ihnen erlebt haben. Lachnummern sind für den Verbraucher immer noch besser als Weinnummern, weil sie der Gesundheit dienen und keine Negativgefühle hervorrufen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nehmen Sie nicht den deutschen Wein. Das habe ich ungern.)

Wir haben heute hier mit der Behandlung des Themas nur ein kleines Segmentchen von der Vielschichtigkeit des Verbraucherschutzes erfassen wollen. Und ich will auch nicht die ganzen Punkte wiederholen, die hier von der Ministerin, von Frau Dr. Bunge oder von Ihnen, Herr Dr. Born, genannt wurden. Aber eines hoffe ich, dass insgesamt mit dem Gesetz, mit dem Sensibilisieren zu diesem Thema unseren unseriösen Anbietern der Draht vielleicht ein bisschen zu heiß wird,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. Ja.)

dass die Anonymität durch das Weglassen der drei Endnummern bei den Zielrufnummern aufgehoben wird, und zwar dadurch, dass die drei Endnummern beim Nachweiserbringen weg sind, man Anrufe zurückverfol-

gen kann, dass man letztendlich ein bisschen mehr Sicherheit gegen das Abzocken und damit mehr Sicherheit für den eigenen Geldbeutel erhält. Wenn wir das alle gemeinsam erreicht haben und das Gesetz in dem Sinne mit Verbesserungen verabschiedet wird, dann, denke ich, haben wir wirklich gemeinsam etwas erreicht. Und deswegen sollten Sie heute ruhig zustimmen können. Wenn es Ihrer Meinung nach nicht hilft, Herr Dr. Born, Schaden kann es auch nicht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall Alexa Wien, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Peters.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/444. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmhaltungen? – Damit ist der Antrag bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern sichern, auf Drucksache 4/433. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/485 vor, der gleich verteilt wird.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern sichern
– Drucksache 4/433 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und PDS
– Drucksache 4/485 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schlupp von der CDU-Fraktion.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da freut sich sogar der Landwirtschaftsminister. – Minister Dr. Till Backhaus: Da bin ich ja mal gespannt, was da kommt. Hauptsache keine Schweinerei.)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! In den letzten Wochen habe ich viele Gespräche mit Landwirten geführt und von vielen auch ganz individuelle Probleme gehört. In einem aber waren sich alle einig: Die Agrarpolitik der Bundesregierung gefährdet die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern! Allein die Vorschriften im Bereich des Pflanzenschutzrechtes, des Tierschutzrechtes, die Öko-steuer und die Agrardieselsteuer führten dazu, dass die deutsche Landwirtschaft im Kalenderjahr 2002 einen Einkommensverlust von 19,5 Prozent hinnehmen musste. Für dieses Jahr ist mit der Einführung der nationalen Modulation ein weiterer Einkommensverlust von circa 15 Prozent zu erwarten. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten und weil die Landwirte von der Landesregierung eine eindeutige Positionierung erwarten, bringt meine Fraktion den vorliegenden Antrag ein. Einen weiteren deutschen Alleingang wie bei der Legehennenverordnung kann und darf es im Interesse der schweinehaltenden Betriebe Mecklenburg-Vorpommerns nicht geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Allein die Entwicklung des Schweinebestandes und der Schweineschlachtung in unserem Land verdeutlicht die Krise der Veredelungswirtschaft. Während 1991 noch 1.076.000 Schweine zur Schlachtung kamen, waren es im vergangenen Jahr lediglich 624.000. Lässt man Frau Künast weiterhin hoch über dem Boden der landwirtschaftlichen Realität schweben, ist mit einem weiteren Rückgang des Schweinebestandes und der Schlachtschweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern zu rechnen.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist eine richtige Schweinerei! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Gabriele Schulz, PDS: Herr Riemann!)

Frau Künast geht mit der nationalen Schweinehaltungsverordnung weit über die Anforderungen der Schweinehaltungsrichtlinie der EU hinaus. Eine Umsetzung würde so zu nicht akzeptablen Mehrkosten für die hiesigen Erzeuger führen. Erste Analysen haben ergeben, dass sich der Investitionsbedarf für einen Mastplatz um circa 65 Euro erhöht. Gleichzeitig werden die bisherigen Investitionen in Schweinehaltungsanlagen in Frage gestellt und die laufenden Betriebskosten in unzulässiger Weise erhöht. Der vom Bundesministerium vorgelegte Entwurf der nationalen Schweinehaltungsverordnung ist ideologisch geprägt, er entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Genauso gut könnte man über Stillkurse für trächtige Jungsauen und Gruppentherapiesitzungen für verhaltensauffällige Schweine nachdenken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Im Gegensatz dazu basiert die seitens der EU erarbeitete Richtlinie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, die durch entsprechende Gremien, in denen auch Wissenschaftler der Bundesrepublik Deutschland mitgearbeitet haben, abgesichert sind. Aus diesem Grunde besteht keine Veranlassung, einen weiteren nationalen Alleingang in Form von strengeren Vorschriften für deutsche Schweinehalter zuzulassen. Umso mehr freut es uns, dass sich der Landwirtschaftsminister unseres Landes auf dem Schweinetag am 30. Oktober 2002

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

für die 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinie ausgesprochen hat.

Sehr geehrter Herr Minister Backhaus, da geht es mir wie heute früh unserem Herrn Müller: Ihre Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Auf der Agrarministerkonferenz am 21.03.2003 haben sich die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zwar eindeutig dafür ausgesprochen, nicht im Vorgriff auf die zu erwartende Neufassung der EU-Richtlinie national höhere Standards einzuführen, seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern war dieses jedoch nicht zu vernehmen.

(Zuruf aus dem Plenum: Tiefschlag!)

Wir stellen diesen Antrag, lieber Minister Backhaus, aus der Überzeugung heraus, dass die Durchsetzung Ihrer auf dem Schweinetag erfolgten Positionierung unbedingt der Unterstützung des Landtages bedarf, um nicht das Schicksal der Legehennenverordnung zu teilen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
Wenn man so sympathisch angesprochen wird,
dann kann man gar nicht nein sagen. –
Minister Dr. Till Backhaus: Richtig.)

In diesem Kontext werden Sie sicher meine Verwunderung darüber verstehen, dass Sie bereits einen Erlass für die landeseinheitliche Anforderung zur tierschutzrechtlichen Bewertung von Genehmigungsanträgen für Schweinehaltungsanlagen herausgegeben haben. Schon hier werden Vorgaben normiert, die von der Europäischen Union nicht gefordert werden und nicht Bestandteil der EU-Richtlinie sind. Gerade bei den Genehmigungsverfahren, meine Damen und Herren, wird deutlich, inwieweit die Errichtung oder der Betrieb von Schweinemastanlagen in Mecklenburg-Vorpommern akzeptiert und durch die Landesregierung unterstützt wird. Wenn auch der Landwirtschaftsminister Herr Dr. Backhaus, laut Pressemitteilung vom 15.05. diesen Jahres, in weiten Teilen unserer Auffassung folgt, so mangelt es doch an Aktivitäten, um die Potentiale der Schweineproduktion in unserem Land auszuschöpfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es!)

Den Schwarzen Peter hier allein der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft zuzuschieben, ist zwar leicht, zeugt aber auch von einer gewissen Realitätsferne.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern hat im Rahmen der Kampagne „Investoren- und Standortsuche für Schweinehaltungsanlagen“ siebzig Standorte im Land untersucht. Mit nur sieben Investoren wurde ein Vertrag geschlossen, vier Anträge auf Genehmigung wurden gestellt und lediglich eine Anlage wurde bisher errichtet. In diesem Zusammenhang muss hinterfragt werden, warum Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Tierhaltungsanlagen in Mecklenburg-Vorpommern teilweise über vier Jahre laufen. Die Kampagne läuft übrigens auch schon seit 1997.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Es muss hinterfragt werden, wo insbesondere die Schwierigkeiten bei der Antragstellung oder bei der Erteilung der Genehmigung liegen. Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und der Entwicklung in Dänemark ist zu befürchten, dass es in Mecklenburg-Vorpommern, sollten sich die Rahmenbedingungen für die Schweineproduktion nicht zügig ändern, in absehbarer Zeit keine Schweinehaltung mehr geben wird. Ich habe aber die Hoffnung, und die stirbt ja bekanntlich zuletzt, dass Sie, liebe Abgeordneten der SPD und PDS, heute alle unsere Befürchtungen und Zweifel durch Ihre Zustimmung zu unserem Antrag ausräumen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da aber meine Erfahrungen aus der Vergangenheit mich haben vorsichtig werden lassen, habe ich trotzdem über Alternativen nachgedacht. Wenn also der Künast'sche

Traum von der Selbstverwirklichung der Schweine in Deutschland wahr werden sollte, brauchen wir neue Arbeitsplätze für die Schweinehalter in Mecklenburg-Vorpommern.

Deshalb möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Minister Backhaus, den Prototypen eines innovativen Schweine-spielzeugs überreichen. Dieses – unter Verwendung eines auch Schweinezähnen widerstehenden Materials – in Massenproduktion und ausschließlich in Mecklenburg-Vorpommern gefertigte Produkt könnte einige Dauerarbeitsplätze schaffen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schlupp.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst der Minister für Landwirtschaft, Ernährung, Fischerei und Forsten Herr Dr. Backhaus.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist logisch. Schwein tut gut.)

Minister Dr. Till Backhaus: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Das finde ich erst mal niedlich! Aber ob Sie das denn alles so unterbringen, was ich jetzt sagen muss und werde – das ist auch nicht persönlich gemeint –,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn man muss schon ein kleines bisschen in die Vergangenheit zurückschauen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sind sehr
freundlich angesprochen worden.)

Ich bin doch eigentlich auch ein freundlicher Mensch!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, „Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern sichern“, so lautet die Überschrift des Antrages der CDU. Dieser Forderung schließe ich mich voll und uneingeschränkt an!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sie ist im Übrigen über Jahre hinweg die Handlungsgrundlage meiner Landwirtschaftspolitik. Ich bin meiner Fraktion und der Koalition dankbar dafür, dass wir hier auch ein Stückchen weitergekommen sind.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Leider ist mein Kollege Brick nicht da, denn als umtriebiger, so hat er mich hier immer wieder genannt, als umtriebiger Landwirtschaftsminister werde ich natürlich versuchen, diesen Bereich weiter voranzubringen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da hat
er aber gute Vorarbeit geleistet.)

Darauf komme ich noch.

Aber Spaß beiseite! Lassen Sie mich einleitend erst einmal etwas zur Situation der Schweineproduktion oder besser gesagt der Schweinehaltung in Mecklenburg-Vorpommern sagen.

1989, Frau Schlupp, das ist jetzt nicht ganz unwichtig, standen in Mecklenburg-Vorpommern einmal 2,75 Millionen Schweine.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

1991, jetzt wird es interessant, waren es noch 1,3 Millionen Schweine. Bis 1996 hat sich dieser Bestand dann weiter halbiert. Sie wissen vielleicht, wer da die Verantwortung getragen hat. Ich will das nicht weiter bewerten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer war denn da Landwirtschaftsminister?)

Ach, Herr Riemann, hören Sie doch mal auf!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich habe im Gegensatz zu Ihnen wirklich ein gutes Langzeitgedächtnis. Die Schweinepest ist nicht in den Griff bekommen worden, das ist leider so gewesen. Es gab auch andere Probleme, darauf komme ich noch einmal zurück.

Im November 2002 – das möchte ich noch einmal deutlich machen – lagen wir immerhin, nachdem wir den Schweinebestand stabilisiert haben, bei 660.000. Jetzt sind wir bei einem leichten Plus angelangt, nämlich bei 675.000. Das heißt, wir haben im Bundesgebiet insgesamt einen Trend, der zum Abfall der Schweineproduktion geführt hat. Immerhin werden in Deutschland nach wie vor noch 26,2 Millionen Schweine gehalten. Das bedeutet, Mecklenburg-Vorpommern hat gerade einmal 2,5 Prozent des deutschen Bestandes im Jahr 2002 gehalten, wo hingegen unser Land 6,5 Prozent der Bundesfläche einnimmt. Wenn wir wenigstens bei 6,5 Prozent landen würden, dann hätten wir schon was erreicht. Die geringe Tierdichte im Land ist grundsätzlich eine sehr gute Ausgangsposition für die Ansiedlung von Veredelungsproduktionen. Das gilt insbesondere bei der Schweinehaltung. Aber auch die vorhandenen Potentiale im Land werden leider nicht genutzt.

Schauen Sie in den Agrarbericht, den werde ich Ihnen in Kürze vorlegen, dann sehen Sie, meine Damen und Herren, insbesondere der CDU, die nackten Zahlen. Zu Ihrer Regierungszeit, Herr Riemann,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er hat gar nicht regiert.)

gingen die Schweinebestände im Land Mecklenburg-Vorpommern stabil bergab. Wir haben dieses jetzt stabilisiert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Backhaus, wir kommen beide aus der Landwirtschaft. Kennen Sie die Schweine denn schon aus DDR-Zeiten? Wissen Sie, ich habe genug Schweine gefüttert.)

Jaja, Sie haben immer die Anhänger umgeschmissen und wir mussten die Produktion gewährleisten, Herr Riemann, das kennen wir doch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihre landwirtschaftlichen Storys kenne ich mittlerweile im Lande.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich weiß, dass Sie nachgeforscht haben.)

Nein, nein, diese Information hat man mir freiwillig gegeben.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Mit solchen Praktiken, mit denen Sie arbeiten, habe ich jedenfalls in meinem Leben noch nicht gearbeitet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das macht nichts. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Aber ich habe nach wie vor die Hoffnung – lassen Sie uns doch mal in Ruhe darüber diskutieren –, dass Ihr Antrag gegebenenfalls dazu beitragen kann, dass es vielleicht gelingt, eine klare gemeinsame Position des Landtages zur Schweineproduktion zu formulieren, die geprägt ist von dem Gedanken, Wettbewerbsfähigkeit für die Landwirtschaft zu erreichen, aber auch den Schutz unserer Nutztiere weiter voranzutreiben!

Zunächst, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, verlangen Sie erst mal wieder einen Bericht. Dabei unterstelle ich Ihnen jetzt einmal, dass es Ihnen nicht wirklich um den Inhalt geht, sondern um ganz andere Dinge. Unterhalten wir uns also über die wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen und über die Ursachen der unbefriedigenden Bestandsentwicklung innerhalb unseres Bundeslandes. Ich denke, das Kardinalproblem für das Investitionsklima im Lande ist folgendes: Was können wir alle für das Land Mecklenburg-Vorpommern tun, insbesondere für die tierische Produktion, um diese voranzubringen? Der Aufbau von Tierbeständen ist unmittelbar mit hohen Investitionen verbunden, darauf ist schon hingewiesen worden. Es gilt, in erster Linie Investitionshemmnisse zu beseitigen. Herr Riemann, da können Sie ein bisschen mithelfen, denn auch in Ihrer Region gibt es immer wieder Anläufe, ob von CDU-Bürgermeisterinnen und CDU-Bürgermeistern oder auch von anderer Seite, dass man überhaupt nicht bereit ist, tierische Produktion aufzunehmen. Das ist doch die ganze Wahrheit!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich bin bei den Bürgerinitiativen mitgelaufen. Ich habe die Unterlagen mitgebracht. Das waren doch Sie und nicht ich.)

Ich komme gleich darauf.

Nirgends sind die natürlichen Voraussetzungen für eine entsprechende Entwicklung günstiger als in den neuen Bundesländern und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern. Aber hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein neu zu schaffender Mastplatz zwischen 300 und 500 Euro kostet. Wenn es tatsächlich gelänge, in Mecklenburg-Vorpommern wenigstens 100.000 neue Mastplätze zu erreichen, wären Investitionen von mindestens 30 Millionen Euro notwendig. Und ich sage noch einmal: Ich würde mir dieses wünschen.

Ich komme auf Ihr Thema zurück, und zwar auf eine bodenabhängige Schweineproduktion, und nicht das, was Sie hier vertreten haben, diese gigantischen holländischen Anlagen, denn die akzeptieren die Menschen in diesem Lande nicht. Wir wollen eine bodenabhängige landwirtschaftliche Urproduktion. Das ist das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Das tut dem Lande dann auch wirklich gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Für derart hohe Summen von Investitionen ist selbstverständlich auch ein gebührendes Maß an Sicherheit erforderlich: Viele Unternehmer schauen hier auf die Unwägbarkeiten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Banken schauen auf die Uhr.)

Gegenwärtig ändern sich die Rahmenbedingungen und Rahmenvorschriften in viel zu kurzen Abständen. Insbe-

sondere bei den Umweltparametern haben wir diese Probleme immer wieder im Agrarbereich. Ich setze deshalb auf Klarheit, auf Kontinuität sowie auf die Begrenzung der gesellschaftlichen Vorgaben auf das unbedingt Erforderliche. Eine zweite Hennenhaltungsverordnung darf es in Deutschland nicht geben!

Wir stehen aber auch vor einem anderen Problem. Landwirtschaft ist heute ein moderner Wirtschaftszweig, in dem mit hochentwickelten Techniken in der Spezialisierung und in der Arbeitsteilung gearbeitet wird. Allerdings sind es immer weniger Menschen im ländlichen Raum, die selbst von und mit der Landwirtschaft arbeiten und leben können. Viele Medien dagegen stellen die Landwirtschaft und den ländlichen Raum einerseits in eine nostalgische Ecke und andererseits wird der Landwirt immer wieder als Umweltsünder Nummer eins charakterisiert. Daran ist ja der eine oder andere von Ihnen nicht ganz unmaßgeblich beteiligt gewesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wen meinen Sie da ganz konkret?)

Daher ist es nicht verwunderlich, wenn ehemalige Stadtbewohner aus Ost oder West, die jetzt im ländlichen Raum wohnen, die schöne Landschaft genießen wollen, aber andererseits Geruch oder Geräuschpegel, die in der Landwirtschaft nun mal notwendig und heutzutage meistens auch unvermeidlich sind, als Einschränkung ihrer Lebensqualität ablehnen. Herr Petters, Sie haben doch auch in Ihrem Heimatort mitgemacht.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Bei mir ist der Bauer noch im Dorf.)

Frau Holznagel, ich komme noch darauf. Warten Sie ruhig ab!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aus dem politischen Raum, und zwar auf allen Ebenen und von allen Parteien, muss deutlich gegen diesen unsachlichen Widerstand aufgetreten werden. Das ist meine dringende Bitte. Lassen Sie uns hier gemeinsam an einem Strang ziehen, denn nur so können wir Tierproduktionsanlagen überhaupt noch in den ländlichen Raum bringen! Eine solche politische Kultur bedingt auch, dass ein Anspruch auf die Genehmigung eines Stallbauprojektes gleichwertig mit den Ansprüchen zum Tier- und Umweltschutz zu beachten ist und umgesetzt werden muss. Aufklärungsarbeit ist hier nach wie vor intensiv zu leisten. Gerade im Schweinehaltungsbereich verdeutlicht sich diese deutsche Misere wirklich am Besten. Alle wollen Wohlstand, alle wollen Arbeit, alle wollen Sicherheit und alle wollen ein Maximum an persönlicher Freiheit! Jawohl, das ist so! Wenn dafür aber Einschränkungen erforderlich werden, wie zum Beispiel Gerüche von einer Schweinemastanlage, dann heißt es: Aber bitte nicht vor der eigenen Tür, sondern gefälligst woanders, am besten in Spanien, in Italien oder in Dänemark, koste es, was es wolle! Auf diese Art und Weise bringen wir im Großen wie im Kleinen das ins Schwanken gekommene Schiff „Deutschland“ beziehungsweise die Landwirtschaft nur schwer wieder auf Kurs. Das gehört auch zur ganzen Wahrheit!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

Nun gibt es bekanntlich unterschiedliche Wege, um ein positives Klima für die Ansiedlung von Tierproduktionsanlagen zu erreichen.

(Vincent Kokert, CDU: Da können wir doch nichts dafür.)

Diese Koalition setzt dabei auf den Dialog und auf positive Rahmenbedingungen. Ich glaube, das kann ich für meine Zeit und für die letzten viereinhalb Jahre absolut nachweisen. Wir unterstützen Unternehmen, die in diesem Bereich investieren, beispielsweise mit langfristigen Verpachtungen landeseigener Flächen. So etwas hat es vorher nie gegeben. Ich sage auch noch mal ausdrücklich: Gewerbehaltende Unternehmen oder reine Gewerbebetriebe unterstützen und fördern wir finanziell in keiner Weise! Wir wollen eine Flächenbindung für die Tierproduktion, denn das ist nach wie vor der richtige Weg.

Umwelt- und Landwirtschaftsministerium haben einen gemeinsamen Leitfaden zur Ansiedlung von Schweinehaltungsanlagen erarbeitet. Auch die Verbände der Umweltallianz sind in den letzten Jahren in diesen Prozess eingebunden worden. Auch das hat es vorher nie gegeben. Zugegeben, die Ergebnisse befriedigen mich überhaupt noch nicht, aber ich darf Sie daran erinnern, wer te Kolleginnen und Kollegen der CDU, wie Sie das Problem angegangen sind und wie Sie es lösen wollten. Kennen Sie eigentlich noch die schwarzen Listen, Herr Born?

(Peter Ritter, PDS: Die sollen ja damit aufgehoben werden.)

Kennen Sie noch die schwarzen Listen aus dem Hause Brick? Das waren doch die Slogans, die hier gelaufen sind! Damals sollten jene Gemeinden keine Fördermittel mehr für die ländliche Entwicklung bekommen, die eine Ansiedlung von Tierproduktionsanlagen (reine Gewerbeanlagen: 17.000 bis 25.000 Tiere unter einem Dach) befürworteten.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU: Nein, so viele waren es gar nicht.)

Wissen Sie das noch?

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Aber diese CDU-Strategie der Nötigung, das muss ich noch mal sagen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Fordern und fördern.)

die einigermaßen, um es noch ein bisschen einzuschränken, diktatorisch war, erwies sich als absolut untauglich. Absolut untauglich! Und damals ...

(Renate Holznagel, CDU: Sie haben doch damals dazu beigetragen, dass sie untauglich werden!)

Ach, wissen Sie nicht mehr, was auf den Veranstaltungen los war? Ich habe die eine oder andere Anlage, da können wir mal hinfahren, ich weiß nicht, ob Sie mal da gewesen sind, die dann neu errichtet wurden, und zwar in angepasster Form.

Ich habe Ihnen doch gerade dargestellt, dass in meiner Dienstzeit der Tierbestand zumindest um 25.000 bis 30.000 Tiere angestiegen ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Backhaus, die Zahlen stimmen nicht! Herr Backhaus, die Zahlen stimmen nicht, die Sie hier genannt haben!)

Da haben wir zumindest ein bisschen was erreicht. Zum Glück, zum Glück, das sage ich noch mal, haben SPD und PDS diese Zeit der Stille auch wirklich gekippt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich bin mir sicher, dass wir heute nicht eine einzige Stallanlage mehr hätten, aber dafür viele schöne Dörfer weniger. Das war der richtige Weg, in den Konsens mit den Bürgermeistern, auch mit Ihrem, zu gehen. Und fragen Sie doch einmal nach, mit wie viel Bürgermeistern wir gesprochen haben, um hier weiter voranzukommen! Also, meine Damen und Herren von der CDU, erzählen Sie mir nichts von Ansiedlungs- und Investitionspolitik. In dieser Frage sind Sie unfähig!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, und Alexa Wien, PDS – Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU, und Renate Holznagel, CDU)

Damit haben Sie sich wirklich selber ein Armutszeugnis ausgestellt.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Ich möchte dennoch konkret zu Ihrem Antrag Stellung beziehen, und zwar insbesondere zu der Fragestellung 1:1-Umsetzung der EU-Schweinehaltungsverordnung und deren Richtlinien. Die abstrakte Forderung kann ich aus heutiger Sicht nicht mehr ganz nachvollziehen. Die CDU und auch einige Verbandsfunktionäre bauen hier wieder einen Pappkameraden auf. Und zum Glück, sage ich Ihnen, führe ich auch gute Gespräche mit einigen Kollegen von Ihrer Seite. Darauf komme ich später noch einmal zurück.

Ich darf Sie noch mal daran erinnern, auch Sie, Frau Holznagel: Tierschutz ist mittlerweile als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen worden. Ich verstehe gar nicht, warum Sie vorhin gerade geklopft haben, als es um die 1:1-Umsetzung ging. Mit der Hennenhaltungsverordnung der Bundesrepublik Deutschland ist gleichzeitig die Schweinehaltungsverordnung als nicht verfassungskonform titulierte worden. Das wissen Sie ganz genau! Sie stellen hier einen Pappkameraden auf, der in Wirklichkeit gar nicht mehr da ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Der Tierschutz ist im Grundgesetz geregelt, darüber sind wir sehr froh. Es hat lange gedauert, ehe die CDU dazu überhaupt bereit war, und das wissen Sie auch ganz genau!

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, nachdem der Druck der Wahlen so auf Sie zugekommen ist, dass Sie nicht mehr anders konnten,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

das wissen Sie doch auch ganz genau! Ich gehe davon aus, dass demnächst auch in unserem Lande der Tierschutz als Bestandteil der Landesverfassung mit aufgenommen wird. Was genauso schwer wiegt, ist, dass die Praxis selbst längst weiter ist. Frau Schlupp hat das zum Glück dargestellt und insofern fand ich die Rede schon bemerkenswert. Ich bin gespannt, ob ich rausfinden kann, wer die aufgeschrieben hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na!)

Eben, eben.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Hören Sie doch bitte einmal zu! Es ist ja lustig, es ist ja wirklich lustig, dass es hier zum Feierabend noch interessant wird.

(Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Hören Sie bitte einmal zu!

(Kerstin Fiedler, CDU: Bitte keine persönlichen Differenzen hier, Herr Dr. Backhaus!)

Jetzt wird es wirklich noch mal interessant.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Die Mehrheit der Landwirte wirtschaftet bereits heute tierschutzrechtlicher als die Richtlinie. Sie haben es richtigerweise angesprochen, ohne Wettbewerbsnachteile hinnehmen zu müssen, sind wir auf einem sehr guten Weg. Für die Genehmigungsverfahren zur Errichtung beziehungsweise Änderung der Schweinehaltungsanlagen wurde im Übrigen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden, dazu gehört auch der Bauernverband, ein Erlass und damit eine landesrechtliche und einheitliche Rechtsgrundlage erarbeitet. Bereits am 9. Mai 2001 wurde ein entsprechender Erlass für das Land Mecklenburg-Vorpommern herausgegeben. Dieser mecklenburgische Erlass ist seinerzeit in Anlehnung an die EU-Vorschriften – da können Sie lachen, wie Sie wollen, das ist bitterer Ernst, das wissen Sie auch ganz genau –

(Renate Holznagel, CDU: Na, das ist so. Das stimmt.)

zur Änderung der genannten EU-Richtlinie aus dem Jahre 1991 entstanden. Im Übrigen ist er unter Berücksichtigung des Tierschutzes und der damals schon gegebenen beziehungsweise geplanten Praxisbedingungen entstanden.

(Renate Holznagel, CDU: Auch der Entwurf wurde schon berücksichtigt.)

Diese Regelungen haben sich in Mecklenburg-Vorpommern ausdrücklich bewährt. Ich bin den Landwirten in Mecklenburg-Vorpommern dankbar, dass sie diese Richtlinie so angenommen haben. Warum in aller Welt sollen wir zurückgehen? Die Schweinehaltungsverordnung der EU von 1991 mit ihren Änderungen von 2002 regelt nämlich nur die Mindestanforderungen zum Schutz der Tiere. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Hennenhaltungsverordnung fehlt es in Deutschland an einer rechtsgültigen Schweinehaltungsvorschrift. Und das wissen Sie ganz genau!

(Renate Holznagel, CDU: Ja, das wissen wir. – Vincent Kokert, CDU: Was wir alles wissen!)

Es ist bisher nicht gelungen, dieses fristgerecht zum 1. Januar 2003 in nationales Recht umzusetzen. Wir sind in einem tatsächlich schwebenden Zustand. Es drückt uns nicht nur der Schuh, sondern wegen eines möglichen Vertragsverletzungsverfahrens – und da können Sie dann Ihre Radatten zusammenzählen –, wenn dieses Vertragsverletzungsverfahren wirklich kommt, dann geht auch zu viel Zeit verloren. Inzwischen geht es hier wirklich um Zeit und es geht darum, dass wir endlich einen Konsens erreichen.

Die Bundesregierung hat, ...

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Hören Sie mal schön zu!

... jetzt einen Entwurf vorgelegt, der so, nach meiner Auffassung, überhaupt nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Jaja. Wir kommen ja, aber klatschen Sie bitte nicht zu früh!

(Heike Polzin, SPD: Das Protokoll
sieht ja bestimmt komisch aus.)

Der vorgegebene Platzbedarf je Tier in Deutschland soll erheblich über das europäische Niveau hinaus festgeschrieben werden, in der Gewichtsklasse 25 bis 110 Kilogramm beispielsweise 70 Prozent mehr Platzangebot. Das können wir so nicht akzeptieren! Das geht deutlich über das hinaus, was die Agrarministerinnen und Agrarminister in Schwerin als gangbaren – und da hat es in Schwerin einen einstimmigen Beschluss gegeben, hätten Sie mal nachlesen sollen, nämlich von uns aus initiiert – Kompromissweg vorgezeichnet haben.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Waage würde sich in einem Maß zugunsten des Tierschutzes neigen, dass das Gleichgewicht der Nachhaltigkeit gestört würde.

Meine Damen und Herren, ich bin nicht traurig darüber, dass die Koalitionsfraktionen der Landesregierung mit ihrem Änderungsantrag den Auftrag geben möchten, einen praktikablen Konsens herbeizuführen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich kann wirklich nicht versprechen, dass die Regelungen unseres Erlasses zur nationalen Rechtsgrundlage erklärt werden. Meine Strategie ist folgende.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wenn Sie sich wirklich so dafür interessieren, dann sage ich Ihnen jetzt unsere Strategie. Meine Strategie ist: Die Landesregierung wird sich im Bundesratsverfahren dafür stark machen, eine EU-nahe Schweinehaltungsverordnung im Sinne unseres Erlasses umzusetzen. Wir werden dafür Verbündete suchen. Ziel muss es sein, sowohl die Anforderungen der tierartgerechten Schweinehaltung zu realisieren als auch die Wirtschaftlichkeit in diesem Bereich nicht in Frage zu stellen. Herr Riemann, darum geht es doch!

(Beifall Siegfried Friese, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU:
Genau. Das ist Wirtschaft.)

Gleichzeitig haben wir mit dem Antrag, und zwar alle Länder gemeinsam, die Bundesregierung in Schwerin im Zusammenhang mit der Agrarministerkonferenz aufgefordert, in Brüssel darauf hinzuwirken, dass eine neue EU-Richtlinie unverzüglich vorgelegt wird, die für alle, das betone ich, alle Mitgliedsstaaten, verbindliche tierschutzrechtliche Kriterien festlegt und aufnimmt. Daran wird im Übrigen angeblich mit Hochdruck gearbeitet. Frau Holznagel, vielleicht können Sie darauf ja noch einmal eingehen. Gerade darum ist es nicht hinzunehmen, dass man sich in Brüssel zunächst darauf beschränken wollte, bis zum Jahr 2005 zu warten, um eine neue Richtlinie vorzulegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein kleines, aber vornehmliches Privileg eines Ministers, dass er des Öfteren als manch anderer Politiker mit seinen Amtskollegen sprechen kann. Meine Wahrnehmung aus diesen Gesprächen ist eine Bewegung hin zu einer praktischen Vernunft, und das sowohl bei Rot als auch bei Schwarz

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da sowieso!)

und vielleicht auch bei Grün. Wir werden einen Weg finden innerhalb des Bundesrates, der unseren Landwirten hilft und der Schweinehaltung in Mecklenburg-Vorpommern weiter zum Aufschwung verhilft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Falls der Bund jedoch an seinem Entwurf festhält, so muss er sich im Klaren sein, dass er die Verantwortung für den entstehenden Wettbewerbsnachteil ganz klar tragen muss. Das heißt, bis zur Vorlage einer neuen Europäischen Richtlinie in Deutschland muss der Nachteil dann finanziell ausgeglichen werden. In der gegenwärtigen finanziellen Lage dürfte dies jedoch relativ schwierig sein. Deshalb gehe ich davon aus, dass unser Kompromissvorschlag der richtige Weg ist und damit der Schweineproduktion am besten geholfen wird. Und damit, glaube ich, ist der Antrag auch als erledigt anzusehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Backhaus.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der PDS-Fraktion Frau Wien.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Das ist jetzt ein bisschen schwierig, alle Fakten sind gerade gekommen. Und ich freue mich ganz besonders, dass unser Landwirtschaftsminister – für mich recht neu auch – über die bodengebundene Tierhaltung als eine Form der in die Zukunft weisenden Landwirtschaft spricht. Das ist für mich natürlich der Weg in die richtige Richtung. Ich habe gerade von meiner Kollegin Frau Schwebs signalisiert bekommen, dass es vor anderthalb Jahren noch gar nicht unbedingt so war.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Gut, wenn es da auch schon so war, dann ist das ja okay, dann sind wir uns ja noch einiger.

Ich lasse jetzt einfach mal vieles weg und spreche vielleicht nur einen kleinen Punkt an, den der Minister gerade auch schon angesprochen hat, nämlich die Aufklärung. Wir haben bei uns, ich komme ja aus Ostvorpommern, die Schweinemastanlage Medow und da gibt es auch eine Bürgerinitiative. Hier stelle ich zum Beispiel immer wieder fest, dass ganz viel Angst der Einwohner einfach vorhanden ist, Angst vor dem, was dort auf sie zukommt. Und ich glaube, wenn wir eine Schweineproduktion bei uns im Lande verstärkt aufbauen wollen, neben allem, was jetzt hier gesagt worden ist, ist eine Aufklärung unheimlich notwendig. Denn die Ängste der Bürger, die dort wohnen – und das sind vielleicht nicht unbedingt nur zugezogene Städter, das sind sie natürlich auch –, machen das Treiben dann wild. Aber ich kann es auch verstehen, dass sie natürlich Angst haben, dass sie alle möglichen Einschränkungen haben. Und wenn ich dort, wie es in diesem spe-

ziellen Fall ist, zum Beispiel ein Gourmetrestaurant in der Nähe habe und denke, dass mindestens 300 Tage im Jahr um mich herum die Gülle stinken wird, dann habe ich natürlich auch Angst um meine Investition, um meine Zukunft.

Ich glaube, in diesem ganzen Zusammenhang sollte man viel mehr auf Aufklärung setzen, dass die Investoren viel früher an die Bevölkerung herantreten und wir auch vielleicht versuchen, Bindeglieder zu sein, dass man viel eher miteinander spricht. Alle anderen Fakten möchte ich jetzt nicht noch einmal nennen, die hier schon gekommen sind. Das würde, glaube ich, jetzt ausufern. Das ist für mich einfach noch einmal wichtig, das gesagt zu haben. Ansonsten würden wir entsprechend dem Änderungsantrag, den wir hier mit eingebracht haben, dem so zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Wien.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Kühnel.

Lilly Kühnel, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Nach einer längeren Zeit melden sich die Kollegen Agrarpolitiker aus der Fraktion der CDU mit einem eigenen Antrag zu Wort zum Thema Schweineproduktion, was ich persönlich erst einmal sehr löblich finde. Sicherlich kann ich auch verstehen, dass man wieder ein bisschen in die Speichen der Agrarpolitik des Landes greifen möchte. Und das ist noch stärker zu verstehen, da die CDU ja nun doch auf diesem Gebiet lange abstinert war.

Auf der vergangenen Landtagssitzung wurde von der Oppositionsbank aus unserem Landwirtschaftsminister das vollste Vertrauen und geradezu ein Freibrief für politisches Handeln ausgesprochen.

(Vincent Kokert, CDU: Was?!)

Zu Recht, wie wir meinen und sicherlich auch viele andere im Lande. Gerade die Entwicklung der Schweinebestände liegt der SPD und insbesondere unserem Minister Dr. Backhaus, er hat es ja auch schon begründet, seit der 1. Legislaturperiode besonders am Herzen. Man kann das in den Landtagsprotokollen ebenfalls nachlesen.

Es war daher nur folgerichtig, dass Minister Backhaus gleich zu Beginn seiner Amtszeit das zuständige Fachressort des Ministeriums dazu veranlasste, einen Leitfaden zur weiteren Entwicklung einer tier- und umweltgerechten Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern herauszugeben. Lassen Sie mich kurz daraus zitieren: „Die Ansiedlung von Schweineproduktionsanlagen erfordert eine Aussage, unter welchen Bedingungen diese Produktionsrichtung der Landwirtschaft im Konsens mit dem regionalen Umfeld etabliert werden kann. Nur so wird es dauerhaft möglich sein, Landwirtschaft zu betreiben und damit auch ländliche Räume zu erhalten und zu gestalten.“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, genau darum geht es, um die richtige Aussage, auch in der Richtlinie 91/630/EWG über die Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen und ihre Umsetzung im europäischen Recht.

Wer sich heute als landwirtschaftlicher Unternehmer dazu entschließt – und ich denke, das können Sie mir

glauben, da ich ja direkt aus der Landwirtschaft komme –, in der Schweineproduktion zu investieren, muss, bis er sein Ziel erreicht, einen steinigen Weg gehen. Wer wettbewerbsfähig sein will, wer mit der Schweineproduktion Geld verdienen will und es vor allen Dingen auch verdienen muss, der muss unter den heutigen Bedingungen des Marktes bestimmte Bestandsgrößen anstreben. Wer dazu nicht in der Lage ist, weil ihm Geld oder auch das Know-how fehlt, sollte besser die Finger von der Schweineproduktion lassen.

Ganz Schlaue in der Politik fordern die Ansiedlung vieler kleiner Ställe für 200 bis 300 Mastschweine in der Landwirtschaft, um damit artgerechte Schweineproduktion und Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist nach meiner Meinung blauäugig, blanke Illusion und aus meiner Sicht unverantwortlich.

Zu den harten Bandagen des Wettbewerbs kommt ein gravierendes Akzeptanzproblem, auch dazu hörten wir einiges, gegenüber der Schweineproduktion durch bestimmte Kreise der Bevölkerung hinzu. Die einen stört schon der Geruch, wenn die Anlage nur auf dem Papier steht, anderen kommt die artgerechte Tierhaltung zu kurz und wieder andere sehen ganz schlicht und einfach in einer Stallanlage einen Schandfleck für die Naturlandschaft.

Wir hörten bereits vorhin von Herrn Minister Backhaus, vor Jahren gab es eine schwarze Liste. Ich kann mich an diese Zeit noch gut erinnern. Diese Zeit hat uns nicht viel gebracht. Sie brachte keine neuen Anlagen und auch keine neue Akzeptanz. Die Zeit ist darüber hinweggegangen, geblieben sind aber höhere Anforderungen an die Normen des Tierschutzes und die Tierhaltung und der Wettbewerbsdruck für die Schweineproduzenten auf dem europäischen Binnenmarkt.

Die Schweineproduktion wurde in den Jahren 2001/2002 mit neuen Rechtssetzungen überfrachtet. In Deutschland wurde die Schweinehaltungsverordnung analog zur Legehennenhaltungsverordnung wegen gleicher Formfehler außer Kraft gesetzt. Es besteht hier also ein rechtsfreier Raum. Die Bundesregierung hat bisher noch keinen neuen Entwurf vorgelegt. Wir diskutieren zwar einiges und was Frau Bundesministerin Künast im Köcher hat, so sagte auch bereits der Landwirtschaftsminister, ist weit über die Vorgaben der EU. Unserer Auffassung nach dürfen die deutschen Erzeuger im europäischen Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Die Regelung ist nur dann akzeptabel, wenn sie die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigt. Es müssen Regelungen sein, die in die Zukunft weisen und eine Wettbewerbsverzerrung möglichst vermeiden. Wir meinen, dass die 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinie 91/630/EWG „Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen“ diesem Anspruch nicht mehr genügt.

Von Seiten der Wissenschaft kommen Signale und auch die Praktiker äußern sich dazu, dass die Parameter der Richtlinie, insbesondere was die Bodenfläche je Mastschwein betrifft – die Größenordnung wurde genannt, 0,65 Quadratmeter für ein Mastschwein –, nach neuen Erkenntnissen der Verhaltensforschung und des Tierschutzes bereits überholt sind. Der Vorschlag der Bundesverbrauchministerin Künast – 1,10 Quadratmeter pro Mastschwein – ist aus unserer Sicht übertrieben und wirtschaftlich nicht zu akzeptieren. Wahrscheinlich liegt das Optimum in der Mitte. Hierzu müssen sich die Bundesländer einigen und Kompromisslösungen anstreben

und ich denke, sie sind auf einem guten Weg dazu. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat mit ihrem Erlass dazu ja bereits eine Vorstellung eingebracht.

Wir meinen, dass Ihr Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, abgelehnt werden sollte, weil wir der Auffassung sind, das Rechtssetzungsverfahren sollte berücksichtigt werden und auf eine wissenschaftlich nicht mehr auf sicheren Füßen stehende 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinie sollte verzichtet werden.

In Ziffer 4 Ihres Antrages sehen wir beim besten Willen keinen näheren Zusammenhang zwischen den Verhandlungen der Welthandelsorganisation und der Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern. Zum Kaffeesatzlesen sollten wir uns alle nicht verleiten lassen. – Ich bitte Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Gabriele Schulz, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Kühnel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der CDU-Fraktion Vizepräsidentin Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es geht um die Schweinerei im positiven Sinne hier heute im Parlament, das haben wir in einer lebhaften Debatte schon gehört.

Und, Herr Minister, Sie haben die Zahlen genannt. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass gerade aufgrund dieser Zahlen es wichtig ist, hier intensiv etwas zu unternehmen, damit die Zahlen wieder besser werden in der Schweineproduktion. Sie haben auf die Vergangenheit verwiesen, Sie wissen aber auch selber, wie und warum es dazu gekommen ist, denn es muss der Landwirt nicht nur Freude an der Schweinehaltung haben, sondern die Schweinehaltung muss sich auch lohnen. Bei all dem Drumherum wird es nichts, wenn es nicht bezahlbar ist. Das ist die Situation gewesen und deswegen können wir nur vorwärts blicken.

Die Zahl des Statistischen Landesamtes erfasst meiner Meinung nach 624.000 Schweine zurzeit. Ich stimme aber mit Ihnen überein, dass wir wesentlich mehr Schweine in unserem Land brauchen und auch in Mecklenburg-Vorpommern im ländlichen Raum vertragen können. Denn hier gehört auch Schweinehaltung dazu, das möchte ich schon mal vorweg sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag ist der wichtigste Punkt, dass sich die Landesregierung für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen in der Schweineproduktion weiter einsetzt. Und dies geht nur – ich sage es jetzt doch noch einmal – bei einer 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinie 91/630/EWG „Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen“. Jedes darüber hinaus wird die Kosten der Schweineproduktion erhöhen.

Ich bin dankbar, dass in der Diskussion schon deutlich geworden ist, dass der Künast-Entwurf hier nicht zur Debatte steht. Aber trotzdem, denke ich, müssen wir uns im Klaren sein, welche Auswirkungen es in der parlamentarischen Arbeit oder im Rechtssetzungsverfahren dann haben wird. Der jetzige Entwurf von Frau Künast bedeutet ungefähr 7,05 Euro pro Platz im Jahr mehr. Wenn man das

Platzangebot, was diese Richtlinie mehr bringt, zusammenfasst, kann man sagen, dass ungefähr 30 Prozent mehr Platzangebot um ein Drittel die Kosten erhöhen. Und das, denke ich, ist abzulehnen, und das wurde hier auch schon einmal deutlich.

Mehr Platz und mehr Komfort bedeuten nicht gleich tierartgerecht. Das möchte ich hier noch einmal deutlich sagen. Zum Beispiel – das ist ja hier so eine Schallgrenze, die aufgeworfen wurde – ab 85 Kilogramm pro Tier sind gefordert 1,1 Quadratmeter Buchtenfläche statt 0,65 Quadratmeter. Das heißt auch deutlich, wenn man darauf eingeht, dass die Verschmutzung der Tiere erhöht werden wird, dass es auch einen erhöhten Anteil an Ammoniak geben wird, das heißt schlechterer Hygienezustand, das heißt Verschlechterung der Umweltbedingungen. Insofern ist es meiner Meinung nach – und das können Sie mir glauben, ich habe ja auch lange genug in Bereichen der Schweineproduktion gearbeitet – keine Verbesserung der tierartgerechten Haltung.

Meine Damen und Herren, die gute fachliche Praxis und die wissenschaftliche Forschung dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Und glauben Sie mir, vor 30 Jahren, während meines Studiums, haben wir uns wirklich mit Forschung schon beschäftigt, tierartgerecht die Tiere zu halten. Davon ist auch noch sehr vieles heute wahr und auch sehr viel verbessert worden, aber das, das kann nicht die Lösung sein.

Meine Damen und Herren, mit den landeseinheitlichen Anforderungen zur tierschutzrechtlichen Bewertung von Genehmigungsanträgen für Schweinehaltung von 2001, die sich damals schon – und das ist so, das weiß ich auch – an dem Entwurf der EU-Richtlinie orientiert haben und für unsere Landwirte richtungsweisend waren, hat unser Land einen guten Vorlauf geschaffen. Herr Minister, ich will das hier deutlich sagen, wenn auch einiges an Zahlen mit der EU-Richtlinie nicht zu vergleichen ist. Das muss man auch sehen und das, denke ich, darf man auch nicht unter den Tisch kehren. Hier muss einiges passgerecht gemacht werden. Und deswegen, wenn Sie das nämlich tun, kommen Sie sehr schnell wieder auf die 1:1-Umsetzung. Und ich glaube auch, diese 1:1-Umsetzung kann wirklich nur das Ziel sein, um hier weiterzukommen mit der Schweineproduktion, um Investitionssicherheit und Planungssicherheit für die Landwirtschaft zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, die Dringlichkeit von Investitionen in der Landwirtschaft, insbesondere der Veredlungswirtschaft, ist wichtig, da sind wir uns alle einig. Die Sicherung und der Ausbau der Wertschöpfung im ländlichen Raum sind angesichts der Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern, auch wenn ich an meinen Wahlkreis denke, noch wichtiger. Denn 31 Prozent ist schon eine Zahl, die alle Alarmglocken klingen lässt.

Obwohl Arbeitsplätze in der Landwirtschaft überwiegend in der Veredlung geschaffen werden, ist in der Bevölkerung jedoch kaum Akzeptanz für die Errichtung von Schweineproduktionsanlagen zu verzeichnen. Da stimmen wir überein, Herr Minister. Und wir wissen, dass es auch ein großes Problem in der Vergangenheit war, hier Investoren anzusiedeln. Größe oder Standort der Anlagen spielen hierbei schon gar keine Rolle mehr und das macht das noch mehr bedenklich.

Bürgerinitiativen führen massive Kampagnen gegen die Wiederaufnahme der Schweineproduktion in alten Anla-

gen oder gegen die Errichtung neuer Anlagen, auch wenn diese weniger als 2.000 Mastplätze aufweisen sollten oder die kritischen Zahlen der Sauen. Regionen mit Schweineproduktion sind nicht ganz so problematisch, weil wenn die Menschen festgestellt haben, wir können eben auch hier Tourismus betreiben mit der Schweineproduktion, ist es einfacher. Die fehlende Akzeptanz und die lautstark vorgetragene Kritik führen zur Verunsicherung von Behörden, aber auch zur Verunsicherung von Investoren und Antragstellern.

Meine Damen und Herren, Ihr Aufruf, denke ich, ist richtig, wir sollten hier alle überlegen, wie wir mit diesem Wort „Akzeptanz“ umgehen. Ich glaube, es wäre an der Zeit, einmal deutlich zu machen, dass es ein Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme ist, vielleicht ist das hilfreich. Deswegen kann ich Ihnen auch nur zustimmen, Herr Minister, Aufklärung ist hier intensiv zu leisten.

Vielleicht noch ein Wort zu den schwarzen Listen. Sie haben das jetzt hier so dargestellt, dass diese schwarze Listen eine Bedrohung waren. Es hatte ja was ganz anderes zu bedeuten, es sollte ja Schweineproduktion einfach leichter ermöglichen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Industriemäßige.)

Ich denke, vielleicht wäre es wichtig gewesen, mit den gegebenen Möglichkeiten im ländlichen Raum auch die Schweineanlagen einfach mehr zu unterstützen. Denn es ist ja klar, wenn irgendwo in einem ländlichen Raum eine Schweineanlage errichtet wird, braucht man auch mehr Infrastrukturmaßnahmen und mehr Unterstützung im ländlichen Raum. Ich glaube, wenn das so gesehen wird, dann hätte das einen sehr guten Hintergrund, hier doch mit den Fördermitteln auch solche Anlagen und Investitionen einfach mehr zu befördern und zu unterstützen, indem dann solche Mittel auch ausgereicht werden an Gemeinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Herr Minister, hätten Sie mir doch zugehört! Ich habe nur vorgeschlagen, dass man wirklich auch mit diesen Mitteln befördern kann, und das sollte man mal ausnutzen.

Meine Damen und Herren, die mangelnden Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheiten, die sich ständig verschärfen, Genehmigungsbedingungen werden immer schwieriger, sie werden immer zeitaufwendiger und kostenintensiver, so dass es wirklich insofern hier Handlungsbedarf gibt. So läuft zum Beispiel in Dargelütz ein Antragsverfahren seit dem Jahr 1997, welches bis heute noch nicht endgültig beschieden ist. Ein anderes Beispiel: Aufgrund der Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Beispiel der technischen Anleitung Luft wurde dem Antragssteller auferlegt, die Antragsunterlagen den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen und erneut einzureichen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Wer den Umfang solcher Antragsunterlagen schon einmal gesehen hat, der weiß, wie viel Kosten auf den Antragssteller mit dieser Forderung zukamen. Und ich habe mal gehört, es soll ein wirklich riesiger Anhänger voll Unterlagen dafür notwendig sein. Ich denke, hier müssen wir Bürokratie abbauen und das Genehmigungsverfahren vereinfachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Noch einmal zu folgendem Punkt, meine Damen und Herren. Mittlerweile sind wir so weit, dass Bürgerinitiativen oder deren Rechtsanwälte die Vertreter der Genehmigungsbehörden mit Klagen bedrohen, sollten sie diese Tierhaltungsanlagen genehmigen. Diese hüten sich natürlich, den ihnen obliegenden Ermessungsspielraum im Interesse des Antragstellers auszunutzen. Vor diesem Hintergrund ist es umso unverständlicher, dass der heutige Staatssekretär des Umweltministeriums sinngemäß ausführte, dass er nach vier Jahren Genehmigungsverfahren eine Genehmigung für die Schweinehaltungsanlage in Medow aus rechtlichen Gründen erteilen muss, obwohl er persönlich Schwierigkeiten mit der Genehmigung hätte.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Schweinerei!)

Erfreulicherweise hat er genehmigt. Und da, denke ich, können wir froh sein.

Allein hieraus geht hervor, dass im Bereich der Schweineproduktion nicht nur die heimische Land- und Ernährungswirtschaft ihre Möglichkeiten für die tierische Veredlung nicht ausschöpft, sondern auch die Landesregierung hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt für den ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, noch ein Beispiel. So ist es kaum zu verstehen, dass die Errichtung einer Anlage in Wendisch Priborn mit der Begründung abgelehnt wurde, dass die Zuwegung zur Anlage nicht gewährleistet ist. Aber gerade diese Zuwegung wurde im Rahmen der Flurneuordnung über den ländlichen Wegebau mit Fördermitteln des Landes und des Bundes errichtet. Das meine ich zum Beispiel, Herr Minister. Ich denke, das muss geändert werden.

Aber noch einmal zum Wichtigsten zurück. Die 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinie kann zu Motivationen und Investitionen in die Schweineproduktion beitragen. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, dass Frau Künast die Schweinehaltung in Mecklenburg-Vorpommern nicht weiter ausbremsen kann. Deshalb hat mich die Aussage des Ministers, bei den Schweinehaltern 1:1 umzusetzen, sehr erfreut.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Und jetzt wollen sie es
wieder rausstreichen. – Eckhardt Rehberg, CDU:
Ja. – Wolfgang Riemann, CDU:
So weit zu Wort und Tat.)

Meine Damen und Herren, wir haben natürlich sehr viele Gespräche geführt, mit dem Bauernverband, mit dem Schweinezuchtverband, mit den Fachverbänden, auch gerade aus dieser Situation heraus. Tierartgerechte Haltung, die Forderung, 1:1 umzusetzen, ist dort von allen gekommen, das möchte ich hier noch einmal deutlich betonen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Tilli hat ja auch zugesagt.)

Der Erlass zu landeseinheitlichen Anforderungen zur tierschutzrechtlichen Bewertung von Genehmigungsanträgen für Schweinehaltungsanlagen hat meiner Meinung

nach sehr geholfen, aber er hat jetzt seine Schuldigkeit getan, denn es wird endlich die aktuelle Rechtslage der EU-Richtlinie angepasst sein und die sollte 1:1 vollzogen werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Ein Wort zur aktuellen Rechtsprechung, die sagt nämlich aus in einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Minden vom 11.12.2002, dass die Forderungen eines solchen Erlasses kein Dogma für eine Genehmigung sein können. So sind unter anderem die Forderungen von einer Mindestfläche von drei Prozent der Stallgrundfläche, damit die Tiere ausreichend Tageslicht bekämen, weder in der EU-Richtlinie zur Schweinehaltungsverordnung noch im Bericht des Ständigen Veterinärausschusses enthalten. Wir gehen also hier doch etwas darüber hinaus. Allein diese Forderung führt zu zusätzlichen Kosten im Bereich der Investitionen und des laufenden Betriebes, obwohl eine gleichmäßige Ausleuchtung des Stalles wie bei herkömmlichen Beleuchtungen nicht gewährleistet werden kann.

In dem von mir genannten Gerichtsurteil wird deutlich, dass Landeserlasse hinsichtlich der Anforderungen zur tierschutzrechtlichen Bewertung von Genehmigungsanträgen jeglicher rechtlichen Basis entbehren. Die Basis für die Genehmigungsanträge sind nun mal auch in Mecklenburg-Vorpommern das EU- und das Bundesrecht. Der Erlass hat geholfen. Und ich will auch noch einmal deutlich sagen, dass auch gerade Landwirte und die Verbände hier mitgearbeitet haben. Aber jetzt, denke ich, sollten wir uns darauf konzentrieren, dass hier EU- und Bundesrecht wirksam werden.

Meine Damen und Herren, seit langem wird seitens der Landesregierung propagiert, dass Veredlungsbetriebe durch begünstigte Flächenverpachtung oder auch durch begünstigten Flächenerwerb unterstützt werden sollen. Die CDU-Fraktion hat das immer begrüßt, Herr Minister. Ich denke, bodenabhängige Schweinehaltung ist ebenfalls zu begrüßen, wo es möglich ist, und ich möchte hier gleich auf das Problem hinweisen.

Aufgrund der langfristigen Pachtverträge ist meiner Kenntnis nach eine Vergabe von zusätzlichen Flächen an Veredlungsbetriebe allerdings erst ab dem Jahr 2004 in Größenordnungen zu erwarten, so dass dieser Ansatz für unsere Landwirte zu spät kommen wird. Die derzeitige Entwicklung, das wurde hier im Rahmen der Debatte schon angesprochen, hinsichtlich der EU-Erweiterung und dem Ausbau der Schweineproduktion in Dänemark macht deutlich, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Wir brauchen bei uns hier mehr Schweine. Natürlich, denke ich, ist es für Polen auch günstig, aber Mecklenburg-Vorpommern sollte hier nicht hintenanstehen.

Meine Damen und Herren, in Neustrelitz steht ein mit vielen Millionen D-Mark geförderter Schlachthof leer. Ein weiterer Schlachthof in unserem Land, das ist kein Geheimnis, wackelt bereits. Der derzeitigen Entwicklung in unserem Land, gerade im Bereich der Veredlung, muss entgegengewirkt werden. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, dem vorliegenden Antrag meiner Fraktion zuzustimmen. Ich möchte noch einmal sagen, dass ich sehr froh bin, dass wir uns einig sind, dass die Regelungen, die Frau Künast aufgemacht hat, nicht unsere Zustimmung erhalten. Das ist eine Gemeinsamkeit.

Aber nun noch etwas zu Ihrem Änderungsantrag. Ich denke, mit diesem Änderungsantrag haben Sie deutlich

gemacht, dass es darum geht, noch einmal darauf hinzuwirken, dass eben unser Erlass in Mecklenburg-Vorpommern, also die Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen, hier als Grundlage dienen soll.

Meine Damen und Herren der Fraktionen der SPD und PDS, ich bitte Sie ganz einfach, dies noch einmal wirklich zu überdenken, denn es geht ja im Rechtssetzungsverfahren darum, im Bundestag und im Bundesrat die Forderungen aufzumachen. Und ich glaube, wir liegen so dicht bei einander mit diesem Erlass und mit der 1:1-Umsetzung, dass hier das EU-Recht die erste Stelle einnehmen sollte.

Und, Herr Minister, glauben Sie mir, mit der Forderung der 1:1-Umsetzung sind die Chancen wesentlich größer, hier für die Schweineproduktion in unserem Lande etwas zu tun. Deswegen bitte ich Sie ganz einfach, das noch einmal zu überlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich würde den Vorschlag machen, dass beide Anträge, unser Antrag und der Änderungsantrag, in den Landwirtschaftsausschuss überwiesen werden,

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist ein guter Vorschlag.)

dann können wir das noch einmal hier genau erörtern, vielleicht auch die Fachleute dazu noch einmal anhören, so dass wir dann eine gemeinsame Basis finden. Denn mir geht es wirklich darum, als Parlament die Landesregierung und hier den Minister Dr. Backhaus zu unterstützen, diese 1:1-Umsetzung der Richtlinie durchzusetzen für unsere Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Holznagel.

Mit den soeben gemachten Ausführungen liegt nunmehr ein weiterer Vorschlag zum Umgang mit diesen beiden Anträgen vor und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich stelle zunächst den Antrag zur Abstimmung, der eben gestellt wurde, nämlich den Antrag und den Änderungsantrag in den Landwirtschaftsausschuss zur Beratung zu überweisen. Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Wolfgang Riemann, CDU:
Nun seid mal nicht so!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Antrag mehrheitlich nicht gefolgt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/485 ab. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag bei Gegenstimmen der CDU mehrheitlich gefolgt.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/433 mit den soeben beschlossenen Änderungen

zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/433 mit den soeben beschlossenen Änderungen mehrheitlich bei Gegenstimmen der CDU angenommen worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Einrichtung einer ständigen Theaterintendanten- und Orchesterkonferenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/443.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Einrichtung einer ständigen Theater-
intendanten- und Orchesterkonferenz
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/443 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der PDS-Fraktion.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Riemann, gehen Sie nicht weg, ich habe nachher noch was für Sie!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich komme ja wieder.)

Wie so oft ein ganz wichtiges Thema, um nicht zu sagen, eines der wichtigsten Themen der Landespolitik überhaupt, die Theater- und Orchesterlandschaft am Ende, dank eines Dringlichkeitsantrages fast am Ende einer Sitzungsperiode. Das ist natürlich immer eine schwierige Geschichte. Ich will mich trotzdem bemühen, in aller Kürze die notwendigen Dinge zur Einbringung dieses Antrages zu sagen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das muss
jetzt nicht wiederholt werden, wir
haben doch unsere Regierung.)

Ich will davon ausgehen, dass Diskussionen um die Theater und Orchester in unserem Land mich begleitet haben, solange ich hier in diesem Landtag bin, dass wir immer wieder um Theater und Orchester gestritten, diskutiert und überlegt haben

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir
haben doch unsere Regierung.)

und dass oft genug auch das unmittelbar bevorstehende Ende der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern verkündet worden ist. Und ich kann heute zunächst einmal sehr erfreut feststellen, die Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern lebt und, noch mehr, sie entwickelt sich, Genossen Künstler.

Und ich will auch sagen, dass das zuerst – aus meiner Sicht zumindest – eine Leistung der Theater und Orchester selbst ist, die in den vergangenen Jahren sich immer wieder schwierigen Problemen gestellt haben und diese Probleme mit mehr oder weniger Erfolg gemeistert haben. Ich verweise nur einmal auf die doch rasante und sehr erfreuliche Entwicklung der Sommerbespielung im Lande. Wenn wir hier aus dem Fenster zum Alten Garten gucken, dann sehen wir das auch dieses Jahr wieder. Aber das ist natürlich nicht nur in Schwerin so und das ist sehr erfreu-

lich. Wir finden das in Neustrelitz, wir finden das schon sehr lange auf Usedom durch das Theater Anklam, wir finden das neuerdings auch in Stralsund und anderswo. Ich glaube, dass man diese Leistungen, die durch die Künstlerinnen und Künstler, durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Theater und Orchester vollbracht wurden und werden, nicht hoch genug würdigen kann, und ich will das hier ausdrücklich tun.

(Beifall Alexa Wien, PDS)

Die Theater und Orchester haben damit, glaube ich, auch eines eindeutig bewiesen: Wenn wir immer wieder von der großen Bedeutung des Tourismus für die Entwicklung unseres Landes sprechen, dann ist es einfach – und das ist eben der Beweis – aus meiner Sicht nicht akzeptabel, dass man über Theater und Orchester als so genannte weiche Standortfaktoren redet, weil sich das immer anhört, als seien sie nicht ganz so wichtig. Tourismusentwicklung, der Aufschwung des Tourismus in unserem Land ist mit den Bemühungen unserer Theater und Orchester unzweifelhaft ganz eng verbunden. Und ich denke, dass die weiteren Bemühungen, die es allseits gibt – es gibt auch Überlegungen in Greifswald zum Beispiel für die Zukunft –, auch weiterhin ihren Beitrag leisten werden zur Entwicklung des Tourismus.

Ich denke, der zweite Bereich, den man hier anerkennend nennen muss, das sind die Kommunen, die diese positive Wirkung der Theater- und Orchesterarbeit erkannt haben und seit Jahren alle Anstrengungen unternehmen, die ihnen möglich sind, um die Theater- und Orchesterlandschaft auch zu erhalten und weiter auszubauen. Und ich denke, dass wir hier konstatieren können, dass große Anstrengungen unternommen worden sind, auch wenn an der einen oder anderen Stelle heftige Einschnitte aufgrund der Finanzsituation der Kommunen unumgänglich waren. Ich erinnere nur daran, dass Greifswald und Stralsund nicht nur ein Tabu ausgesprochen haben, bei allen Haushaltssorgen, was die Finanzierung des Theaters Vorpommern betrifft. Sie haben vor zwei Jahren, als eine Liquiditätsproblematik beim Theater auftrat, auch Sonderzuweisungen vorgenommen, um das Theater Vorpommern am Leben zu erhalten. Und das ist nur ein Beispiel, das ich nenne, weil ich von dort komme und weil ich in Greifswald auch Mitglied der Bürgerschaft bin.

Wichtig ist, glaube ich auch, in diesem Bereich der Entwicklung der Theater und Orchester hinzuweisen auf den nach wie vor gültigen Vorwegabzug aus der Finanzausgleichsmasse und die Unterstützung durch die verschiedenen Ministerien. Ich verweise hier nur auf das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und auf das Wirtschaftsministerium, die gerade auch bei der Frage der Sommerbespielung eine durchaus wesentliche und positive Rolle gespielt haben. Ich glaube also, dass wir an einem Ausgangspunkt stehen, der trotz aller Probleme nicht schlecht ist und von dem aus wir weiter nachdenken können und müssen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir zu dem Anliegen des Antrages kommen, müssen wir ausgehen von den Diskussionen, die es all die Jahre – und auf die habe ich ja schon verwiesen – gegeben hat, weil natürlich all diese Erfolge und all diese Bemühungen immer am Rande des Abgrunds auf einem relativ schmalen Grad sich vollzogen haben. Und ich hoffe, dass allen bewusst ist, dass in dem, ich sage es mal in Kurzfassung, Dünke-

Gutachten festgestellt worden ist, dass unter bestimmten Bedingungen, das heißt unter bestimmten Einschnitten in den Theatern und Orchestern, die Landschaft so, wie sie existiert, bis zum Jahre 2004 hinkommen wird. Die Praxis scheint dem ja auch Recht zu geben, auch wenn es manchmal angesichts der Bedingungen eher ein bis 2004 Hinwurschteln ist, was ich nicht negativ für die Leute meine, die daran beteiligt sind, sondern einfach von den tatsächlichen Gegebenheiten.

Dieses Jahr 2004 ist nun nicht mehr so furchtbar weit weg und wir müssen die Diskussionen und Bemühungen um die Stabilisierung der Theater- und Orchesterlandschaft jetzt weiterführen und intensivieren. Wir können dabei aufbauen auf die Anstrengungen, die der vormalige Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Professor Dr. Kauffold in der vergangenen Legislaturperiode unternommen hat, wo er in allen Regionen mit allen Beteiligten, mit den Kommunen, mit den Theatern und allen Verantwortlichen Regionalkonferenzen durchgeführt hat zur Entwicklung der Theater und wo durchaus wichtige Ansätze erarbeitet worden sind für eine zukünftige Lösung.

Ich will nur darauf hinweisen, dass zum Beispiel die Fusion Neubrandenburg/Neustrelitz eines der Ergebnisse dieser Regionalkonferenzen war, will aber gerade auch als Greifswalder darauf hinweisen – und das nicht zum ersten Mal an dieser Stelle –, dass die Erfahrungen des Theaters Vorpommern zeigen, dass die Potenzen einer Fusion sich relativ schnell erschöpfen und nicht auf Dauer Probleme lösen. Das Theater Vorpommern hat durchaus für einige Zeit profitiert von den Möglichkeiten einer Fusion, aber es ist keine Lösung auf Dauer, die für immer alle Probleme beseitigt. Das zeigen gerade die Erfahrungen, die wir in Vorpommern haben.

Was deshalb notwendig ist aus unserer Sicht, ist, jetzt auf der Ebene des gesamten Landes die Betroffenen, die Verantwortlichen, die Beteiligten zusammenzuführen und auf der Grundlage des Vorhandenen gemeinsame Konzepte für eine Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern anzufangen. Und ich glaube auch und hoffe, wenn diese Bemühungen bis 2004 zu einem ersten Ergebnis geführt haben, dass diese Arbeitsgruppe dann sich so bewährt hat, dass sie weitergeführt wird, weil wir werden ständig über die Probleme der Theater und Orchester reden und uns ständig darum bemühen müssen, hier zu Lösungen zu finden, die uns diesen wichtigen Aspekt unseres Lebens, für die Touristen und für die Einwohnerinnen und Einwohner von Mecklenburg-Vorpommern, auch erhalten.

Ich will in diesem Zusammenhang auch noch darauf hinweisen, dass zu dieser Debatte natürlich gehört die Sorge der so genannten Breitenkultur. Wer von Ihnen mit engagierten Leuten in diesem Bereich redet, wird öfter zu hören bekommen: Wollt ihr etwa in die Theater und Orchester noch mehr Geld stecken?! Diese Diskussion muss man auch zur Kenntnis nehmen, man muss sie ernst nehmen. Deshalb glaube ich, dass die Diskussionen um die Theater- und Orchesterlandschaft dann einmünden müssen in die Erarbeitung eines Kulturentwicklungskonzeptes, um eines nicht zuzulassen: ein Gegeneinander der so genannten Breiten- und der so genannten Hochkultur.

Und eine letzte Bemerkung, da Herr Riemann wieder da ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, eben.)

Ich hatte Ihnen ja versprochen, dass ich noch etwas für Sie habe. Wenn wir über die Theater- und Orchesterlandschaft reden, reden wir dann irgendwann natürlich auch über Geld.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Und da ich vorhin – ich höre immer gut zu und bin ja jederzeit lernbereit, was die Äußerungen unserer Opposition betrifft – gelernt habe, welche Verantwortung und Bedeutung Ausschussvorsitzende haben, will ich nur sagen, Herr Riemann, wenn es denn ums Geld geht, werden wir uns auch sehr maßgeblich an die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den Vorsitzenden des Finanzausschusses wenden. – Danke.

(Beifall Peter Ritter, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU:
Und an die Finanzministerin.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben einen Vorschlag, Herr Dr. Bartels. Da wird die Frau Finanzministerin aber sagen, das geht doch nicht.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Herr Abgeordneter Riemann!

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, hier, bei der Arbeit!)

Ich eröffne die Aussprache.

(Ministerin Sigrid Keler:
Herr Riemann will zum Theater.)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Fiedler von der Fraktion der CDU.

Kerstin Fiedler, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen!

Herr Dr. Bartels, ich habe mit großer Freude folgendes Zitat von Ihnen eben aufgenommen. Sie haben gesagt als ersten Satz, die Kulturpolitik, und damit meinen Sie ja das heutige Thema Theater und Orchester, ist eines der wichtigsten Themen der Landespolitik.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig!)

Darauf komme ich nachher noch einmal zurück.

Uns liegt ein Antrag Ihrer Koalitionsfraktionen vor, der die Landesregierung auffordert, „eine ständige Theaterintendanten- und Orchesterkonferenz einzurichten.“ Warum ich das betone, darauf komme ich noch zurück. Mit einer kulturpolitischen Diskussion soll die „reiche und vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft“ unseres Landes erhalten und weiterentwickelt werden. Eine „gemeinsame tragfähige Theater- und Orchesterkonzeption“ soll für Planungssicherheit sorgen.

Von besonderem Unterhaltungswert, meine Damen und Herren, ist für mich die Begründung des Antrages: Die Notwendigkeit kulturpolitischer Konzepte sei unbestreitbar, d'accord, da gehen wir mit. Aber jetzt: Krisen und Umbrüche in der deutschen Theater- und Orchesterlandschaft müssten analysiert werden, Lösungen seien zu fin-

den, und zwar „unter Beachtung der noch vorhandenen ostdeutschen Spezifik der Entwicklung der Gesellschaft“ und – hört, hört! – „der anstehenden Funktional- und Verwaltungsreform“. Wir wissen zwar noch nicht, wann diese Funktionalreform kommt, wir wissen nicht, wie sie aussehen wird – der Innenminister hat kürzlich selbst Ergebnisoffenheit in dieser Frage verkündet –, aber wir debattieren schon einmal über die Theater- und Orchesterlandschaft für die Zeit von vier Regionalkreisen. Oder sind es doch sieben, meine Damen und Herren von der PDS?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Peter Ritter, PDS: Vielleicht sind es auch acht.)

Eben, wir wissen es noch nicht.

Inwieweit einer ostdeutschen Spezifik der Entwicklung der Gesellschaft bei der Entwicklung einer zukunftsfähigen Theater- und Orchesterlandschaft Rechnung getragen werden soll, das hätte ich hier gerne einmal erläutert bekommen. Oder gibt es spezifisch ostdeutsche Spararten? Ist mir nicht bekannt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir sollten unseren Intendanten schon zutrauen, ihre Programmgestaltung so auszuüben, dass sie den Nerv des Publikums, ihres Publikums und vor allem des heimischen Publikums auch treffen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Über die Krisen und Umbrüche der deutschen Theater- und Orchesterlandschaft, meine Damen und Herren, wird man bereits im Zwischenbericht der vom Bundespräsidenten Rau einberufenen Arbeitsgruppe „Zukunft von Theater und Oper in Deutschland“ vom 11. Dezember 2002 fündig. Hier wird festgestellt – wir brauchen also deshalb keine neue Arbeitsgruppe –, ich zitiere: „Im verschärften Wettbewerb der Politikfelder um knapper werdende Ressourcen kommt Kulturpolitik auch deshalb oft zuletzt, weil sie meist als freiwillige Aufgabe gilt und Sparauflagen in besonderem Maße unterworfen werden kann. Ein wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung der Theater wäre es deshalb, die Kulturförderung in Deutschland überall zu einer Pflichtaufgabe der Länder und Gemeinden zu machen.“ Weiter: „Andererseits müssen die Gemeinden aber auch in die Lage versetzt werden, diese Pflichtaufgaben erfüllen zu können.“ Zitat drei: „Wenn sich nichts ändert, werden die Finanzprobleme zu einer tiefgreifenden Theaterkrise führen. Schon seit Jahren nehmen die Schwierigkeiten in den Theatern und der Druck auf sie zu.“ Letztes Zitat: „Wenn die Kostensteigerungen bei der Zuwendungshöhe auch künftig nicht ausreichend berücksichtigt werden, droht manchem Theater der Abbau einer Sparte oder die ernsthafte Gefährdung des gesamten Spielbetriebs.“ Meine Damen und Herren, Zitatende. So viel zu den Theatern in ganz Deutschland!

Kommen wir zurück zu Mecklenburg-Vorpommern. Von elf eigenständigen Theatern im Land sind sechs übriggeblieben. Die von der Politik so gefeierte Fusion von Neubrandenburg und Neustrelitz zur Theater- und Orchester GmbH im Januar 2001 war lediglich ein Gebot der Not, nachdem Neustrelitz ein Jahr zuvor bereits Ballett und Orchester aufgeben musste. Auch in Schwerin mussten Stellen gestrichen werden, 57 beispielsweise fielen am Theater dem Rotstift zum Opfer. Aber es gibt, meine Damen und Herren, kein uneingeschränktes Gesund-

schrumpfen. Irgendwann ist Schluss für Theater und Orchester, weil irgendwann der Spielbetrieb nicht mehr möglich ist,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

weil bestimmte personalintensive Stücke oder Werke der Musikkultur nicht mehr aufgeführt werden können.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Da hilft auch nicht die jährliche Zuwendung von 35,2 Millionen Euro an die kommunalen Träger, da sie – und das hat auch Herr Rau schon festgestellt – die Tarif- und Kostensteigerungen nicht berücksichtigt, von der immer dramatischeren Finanzsituation unserer Landkreise und kreisfreien Städte einmal ganz zu schweigen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Also, meine Damen und Herren, ist Handeln angesagt. Aber genau das hat schon der ehemalige Bildungsminister Kauffold vermieden. Er flüchtete sich in Projektgruppen, Konferenzen, Theaterkonferenzen und in ein 104.000 DM teures Gutachten, um die Analysen und Empfehlungen, die darin nämlich stehen, anschließend in der Schublade verschwinden zu lassen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:

Das ist doch nicht wahr! –

Wolfgang Riemann, CDU: Das ist wahr!)

Die „Schweriner Volkszeitung“ stellte am 12. Januar 2001 fest, Sie zitieren hier auch immer so gerne, Herr Bartels: „Das externe Gutachten bestätigte jetzt, was schon bisher kein Geheimnis war. Das Land muss eingreifen, damit es nicht zum personellen Desaster bei den Theatern und Orchestern kommt und damit zu einem landesschädigenden Verlust an kultureller Kompetenz.“ Zitatende. Der Minister sehe die Notwendigkeit struktureller Entscheidungen ein, dies sei jedoch eine Aufgabe der kommunalen Träger. Der Minister konzentrierte sich lieber auf die Moderatorenrolle, kein gestalterisches Eingreifen. Das 4-Standorte-Modell, meine Damen und Herren, stammt noch aus der 1. Legislaturperiode. Seitdem ist nichts passiert, jedenfalls nichts Strukturelles. Wozu hat Frau Dr. Dünke eigentlich diese Theaterexpertise erstellt, wenn auf deren Grundlage nicht endlich Entscheidungen getroffen werden? Schon vor drei Jahren hat sie in ihrem Gutachten folgenden Hinweis verfasst: „Bei unveränderten Rahmenbedingungen werden insbesondere die vier Mehrspartenhäuser auch nach der Umsetzung ergriffener Maßnahmen“ – und Sie sprachen ja von den Einsparungen, Herr Dr. Bartels – „spätestens nach 2004 vor einem analogen Handlungsdruck stehen.“ Und dieser Handlungsdruck, meine Damen und Herren, ist angesichts der Kommunalfinanzen um ein Vielfaches höher, als noch 2000 prognostiziert.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es!)

Dabei ist ein anderes Szenario eingetreten, das aus dem Nichtstun folgte. Ich zitiere: „Bis auf den laufenden Fusionsprozess der Einrichtung der Theater- und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz ist der beabsichtigte Personalabbau jedoch in keiner der anderen Regionen Ausdruck einer Neuordnung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Vielmehr handelt es sich um einen weiteren Schrumpfungsprozess.“

Das, meine Damen und Herren, ist der Scherbenhaufen, vor dem wir bei diesem Thema stehen. Die Koaliti-

onsfraktionen scheinen das auch ähnlich zu sehen, ansonsten hätten sie diesen Antrag nicht eingebracht, und wollen nun eine ständige Theaterintendanten- und Orchesterkonferenz ins Leben rufen, um Planungssicherheit zu schaffen. Ich frage mich aber: Kann das eine ständige Konferenz überhaupt? Prallen hier nicht die unterschiedlichsten Interessen aufeinander? Welche Stimmen sollen am Ende das entscheidende Gewicht haben?

Herr Professor Metelmann, Sie werden nicht umhinkommen, mit Ihrem Haus geeignete Evaluierungsinstrumente für das Land zu entwickeln. Ihr Vorgänger hat diesen Vorschlag aus der Expertise ja leider ignoriert. Wir brauchen keinen neuen Debattierklub. Unsere Intendanten- und Orchesterleiter sind mit der Existenzsicherung, dem Bemühen um Sponsoren und um alternative Finanzierungsmöglichkeiten schon genug ausgelastet. Dieser Vorschlag ist nur ein weiteres Aufschieben von Regierungshandeln und Verschieben von Verantwortung auf andere. Das sehen übrigens auch die Intendanten so, jedenfalls die, die ich gesprochen habe. Ich zitiere: Von „politischer Bankrotterklärung“ über „Die beabsichtigte Theaterdebatte im Landtag lässt nichts Gutes vermuten.“ bis hin zu „Es ist doch alles gesagt, das ist die blanke Infamie.“ und „Seit '96 warten wir auf das Landeskulturentwicklungsprogramm“ reichen die Äußerungen als Reaktion auf diesen Antrag.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal auf das eingangs Zitierte von Herrn Dr. Bartels zurück. Kulturpolitik ist originäre Aufgabe der Landespolitik, so etwa haben Sie es gesagt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Einer der wichtigsten Bereiche, habe ich gesagt.)

Geben Sie die 35,2 Millionen Euro aus dem FAG dann bitte auch komplett für die Theaterförderung in das für Kultur zuständige Ministerium

(Die Abgeordnete Angelika Voland bittet um das Wort für eine Anfrage.)

und verschaffen Sie dem zuständigen Minister für Kultur – und das sollte nicht der Innenminister sein – damit Gestaltungsspielräume, ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kerstin Fiedler, CDU: Nein.

... denn politisches Eingreifen wird unumgänglich sein. Zur Grundlage haben Sie eine unabhängige Expertise, die aus Sicht von 2003 und 2004 sicherlich modifiziert werden kann. Die Konferenz wird jedoch kulturpolitische Entscheidungen nicht ersetzen können. Und diese Zielvorgabe, meine Damen und Herren, diese Entscheidungskompetenz fehlt mir in Ihrem Antrag. Deshalb werde ich meiner Fraktion empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Fiedler.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lohse von der Fraktion der SPD.

Frank Ronald Lohse, SPD: Werte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Fiedler, ich werde nachher auf einige Sachen eingehen, die Sie hier angesprochen haben, und die Fragen, die Sie gestellt und in den Raum gestellt haben, auch hinlänglich beantworten. Aber vielleicht wollen Sie die gar nicht beantwortet wissen, auch in Ordnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fühle mich sehr gut aufgehoben in diesem Tagesordnungspunkt. Erst sind die Schweine dran, dann das Theater und dann die Modulation. Wir befinden uns überwiegend im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern. Einfach Klasse! Trotzdem möchte ich heftigst werben – vielleicht gelingt es mir auch – um etwas Aufmerksamkeit für vielleicht etwas Weitreichenderes als nur Mecklenburg-Vorpommern und Theater, weil beides, also Theater an sich und Mecklenburg-Vorpommern, lässt sich nicht trennen. Das geht nicht, auch wenn wir ein Flächenland sind.

Sie können der Begründung, wenn Sie richtig gelesen haben – und Sie haben es, denn Sie haben es ja bewiesen, Sie haben ja fast noch die Begründung zitiert –, des Antrages entnehmen, dass wir in unserem Land immer wieder nach neuen gangbaren Wegen suchen müssen. Wissen Sie, warum wir immer wieder nach neuen gangbaren Wegen suchen müssen und nicht einfach ein Pamphlet irgendwo haben und da steht alles drin, diese Kommission und jene Kommission?

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie gründen doch gerade eine neue Kommission.)

Weil Theater an sich – und das ist der Punkt – veränderlich ist und sich ständig auch verändert im Grunde. Das ist der Punkt. Und deswegen sollten wir ständig darüber nachdenken,

(Kerstin Fiedler, CDU: Man muss doch irgendwann mal zu einem Ergebnis kommen.)

das sollte man machen, und dann sollte man wahrscheinlich auch den gebündelten Sachverstand der Intendanten einbeziehen, die doch nicht zwangsverpflichtet werden, hier an dieser Konferenz teilzunehmen, die Möglichkeiten bieten, dass ihnen hier Mitsprache – und ich sage Ihnen gleich, in welchen Punkten – teilhaftig wird. Dass ihnen das möglich wird, das sollten wir doch erreichen, und deswegen der Antrag. Die Handreichung der Politik an die Kunst war immer schon sehr gut und nicht umgedreht.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und im Übrigen – Herr Riemann, es ist meine, vielleicht bin ich etwas aufgeregt, meine Jungferrede, wie Sie wissen – sollte man dabei auch nicht vergessen, dass wir es hier mit ganz wesentlichen und weitreichenden Veränderungen im Bundesgebiet zu tun haben. Und wenn Sie hier dieses Rau-Papier, ich nenne es mal so, das ist die Arbeitsgruppe, die Herr Rau einberufen hat und wo wunderbare Sachen auch geschrieben wurden, die Fragestellung an die Politik heißt diese Kommission. Prima!

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Wir müssen sie aufgreifen, wir müssen natürlich daran arbeiten. Natürlich wird das Regierungshandeln und natürlich wird das getan, aber wir als Ausschuss mit. Übrigens, Grundlage der Papiere ist, ich kann das ja nachher zitieren, wenn Sie das möchten, Grundlage ist übrigens

die Einbeziehung der Theater in politische Entscheidungen. Was wollen Sie denn nun? Wollen Sie, dass wir Sie einbeziehen oder wollen wir sagen, Herr Kümmritz, ich zitiere, wenn es unvollständig ist, sehen Sie es mir nach, ich sage mal, was er gestern geschrieben hat: Politik sollte sich gefälligst um Politik kümmern! Prima! Schön! Ich wundere mich nur. Aber vor einiger Zeit, als Wahlkampf war, da war er im Kompetenzteam von Herrn Rehberg. Also um was wollte er sich denn eigentlich kümmern? Auch um Politik, dann als Theatermann? Wie denn nun? Jetzt will er nicht mehr? Ist irgendwie seltsam.

Aber lassen Sie uns jetzt mal zum Punkt zurückkommen. Wie eben schon gesagt wurde, das Theater in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich fortwährend in dieser Diskussion und auch bei uns bestimmt dieses Theater die Lebensqualität und die Kreativität. Beides scheint mir für die Zukunft einer Gesellschaft unverzichtbar, zumal einer, die nach wie vor auf der Suche nach der Einheit und Identität ist. Oder behaupten Sie bitte schön noch mal irgendwo, dass wir das schon erreicht hätten in dem mühseligen Zusammenwachsen beider deutscher Völker? Wir haben eine kulturelle Identität, eine kulturelle Geschichte, aber zwischendurch gab es ja wohl schließlich mal Umbrüche, die es zu beachten gilt. Und das betrifft auch die Künstler, die handelnden Personen und die Theaterkunst. Also, bitte schön, sind wir noch nicht am Ende!

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Wir müssen in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern die Sache beachten, denn, ich zitiere: „Die Größe eines Landes ist die Kultur.“ Zitatende. Wir in Mecklenburg-Vorpommern müssen uns hinsichtlich unserer Kultur keineswegs verstecken. Ich teile Ihre Auffassung, allerdings sollten wir in diesem derzeitigen Prozess aufpassen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Wir wissen, dass Kunst und Kultur, insbesondere das Theater, in unserer Gesellschaft wichtig sind, fraglos, übrigens auch wichtig – und da möchte ich mal Kritik anbringen –, so wichtig eigentlich, weil das Problem so schwierig ist, um nicht einmal in zwei Landtagssitzungen irgendwo am Ende, irgendwo zwischen zwei Schweinen – Entschuldigung, Till – niedergelassen zu werden, wo dann alle schon müde sind und einen ganzen Tag hinter sich haben.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Die Kreativität von Kunst ist frei von Kategorien wie Nützlichkeit und Verwertbarkeit – das wollte ich Ihnen noch mal ins Stammbuch schreiben –, denn sie kann Anstöße geben bei der Suche nach Lösungen, die bisher nicht beachtet wurden. Also wenn wir immer nur davon ausgehen, dass dieses kreative Potential meistens in der Wirtschaft zu suchen sei, dann sollten wir da aufhören. IBM hat da prima Beispiele.

Also noch einmal: Die Handreichung ist, dieser Dialog ist nicht Selbstzweck, den wir mit der ständigen Theaterintendantenkonferenz haben wollen, sondern er muss eigentlich selbstverständlich sein, der ständige Dialog. Und wer sagt Ihnen denn überhaupt, dass das nicht geht? Wie kommen Sie eigentlich dazu oder wie kommen einige dazu, einfach mal zu behaupten, die Intendanten wären mehrheitlich dagegen?

(Kerstin Fiedler, CDU: Das habe ich nicht gesagt. Nur einige Beispiele.)

Ich weiß nicht, woher Sie diese Aussage haben. Ach, Sie haben zitiert und wahrscheinlich war es Herr Kümmritz, den ich im Übrigen hoch schätze und hoch achte. Den schätze ich sehr hoch.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Der macht wirklich nicht nur für Schwerin, sondern über das Land hinaus bedeutende Kunst. Aber über Kunst oder nicht Kunst, Hoch- oder Niederkultur, wird hier nicht diskutiert.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Wir sollten uns als Politiker wirklich davon verabschieden, künstlerische Wertungen abzugeben, welches Theater gut oder schlecht sei. Das auf keinen Fall.

(Beifall Bodo Krumbholz, SPD)

Ja, das ist doch schön. Dann habe ich Sie falsch verstanden, aber eigentlich ging das in die Richtung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin zweitens der Auffassung, das ist der Ansatz, worüber die Theaterleute eigentlich reden wollen, dass diese Entscheidungen nur unter der Berücksichtigung der dem Theater innewohnenden Spezifika gefunden werden können, um dem humanistischen gesamtgesellschaftlichen Auftrag, den das Theater nun einmal hat, erfüllen zu können, schon richtig ist.

Sie sprachen hier von sechs Theatern. Das Land unterstützt, ich weiß nicht, ich habe andere Zahlen, zehn mehr oder weniger große Theater. Es unterstützt unter anderem mit dem Geld auch, das ist aber eine andere Geschichte, kleine Häuser, Ensemble, Spieltheater, freie Bühnen, Sommertheater und so weiter und so fort. Selbst bei der Unterschiedlichkeit der Rechtsformen Landestheater, kommunales Theater, Theater GmbHs mit öffentlichen und privaten Gesellschaftern sind alle diese Häuser geeignet, einem wie auch immer gearteten Versorgungs- und Bildungsauftrag nachzukommen. Und da haben wir die Punkte, die eigentlich Politik interessiert, und zwar einen Versorgungsauftrag und einen Bildungsauftrag. Wie könnte der aussehen?

Alle Konzepte, die die Theaterstruktur betreffen, gehen davon aus, finanzielle Lösungen zu deren Erhalt zu finden. Das ist für uns Politiker, da gebe ich Ihnen Recht, der Auftrag. Vor dem Hintergrund, dass wir in unserem Lande vor grundlegende Probleme gestellt sind wie die niedrige wirtschaftliche Entwicklung, sinkende Steuereinnahmen, hohe Arbeitslosenzahlen, anhaltender Bevölkerungsrückgang und eine noch zu erreichende langfristige Planungssicherheit der Häuser sind wir angehalten, mit den Theaterleuten und nicht an ihnen vorbei, gemeinsam Lösungen zu finden, die in ihrer Endkonsequenz positive Entwicklungschancen beinhalten. Warum, glaube ich, geht das? Ich habe den Eindruck und teile auch die Ansicht, dass in vielen Gesprächen mit Theaterintendanten und Geschäftsführern der Hauptansatz einer solch positiven Entwicklung nicht nur vorrangig von Finanzierungszwecken dominiert sein muss. Konzepte, die wir finden wollen, dürfen nicht ausklammern, da sich Theater und der gesamte Kulturbegriff in diesem Wertewandel befinden. Mit anderen Worten, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Theaterstruktur ändert sich. So, wie sich die Gesellschaft verändert, genauso müssen wir darauf reagieren. Der Ansatz zur Findung einer modernen Theaterstruktur ist also der Wert des Theaters an sich, gesellschaftlich ver-

änderlich, aber eine unverzichtbare Komponente, das meine ich.

Nun, da die Stunde sehr fortgeschritten ist, gestatten Sie mir noch ein Zitat aus dem Jahre 1782, ein Ausspruch von Schiller im Hinblick auf die Entwicklung des Deutschen Theaters: „Der Geist des gegenwärtigen Jahrzehnts in Deutschland zeichnet sich auch vorzüglich dadurch von den vorigen aus, daß das Theater beinahe in allen Provinzen des Vaterlandes einen lebhafteren Schwung gab, und es ist merkwürdig, daß man noch nie so oft Seelengröße zu beklatschen und Schwachheiten auszupfeifen gefunden hat als eben in dieser Epoche.“ Schade, dass das meistens nur auf der Bühne so ist, aber hier haben wir das auch schon erlebt.

(Heinz Müller, SPD: Beim Wahlkampf bestimmt.)

War also dieser noch zaghafte Ausdruck der beginnenden deutschen Aufklärung 221 Jahre später, ist das Theater aber immer noch nicht tot. Es wird auch weiterleben, dessen bin ich mir sicher, und zwar auch angesichts der immensen Möglichkeiten der wissenschaftlichen und technischen Geschichten bei Film, Fernsehen und Multimedia. Das Theater muss sich in Konkurrenz von zahlreichen Freizeit- und Unterhaltungsangeboten durchsetzen können. Es wird für das Theater immer schwerer, den unterschiedlichen Erwartungen gerecht zu werden. Abgesehen von der Befriedigung des Anspruchs unseres Bildungsbürgertums kann sich das Theater heute weniger als früher auf ein literarisch-musikalisches vorgebildetes Publikum verlassen. Das ist wohl so.

Umso erfreulicher kann man aber gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern beobachten, dass die Schwierigkeiten, und zwar junge oder neue Zuschauergruppen zu erreichen, abnehmen. Die Zahlen sagen einiges. Dies ist aber auch nur dem verantwortungsvollen Handeln, den ausgewogenen Spielplänen, jawohl, da gebe ich Ihnen Recht, und der unermüdlichen Arbeit von Theaterleuten, Theaterpädagogen, freien Amateur Bühnen und so weiter zu verdanken. Das ist im Übrigen nicht in allen Bundesländern so. Die wichtigsten Strukturelemente des deutschen Theaterbetriebs, Ensemble und Repertoire, sind es, die das Theater ausmachen. Sie erlauben in Mecklenburg-Vorpommern, derzeit noch durch die hohe Anzahl von Aufführungen, eine optimale Ausnutzung der dem Theater zur Verfügung stehenden Ressourcen. Das Einkaufen von Stars erscheint zwar für manchen notwendig, es sollte auch weiterhin nicht ausgeschlossen bleiben, es darf aber nicht der Entwicklung eines stabilen Ensembles, das die Identifikation auch mit dem Theater vor Ort herstellt, die Grundlage jeden Theaters ist, entgegenwirken. Das Publikum schafft und braucht das Theater. Zitat aus dem Positionspapier, das Sie vorhin zitiert haben, mit der geneigten Erlaubnis: „Theater ohne Publikum ist kein schlechtes Theater, sondern gar kein Theater.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir verantwortlich mit der Installation der Theaterintendanten- und Orchesterkonferenz umgehen wollen, ist es notwendig, hier einmal folgende Gegenstände, mit der sich diese Konferenz befassen soll, zu benennen. Dies umso mehr, da die Erfahrung vergangener und ähnlicher Treffen, diesbezüglich bin ich mir mit vielen Theaterleuten, die daran teilnahmen, einig, uns lehren, nicht zuzulassen, dass ein versteckter Verteilungskampf um die heute noch zur Verfügung stehenden 35.790.000 FAG-Mittel und so weiter und so fort den Inhalt dieser Konferenz überlagert. Das bringt nichts. Die Entscheidung für Tariftreue damals, bei

Personalkosten aus Gründen der Rechtssicherheit, um weiterhin gut Leute in unsere Theater zu bekommen, war richtig. Wir müssen angesichts der Personalkostensteigerung von 3,2 Prozent ein Modell kreieren, das ist wichtig, um unsere Theater zukunftsfähig zu machen. Bei allen öffentlich oder hinter vorgehaltener Hand, von wem auch immer, geführten Diskussionen über eine eventuelle neue Binnenteilung der FAG-Mittel gebe ich zu bedenken, dass Theater finanziell eigentlich nur eines braucht, frei nach dem Märchen „Rumpelstilzchen“: Man braucht zumindest Stroh, um daraus Gold zu machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Reinhard Dankert, SPD: Richtig.)

Und glauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, wovon ich rede, wenn ich die ungeheure Kreativität der vergangenen Jahre bewundere, die immer dann an den Tag gelegt wurde, wenn einem Theater und seinem Bestand das Wasser bis zum Halse stand. Das Nachdenken über Samtvorhänge oder nicht, über gelbes statt rotes Licht, weil dies teurer wäre, darf und wird man auch in Zukunft nicht finanzbuchhalterischen Überlegungen opfern. So manch ein Theater ist bei der Bewahrung, Pflege und Erneuerung eines grundsoliden Fundus schon jetzt an seine Grenzen angelangt und lebt vorwiegend vom Recycling alter Klamotten. Das versetzt die Theater nur schwer in die Lage zur Kooperation, um Requisiten, Kostüme oder Technik an freie Gruppen, Bühnen oder Schultheater ausleihen zu können. Dass das die Theater wollen, das liegt, glaube ich, auf der Hand, wenn es darum geht, die regionale Identifikation mit dem am Ort befindlichen Hause und regionaler Ausstrahlungskraft herzustellen. Der größte Teil der Kosten, den die Theater verursachen, sind aber Personalkosten.

Nun könnte man glauben, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass man durch diese Fusion, durch sonstige Zusammenschlüsse oder nur schwer durchsetzbare Veränderungen der Rechtsform einsparen könne. Das mag funktionieren. In der Mehrheit der in der Bundesrepublik bekannten Fälle führt dies zu Leuchttürmen, unter denen es meistens am dunkelsten ist. Das heißt, in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern geht ganz schnell, wenn wir nicht aufpassen, die regionale Wirkung verloren. Die Ausstrahlungskraft dieser Leuchttürme zur Akquirierung der Schar von Touristen ist durch die bereits bestehenden Festivals und Events erreicht. Es muss aber beachtet werden, dass das Humankapital, also die Mitglieder und Arbeitnehmer, Ensemblemitglieder eines vor Ort bestehenden Ensembles, auch diese zeitlich begrenzten Festivals ermöglicht. Sie sind die Grundlage für die Festivals. Aber andererseits hat die Bezahlung dieser Ensemblemitglieder zum dauerhaften Bestand des Theaters Vorrang.

Wenn es darum geht, mit den Personalkosten eines Theaters umzugehen, ist allerdings die Verantwortung der Geschäftsführung und Theaterleitung gefragt. Wir wollen ihnen diese Verantwortung auch nicht abnehmen. Im Gegenteil. Wir würden ja einen Teufel tun, in diese künstlerischen Entscheidungshoheiten einzugreifen. Diese Entscheidungshoheit ist und bleibt so. Sie wird aber nicht mehr möglich, wenn wir es politisch nicht schaffen, die Grundlage zur Planungssicherheit zu erreichen. Was ist das? Deshalb ist die Einbeziehung und Differenzierung betreffender Ministerien, und jetzt komme ich zurück zur Konferenz, wie Innenministerium, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium unter Federführung des Ministers für

Bildung, Wissenschaft und Kultur in die Theaterintendanten- und Orchesterkonferenz je nach Sachlage geboten. Ebenso ist die Mitwirkung der jeweiligen kommunalen Verantwortungsträger vonnöten. Das stimmt.

Zu den Gegenständen, mit denen sich die Konferenz befassen sollte, vielleicht dazu noch einige Worte. Grundsätzlich sollten wir uns keinem Thema, was einer derartigen Konzentration an Sachverstand von Interesse sein könnte, von vornherein verschließen. Es sind Fragen und Positionen, die uns weiterbringen. Das ist ein konstruktiver Dialog. Hier sollten genau jene Ergebnisse hervorgebracht werden, die einer notwendigen Modernisierung von Theater und Gesellschaft dringend erforderliche Impulse verleihen können. Ich nenne nun einige Stichpunkte als Anhaltspunkte für mögliche konkrete Gesprächsthemen:

- Theater als Kreativmotor im Hinblick auf eine positive gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.
- Herausbildung einer kulturellen Identität bildet die Grundlage für eine Vielzahl von Dienstleistungsunternehmen.
- Theater als Kulturunternehmen bietet die Chance, arbeitsmarktpolitisch im Interesse der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen wirksam werden zu können.
- Theater als Wirtschaftsfaktor.
- Die Anziehungskraft unseres Tourismuslandes und die Herausbildung einer kulturellen Identität werden durch die Tätigkeit der Kunst- und Kulturschaffenden fortlaufend entwickelt.
- Auch Theater kann zum harten Standortfaktor für die Ansiedlung von mittelständischen Unternehmen werden.
- Zeitweilige oder dauerhafte Kooperation von Kunst und Kulturträgern, den Theatern und den Orchestern untereinander und mit dem ländlichen Raum, den Kreisen und kreisfreien Städten bündeln Kräfte und bereichern die kulturelle Vielfalt.

Nun zum Bildungsauftrag von Theatern: Die Ausbildung und Förderung von Humankapital ist Ziel von Bildungs- und Kulturpolitik an sich. Die Vermittlung von humanistischen demokratischen Werten ist immer Kernpunkt von Theater. Theater ist geeignet, wie die Fächer Kunsterziehung und Musik, bildungspolitisch wirksam zu werden. Die Sorge um die kognitive Kompetenz steht nach der häufig falsch interpretierten PISA-Studie zu sehr im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Theater, gerade als künstlerische und kulturelle Instanz, ist geeignet, Schlüsselkompetenzen für die Kunst des Lebens sowie kulturelle und politische Bildung zu befördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie verstehen sicherlich, wenn ich an diesem Punkt, nicht nur, weil vielleicht alle müde zu sein scheinen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Heike Polzin, SPD: Wir sind hellwach!)

einer solchen Theaterintendanten- und Orchesterkonferenz in den Inhalten und Themen nicht weiter vorgreifen möchte. Umso mehr ich der Meinung bin, dass gerade der gebündelte Sachverstand einer solchen Konferenz in der Lage ist, die jeweiligen Tagesordnungspunkte selbst festzulegen, sollte es aber unsere politische Verantwortung

bleiben, die Abstimmung gemeinsamer Interessen zwischen den Theaterleitungen und der Landespolitik zu ermöglichen. Das halte ich umso mehr für wichtig, um diese Problematik in die Überlegung zur anstehenden Kreisgebietsreform einfließen zu lassen. Genau da. Dass wir mit der von uns geforderten Konferenz wiederum nicht Vorreiter sind, das sei nur mal gesagt, beweisen im Übrigen die Durchführungen einer Intendanten- und Orchesterkonferenz in Sachsen-Anhalt. Wir haben das Fahrrad nicht neu erfunden, aber dort scheint es wohl zu funktionieren.

In Anbetracht der Zeit könnte ich jetzt noch auf einige Punkte im sächsischen Kulturraummodell eingehen, werde aber, mit Ihrer Zustimmung, einfach diesen Punkt überspringen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU –
Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

Auch wenn es wichtig wäre, jawohl, Herr Glawe, das wäre wichtig, dass ich hier noch einmal sage, dass gerade der Bereich Kultur,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

so ist das auch im Rau-Papier beschrieben worden, einen pflichtigen und keinen freiwilligen Stellenwert in der Politik verlangt.

(Kerstin Fiedler, CDU: Ringelpiez
mit anfassen, oder was?)

Darüber muss man diskutieren, man muss gucken, wie das geht. Im Übrigen geht das, denn Sachsen hat es ja mit dem Kulturraummodell gemacht. Nicht dass etwa die Kultur- und Theaterleute hurra schreien, nein. Die Finanzdezernenten schreien hurra, weil sie nämlich endlich planungssicher arbeiten können. Darüber muss man doch mal nachdenken, denn dadurch werden wir nämlich die Kommunen stärken können.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Dass es hier also nicht darum geht, dass das Theater bestrebt wäre, sich wichtiger zu machen als es sei, beweist die Situation.

Mit Erlaubnis, Herr Präsident, ein Zitat. Denn wer mit Schiller anfängt, sollte vielleicht auch mit Goethe aufhören.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU:
Aber klar! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Lassen Sie sich ruhig Zeit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werbe noch einmal für diese Konferenz, einfach darum, um hier wirklich eine Möglichkeit zu schaffen, es muss auch nicht jeder Theaterintendant daran teilnehmen, diesen Sachverstand mit einzubeziehen. Und Goethe, jetzt mit Ihrer Erlaubnis, sagt: „Nichts ist trauriger als der Schlendrian, mit dem sich der Einzelne ja die Gesamtheit hingehen lässt, aber auf dem Theater ist es das Allerschlimmste, weil hier augenblickliche Wirkung verlangt wird und nicht ein etwa durch die Zeit selbst sich einleitender Erfolg abzuwarten wäre.“

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU –
Harry Glawe, CDU: Das sind aber Ausreden.)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Lohse. Inklusive der eben schon aufleuchtenden roten Lampe eine Punktlandung!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Jetzt hat das Wort der Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturminister des Landes Herr Professor Dr. Metelmann. Bitte schön.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Theater sind Strukturen, Gelder, Häuser, Gesetze und sehr vieles, aber in erster Linie sind es Menschen. Es sind Zuschauer, Zuhörer, Künstlerinnen und Künstler und Intendanten. Sie sind sicherlich voller guter Ideen, das verlangen wir von ihnen, wir verlangen von ihnen Kreativität, das haben sie auch. Diese Ideen muss man auch mal irgendwo sammeln und zusammentragen. Konferenz heißt auch nichts anderes als *cónfere*, zusammentragen, und wir tun das. Unter diesem Aspekt, auf die Idee bin ich gar nicht selbst gekommen, kann man eine Konferenz nur bewerben. Ob was daraus wird, ob es wirklich ein Instrument zum politischen Gestalten wird, das liegt ganz in der Hand derjenigen, die dort zusammenkommen, zusammentragen. Das ist eine große Verantwortung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Jetzt hat das Wort noch einmal der Abgeordnete Herr Dr. Bartels für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht mehr auf allzu viele Dinge eingehen. Ich möchte aber auf einige Dinge, die Frau Fiedler genannt hat, doch reflektieren.

Frau Fiedler, ich glaube nicht, deshalb habe ich in meinem Einstieg auch zu den Leistungen der dort Tätigen etwas gesagt, dass wir vor einem Scherbenhaufen stehen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich möchte das auch ausdrücklich zurückweisen! Wir haben eine Vielzahl von Problemen in der Theater- und Orchesterlandschaft, das ist unstrittig. Aber wir stehen vor keinem Scherbenhaufen. Ich glaube, das wird einfach den Leistungen der Leute, die dort arbeiten, und auch der Kommunen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Kerstin Fiedler, CDU: Damit sind aber nicht die Leute gemeint?)

die sich, ich habe das vorhin schon einmal gesagt, lange Zeit und immer wieder engagiert haben, nicht gerecht. Mann oder auch Frau sollte sich, darum würde ich bitten, doch überlegen, wie sie die tatsächliche Situation beschreiben. Und daraus den Schluss abzuleiten, dass die Intendanten und Orchesterleiter nicht in der Lage sind, einen Beitrag zur Neugestaltung zu leisten, das verwundert mich doch schon ein bisschen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das habe ich auch nicht.)

An vielen Stellen, was das Stichwort Autonomie betrifft, waren wir uns doch bislang mit den Bildungs- und Kultur-

politikern der CDU einig. Wenn sich dann aber der Minister hinstellen und Entscheidungen treffen würde, dann wäre die CDU, und nicht einmal zu Unrecht, die Erste, die sagen würde: Also, Herr Minister, so geht das natürlich nicht, dass Sie so in die Theater- und Orchesterlandschaft reinregieren,

(Kerstin Fiedler, CDU: Machen Sie ein Konzept und legen Sie das den Intendanten vor! Wenn Sie nur debattieren, wird da nichts draus.)

zumal es nur eine partielle Beantwortung gibt. Theater- und Orchesterpolitik, Frau Fiedler, ist eben nicht in erster Linie Landespolitik, da müssen Sie bitte mal in die Grundlagen gucken.

(Peter Ritter, PDS: Zusammentragen.)

Es ist nicht in erster Linie Landespolitik, wie Sie es gesagt haben, sondern es ist eine von Land und Kommunen gemeinsam zu gestaltende Aufgabe.

(Peter Ritter, PDS: Wir tragen erst zusammen.)

Und schon deshalb kann der Minister auch nicht den Kommunen vorschreiben, was hier zu machen ist.

(Heinz Müller, SPD: Das hätte ich auch gewusst.)

Also Ihre Forderung nach dem starken Minister, der alles löst, ist einfach daneben.

(Kerstin Fiedler, CDU: Sie debattieren seit drei Jahren. Dann muss auch mal ein bisschen was rauskommen. Es gibt doch einen Haufen Konzepte.)

Dazu will ich auch noch etwas sagen. Sie schreien nach den Lösungen und verlangen, dass die sofort mit einem Hauruck kommen. Das ist natürlich für eine Opposition immer eine einfache Forderung.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber das, was Herr Kauffold in diesem Bereich an Anfängen in seinem Haus und mit den Betroffenen, mit den Intendanten und mit den verantwortlichen Kommunen zustande gebracht hat, das bitte ich nicht zu gering zu schätzen, als ob da gar nichts vorliegt. Das ist ein wichtiger Schritt.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das schätzen Sie. Da wurde was zusammengetragen, damit kann man ja mal was machen.)

Der reicht zwar noch nicht aus, aber wir müssen jetzt den nächsten Weg gehen.

Jetzt will ich noch eine Frage beantworten, die Sie so ein bisschen überrascht gestellt haben, und zwar nach den spezifischen Ostproblemen. Frau Fiedler, ich weiß nicht, ob Ihnen das nicht bewusst ist, dass, aber wir haben das in der Diskussion hier im Hause und gerade von Finanzern immer wieder gehört, der Osten und die neuen Bundesländer unmögliche Theaterstrukturen haben, sie haben viel zu viel davon. Wenn ich das mit den alten Bundesländern vergleiche, dann ist das auch so. Wir haben viel mehr davon geerbt und darüber sollten wir froh sein. Dadurch sind natürlich spezifische Probleme da. Viele Leute aus den alten Ländern sagen immer: Was ihr euch hier leistet, das ist ja Wahnsinn, das kann doch kein Mensch bezahlen! Wir wollen aber bezahlen, weil wir es für wichtig halten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Und ich glaube, dass Sie diese Geschichten nicht einfach ignorieren dürfen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Und jetzt will ich ein letztes Problem ansprechen. Es hat mich richtig überrascht und vielleicht liegt es daran, dass Sie die Geschichte dieser Diskussion nicht so gut kennen, Frau Fiedler. Übrigens 35 Millionen Euro in der Finanzausgleichsmasse, nicht 70 Millionen, leider. Es waren mal 70 Millionen in die FAG-Masse übertragen worden und da sind sie auch geblieben.

(Kerstin Fiedler, CDU: Ich habe 35 Millionen Euro gesagt und nicht 70 Millionen DM.)

Gut, dann nehme ich das zurück, Entschuldigung. Darüber brauchen wir uns wirklich nicht zu streiten, das ist nicht das Problem.

Die Geschichte dieser Dinge ist, dass in der damaligen großen Koalition dieser Lösungsweg gegangen wurde, um Stabilität zu erreichen. Damals waren im Bildungsministerium 50 Millionen DM für Theater eingestellt, die natürlich der jährlichen Diskussion unterlagen. Dann sind diese 50 Millionen in die FAG-Masse übertragen worden und da sind sie auch geblieben.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Ich kenne aus der Zeit, als ich kulturpolitischer Sprecher meiner Fraktion und auch Ausschussvorsitzender war, keine andere Äußerung von den Theatern und Kommunen: Lasst ja die Finger davon! Lasst das dort! Lasst die Stabilität! Das andere Problem, das diskutiert wird, ist, dass wir eine Dynamisierung brauchen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Richtig.)

Das soll nicht im FAG passieren, weil sie nicht auch noch zu Lasten der Kommunen gehen soll. Das ist aber eine ganz andere Frage.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Kerstin Fiedler, CDU: Drei Prozent im Jahr, das ist ja auch gefordert.)

Sie haben gesagt, das soll raus, diese 35 Millionen sollen ins Bildungsministerium. Diese Forderung kenne ich von Theatern nicht. Im Gegenteil, als ich diesen Gedanken mal irgendwo geäußert habe, bin ich fasst gesteinigt worden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und von daher, denke ich, sollten wir genau sagen, was notwendig ist und worüber wir reden. Ich habe ja vorhin schon gesagt, wenn wir über die Dynamisierung außerhalb des FAG reden, dann wenden wir uns an den Vorsitzenden des Finanzausschusses. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU: Aber dann auch für den Sport.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/443. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. –

Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/443 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Aussetzung der nationalen Modulation, auf der Drucksache 4/474.

Antrag der Fraktion der CDU: Aussetzung der nationalen Modulation – Drucksache 4/474 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um die Aussetzung des Gesetzes zur nationalen Modulation. Eine Vorbemerkung: Es geht immer sehr schnell mit den Gedanken, bei notwendigen Veränderungen und Reformen die Subventionierung der Landwirtschaft auf den Tisch zu legen, daran zu rütteln und anders zu verteilen. Gerade Menschen, die in Städten wohnen, und manchmal sind es auch Finanzler, die sehr schnell dabei sind. Es wird dabei immer vergessen, dass diese Direktzahlungen notwendig geworden sind zum Ausgleich der Preisverhandlungen in der Welt, in der WTO. Dieses System ist eine Lösung für Europas landwirtschaftliche Produktion, um Verbrauchern günstige Preise zu sichern und landwirtschaftliche Produktion weiter zu ermöglichen. Zurzeit ist es so: Der Bauer erhält für einen Liter Milch so viel, wie der Verbraucher für einen Dosenpfand zahlen muss. Das vielleicht mal als Bemerkung vorweg. Natürlich sind wir uns einig, dass die Agrarreform weitergeführt werden muss.

Nun zum Thema. Meine Damen und Herren, im Rahmen der Überlegungen zur zukünftigen Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik schlägt die EU-Kommission eine EU-weite obligatorische Modulation vor. Vor dem Hintergrund dieser Vorschläge ist eine Einführung einer freiwilligen nationalen Modulation ab dem Jahre 2003 für einen kurzen Zeitraum eigentlich nicht verantwortlich, da sie mit hohen Kosten, enormem Verwaltungsaufwand und Anlastungsrisiken für unsere Landwirtschaft verbunden wäre. Die dadurch verursachte Verschwendung von Steuergeldern, so kann man das nämlich auch sehen, ist gerade angesichts der derzeitigen Haushaltslage nicht akzeptabel. Auch andere Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft haben entweder keine Modulation eingeführt oder sie bereits wieder eingestellt, weil eine Umsetzung zu problematisch war.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Was heißt nun Modulation? Vielleicht mal ganz einfach und praktisch: Zwei Prozent der Direktzahlungen erhält der Landwirt nicht, sie werden in andere Belange wie Umweltschutz, tierartgerechte Haltung, sozioökonomisch ländlicher Raum und so weiter ummoduliert. Deswegen Modulation! Gleichzeitig werden die erheblichen Anstrengungen der Verwaltung zur Umsetzung des Modulationsgesetzes von den Verhandlungen auf EU-Ebene zur Ausgestaltung der obligatorischen EU-Modulation überlagert. Deshalb freue ich mich sehr, dass der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wurde, dass wir heute über diesen dringenden Antrag noch einmal debattieren. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, in einem Brief vom 20. Februar 2003 an den Bundeskanzler hat der Ministerpräsident bereits darauf hingewiesen, dass im zurückliegenden Wirtschaftsjahr die Landwirte Einkommensverluste von durchschnittlich 7 Prozent hinnehmen mussten, für das laufende Wirtschaftsjahr werden Einkommenseinbußen in Größenordnungen von 15 bis 20 Prozent vorausgesagt. Woraus diese Verluste resultieren, wissen wir alle. In dem Brief hat der Ministerpräsident deutlich gemacht, dass die nationale Modulation uns nicht helfen kann, sondern dass sie im Moment nur schaden kann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und wie hat unser aller Kanzler reagiert?)

Zum einen sind es die sinkenden Erlöse für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die durch die Preispolitik der großen Handelsketten begründet sind, und zum anderen ist es die von jedem Sachverstand ungetrübte Agrarpolitik dieser Bundesregierung, die Sie, meine Damen und Herren der Koalition, doch oft sehr weit mittragen. Die ideologisch grüne Agrarpolitik des Bundes und ihre Umsetzung in den Ländern schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gegenüber der europäischen Konkurrenz, auch die von Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: So ist das.)

Meine Damen und Herren, wie der Ministerpräsident schon richtig erkannt und benannt hat, führt die nationale Modulation zu einer zusätzlichen Belastung der deutschen Landwirtschaft und wird insbesondere die Wettbewerbskraft der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern schwächen. Klar ist, dass die vorzeitige Einführung der freiwilligen nationalen Modulation ab dem Jahr 2003 nicht verantwortbar ist, da sie mit hohen Kosten, einem enormen Verwaltungsaufwand und Anlastungsrisiken für die deutsche Landwirtschaft verbunden ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist das.)

Kein anderer Mitgliedsstaat führt das so durch. Frankreich hat diese nationale Modulation wieder eingefroren, weil sie erst einmal abwarten wollen, wie es in Europa weitergeht. Die freiwillig nationale Modulation läuft den Bestrebungen der Europäischen Kommission entgegen. Diese prüft derzeit die Einführung einer EU-weiten obligatorischen Modulation. Hier wäre es sinnvoll, wenn sich die Bundesregierung auf EU-Ebene bei der Ausgestaltung wesentlich stärker einbringen und hier ganz aktiv sein würde.

Meine Damen und Herren, auch der Landwirtschaftsminister Herr Dr. Backhaus war sehr aktiv

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

im Bundesrat und im Bundestag und hat ausgeführt, dass 7,5 Millionen Euro an Direktbeihilfen im Zuge der nationalen Modulation nicht an Landwirte unseres Landes ausgezahlt werden können beziehungsweise einbehalten bleiben. Ob diese Mittel den Landwirten an anderer Stelle wieder zur Verfügung gestellt werden, ist zurzeit noch gar nicht abzusehen. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedauerlicher, dass der Landwirtschaftsminister nicht schon im Dezember des vergangenen Jahres den seitens der CDU im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes zur Modulation von Ausgleichszahlungen unterstützte. Dann würden wir heute hier nicht mehr darüber diskutieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Oh, vertritt er die Interessen unserer Landwirte?! Das kann ich gar nicht glauben.)

Vor der Agrarministerkonferenz am 21. März dieses Jahres kündigte der Landwirtschaftsminister an, sich aufgrund der angespannten Einkommenssituation in der Landwirtschaft für die Aussetzung der freiwilligen nationalen Modulation ab dem Jahre 2003 einsetzen zu wollen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ist er erfolgreich damit? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Diese Initiative wurde seitens unserer Fraktion außerordentlich begrüßt. Lieber spät als nie! Leider fehlen den Worten die Taten,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?! Was?!)

denn wir haben sie immer noch. Ansonsten hätte er sich auf der Agrarministerkonferenz den CDU-geführten Ländern angeschlossen und deren Antrag zur Aufhebung der Modulation unterstützt. Dafür trug er die Kürzung der GA-Mittel um 1,13 Millionen Euro bundesweit mit.

Meine Damen und Herren, unser Antrag soll jetzt noch einmal die Landesregierung und den Minister motivieren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und zur Besinnung bringen.)

mit Unterstützung des Parlaments die letzte Chance zu nutzen. So möchte ich das hier formulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die ersten Anträge auf Modulationsmittel wurden bereits gestellt. Dabei wurde jetzt schon deutlich, dass sich der Verwaltungsaufwand erhöht, um Modulationsmittel zum Beispiel für artgerechte Tierhaltung zu erhalten. Deutlich ist ebenfalls geworden, dass unsere Betriebe mit größeren Tierbeständen und modernsten Stallanlagen wohl kaum gefördert werden können, da sie nicht die Anforderungen der Richtlinie erfüllen werden. Dafür ist es aber möglich, dass ein alter Stall mit Einstreu – wenige unter uns kennen diese noch – in den Genuss der Förderung kommen könnte.

Die Richtlinien folgen im falschen Sinne den grünen Vorgaben, die weder der guten fachlichen Praxis entsprechen noch wissenschaftlich untersetzt sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Aus diesem Grunde haben viele Landwirte überhaupt gar keinen Antrag gestellt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dass wir der Vergangenheit zugewandt sind, Herr Minister,

(Minister Dr. Till Backhaus: Konservativ! Konservativ!)

das haben wir in der Debatte der 11. Landtagssitzung gesehen, als wir schon mal das Thema Modulation hatten. Da waren wir uns nämlich alle ziemlich einig in diesem Hohen Hause.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. – Minister Dr. Till Backhaus: Und der Vergangenheit zugewandt.)

Deshalb müssen wir jetzt noch einmal aktiv werden und die Landesregierung dabei unterstützen, sich entschieden

bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ab 1. Juli 2003 die nationale Modulation nicht in Kraft tritt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Minister und auch Herr Ministerpräsident – er ist leider nicht da –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Der feiert mit Herrn Holter. – Dr. Ulrich Born, CDU: Es sitzen noch drei Minister da oben. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

ich kann nur sagen: Machen Sie weiter mit der Aussetzung der nationalen Modulation!

Meine Damen und Herren, uns ist es egal, ob es jetzt um Aussetzung oder Aufhebung geht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Uns geht es um Aussetzung.)

Die nationale Modulation darf nicht in Kraft treten im Interesse der Landwirte in unserem Land und für unser Land! Deshalb bitte ich, diesem Antrag zuzustimmen, denn zwischenzeitlich wird die Auffassung zunehmend auch von Ländern geteilt, die bisher die Einführung einer nationalen Modulation befürwortet haben. Das sollte wirklich überlegt werden. Mecklenburg-Vorpommern sollte jetzt wirklich weiter Vorreiter sein für den Erhalt unserer Landwirtschaft und die Aussetzung der nationalen Modulation. Die Debatte zum Thema wird zurzeit im Bundestag geführt. Es gibt also noch eine Chance. Im Ausschuss befinden sich im Moment zwei Anträge: ein Antrag der FDP und der Antrag des Bundesrates. Es wird die Zweite und Dritte Lesung Anfang Juli durchgeführt werden. Nutzen Sie diese Chance, die Einführung der nationalen Modulation zu verhindern!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Anträge, die die Landwirte gestellt haben, wurden bisher noch nicht beschlossen. Also es ist auch noch möglich, jetzt wirklich diese nationale Modulation wieder aussetzen, dass sie nicht in Kraft tritt. Und ich denke, alle Landwirte, die diese Anträge gestellt haben, sind begeistert, wenn sie sie ad acta legen können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erstes hat ums Wort gebeten der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Backhaus. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Nachdem wir ja nun Schweine, Theater und jetzt die Modulation abhandeln, möchte ich das relativ kurz machen.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, Renate Holznagel, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Frau Holznagel, Sie wissen, ich habe mich mit diesem Thema sehr intensiv in den letzten Wochen und Monaten auseinander gesetzt. Die nationale Modulation ist ein Reizthema in ganz Deutschland. Aber Sie haben auch zur Kenntnis genommen, das nationale Modulationsgesetz gilt seit dem 2. Mai 2002. Das gilt!

(Renate Holznagel, CDU: Wir haben wieder eine Chance, Herr Minister.)

Dieses Gesetz gilt, das ist im Bundesrat beschlossen. Es hat mehrere Anläufe gegeben, dieses Thema erneut zu behandeln. Ich habe persönlich im Bundestag, ich habe im Bundesrat und ich habe das Thema auf der Agrarministerkonferenz gestellt. Es gibt für die Aussetzung oder den Vorschlag, der von der CDU/CSU gekommen ist, das ganze Gesetz überhaupt zurückzuziehen, keine Mehrheit.

(Renate Holznagel, CDU: Es gibt noch eine weitere Lesung.)

Sie wissen vielleicht auch, dass heute im Deutschen Bundestag diese Anträge behandelt werden und es gibt keine Mehrheiten dafür. Der Ministerpräsident, darauf haben Sie hingewiesen, hat an den Bundeskanzler geschrieben. Die Antwort lautet: Die Koalition hält an dem Modulationsgesetz fest.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Langsam, langsam, langsam! Herr Riemann, nicht immer so vorlaut!

Die Bundesregierung ist für die nationale Modulation und deren Einführung. Es ist nach deren Auffassung ein essentieller Bestandteil der Neuausrichtung der so genannten Agrarpolitik und damit angeblich unverzichtbar. Die entsprechenden Mehrheiten für die Aussetzung gibt es nicht. Ich bedauere dieses außerordentlich.

(Renate Holznagel, CDU: Das wissen Sie doch noch nicht, Herr Backhaus.)

Ich bedauere dieses außerordentlich. Und ich sage hier noch mal: Als Demokrat muss ich mich auch diesen Mehrheitsentscheidungen beugen.

(Renate Holznagel, CDU: Aber es gibt doch eine neue Chance.)

Ich habe alles versucht, aber ich sage Ihnen gleich auch noch ein bisschen mehr dazu. Dies vorausgeschickt, frage ich mich wirklich ernsthaft, was dieser Dringlichkeitsantrag eigentlich soll.

(Renate Holznagel, CDU: Die letzte Chance nutzen.)

Sie wollen wieder einmal die Landesregierung plakativ zum Handeln auffordern. Wir haben bereits gehandelt und wir haben eigentlich auch fertig.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe fertig! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Riemann hat das Zitat erkannt.)

Dieser Antrag ist nichts anderes als populistisches Geschwätz

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und gehört damit in den Papierkorb.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Dr. Backhaus, also!)

Denn in der Sache bringt Ihre Initiative zu diesem jetzigen Zeitpunkt niemandem Vorteile. Im Gegenteil, Sie bringen den Landwirten damit Nachteile. Und wenn Sie ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

Hören Sie erst mal bitte zu! Hören Sie doch wirklich mal zu!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich sage Ihnen jetzt die Zahlen. Wenn Sie der Auffassung sind,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben vorhin schon mal falsche Zahlen genannt, Herr Backhaus.)

dass innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur alte LPG-Ställe in diese Modulationen hineinkommen, dann sagen Sie wissentlich die Unwahrheit.

(Renate Holznagel, CDU:
Das habe ich nicht gesagt.)

Das haben Sie hier angedeutet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach was!)

Zurzeit gibt es in Mecklenburg-Vorpommern 704 Anträge, 704 Anträge mit einem Volumen, das bei weitem die Mittel übertrifft, die in die Modulation hineingegeben werden. Das heißt, Ihre These, die Landwirte würden diese Modulation nicht annehmen – und Sie haben von tierartgerechter Produktion gesprochen, ich sage, wir haben mit dieser Richtlinie, und wir haben nur eine in Kraft gesetzt, und zwar für eine tierartgerechtere Tierproduktion, sowohl insbesondere beim Rind als auch beim Schwein zu sorgen –, bezweifle ich. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Landwirte geradezu einen Run auf diese Richtlinie gemacht haben. Gerade das ist der Fall.

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Renate Holznagel, CDU: Aber viele
haben gar keinen Antrag gestellt.)

Und ich bin gespannt, wie Sie mir dabei helfen werden, wenn wir von irgendwoher das Geld suchen müssen. Das frage ich mich heute schon. Das heißt, diese populistische Art, darüber zu reden, dass die Modulation nicht angenommen wird und dass wir damit keine Möglichkeiten für die Landwirte eröffnen, um das Geld – und das war von Anfang an mein Ziel – in den Landwirtschaftsbetrieben zu lassen, Punkt 1, und Punkt 2 es für Beschäftigung und für Wertschöpfung in diesem Lande zu behalten, dies geht auf. Nach meiner Auffassung geht dies auf und damit haben wir erreicht, dass das Geld tatsächlich in den Landwirtschaftsbetrieben bleibt, und zwar in den Betrieben, wo möglichst viele Menschen beschäftigt werden und wo man 365 Tage im Jahr tatsächlich an den Tieren arbeitet.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Insofern ist das, was Sie hier erzählt haben, wirklich die Unwahrheit.

Ich will auch noch mal deutlich machen, dass grundsätzlich die Modulation auch auf europäischer Ebene kommen wird. Wir werden morgen eine Sonderagrarministerkonferenz haben, wo es um die Verhandlungen geht, wie im Juni voraussichtlich die Halbzeitbewertung zu Ende gebracht wird. Ich gehe davon aus, dass die Modulation tatsächlich einen Konsens in Europa haben wird. Es war im Übrigen auch Konsens, dass die Agrarförderung so umgestaltet werden muss, dass sie auch von der Gesellschaft als notwendig und sinnvoll akzeptiert wird, und dazu soll die Modulation auch beitragen.

Das heißt, die Modulation ist ein geeignetes Instrument, um die Umschichtung von EU-Finanzmitteln aus der ersten Säule in die zweite Säule im Interesse einer umweltgerechteren Produktion und Produktionsverfahren zu verstärken, denn es geht um die Verbesserung der

Politik für die ländlichen Räume, um tierschutzgerechtere Landwirtschaft und um die Verbesserung des Umweltschutzes und des Tierschutzes. Und dieses habe ich insbesondere für die Tierproduktion in Mecklenburg-Vorpommern angefahren. Dass natürlich der eine oder andere Landwirtschaftsbetrieb, der auf reine Marktf Fruchtproduktion gesetzt hat, nun traurig ist, dass er wahrscheinlich keinerlei Mittel daraus bekommen wird, dafür habe ich Verständnis. Aber wir waren von Anfang an bemüht, gerade für die Veredelungsproduktion in unserem Lande etwas zu tun. Und wir brauchen, um die Anerkennung in der Landwirtschaft weiterhin zu haben, einen grundlegenden Paradigmenwechsel für die Begründung der Direktzahlen an die Landwirtschaft, solange wir ein solches System auf dieser weiten Welt haben.

Mir geht es darum, dass es künftig einen Ausgleich von Einkommensverlusten im Interesse der Landwirte gibt. Es geht mir aber insbesondere darum, auch die Honorierung von Gemeinwohlleistungen der Landwirte anzuerkennen und damit diese Mittel bereitzustellen. Ich wäre dankbar, wenn Sie mich dabei unterstützen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Diskussion über die Modulation an sich vor diesem Hintergrund und auch im Zusammenhang mit den WTO-Verhandlungen – ich bin gespannt, was denn da noch gesagt werden wird – halte ich für notwendig. Lediglich den Zeitpunkt, zu dem die nationale Modulation umgesetzt wird, den halte ich persönlich nach wie vor nicht für richtig. Aber wir haben die Weichen gestellt und ich bin gespannt, Frau Holznagel,

(Wolfgang Riemann, CDU: Der
Zug fährt in die falsche Richtung.)

was mir Ihre Kolleginnen und Kollegen morgen sagen werden, wie sie mit der nationalen Modulation umgehen, und zwar Ihre Kollegen aus den Ländern, die CDU-geführt sind. Nach meinem Kenntnisstand haben jetzt eine ganze Reihe von Ländern große Schwierigkeiten, zum frühestmöglichen Termin den Landwirten das Geld wieder auszusahlen. Ich habe für die Landwirte die Verantwortung übernommen, dass sie im nächsten Jahr, weil die Laufzeit ein Jahr beträgt, schnellstmöglich auch in den Genuss dieser Mittel kommen werden.

Und es ist auch unwahr, und das wissen Sie ganz genau, wir wissen es und Sie wissen es, es werden insgesamt 7,5 Millionen Euro aus der Landwirtschaft herausgenommen. Diese werden komplementiert mit 2,5 Millionen Euro, so dass insgesamt tatsächlich mehr Geld bereitgestellt wird, als den Landwirten abgezogen wird. Das heißt, 10 Millionen Euro werden den Landwirten zurückgegeben und damit zweckgebunden und zielgerichtet in die tierische Produktion und in die Veredelungsproduktion gegeben. Das war hier zum Glück immer Beschlusslage und damit tun wir etwas für Beschäftigung, für Veredelungsproduktion in diesem Lande

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann
können wir ja bald keine Arbeits-
losen mehr haben, Herr Backhaus.)

und im Übrigen ausdrücklich, ausdrücklich auch etwas für die Schweineproduktion.

Gut, ich komme zum Schluss. Ich bin davon überzeugt, dass mit diesen über 700 Anträgen deutlich geworden ist, dass die Landwirte dieses Programm ange-

nommen haben, dass die Modulationsmittel tatsächlich in vollem Umfang im Lande zurückfließen und an die landwirtschaftlichen Unternehmen zurückgehen. Wir gehen heute eher davon aus, dass es bereits schwierig sein wird, alle Ansprüche aus dem bereitstehenden Modulationsfonds abzudecken. Das heißt zum anderen, die Maßnahmen werden von den Bauern und von den Landwirten in Mecklenburg-Vorpommern trotz, das sage ich auch, vereinzelter Kritik – ich weiß auch, dass jemand von der „Bauernzeitung“ hier im Saale sitzt –, die wir aufgenommen haben und im Wesentlichen beantwortet haben, angenommen werden. Ich gehe davon aus, dass die Tierhalter in diesem Lande davon profitieren, damit Arbeit geschaffen und erhalten wird. Die Resonanz der Landwirte ist vorhanden und darüber bin ich wirklich sehr froh.

(Renate Holznagel, CDU: Ich weiß aber genau, dass viele gar keinen Antrag gestellt haben.)

Dieser Weg ist gangbar und wir können auf diese Weise wirklich die Mittel umverteilen und mit anderen wichtigen Zielen verbinden und damit erreichen, dass der arbeitsintensive Bereich untersetzt wird. Damit danke ich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass die Modulationsmittel so schnell wie möglich an die Landwirte zurückfließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kühnel für die Fraktion der SPD.

Lilly Kühnel, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Einer meiner Grundsätze, der sich im Laufe meines Lebens gefestigt hat, heißt: Lass dich mit deiner Meinung nie vor den Karren anderer spannen! Dieser Grundsatz hat etwas mit Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit zu tun. Und ich kann Ihnen sagen, ich bin bisher mit diesem Prinzip sehr gut gefahren.

Meine Damen und Herren der CDU, als ich Ihren Antrag las, musste ich leider feststellen, dass – das wurde eigentlich schon betont – er in seiner Dürftigkeit und in seinem Populismus kaum zu überbieten ist

(Vincent Kokert, CDU: Unterstellung!)

und fehlerhaft auch noch in seiner Begründung. Sie haben bis heute nicht verstanden, warum bestimmte Elemente der Förderung für die Landwirtschaft korrigiert werden müssen. Wer von Einkommensverlusten spricht, muss natürlich ehrlicherweise dazusagen – das kam im Beitrag unseres Ministers bereits zum Ausdruck –, dass die Mittel aus der nationalen Modulation in unserem Bundesland in erster Linie auf Betriebe umverteilt werden, die sich vorrangig mit der Veredelungsproduktion befassen. Die Antragstellung der Betriebe auf solche Mittel ist so gut wie abgeschlossen. Wir haben gehört, das Geld wird wahrscheinlich nicht reichen.

Ihnen scheint entgangen zu sein, dass sich bereits viele Landwirte diesen neuen Herausforderungen durch die so genannte nationale Modulation gestellt haben. Ich habe selber sehr viele Diskussionen zu diesem Punkt mitgemacht, aber es war auch immer die Frage dazu, dass man sich darauf einstellen muss, dass Veränderungen in der Förderung der Landwirtschaft kommen werden.

(Renate Holznagel, CDU: Deshalb verstehe ich nicht, warum die Verbände die nationale Modulation immer noch nicht wollen.)

Und je eher wir uns darauf einstellen, sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, umso besser. Das müssen wir auch so ehrlich sagen. Ich komme nachher noch mal darauf zurück, was wir letztes Mal im Agrarausschuss festgestellt haben. Unsere Landwirte blicken, soweit ich es aufgenommen habe, nach vorn und mit Interesse auf die neuen Fördermöglichkeiten. Sie sind bereit und willens, die Chancen für ihre Unternehmen zu nutzen. Das zeigt die Menge der Anträge. Endlich gibt es eine Möglichkeit – und das können Sie mir glauben, das sage ich vor allen Dingen als Tierproduzent –, die arbeitsintensive Tierproduktion in der Förderung gegenüber den Marktfuchtbetrieben etwas besser zu stellen. Etwas.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Das dürfte Ihren Agrarexperten auch nicht entgangen sein. Anstatt zu blockieren, sollten Sie sich aktiv mit eigenen Vorschlägen einbringen, wie die Richtlinie unter den unterschiedlichen Bedingungen der Praxis jetzt umgesetzt werden kann. Ich erinnere hier nur an den kürzlich stattgefundenen Besuch des Agrarausschusses in dem Milchviehbetrieb Griepentrog, wo deutlich wurde, dass zum Beispiel Stroh als Einstreu in großen Milchviehbetrieben nicht das Allheilmittel für artgerechte Tierhaltung ist.

Ziel sollte es immer sein, den Bedürfnissen der Tiere möglichst gerecht zu werden. Da gibt es gute andere Lösungen, die dieser Forderung sehr entgegenkommen, die arbeitswirtschaftlich und damit auch wettbewerbsfähig sind. Wir sollten aber auch von hier ein Signal senden. Wir können unseren Bauern heute nicht das und morgen jenes erzählen. Wann sollen sie letztendlich noch der Politik glauben? Ihr Antrag weckt unerfüllbare Hoffnungen. Aus dem Grunde bitte ich, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Kühnel.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wien von der Fraktion der PDS.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Dass die nationale Modulation nicht unumstritten ist, das wissen wir alle hier in diesem Raum, und dass es noch recht viele Unwägbarkeiten gibt, das wissen wir auch. Aber irgendwann muss man ja mal anfangen.

Die Praxis ist ja bekanntlich der Prüfstein der Wahrheit. Herr Dr. Backhaus hat inzwischen genügend Beispiele genannt, dass nämlich die Modulationsmittel eigentlich schon wieder eingesetzt sind und damit zu den Bauern zurückgeflossen sind, zumindest die Anträge sind bereits da. Und mehr sollte doch auch nicht erreicht werden. Das ist doch Sinn und Zweck dieser ganzen Geschichte. Und hier, Frau Schlupp, haben wir dann auch schon wieder die sich selbstverwirklichenden Schweine, denn unter anderem wird nämlich auch die Tierhaltung artgerechter mit Hilfe dieser Modulationsmittel.

Unter diesen Umständen sehen wir als PDS überhaupt keinen Grund, hier noch mal Unruhe in den ganzen Pro-

zess, der jetzt damit begonnen hat, hereinzubringen, denn diese Unruhe tut unseren Landwirten wahrhaftig nicht gut. Sie haben genug Unruhe zu erleiden gehabt in den letzten Jahren. Lassen wir sie jetzt einfach in Ruhe so weitermachen. Und in diesem Sinne werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Wien.

Jetzt hat das Wort in der Aussprache die Abgeordnete Frau Schlupp für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die schreibt sich ihre Reden selbst, Herr Landwirtschaftsminister. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute schon viel über die freiwillige nationale Modulation und ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gehört. Einigkeit sollte darin bestehen, dass die Einführung einer freiwilligen nationalen Modulation für einen kurzen Zeitraum nicht verantwortlich ist, da sie mit hohen Kosten, einem enormen Verwaltungsaufwand und Anlastungskriterien verbunden ist. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltslage sind die mit der Einführung einer freiwilligen nationalen Modulation einhergehende Steuerverschwendung und die aus ihr resultierenden Einkommenseinbußen für die Landwirte nicht tragbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

Andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben entweder keine nationale Modulation eingeführt oder diese bereits wieder eingestellt, weil die Probleme bei der Umsetzung in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Ergebnissen standen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zurzeit wird auf europäischer Ebene die Ausgestaltung der zukünftigen gemeinsamen Agrarpolitik diskutiert, die eine obligatorische EU-weite Modulation vorsieht und nach derzeitigen Einschätzungen durch die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten mitgetragen wird. Darüber besteht bei uns allen, die aus Interesse am Thema noch hier sind, Einigkeit. Dies hat auch der Ministerpräsident des Landes mit dem Schreiben vom 20. Februar 2003 an den Bundeskanzler dokumentiert. Dies allein reicht meiner Ansicht nach aber nicht aus. Vielmehr ist es notwendig, an die Entscheidungsträger, die Bundestagsabgeordneten unseres Landes, heranzutreten, damit diese sich für die Interessen der Landwirte und ihrer Familien stark machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Bundestagsabgeordneten müssen von der Aussetzung der nationalen freiwilligen Modulation überzeugt werden. Hierfür gibt es viele Argumente, die ich nur kurz anreißen, aber nicht näher erläutern will. Die Einführung der nationalen Modulation bedeutet mehr statt weniger Bürokratie, hohe Kosten in Zeiten äußerst angespannter öffentlicher Haushalte, ein hohes Anlastungsrisiko für die Bundesländer auch aufgrund der erforderlichen Übergangsregelungen, Kürzung landwirtschaftlicher Einkommen in Zeiten zunehmender Belastungen, die positiven Umweltwirkungen stehen in keiner Relation zum Aufwand,

viele Unsicherheiten bei Verfahrens- und Finanzierungsfragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, herausstellen möchte ich noch einmal die finanziellen Auswirkungen. So rechnet das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft mit einem Kürzungsvolumen bei den Direktzahlungen der Europäischen Union von 54 Millionen Euro.

(Egbert Liskow, CDU: Hört, hört!)

Ferner müssen circa 31 Millionen Euro für die nationale Kofinanzierung aufgebracht werden, so dass insgesamt ein Betrag von rund 85 Millionen Euro für Maßnahmen der zweiten und dritten Säule der Agrarpolitik zur Verfügung steht. Da Bund und Länder allerdings keine Finanzspielräume haben, soll die nationale Kofinanzierung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ erfolgen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Aha! Linke Tasche, rechte Tasche, Herr Minister!)

ohne dass hierfür eine Kompensation erfolgt. Die Auswirkungen dieser Politik mussten wir leider während der Beratungen zum Nachtragshaushalt zur Kenntnis nehmen, als die GA-Mittel im Bereich der Flurneuordnung in Millionenhöhe gekürzt wurden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach so!)

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Politik ist meines Erachtens eine Agrarpolitik, die von grüner Dogmatik geprägt ist und zu Lasten der Einkommen unserer landwirtschaftlichen Betriebe geht. Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf, die Chancen zur Aussetzung der freiwilligen nationalen Modulation zu nutzen und dem vorliegenden Antrag meiner Fraktion Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich könnte mir vorstellen, dass einige von Ihnen sich fragen, ob ich auch hinsichtlich der Modulation mit einer Alternative aufwarten kann. Ich kann! Wie wäre es mit einer Modulation der Ministerbezüge von Frau Künast?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau! – Heinz Müller, SPD: Helau! –

Regine Lück, PDS: Sachdienliche Vorschläge!)

Die eingesparten Gelder könnten in Form von Kostenersatzungen, zu beantragen auf einem mindestens zwölfseitigen Formular, an Frau Künast zurückfließen. Dafür müsste sie allerdings betriebswirtschaftliche Vorlesungen zu Themen wie „Grenzüberschreitender Wettbewerb“ oder „Schnupperwochen in der Landwirtschaft“ besuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sollte sich dieses Projekt bewähren, könnte ich mir vorstellen, dass es sich durchaus auch auf andere Minister erweitern ließe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Karnevalismus am Ende. – Volker Schlotmann, SPD: Helau! Alaaf!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schlupp.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/474. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. –

(Volker Schlotmann, SPD: Helau!)

Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/474 mit Jastimmen der Fraktion

der CDU und bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 25. Juni 2003, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.56 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Hans-Heinrich Jarchow, Karsten Neumann und Bernd Schubert.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der CDU ITER-Bewerbung des Standortes Greifswald/Lubmin bei der Europäischen Kommission – Drucksache 4/435 –

Jastimmen

CDU

Ankermann, Michael
Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Fiedler, Kerstin
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Petters, Andreas
Pracht, Rainer
Rehberg, Eckhardt
Renz, Torsten
Riemann, Wolfgang
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Skrzepski, Gesine
Dr. von Storch, Henning
Strenz, Karin
Thomas, Reinhardt
Timm, Udo
Vierkant, Jörg

PDS

Koplin, Torsten
Walther, Gerd
Wien, Alexa

Neinstimmen

SPD

Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Friese, Siegfried
Heydorn, Jörg
Keler, Sigrid
Dr. Körner, Klaus-Michael
Kühnel, Lilly

Lohse, Frank Ronald
Mahr, Beate
Mohr, Klaus
Monegel, Hannelore
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Dr. Timm, Gottfried
Volland, Angelika
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

PDS

Bluhm, Andreas
Dr. Bunge, Martina
Gramkow, Angelika
Ritter, Peter
Schulz, Gabriele
Schwebs, Birgit

Enthaltungen

SPD

Friedrich, Holger
Krumbholz, Bodo

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
Lück, Regine
Schmidt, Karin

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	64
Gültige Stimmen	64
Jastimmen	26
Neinstimmen	33
Enthaltungen	5